



**FRIEDRICH NAUMANN
STIFTUNG** Für die Freiheit.

LANDTAGSWAHL

HESSEN 2023

Die wesentlichen Kernforderungen von
FDP, CDU, SPD, DIE LINKE, Bündnis 90/Die Grünen und AfD

Impressum

Herausgeber

Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit
Truman Haus
Karl-Marx-Straße 2
14482 Potsdam-Babelsberg

 /freiheit.org

 /FriedrichNaumannStiftungFreiheit

 /FNFreiheit

Autoren

Dr. Dirk Assmann / Dr. Thomas Clausen / Justus Lenz / Maximilian Luz Reinhardt / Charlotte Roderfeld / Thomas Volkmann

Redaktion

Liberales Institut der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit

Kontakt

Telefon: +49 30 22 01 26 34
Telefax: +49 30 69 08 81 02
E-Mail: service@freiheit.org

Stand

August 2023

Hinweis zur Nutzung dieser Publikation

Diese Publikation ist ein Informationsangebot der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit. Die Publikation ist kostenlos erhältlich und nicht zum Verkauf bestimmt. Sie darf nicht von Parteien oder von Wahlhelfern während eines Wahlkampfes zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden (Bundestags-, Landtags- und Kommunalwahlen sowie Wahlen zum Europäischen Parlament).



FRIEDRICH NAUMANN
STIFTUNG Für die Freiheit.

Inhalt

BILDUNG	4
Bildung Frühkindliche Bildung	5
Bildung Schule	7
Bildung Digitale Bildung	11
Bildung Lehrerversorgung / Lehrerausbildung	13
Bildung Berufliche Bildung / Weiterbildung	15
Bildung Studium und Lehre	17
Bildung Wissenschaft und Forschung	20
Bildung Kultur, Kunst und Medien	22
WIRTSCHAFT	25
Wirtschaft Wirtschaft / Industrie	26
Wirtschaft Gründer / Startup	28
Wirtschaft Arbeit	29
Wirtschaft Mittelstand und Handwerk	31
Wirtschaft Digitalisierung und Netzpolitik	32
Wirtschaft Haushalt und Finanzen	35
Wirtschaft Tourismus	37
INNEN UND RECHT	38
Innen und Recht Innere Sicherheit	39
Innen und Recht Bürgerrechte / Datenschutz / Cybersicherheit	42

	3
Innen und Recht Rechtsstaat und Justiz	44
Innen und Recht Kommunales / Verwaltung	48
Innen und Recht Migration / Integration / Asyl	51
GESELLSCHAFT UND SOZIALES	54
Gesellschaft und Soziales Gesellschaft / Soziales	55
Gesellschaft und Soziales Gesundheit	59
Gesellschaft und Soziales Pflege	64
Gesellschaft und Soziales Vielfalt und Gleichstellung	66
Gesellschaft und Soziales Demokratie / Extremismusbekämpfung	68
Gesellschaft und Soziales Sport und Ehrenamt	70
INFRASTRUKTUR UND UMWELT	73
Infrastruktur und Umwelt Infrastruktur und Landesplanung	74
Infrastruktur und Umwelt Mobilität	76
Infrastruktur und Umwelt Wohnungsbau	79
Infrastruktur und Umwelt Landwirtschaft und Tierschutz	82
Infrastruktur und Umwelt Natur- und Umweltschutz	86
Infrastruktur und Umwelt Energie und Klimaschutz	90

BILDUNG

FDP	CDU	SPD	DIE LINKE	B90/DIE Grünen	AfD
<p>Stärkere Investitionen im Bereich frühkindliche Bildung;</p> <p>Ausbau von Plätzen an Bildungs- und Betreuungseinrichtungen;</p> <p>Verstärkung der Arbeit multiprofessioneller Teams</p> <p>zusätzliche finanzielle Mittel für die Bildungs- und Betreuungseinrichtungen für die Übernahme von zusätzlichen Aufgaben oder die Beteiligung an besonderen Programmen und Projekten;</p> <p>verstärkte Förderung der Einbindung von externen Bildungsangeboten;</p> <p>Schließung der Bedarfslücken; Verkleinerung der Gruppen, Absenkung des Betreuungsschlüssels;</p> <p>Fortschreibung des Bildungs- und Erziehungsplans; Anpassung an die aktuellen Herausforderungen und Aufgaben;</p> <p>Förderprogramm, mit dem die Bildungs- und Betreuungseinrichtungen Infrastruktur und Ausstattung für digitale Bildung finanzieren können;</p> <p>Fortbildungen im Bereich der digitalen Bildung; Einführung eines Atlas „Digitale Kita“;</p>	<p>Ausbau des Betreuungsangebots in allen Bereichen; Ausbau der Betreuungsangebote durch Arbeitgeber;</p> <p>Rahmenvereinbarung zwischen Land, kommunaler Familie und Arbeitgeberverbänden über einen gerechten Ausgleich zwischen den Kostenträgern;</p> <p>Unterstützung der Kommunen mit weiteren Investitionsmitteln; Fortsetzung des Landeskitainvestitionsprogramms;</p> <p>schnellerer Bau von Kindertagesstätten;</p> <p>langfristige Finanzierungsstrategie für die Betreuungskosten zusammen mit den Kommunen;</p> <p>landesweites digitales Kita- und Tagespflegeplatzmanagement;</p> <p>„Tageseltern Offensive“ als gleichberechtigtes Betreuungsmodell neben dem Ausbau der Kindertagesstätten;</p> <p>mehr Planbarkeit und Verlässlichkeit in der Betreuung von Tageseltern durch Pool- und Vertretungsmodelle und den Abbau bürokratischer Hürden;</p> <p>kostenlose Kinderbetreuung in allen Betreuungsformen für alle Kinder ab drei Jahren;</p>	<p>Auskömmliche Finanzierung von sprachlicher Bildung und Förderung im frühkindlichen Bereich;</p> <p>Stärkung der Kinderrechte in den Einrichtungen;</p> <p>Ermöglichung des digitalen Lernens;</p> <p>Erarbeitung und Finanzierung von Konzepten für eine altersgerechte Medienbildung in den Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe;</p> <p>komplette Abschaffung von Elternbeiträgen für die Kitas;</p> <p>Öffnung der Kitas für multiprofessionelle Teams, die im Personalschlüssel angerechnet werden;</p> <p>Ausbildungsvergütung, auch im Bereich der stationären Jugendhilfe; Abschaffung des Schulgeldes; Ausbau der Ausbildungskapazitäten, Erleichterung des Quereinstiegs in soziale Berufe, Beschleunigung der Anerkennung ausländischer Ausbildungs- und Studienabschlüsse;</p> <p>Verbesserung des Fachkraft-Kind-Schlüssels;</p> <p>Gebührenfreiheit, Ausbau der Kitaplätze, flexiblere Öffnungszeiten, ergänzende Angebote zu</p>	<p>Deutlich erhöhte Betriebskostenförderung für Tageseinrichtungen für Kinder; Verdoppelung der Pauschale für die Umsetzung des Bildungsplanes von bisher bis zu 300 € pro Jahr und Kind;</p> <p>Ausbau Früher Hilfen; Angebot eines Erstbesuchs mit Information und Beratung für alle, nach dem ggf. weitere Hilfen vermittelt werden;</p> <p>Garantie eines Kita-Platzes für jedes Kind; Fortsetzung des Ausbaus der Kitaplätze; weitere Investitionsmittel des Landes zur Unterstützung der Kommunen; Stärkung interkommunaler Kooperationen; funktionierende Randzeitenbetreuung;</p> <p>Aufwertung der Sozial- und Erziehungsberufe; bessere Arbeitsbedingungen; gute Praxisanleitung für neue Kräfte, Anerkennung und Vergütung der mittelbaren pädagogischen Arbeit, kleinere Gruppengrößen;</p> <p>Ausbau der Fachberatung und landesseitige Finanzierung; Bereitstellung weiterer Mittel insb. zur Stärkung des Kinderschutzes und zur Implementierung entsprechender Konzepte;</p> <p>Gewinnung und Ausbildung von mehr Fachkräften für die Kitas; Aufbau eigener Hochschulkapazitäten, um Lehrkräfte für die</p>	<p>Noch stärkere Vernetzung von Kindertagespflege, Krippen, Kitas und Grundschulen mit der Weiterentwicklung des Bildungs- und Erziehungsplans; Förderung von Diversität und Inklusion;</p> <p>verbindliche Gestaltung der Kooperationen zwischen Kita und Schulen;</p> <p>Förderung des Ausbaus von Familienzentren und ihrer Vernetzung mit Kinderbetreuungseinrichtungen;</p> <p>50 zusätzliche Familienzentren in den nächsten fünf Jahren;</p> <p>Förderung der Vernetzung von Schulen mit Trägern der Kinder- und Jugendhilfe und anderen Akteur*innen in ihrer Nachbarschaft;</p> <p>weitere Unterstützung des Landeselternbeirats für Kitas und Kindertagespflege;</p> <p>weitere Investitionen in den Ausbau von Kita- und Krippenplätzen; Investitionspaket „Kleine Hände-Große Zukunft“;</p> <p>Aktionsplan „Kita von Morgen“ für mehr Qualität, bessere Arbeitsbedingungen und Unterstützung durch Alltagshelfer*innen bei nicht-pädagogischen Tätigkeiten;</p>	<p>Kostenfreie Kitaplätze und Mittagsverpflegung für alle Kinder;</p> <p>Sicherstellung eines kindgerechten Betreuungsschlüssels und gut ausgebildeten Betreuungspersonals;</p> <p>keine einseitige staatliche Bevorzugung der frühkindlichen Fremdbetreuung; gleiche finanzielle Unterstützung der elterlichen Betreuung wie für Kitas und Tagesmütter;</p> <p>Ablehnung jeder Form der Frühsexualisierung und jedweder Agitation von Kleinkindern und Grundschulern; Einstellung aller staatlichen Kampagnen und Programme, die eine frühsexualisierte Vereinnahmung von Kindern zum Ziel haben;</p> <p>Beibehaltung und Förderung pädagogisch wertvoller, abendländischer und christlicher Bräuche in allen Kitas;</p>

mehr Landesmittel für Sprachförderung; Ausbau der in den Sprach-Kitas aufgebauten Strukturen; kindgerechte Angebote zur Sprachentwicklung und im mathematisch-naturwissenschaftlichen Bereich;

frühzeitige Durchführung von Kinder-Sprach-Screenings und Tests zur Früherkennung von Dyskalkulie durch Fachkräfte;

Ausbau des „Qualifizierten Schulvorbereitungsjahrs“, aber mit Freiwilligkeit;

Förderung von Kooperationen zwischen den Bildungs- und Betreuungseinrichtungen der frühkindlichen Bildung und Partnern der Jugendhilfe, anderen Bildungseinrichtungen und sozialen Einrichtungen vor Ort;

Stärkung von Erzieherinnen und Erziehern; flächendeckende Ausbildungsvergütung, Stärkung der dualen Ausbildung, Erhöhung des Einstiegsgehalts; regelmäßige Überprüfung der Lehrpläne und der Ausbildungsgänge; Entwicklungsmöglichkeiten durch ein berufsbegleitendes Studium oder durch gezielte Weiterbildungsangebote;

Öffnungsklauseln im Kinder- und Jugendhilfegesetz bezüglich der Tagespflege in kommunaler Trägerschaft in Einvernehmen mit dem Jugendhilfeträger;

Entbürokratisierung der Unterstützung des Landes bei der Kinderbetreuung;

systematische Deutschförderung in allen Bildungsstufen; verpflichtende Sprach-Screenings und Deutschförderung in Kindertagesstätten im ganzen Land;

obligatorischer Besuch einer Kinderbetreuungseinrichtung im letzten Jahr vor der Einschulung; verpflichtende Vorlaufkurse für Kinder mit besonderem Förderbedarf;

Entlastung der Erzieherinnen und Erzieher von Alltags- und Verwaltungsaufgaben durch spezielle, nicht pädagogische Kräfte;

Ansiedelung der Kinderbetreuung im Bildungsministerium;

10.000 neue Erzieherinnen und Erzieher bis zum Jahr 2028; Pakt für Personalgewinnung und -entwicklung, gemeinsam mit den Kommunen;

Unterstützung der Erzieherinnen und Erzieher durch gemischte Teams („LöwenTeams“);

mehr Ausbildungsplätze an den Erzieherfachschulen; Abschaffung der Schulgelder an privaten Erzieherfachschulen; Anwerbung von Erzieherinnen und Erziehern aus dem Ausland; schnellere und unbürokratischere Anerkennung ausländischer Abschlüsse; Erleichterung des Quereinstiegs berufsbegleitendes Bachelorstudium für den Bereich Erziehung;

Randzeiten, mehr Personal, bessere Bezahlung und mehr Qualität;

finanzielle Entlastung der Träger der Kitas durch eine Finanzierung der Kita-Betriebskosten zu 2/3 durch den Landeshaushalt;

weiterer Ausbau der Kita- und Krippenplätze;

Ausbau des Landesinvestitionsprogramms;

Schaffung eines Instituts für frühkindliche Bildung;

Unterstützung für Eltern, landesweit auf Gemeinde-, Stadt- sowie Kreisebene Elternvertretungen zu gründen, auszubauen und weiterzuentwickeln;

Fachschulen zu gewinnen und auszubilden;

Stärkung der Kindertagespflege;

schrittweise Vervollständigung der Kostenfreiheit; Ausweitung der generellen Kita-Gebührenfreiheit schrittweise auf den gesamten Zeitraum des Rechtsanspruchs ab dem ersten Lebensjahr bis zum Ende der Grundschulzeit;

Stärkung von Inklusion, Integration und Vielfalt in den Kitas; Ersetzung der aktuellen Rahmenvereinbarung Integration durch ein unbürokratisches und passgenaues Förderinstrument;

Niederschlag der Vielfalt der Lebensentwürfe und Beziehungsmodelle in der Gesellschaft auch in der frühkindlichen Bildungsarbeit;

Verbesserung der Arbeitsbedingungen und finanziellen Grundlagen in der Kindertagespflege;

altersgerechte Demokratie- und Friedenspädagogik; verpflichtende Kinderschutzfortbildungen für Leitungs- und Fachkräfte in Kita und Grundschule;

Ausweitung der „Fachkräfteoffensive Kita“; Förderung von jährlich 1000 praxisintegrierten und vergüteten Ausbildungsplätzen für Erzieher*innen vom Land;

Unterstützung des Wieder- und Quereinstiegs für pädagogisches Personal durch attraktive Rahmenbedingungen und Weiterbildungen; schnellere Anerkennung von Berufsabschlüssen aus dem Ausland, Verbesserung der Nachqualifizierung;

Voranbringen der Inklusion in Kitas, Kindertagespflege und Krippen; Stärkung der Aus- und Fortbildung in diesem Bereich; Förderung barrierearmer Spielplätze;

Weiterentwicklung und Unterstützung der Sprachförderung in den Kindergärten;

Weiterentwicklung der Koordinierungsstelle „Kinder mit Fluchthintergrund in der Kindertagesbetreuung“ zur Koordinierungsstelle „Vielfalt in der Kindertagesbetreuung“;

Stärkung weiterer Beratungs-, Vernetzungs- und Serviceangebote zur Unterstützung von Kindern mit Migrationsgeschichte;

FDP	CDU	SPD	DIE LINKE	B90/DIE Grünen	AfD
<p>Passgenaue Förderung vom sonderpädagogischen Förderbedarf bis hin zu Hochbegabung;</p> <p>Ausstattung aller Bildungseinrichtungen mit modernster Technologie;</p> <p>Entlastung der Lehrkräfte von Verwaltungsaufgaben; Abschaffung von Berichtspflichten; Überprüfung von Dokumentationspflichten und Verwaltungsvorschriften;</p> <p>Erhöhung der Zahl der Sekretariats- und Assistentenstellen; Schulverwaltungsassistenten und Sekretariatskräfte;</p> <p>weiterer Ausbau der selbstständigen Schulen;</p> <p>Übertragung der Entscheidungen über die Verwendung der finanziellen Mittel sowie Personalhoheit an die Schulen;</p> <p>Ausbau der Schulsozialarbeit und Einbindung in eine landesgesetzliche Regelung; Verstärkung der Arbeit von Schulgesundheitsassistenten;</p> <p>Ausbau und Stärkung der MINT-Förderung; Unterstützung von MINT-Ferienangeboten für möglichst viele Altersgruppen und regionalen Schülerforschungszentren;</p>	<p>Weitere kräftige Investitionen in Lehrerstellen, Modernisierung, Digitalisierung und Entlastung der Schulen;</p> <p>Festhalten am begabungs- und leistungsorientierten, differenzierten Schulsystem und am Erhalt und bedarfsgerechten Ausbau der Förderschulen;</p> <p>Stärkung der Grundkompetenzen Lesen, Schreiben und Rechnen;</p> <p>Update der Lehrinhalte, um mehr praktische Lebenskompetenzen in der Schule zu vermitteln;</p> <p>Weiterentwicklung der zentralen Abschlussprüfungen in allen Bildungsgängen; mehr Vergleichbarkeit und Qualitätssicherung an den Schulen; Erprobung eines stärker anonymisierten Korrekturverfahrens;</p> <p>perspektivische Aufnahme von Neugriechisch in den Kanon der möglichen Fremdsprachen;</p> <p>spätestens in den Abschlussjahren in allen Schulformen mindestens eine Woche für die Wissensvermittlung rund um das Themenfeld Börse und Aktien;</p> <p>Unterstützung der Schulträger mit einem Investitionsprogramm, die Schulen innovativ auszustatten;</p>	<p>Förderung aller Kinder und Jugendlichen möglichst wohnort- und betriebsnah; altersgemischte Klassen im Grundschulbereich, gemeinsame Sekundarschule im weiterführenden Bereich;</p> <p>gleiche Lehr- und Lernbedingungen im ganzen Land;</p> <p>mehr echte Ganztagsschulen; Entwicklung eines konkreten Ausbauplans für die Schulen zu Ganztagsschulen; neue Rhythmisierung von Unterricht, Freiarbeit und Freizeit während der Schulzeit;</p> <p>mehr und gut qualifiziertes Personal; Absicherung im Schulgesetz; Setzung von Standards in Qualifikation und Personalschlüssel, sowie im Bereich Gebäude und Ausstattung;</p> <p>Einrichtung von Landesfachschaften in der Lehrkräftefortbildung, die eine inhaltliche Unterstützung für die Lehrkräfte leisten;</p> <p>bestmögliche Unterstützung der Schulen und Lehrkräfte in der Entwicklung und Sicherung von Unterrichts- und Schulqualität;</p> <p>Unterstützung der Selbstständigkeit von Schulen in pädagogischen und organisatorischen</p>	<p>Gründliche und bedarfsorientierte Sanierung von Schulgebäuden und Sportstätten;</p> <p>Schaffung echter Ganztagsschulen;</p> <p>inklusive und integrative Gestaltung der Schulen;</p> <p>Ablehnung aller Formen von Privatisierung und Ökonomisierung des Bildungswesens;</p> <p>Ausbau von Ganztagsschulen; kostenloses, gesundes und nahrhaftes Mittagessen; lerngerechte Unterrichtsgestaltung in jahrgangsübergreifenden Kleingruppen, themenübergreifende Projektarbeit, Platz für sportliche, musische und kreative Gestaltung in Kooperation mit Vereinen, Bildungsträgern der Kinder- und Jugendsozialarbeit und Verbänden;</p> <p>multiprofessionell aufgestellte Schulen, bei denen Lehrkräfte gemeinsam mit (sozial-)pädagogischen Fachkräften die Lern- und Bildungsprozesse gestalten;</p> <p>„Schule für alle“: Primarstufe und Sekundarstufe I (Klassen 1-10) für alle Schüler*innen;</p> <p>Durchsetzung echter Lehr- und Lernmittelfreiheit; Abschaffung</p>	<p>Weitere Stärkung der Kompetenzmessung im Bereich „Lesen, Schreiben und Rechnen“ in der Grundschule;</p> <p>Weiterführung der Programme zur gezielten Förderung von Schulen und Schüler*innen in herausfordernden Lagen;</p> <p>starker Ausbau der Schulpsychologie und der Schulgesundheitspflege; festes und ausreichendes schulpsychologisches Angebot für jede Schule;</p> <p>weitere gezielte Förderung integrierter Gesamtschulen als Schulform;</p> <p>gerechtes System der Schülerbeförderung für alle Schuljahrgänge;</p> <p>schnellstmögliche Umsetzung des Rechtsanspruchs auf Ganztagsbetreuung für Grundschulkinder; Ausbau von Ganztagschulen auch an den weiterführenden Schulen;</p> <p>Bereitstellung der notwendigen Mittel, um pro Jahr 50 Schulen zusätzlich die Weiterentwicklung zu einer gebundenen Ganztagschule zu ermöglichen;</p> <p>Innovationsprogramm für modernen Schulbau; Individualisierung von Lern- und Lehrsettings,</p>	<p>Leistungsorientiertes, sozial und fachlich durchlässiges, differenziertes System aus verschiedenen Schulformen wie Grund-, Real- als auch praxisorientierter Mittelstufenschule, Gymnasium, Förder- und beruflicher Schule;</p> <p>ausreichend viele qualifizierte Lehrerpersönlichkeiten; vollumfängliche Ausstattung mit Lehr- und Lernmitteln; kleine, möglichst leistungsbezogene Lerngruppen;</p> <p>Ausrichtung des Bildungsniveaus der hessischen Schulen an den jeweils Bestplatzierten auf europäischer Ebene;</p> <p>Ausbau und Aufwertung der praxisorientierten Mittelstufenschule;</p> <p>Regelung der Zulassung zum Gymnasium über landesweit einheitliche Aufnahmeprüfungen;</p> <p>Erwerb von Gemeinschaftsgeist als eines der vornehmsten Ziele schulischer Erziehung;</p> <p>Belegung von Schülern, deren Verhalten nicht korrigiert werden kann, zeitnah mit wirksamen Sanktionen zum Erhalt des Schulfriedens durch den Lehrer im Einvernehmen mit der Schulleitung; geeignete Anpassung schulrechtlicher Bestimmungen;</p>

<p>Stärkung der Themengebiete Wirtschaft und Finanzen im Fach PoWi; Einrichtung eines wirtschaftsdidaktischen Lehrstuhls; Ermöglichung für die Schulen, in allen Stufen Politik und Wirtschaft gleichberechtigt getrennt zu unterrichten;</p> <p>moderner Sexualekundeunterricht; Bereitstellung kostenloser Menstruationshygieneprodukte in Bildungseinrichtungen;</p> <p>Sicherstellung von drei Wochenstunden Sportunterricht als Mindeststandard in allen Schulformen und Schulstufen;</p> <p>ausreichend Stellen für akademisch ausgebildete Sportlehrerinnen und Sportlehrer; Realisierung einer täglichen Sport- oder Bewegungsstunde insb. in Grundschulen und Ganztags-schulen;</p> <p>jedes Kind muss die Möglichkeit bekommen, sicher schwimmen zu lernen;</p> <p>Gewährleistung der Abdeckung der Stundentafel im musisch-kulturellen Bereich; Einführung des Faches Darstellendes Spiel in weiteren Jahrgangsstufen;</p> <p>Förderung von Hochbegabung: Erstellung eines abgestimmten Konzepts, das auf den Säulen Beratung, frühzeitige Begleitung und individuelle Unterstützung basiert;</p> <p>weitere Unterstützung der Arbeit der begabungsdiagnostischen Beratungsstelle BRAIN;</p>	<p>ten; Berücksichtigung einer verstärkten baulichen Barrierefreiheit;</p> <p>Unterstützung von Schritten hin zu einem kostenfreien Schüler-Landesticket;</p> <p>Erhalt der Förderschulen;</p> <p>Etablierung einer wirtschaftlichen Co-Schulleitung an Schulen mit über 500 Schülerinnen und Schülern;</p> <p>keine Verwendung der Gender-sprache mit Sonderzeichen an Schulen;</p> <p>Erhalt kleiner Grundschulen, gerade im ländlichen Raum;</p> <p>Fortsetzung der Qualitätsoffensive Mathematik;</p> <p>zusätzliche Deutschstunde in den Jahrgangsstufen 1 und 2; Stärkung der Bildungssprache Deutsch in den Curricula und der Lehrkräfteausbildung;</p> <p>Förderung leistungsstarker und potenziell besonders leistungsfähige Schülerinnen und Schüler; Förderung des „Hessischen Innovations- und Beratungszentrums für Begabungsförderung“ sowie der HIBB-Innovationsschule und der Internatsschule Schloss Hansenberg;</p> <p>Einführung von verpflichtenden diagnostischen Lernstandserhebungen; Erstellung der Lernverlaufsdiagnostik auch ab Klasse 7 und in weiteren Fächern, nicht nur Deutsch und Mathematik;</p>	<p>Fragen; Zeit- und Finanzbudgets für Schulentwicklung;</p> <p>regelmäßige und verbindliche Fortschreibung des Referenzrahmens Schulqualität unter Einbeziehung unterschiedlicher Perspektiven der Schulgemeinde;</p> <p>angemessene Verankerung der aktuellen Herausforderungen der Gesellschaft in den Lehrplänen, Überprüfung der Lehrpläne auf Kohärenz, Konsistenz und Redundanzen;</p> <p>Entwicklung von kompetenzorientierten Lernleistungsbeschreibungen und Etablierung als gleichwertige Möglichkeit statt Notengebung für die Schulen;</p> <p>Absicherung der religiösen und weltanschaulichen Vielfalt des Angebots durch freie Schulträger; regelmäßige konsequente Überprüfung der Einhaltung des Sonderungsverbots;</p> <p>verstärkte Ermöglichung individueller Bildungswege; Modellversuch zur flexiblen, modularisierten Oberstufe, Erleichterung der Einrichtung neuer Oberstufen;</p> <p>Reduzierung der Klassengrößen auf Basis eines schulscharfen Sozialindexes, viel stärkere Unterstützung der Schulen in besonders herausfordernden Lagen;</p> <p>Aufstockung der Vertretungsreserven;</p>	<p>von Zuzahlungen zu Büchern, Kopien und anderen Materialien;</p> <p>kostenfreies Schüler*innen Ticket, unabhängig vom Wohnort und der Entfernung zur Schule;</p> <p>Auflösung des Sanierungsstaus; Instandsetzung der Schulgebäude, Bau von Mensen; Landesprogramm in Höhe von 2 Mrd. €;</p> <p>Ausweitung von Schulsozialarbeit und schulpсихologischen Angeboten;</p> <p>keine Schulschließungen; Erhalt kleiner Schulen im ländlichen Raum; gute und wohnortnahe Versorgung mit Grundschulen und gute Erreichbarkeit weiterführender Schulen;</p> <p>Förderung sprachlicher und kultureller Vielfalt durch herkunftssprachlichen Unterricht; Erweiterung des Fremdsprachenkanons an weiterführenden Schulen;</p> <p>Verbesserung der Rahmenbedingungen der Intensivklassen für Seiteneinsteiger*innen ohne Deutschkenntnisse an den Schulen; Beseitigung der starren Altersgrenzen, Senkung von Klassengrößen, Entlastung von Lehrer*innen, Schaffung besserer Abschlussmöglichkeiten;</p> <p>Demokratisierung der Schulen; Einbeziehung von Schüler*innen in die Planung von Unterrichtsvorhaben; Einführung einer Drittelparität von Schüler*innen, Lehrkräften inklusive Schulleiter*innen sowie Eltern;</p>	<p>rhythmisierter Ganztag, Schulsozialarbeit, Digitalisierung, Inklusion in Schulgebäuden und auf dem Schulhof; Förderung nachhaltigen Bauens;</p> <p>weitere Förderung des Interesses an den MINT-Fächern durch Aufgreifen von Ansätzen wie Schülerlabore oder Makerspaces;</p> <p>Vernetzung von Schulen mit außerschulischen Lernorten wie Naturräumen, Schulbauernhöfen und Abenteuerspielplätzen;</p> <p>Stärkung der Methodenvielfalt bei der Beurteilung der Schüler*innen, Reduzierung klassischer Leistungsnachweise wie Klassenarbeiten in ihrer Häufigkeit, Ergänzung durch alternative Formate;</p> <p>Stärkung der politischen Bildung in der Sekundarstufe 1 und der Zusammenarbeit mit außerschulischen Präventionsanbietern;</p> <p>Stärkung außerschulischer Lernorte, Stärkung der Bildung für nachhaltige Entwicklung u.a. durch einen höheren Stellenwert der geographischen Bildung in allen Schularten;</p> <p>stärkere Förderung schulischer Konzepte, bei denen die Bewertung mit Ziffernnoten durch schriftliche Rückmeldungen ergänzt oder ersetzt wird; Abschaffung der Ziffernbenotung vor der 3. Klasse und Ersetzung durch Entwicklungsberichte;</p>	<p>Wahlfreiheit der Eltern in Fragen der Ganztagsbetreuung; finanzieller Ausgleich für diejenigen, die ihre Kinder im familiären Umfeld betreuen wollen;</p> <p>pädagogisch hochwertige Form der Ganztagsbetreuung; qualifiziertes, schulisches Personal in ausreichender Anzahl; anspruchsvolle, künstlerisch-kulturelle sowie sportliche Programme mit systematischer Einbindung von Eltern und Vereinen;</p> <p>Bereitstellung ausreichender finanzieller Mittel für eine kostenlose pädagogisch hochwertige Ganztagsbetreuung im Landshaushalt;</p> <p>Ausgestaltung der Sexualerziehung als sinnvolles Zusammenwirken von Elternhaus und Schule; keine Ersetzung des Wertesystems von Ehe, Elternschaft und Familie durch das Konzept der „Sexualität der Vielfalt“;</p> <p>Streichung des Hinweises im Lehrplan, dass Sexualerziehung für alle Schüler verbindlich und nicht an die Zustimmung der Eltern gebunden sei;</p> <p>fächerübergreifend indoktrinationsfreier Unterricht; zurückhaltende Behandlung der zugehörigen Unterrichtsgegenstände im sensiblen Bereich der Sexualerziehung;</p> <p>Ersetzung des Begriffs der Akzeptanz im gegenwärtig verbindlichen Lehrplan zur Sexualerziehung im Hinblick auf den Umgang mit alternativen Lebensmo-</p>
---	--	--	--	--	--

kontinuierliche, langanhaltende und nachhaltige Deutschförderung zur Integration von geflüchteten Kindern und Jugendlichen; Anhebung der Altersgrenze für die Teilnahme an den Intensivfördermaßnahmen bis zum 21. Lebensjahr;

Sicherstellung von Schulabschlüssen, Senkung der Abbrecherquote; Fortsetzung von Programmen, die das Ziel haben, schulabbruchsgefährdete und abschlussgefährdete Jugendliche zu einem Hauptschulabschluss zu führen;

Entwicklung von Maßnahmen und Aufbau von Netzwerken, um Schulvermeidung und Schulverweigerung frühzeitig zu erkennen und ihnen entgegenzuwirken;

Ermöglichung, dass die Schulen bei der Auswahl bis zu 25 % der Plätze auch nach Eignung vergeben dürfen;

Aufhebung der Schulbezirksgrenzen für Grundschulen;

Ermöglichung der freien Wahl der Leistungskurse für Schülerinnen und Schüler;

Offensive für Grundschulen: Maßnahmenprogramm zur Anwerbung von Grundschullehrkräften; Ausweitung eines Entlastungs- und Unterstützungsangebots; Prüfung der Anpassung des Klassenteilers;

Ausbau von Schulen mit Ganztagsangeboten und Ganztagschulen;

Festhalten an der verpflichtenden Vergabe von Ziffernnoten und an Instrumenten der Nichtversetzung, Wiederholungen und Querversetzungen;

Prüfung einer Flexibilisierung der Wahl der Leistungsfächer;

gezielte Investitionen in Personal für ganztägige Angebote; Stellenaufwuchs Sicherstellung des Fachkräftebedarfs;

Gewinnung von mehr Senioren für die Mitarbeit im Ganztag;

Stärkung von Bewegungsangeboten mit besonderem Blick auf den Ganztag in Kooperation mit den Partnern aus dem Sport;

Weiterführung und Ausweitung des „Landesprogramm zur Förderung der Zusammenarbeit von Schule und Sportvereinen“, des Sporthilfeprogramms, des Schulschwimmpasses oder des Grundschulwettbewerbs zu „Jugend trainiert für Olympia“;

Ausbau des Angebots kostenloser Schwimmkurse für Schülerinnen und Schüler; Unterstützung der Kommunen bei Erhalt und Modernisierung ihrer Schwimmbäder;

Stärkung der MINT-Bildung; Ausbau und Gründung weiterer MINT Zentren; Förderung besonders des Interesses von Mädchen und jungen Frauen an MINT-Fächern und -Berufen;

Ausweitung und Stärkung bilingualer Angebote und Schul-

kostenloses Ticket für alle Schüler*innen bis zur Erlangung ihres Schul- oder Berufsabschlusses;

Förderung flächendeckender Schulsozialarbeit in allen Schulen;

Stärkung von Sprachförderung; Ausbildung der Lehrkräfte zusätzlich für Deutsch als Zweit- und Fremdsprache;

Ausbau herkunftssprachlichen Unterrichtens in Verantwortung des Landes; Angebot von Griechisch und Türkisch als versetzungsrelevante Fremdsprachen an den weiterführenden Schulen;

Senkung des Klassenteilers für Intensivklassen wieder auf zwölf Schüler*innen;

Gesundheit und Sicherheit von Kindern und Jugendlichen:

Unterstützung der Schulämter in ihrer Fachberatung gegen Missbrauch, Ausweitung der Soforthilfen für Opfer sexueller Straftaten, Verbesserung der Kooperation der Einrichtungen mit den Behörden;

Schutzkonzepte gegen sexuellen Missbrauch; Ausbau der Schulpsychologie;

Förderung gesunder Ernährung; kostenloses und qualitativ hochwertiges Mittagessen an den Schulen; Förderung von Projekten zur Abfallvermeidung von Lebensmitteln; Unterstützung einer

Abschaffung von Hausaufgaben; Vor- und Nachbereitung des Unterrichts in der Schule unter professioneller Betreuung in Integration des Ganztages;

Stärkung der Schüler*innenvertretungen;

Aufwertung der politischen Bildung; Schaffung eines Bewusstseins für Mitbestimmung schon in der Schule;

kostenfreie Fahrten zu Gedenkstätten, Museen, Parlamenten etc. für alle Schüler*innen; keine Ausgrenzung von Schüler*innen aus finanzschwachen Familien bei Ausflügen und Klassenfahrten;

Ausbau des Politikunterrichts an nicht-gymnasialen weiterführenden Schulen;

Gleichstellung des Ethikunterrichts mit dem Religionsunterricht;

Thematisierung aller Formen von gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit und Einarbeitung in den Lehrplan;

Überprüfung des Unterrichtsstoffs und aller Lehr- und Lernmaterialien auf diskriminierende und ausgegrenzende Inhalte; kritisches Hinterfragen und Erweiterung des eurozentristischen Blickwinkels;

Auflösung der Kooperationsvereinbarung mit der Bundeswehr; keine Zusendung von Werbematerialien der Bundeswehr ohne Einwilligung der Schüler*innen;

Erhöhung der Wahlfreiheit bei den Abiturprüfungsfächern; Ermöglichung von Deutsch als erstem Leistungskursfach sowie des Wechsels der Fremdsprachenfolge;

Wertschätzung und gezielte Förderung von Mehrsprachigkeit; Projekte zur mehrsprachigen Leseförderung in Grundschulen; Förderung herkunftssprachlicher Kompetenzen;

Weiterentwicklung des Pilotprojekts Türkisch als Fremdsprache zu einem Regelangebot für alle Schulen; Angebot in weiteren Sprachen, bspw. Griechisch;

Verwendung eines selbst gewählten Rufnamens für Trans-, Inter- und nicht binäre Schüler*innen im schulischen Alltag;

Ausbau des Fachs Ethik und Weiterbildung zu einem verpflichtenden gemeinsamen Ethikunterricht;

weiterer Ausbau des bekenntnisorientierten islamischen Religionsunterrichts;

Inklusion Erleichterung der Einrichtung von Pools von Teilhabassistenz in Schulen; Ermöglichung der inklusiven Beschulung für jedes Kind; Erhalt der Wahlmöglichkeiten zwischen einer inklusiven Beschulung und dem Besuch einer Förderschule; Unterstützung von Schulen des Landeswohlfahrtsverbandes beim Ausbau von Ganztagsangeboten und Schulsozialarbeit;

dellen und sexuellen Orientierungen durch die Begriffe Toleranz und Respekt;

keine politische und religiöse Einflussnahme durch islamische Moschee-Verbände an den Schulen; Ablehnung des Angebots eines bekenntnisorientierten Islamunterrichts; wahlobligatorischer christlicher Religionsunterricht, der bei entsprechenden Schülerzahlen eine Konfessionswahl vorsehen kann;

klassische Wissensvermittlung im Grundschulbereich; vornehmlich fehlerfreie Beherrschung der grundlegenden Kulturtechniken Lesen, Schreiben und Rechnen;

Inklusion: keine Schließung von Förderschulen;

Garantie der adäquaten Beschulung junger Menschen mit körperlichen, geistigen, sensorischen, sprachlichen, sozial-emotionalen oder allgemeinen Lernbehinderungen;

Inklusion in den Regelunterricht, wenn der Grad der Beeinträchtigung eines Schülers eine erfolgreiche reguläre Beschulung erwarten lässt und optimale Lern- und Förderbedingungen vorliegen;

Förderung von Schulen in freier Trägerschaft; Beseitigung von Benachteiligungen von Ersatzschulen in der Verwaltungspraxis, z.B. beim Zugang zu qualifizierenden Weiterbildungen; langfristige Sicherung der Finanzierung von Ersatzschulen;

Inklusion: Umsetzung der Inklusion; Bereitstellung der notwendigen sächlichen, räumlichen und personellen Ressourcen;

individuelle Förderung als Ziel eines inklusiven Schulsystems;

Unterrichtung von Schülerinnen und Schülern mit sonderpädagogischem Förderbedarf an der Regelschule; Erhalt der Förderschulen, wenn Eltern der Überzeugung sind, dass ihrem Kind dort die bestmögliche Förderung zuteilwird;

Sicherstellung der bedarfsgerechten Zuweisung von Förderstunden;

zweige, v.a. in Englisch, Französisch, Spanisch und Italienisch, ab der Grundschule;

individuelle Förderung der Kinder in Schulen mit einem überdurchschnittlichen Anteil von Schülerinnen und Schülern aus bildungsfernen oder sozial benachteiligten Elternhäusern;

Stärkung der historisch-politischen Bildung an den Schulen; Vermittlung der deutschen Geschichte und der Grundlagen der Verfassungsordnung mit einem Besuch an entsprechenden Orten;

weiterer Ausbau von Gewaltprävention und Kinderschutz an Schulen; verpflichtende Fortbildung im Bereich Kinderschutz;

weitere Steigerung der Anzahl der Schulgesundheitsfachkräfte und der Erste-Hilfe-Kurse;

weiterer Ausbau der Schulpsychologie;

Schaffung eines landesweiten Koordinierungsprojekts zur Suizidprävention;

Schärfung von Heimatkunde in der Grundschule; Stärkung von Dialekten als Teil der Sprachkultur in Kitas und Schule;

besseren Vernetzung von Ernährungsräten und lokalen Projekten;

flächendeckende Ausweitung des Einsatzes von Schulgesundheitsfachkräften; konzeptionelle Absicherung der Gesundheitsaufklärung an allen Schulen;

Stärkung der Suizidprävention in Schulen;

Inklusion: Stärkung des inklusiven Unterrichts in allen Schulformen, Abbau struktureller Hindernisse und Sicherstellung, dass ausnahmslos alle Lehrkräfte über inklusive Grundkompetenzen verfügen;

Versetzung aller Schulen baulich, sächlich und personell in die Lage, inklusiv zu unterrichten;

Schaffung von mehr Stellen für die Inklusion; Sicherstellung einer auskömmlichen Grundversorgung zur besonderen Förderung an jeder Schule;

Sicherung der Professionalität der Förderlehrkräfte und deren Vernetzung untereinander;

Weiterentwicklung von Beratungs- und Förderzentren zusammen mit dem schulpsychologischen Dienst zu Unterstützungsagenturen für alle Schüler*innen aller Schulen;

Förderung der individuellen Förderung und längeren gemeinsamen Lernens;

Kooperationsvereinbarung mit der deutschen Friedensgesellschaft - Vereinigte Kriegsdienstgegner*innen und anderen zivilen Menschenrechts- und Friedensorganisationen;

keine Werbung von Jugendoffizieren der Bundeswehr an Schulen und auf Ausbildungsmessen für Kriegseinsätze;

Ausbau der kulturellen Bildung an den Schulen; jährlich ein kostenfreier Besuch einer kulturellen Veranstaltung bzw. Institution für alle Schüler*innen; flächendeckende und nachhaltige Ausweitung der schulischen Kooperationen im Bereich der Kultur;

Inklusion: Garantie eines Platzes an einer Regelschule für jedes Kind; Schaffung der Möglichkeit, dass die Beschulung aller Kinder in inklusiven Schulen möglich ist und die notwendigen Ressourcen hierfür zur Verfügung stehen; Aufhebung des Ressourcenvorbehalts im Schulgesetz;

multiprofessionelle Teams aus Lehrkräften, Förderlehrkräften, sozialpädagogischen, psychologischen und therapeutischen Fachkräften für inklusive Schulen;

(bessere) Qualifizierung von Teilhabehilfen;

Stärkung der inklusiven Beschulung in allen allgemeinbildenden Schulen;

weitere Ausweitung der Zuweisung fester Förderschullehrkräfte; Modellprojekte zum inklusiven Gymnasium;

Prüfung einer modellhaften Öffnung von Förderschulen auch für Kinder und Jugendliche ohne Beeinträchtigung;

Verbesserung der Lernumgebungen für Schüler*innen durch Ausbau der Zusammenarbeit zwischen Lehrkräften, Förderpädagog*innen und Teilhabehilfen;

Verbesserung der Situation der Schulbegleiter*innen;

Stärkung der interdisziplinären Frühberatungsstellen und der Beratung der Eltern;

Erleichterung der Anerkennung von Dyskalkulie und Lese-Rechtsschreib-Schwäche/Legasthenie sowie entsprechender Nachteilsausgleiche;

Aufbau einer systematischen Feedbackkultur zwischen Lehrkräften und Schüler*innen, Schulleitung und Kollegium, Schulamts und Schulen sowie relevanten Fachverbänden;

FDP	CDU	SPD	DIE LINKE	B90/DIE Grünen	AfD
<p>Stärkere Nutzung der Chancen der digitalen Bildung für die individuelle Förderung; „Digitalstrategie Schule“;</p> <p>flächendeckende Ausstattung aller Schulen mit WLAN; moderne und sichere Hard- und Softwareausstattung, die vorrangig auf Open-Source-Lösungen setzt;</p> <p>Einführung eines Digitalisierungsbudgets, das die Schulen flexibel einsetzen können;</p> <p>Medienkompetenz-Trainings für die Schülerinnen und Schüler;</p> <p>ausreichende Sensibilisierung sowie Aufklärungs- und Informationsangebote zu Cybermobbing und Cybergrooming;</p> <p>mehr Jugendmedienschutzbeauftragte und Medienberater;</p> <p>flächendeckendes Angebot für einen verpflichtenden Informatik-Unterricht in der Sekundarstufe I;</p> <p>Entwicklung eines nachhaltigen IT-Supportkonzepts mit ausreichend Ressourcen für jede Schule;</p> <p>komplette Ersetzung von Schulbüchern durch digitale Lernmittel bis zum Ende der Legislaturperiode;</p>	<p>Weitere Umsetzung der „Strategie Digitale Schule“; Vorantreiben der pädagogischen Innovation mit digitalen Vorhaben;</p> <p>virtuelle Schulräume an jeder Schule;</p> <p>Aufbau einer komplett digitalen Pilotsschule;</p> <p>Förderung von Medienkompetenz;</p> <p>Digitalpakt 2.0, der zu den digitalen Bedarfen der Schulen passt;</p> <p>Ausbau der WLAN-Ausleuchtung in den Klassenräumen und des IT-Supports für Schulen vor Ort; digitale Hausmeister, die die Infrastruktur an den Schulen pflegen und warten; mindestens ein IT-Supporter an jeder weiterführenden Schule;</p> <p>flächendeckende Einführung des Schulfachs Digitale Welt als Regelfach für die Jahrgangsstufen 5 und 6;</p> <p>Stärkung des Fachs Informatik in der gesamten Sekundarstufe I;</p> <p>Einführung verpflichtender Fortbildungen für Lehrkräfte im Bereich Medienbildung;</p> <p>Bekämpfung von „Cybergrooming“ durch verstärkte</p>	<p>Masterplan Digitalisierung, um den Transformationsprozess im Bildungsbereich zu gestalten; Anpassung der Curricula und Didaktik;</p> <p>Einrichtung eines „Zentrum für Bildung in der Digitalen Welt“;</p> <p>Ausweitung der Lernmittelfreiheit auf den digitalen Bereich;</p> <p>Fortbildungsoffensive für alle Lehrkräfte bezüglich der Möglichkeiten digitalen Lernens;</p>	<p>Komplette Lernmittelfreiheit für digitale Lernmittel; kostenlose Bereitstellung von Endgeräten und Software für die Schüler*innen;</p> <p>Digitalisierung in der Schule: einheitliche, von der Schule bereitgestellte Endgeräte; Schaffung einer digitalen Lern- und Verwaltungsumgebung, die benutzerfreundlich und datenschutzkonform ist;</p> <p>Verankerung des Umgangs mit digitalen Medien als Querschnittsaufgabe im Unterricht;</p>	<p>Deutliche Verstärkung der Fortbildungs- und Beratungsangebote für Lehrkräfte im Kinder- und Jugendmedienschutz;</p> <p>Erlernen analoger Grundkompetenzen in der Grundschule; präventive und kindgerechte Anbahnung digitaler Kompetenzen im Bereich des Kindermedienschutzes;</p> <p>Ausbau existierender Verfahren dafür, dass Lehrkräfte kooperativ und mit Unterstützung der Lehrkräfte Akademie qualitativ hochwertige Unterrichtseinheiten erstellen und aktualisieren können, die dann allen Lehrkräften zur Verfügung stehen;</p> <p>Aufbau eines Katalogs mit fachlich geprüften digitalen Lernmitteln für alle Inhalte der Kerncurricula Klasse 5; Abstimmung der Lehrkräftefortbildung hierauf;</p> <p>Förderung grundlegender Kompetenzen aus dem Bereich Informatik in Verbindung mit lebensweltlichen und gesellschaftlichen sozialen, ökonomischen und ökologischen Problemstellungen und feste Verankerung in den Lehrplänen;</p> <p>Evaluierung des Schulversuchs „Digitale Welt“;</p> <p>weiterer Ausbau des Fortbildungs- und Beratungsangebots</p>	<p>Stabile und schnelle WLAN-Anbindung in allen Klassenräumen als Selbstverständlichkeit;</p> <p>Ausstattung der Schüler ab Jahrgangsstufe fünf Zuzahlung befreit mit einem einheitlichen Tablet-Computer; Vereinheitlichung der Computer- und Softwareausstattung für Lehrer in den Schulen;</p> <p>Einführung eines verpflichtenden Informatikunterrichts in den weiterführenden Schulen;</p>

IT und Coding als Pflichtfach an den Schulen; Abschaffung des Pilotprojekts „Digitale Welt“;

Einsetzung eines Expertenrates Digitale Bildung aus Vertreterinnen und Vertretern der Schüler- und Elternschaft, der Lehrkräfte, den Schulträgern und wissenschaftlichen Expertinnen und Experten; Abgabe von Empfehlungen für Anpassungen und Umsetzung der datengestützten Schulentwicklung;

Präventionsarbeit und intensivierte Vermittlung von Medienkompetenzen;

der Medienzentren in der Region und der Lehrkräfteakademie;

FDP	CDU	SPD	DIE LINKE	B90/DIE Grünen	AfD
<p>Sicherstellung einer guten Lehrkräfteversorgung; Gewährleistung von Reserven für Krankheit, Fortbildung, schulische Veranstaltungen und Profilbildungen;</p> <p>gute Arbeits- und Beschäftigungsbedingungen, angemessene Verdienst-, Weiterbildungs- und Aufstiegsmöglichkeiten;</p> <p>qualitätsvolle Fortbildungsaktivitäten für Lehrkräfte und Führungspersonal;</p> <p>breite Fachkräfteoffensive, insb. zur Anwerbung von Grund- und Förderschullehrkräften und für berufliche Bildung;</p> <p>Gewinnung von Quer- und Seiteneinsteigern in Vollzeit und berufsbegleitend;</p> <p>verstärkte Vermittlung des diagnostischen Handwerkszeugs, um Hochbegabung festzustellen;</p> <p>Stärkung des Grundschullehrerstudienanges; Erhöhung der Regelstudienzeit für das Grundschullehramt auf zumindest neun Semester; schnellere Eingruppierung nach A13; Erhöhung der Regelstudienzeit auch für Haupt- und Realschullehramt;</p> <p>ein/e Fortbildungsbeauftragte/r an jeder Schule;</p>	<p>Grundunterrichtsversorgung von 105 %;</p> <p>weiterer Ausbau des Einsatzes pädagogischer Fachkräfte an Schulen; weitere Stellen zur sozialpädagogischen Unterstützung;</p> <p>Einführung der Ausbildung von „Fachinformatikern Systemintegration mit Schwerpunkt Schulverwaltung“ für den flächendeckenden Einsatz von Systemintegration an allen Schulen in Hessen;</p> <p>Prüfung weiterer Möglichkeiten gemeinsam mit den Universitäten, die Studierenden frühzeitig in ihrer Tätigkeit an den Schulen zu unterstützen;</p> <p>Beibehaltung der ersten und zweiten Staatsprüfung in jedem Fall;</p> <p>Schaffung von Beförderungsstellen im Haupt- und Realschulbereich;</p> <p>bedarfsgerechter Ausbau der bestehenden Maßnahmen zur Weiterqualifikation und zum Quereinstieg in den Lehrämtern mit besonderen Bedarfen;</p> <p>Bereitstellung von Lehrmaterialien und Handlungsempfehlungen zur Sensibilisierung und Prävention vor sexueller Gewalt, auch im Netz; Fortführung der</p>	<p>Beendigung von Lehrermangel und Unterrichtsausfall;</p> <p>massiver Ausbau des berufsbegleitenden qualifizierenden Quereinstiegs;</p> <p>Veränderung der Ausbildung der Lehrkräfte, Vorbereitung auf die Aufgabe und Arbeit in multiprofessionellen Teams;</p> <p>Vergütung der Praxissemester;</p> <p>Ermöglichung der Aufnahme von mindestens zwei Lehrkräften pro Schule in den Vorbereitungsdienst, ohne dass diese auf die schulischen Wochenstunden angerechnet werden;</p> <p>Stipendienprogramm für Mangel-fächer;</p> <p>Festschreibung der Studiendauer aller Lehrämter auf 10 Semester;</p> <p>Bezahlung aller Lehrkräfte als Einstieg nach A13;</p> <p>Steigerung der Studienkapazitäten der Lehrämter; Einführung eines grundständigen Studiums Schulsozialpädagogik;</p> <p>Ausbau der Stellen für Verwaltungsfachkräfte und Bibliothekar*innen an Schulen;</p>	<p>Verbesserung der Arbeitsbedingungen von Lehrkräften; Schaffung zusätzlicher Lehrer*innenstellen;</p> <p>verstärkte Qualifizierung und Betreuung;</p> <p>keine weiteren unbegründeten Befristungen von Beschäftigungen;</p> <p>Beendigung prekärer Arbeitsverhältnisse von Lehrkräften;</p> <p>Bezahlung und Anstellung angestellter Lehrkräfte über TV-H-Vertrag für das komplette Jahr in der unterrichtsfreien Zeit;</p> <p>Schaffung von noch mehr Stellen für Lehrer*innenausbildung an den Universitäten;</p> <p>Aufwertung des Grundschulberufs; Bezahlung nach A 13;</p> <p>Anhebung der Regelstudienzeit für alle Lehrämter auf zehn Semester;</p> <p>Verankerung von Inklusion als fester Bestandteil der Lehrer*innenausbildung und Weiterbildung;</p> <p>Reform der Lehrkräfteausbildung; Verzahnung von theoretischer und praktischer Ausbildung, von Fachwissenschaft und</p>	<p>Anpassung der Zahl der Planstellen bei Bedarf, damit diese für engagierte Lehrkräfte auch zur Verfügung stehen;</p> <p>deutliche Erhöhung der Fortbildungsangebote in den Bereichen Kompetenzen zum individuellen Fördern sowie in den Querschnittsthemen Teamarbeit, Inklusion, Digitalisierung und Unterrichtsentwicklung;</p> <p>Ausbau von Studienplätzen in den Mangelbereichen Grund- und Förderschullehramt sowie von Referendariatsstellen und verschiedenen Weiterbildungs- und Quereinstiegsmöglichkeiten;</p> <p>Ermöglichung, neben der pädagogischen auch eine administrative Schulleitung zu schaffen;</p>	<p>Erweiterung des Praxisanteils in den Lehramtsstudiengängen für eine effiziente Berufsvorbereitung;</p> <p>Vereinheitlichung der Regelstudienzeit für alle Lehramtsstudiengänge auf zehn Semester;</p> <p>angemessene Vergütung der schulischen Pflichtpraktika;</p> <p>Vereinfachung des Einstiegs in den Lehrerberuf durch Beschleunigung und Entbürokratisierung des Bewerbungsprozesses;</p> <p>Entwicklung und Umsetzung von qualitativ hochwertigen Quereinstiegsverfahren;</p> <p>angemessener Ermessensspielraum für die Schulen zur Besetzung von offenen Lehrerstellen;</p> <p>Beendigung der Praxis der Kettenarbeitsverträge und der Entlassung in Ferienzeiten; Überführung von Honorararbeitsverträgen spätestens nach einem Jahr in reguläre Angestelltenverhältnisse;</p> <p>Entlastung der Lehrer von Verwaltungsaufgaben; Vorantreiben der Einstellung von Schulverwaltungsassistenten;</p> <p>politische Neutralität der Schule; Sicherstellung, dass Schüler ihre</p>

kontinuierlicher Ausbau von digitalen und hybriden Formaten der Lehreraus- und -fortbildung;

verstärkt Fortbildungsangebote in der unterrichtsfreien Zeit;

besondere Leistungsanreize im Dienstrecht zur Teilnahme an Fortbildungen;

Aufrechterhaltung befristeter Anstellungsverträge über die Sommerferien, wenn eine Weiterbeschäftigung beabsichtigt ist; Prüfung, inwieweit die Einstellung von Lehrkräften zu Beginn eines neuen Schuljahres bereits zum 1. August erfolgen kann;

Weiterentwicklung der Führungskräfteakademie vor dem Hintergrund neuer Anforderungen; Bereitstellung von ausreichenden Qualifizierungsmöglichkeiten für Lehrkräfte;

Entwicklung eines Kerns an zu vermittelnden digitalen Grundkompetenzen, der alle Teilbereiche der Lehrkräftebildung abdeckt; Ergänzung durch ein umfassendes Fortbildungsangebot;

regelmäßige Untersuchung des Standes der digitalen Kompetenzen bei Lehrkräften im Rahmen einer Studie; darauf aufbauend weitere Handlungsempfehlungen für Aus- und Fortbildung;

digitale Bildungsangebote als fester Bestandteil der Lehrerbildung;

Kampagnen sowie Fortbildungsangebote und Angebote im Studium;

Fortsetzung der Werbekampagne für den Lehrerberuf;

Stärkung von Schulleitungen; Steigerung der Attraktivität von Leitungstätigkeiten durch ausreichende Freistellung von der Unterrichtsverpflichtung und Zeit für Schul-, Qualitäts- und Personalentwicklung sowie zur Koordinierung der pädagogischen Fachkräfte;

sehr gute Bezahlung aller Lehrkräfte; Anhebung der Besoldung der Grundschullehrkräfte auf A 13;

weitere Stärkung des Gymnasiums als Ort der Vorbereitung auf die akademische Ausbildung;

Einrichtung eines Instituts für Lehrgesundheit;

Erhöhung der Mobilität der Lehrkräfte, Ermöglichung von Rotations-Schuljahren;

Entlastung bei der Unterrichtsverpflichtung bei Übernahme besonderer Aufgaben;

zügige Nachbesetzung der Stellen von Lehrkräften und Schulleitungen; Aufstiegsmöglichkeiten für alle Lehrämter;

Schaffung eines Instituts für Lehrkräftegesundheit;

Einführung einer unabhängigen Ombudsstelle;

Initiierung einer Studie zur Lehrerarbeitszeit gemeinsam mit den Selbstvertretungen der Lehrkräfte;

gerechtere Anerkennung von außerunterrichtlicher Arbeitszeit;

Unterstützung der Arbeit der Personalräte in Schulen, Schulämtern und am Kultusministerium durch eine wertschätzende und kooperative Arbeitsweise;

Pädagogik, Didaktik und Methodik über die gesamte Dauer der Ausbildung;

gemeinsame Ausbildung von Lehrer*innen mit einer Spezialisierung für unterschiedliche Schulstufen;

Rechtsanspruch auf die zweite Phase der Ausbildung nach erfolgreicher erster Staatsprüfung;

deutliche Reduzierung der Pflichtstundenzahl und Vereinheitlichung für alle Schulformen;

Ausbau der Weiterbildungsangebote für Lehrkräfte;

politischen Ansichten zu den Unterrichtsgegenständen ohne Furcht vor Sanktionen durch Lehrer oder Mitschüler darlegen können; jederzeitige Gewährleistung des Austauschs objektiver Fakten und begründeter Meinungen zu einem im Unterricht behandelten Sachverhalt;

FDP	CDU	SPD	DIE LINKE	B90/DIE Grünen	AfD
<p>Intensivierung der Berufsorientierung und -beratung in allen Bildungsgängen;</p> <p>Vernetzung der allgemeinbildenden mit den beruflichen Schulen;</p> <p>Erhöhung der Anzahl der Praktika, Erleichterung insb. freiwilliger Zusatzpraktika;</p> <p>Stärkung der Willkommenskultur, der internationalen Kompetenz, der Sprachkompetenz und der Diversity in Betrieben und Schulen;</p> <p>Gewinnung von wieder mehr jungen Menschen für eine duale Ausbildung;</p> <p>zentrale Ansprechpartner in der Kultusverwaltung für die beruflichen Schulen;</p> <p>dichtes Netz an wohn- und ausbildungsplatznahen Berufsschulen, um die logistischen Hindernisse für Ausbildungswillige gering zu halten; Angebot auch von Unterrichtsformen wie Teilpräsenz oder Online-Unterricht, um Standorte in der Fläche zu sichern;</p> <p>Stärkung der regionalen Wirtschaft durch qualifizierte Fachkräfte; Erhalt der Fachklassen des dualen Systems insbesondere</p>	<p>Ermöglichung eines reibungslosen Übergangs für Schülerinnen und Schüler in ihre berufliche Zukunft;</p> <p>Stärkung der Berufsorientierung in der Mittelstufe;</p> <p>Erhöhung der Anzahl der Pflichtpraktika; deutliche Verbesserung der Rahmenbedingungen für freiwillige Zusatzpraktika;</p> <p>explizite Förderung der Mittelstufenschule als Schulform durch eine besondere Mittelzuweisung und den Ausbau von Kooperationsmaßnahmen mit Betrieben;</p> <p>Stärkung der dualen Ausbildung als Eintrittskarte für berufliche und persönliche Weiterentwicklung;</p> <p>Stärkung des Handwerks bereits in der Grundschule und der Sekundarstufe I durch Kooperation mit Beruflichen Schulen, auch im Ganztag;</p> <p>landesweite Umsetzung der positiven Elemente regionaler Programme wie des „Limburger Modells“ oder des Projekts zur Berufsorientierung im Kreis Waldeck-Frankenberg;</p> <p>Ausweitung der Initiative „Deine Zukunft #REAL:DIGITAL“ als</p>	<p>Sicherung und Weiterentwicklung der an beruflichen Schulen bestehenden Produktionsschulen;</p> <p>Ausbau der Angebote beruflicher Gymnasien; Einführung des Fachs Arbeitslehre an den Gymnasien;</p> <p>Investitionsprogramm berufliche Bildung;</p> <p>Absenkung der Mindestschüler*innenzahl für Berufsschulen; flächendeckende Sicherung von Berufsschul- und Ausbildungsstandorten;</p> <p>Durchführung eines Modellversuchs „virtuelle Berufsschule“;</p> <p>Lehrkräfteoffensive für die beruflichen Schulen;</p> <p>Erleichterung des Weges in die berufliche Bildung für Studienabbrecher;</p> <p>Stärkung und Ausbau des Bildungsurlaubs; Weiterentwicklung in eine Bildungszeit mit Rechtsanspruch für alle; Ausweitung der Angebote für Bildungszeiten; finanzielle Förderung der Träger;</p> <p>umlagefinanzierte Ausbildungsgarantie insb. für junge Menschen unter 35;</p>	<p>Rechtsanspruch auf einen Ausbildungsplatz;</p> <p>Einführung einer Ausbildungsplatzumlage; Förderung von Ausbildungsverbänden;</p> <p>mehr Ausbildungsplätze beim Land;</p> <p>gesetzliche, höhere Mindestausbildungsvergütung;</p> <p>Überführung der Ausbildung in Berufen, die nicht dual geregelt sind, in eine duale Berufsausbildung; bis dahin Entfall des Schulgeldes und Zahlung eines am tariforientierten Ausbildungsgeldes;</p> <p>zügiger Ausbau der beruflichen Schulen auf neuestem technischem Stand;</p> <p>mehr Stellen für Lehrkräfte und für Sozialarbeit und sozialpsychologische Begleitung in den beruflichen Schulen;</p> <p>sechs Unterrichtsstunden mindestens an zwei Tagen pro Woche für alle Berufsschüler*innen;</p> <p>flächendeckende Abdeckung mit Fachklassen im ganzen Land; Konzept zur Entwicklung der beruflichen Schulen bei weniger Teilzeitschüler*innen und steigenden Ausstattungskosten;</p>	<p>Stärkung der dualen Ausbildung in Betrieb und Berufsschule; Aufwertung der dualen Ausbildung; wertschätzende Entlohnung, bessere Infrastruktur;</p> <p>Unterstützung junger Menschen mit Wohnungs- und weiteren Angeboten bei ihrer beruflichen Ausbildung; Ausbildungswerke analog zu Studierendenwerken;</p> <p>Stärkung von Betriebspraktika; mehr berufliche Orientierung für Schüler*innen aller Schulformen, besonders an Gymnasien; Stärkung der Wahlpflichtangebote in handwerklichen, gesundheitlichen u.a. berufsorientierten Bereichen; Stärkung von Praktika und Orientierungswochen;</p> <p>bedarfsgerechter Ausbau der studienqualifizierenden Bildungsgänge der beruflichen Schulen;</p> <p>Sicherung aller Berufsschulstandorte; Entwicklung zu Kompetenzzentren;</p> <p>stärkere Nutzung der Potenziale von Hybrid- und digital gestütztem Distanzunterricht insb. an regionalen und Landesfachklassen; stärkere Nutzung der Chancen der Digitalisierung;</p> <p>Übernahme der Schulgelder an privat betriebenen Schulen für</p>	<p>Beendigung der einseitigen Favorisierung akademischer Ausbildungsgänge; Stärkung des gesellschaftlichen Ansehens nicht-akademischer Ausbildungsgänge; gleiche Wertschätzung für die berufliche duale Ausbildung wie für einen akademischen Abschluss;</p> <p>mehr Berufsvorbereitung an Regelschulen; keine reine Verschuulung der Berufsvorbereitung und Ausbildung;</p> <p>enges Zusammenwirken der Regelschulen mit Ausbildungswerkstätten und berufsbildenden Einrichtungen, im Rahmen eines neu auszugestalteten und in allen Schulformen verpflichtend anzubietenden Werk- und Arbeitslehreunterrichts;</p> <p>regelmäßige Unternehmenspraktika über die bisherigen zwei Pflichtveranstaltungen hinaus in allen Bildungsgängen;</p> <p>enger Verbund zwischen Schule, Handwerk und Industrie;</p> <p>Erhalt und Ausbau des dualen Systems der beruflichen Bildung;</p> <p>keine inhaltliche Schwerpunktbildung und Reduzierung von Berufsschulstandorten; breites Ausbildungsangebot an jeder Schule;</p>

dere im ländlichen Raum; Standortssicherung und Erhalt von beruflicher Bildung in der Fläche;	neues Informations- und Mitmachangebot zur beruflichen Orientierung an Schulen;	Landesprogramm „Jugend in Arbeit“ mit Ermöglichung eines praxisorientierten Berufseinstiegs;	preisgünstiger Wohnraum für Auszubildende;	weitere Mangelberufe durch das Land;	kostenfreie Meisterlehrgänge, wenn im Anschluss die berufliche Profession im Land ausgeübt wird;
Etablierung der beruflichen Schulen durch Erweiterung ihrer Handlungskompetenz als Kooperations- und Kommunikationspartner der Betriebe in der Region und als Teil eines Netzwerks zwischen einzelnen Schulstandorten;	flächendeckende Ausweitung des „Schulversuchs Berufsfachschule“ zum Übergang in Ausbildung;	Erhalt der beruflichen Schulen im Ländlichen Raum; flächendeckender Ausbau der Jugendberufsagenturen, auch im ländlichen Raum;	Ausbau von Beratungsangeboten für Auszubildende schon während der Ausbildung zu Weiterbildungsangeboten nach der Ausbildung, z.B. Meister*innen-Kurse;	Gleichberechtigung zwischen allgemeinbildenden und beruflichen Schulen auch bei der Ausstattung mit Schulleitungskräften und deren Besoldung;	Erhöhung der Meisterprämie auf 4000 €;
Erhalt besonderer regionaler, auch vollschulischer Angebote;	Intensivierung der Werbemaßnahmen für Erzieher und Pflegeberufe, die durch eine schulische Ausbildung vermittelt werden;	Schaffung einer Abteilung „Berufliche Schulen“ im Kultusministerium;	Ermöglichung lebenslangen Lernens: mehr finanzielle Unterstützung für die Volkshochschulen; rechtliche Absicherung und angemessene Honorierung der Kursleiter*innen;	Erhalt und Ausweitung vielfältiger und niedrigschwelliger Bildungsangebote zum lebensbegleitenden Lernen; weitere Unterstützung und finanzielle Stärkung der Volkshochschulen und weiterer anerkannter Träger der Weiterbildung; Stärkung der Angebote eines zweiten Bildungsweges und der Erstausbildung für Erwachsene;	Einführung eines Qualifizierungsstudiums für interessierte Handwerks- und Industriemeister, damit diese auf diesem Weg die Lehrbefähigung für die Berufsschule erwerben können;
Ermöglichung für Jugendliche, sich im allgemeinbildenden Bereich in beruflichen Schulen weiter zu qualifizieren und höhere allgemeinbildende Schulabschlüsse zu erwerben;	Kostenfreiheit der Meister-, Techniker- und Fachwirt-Ausbildung; Etablierung einer Aufstiegsförderung;	flexiblere Ausbildungsmöglichkeiten zur Vereinbarkeit von Familie, Beruf und Freizeit;	weiterer Ausbau der Weiterbildungsmaßnahmen; Aufstockung der Mittel für den Weiterbildungsapart;	Stärkung der Angebote eines zweiten Bildungsweges und der Erstausbildung für Erwachsene;	Massiver Ausbau des Weiterbildungswesens, begleitet von einer Förderung der Umschulung und Weiterbildung für potenziell interessierte Bewerber von SGB II-Leistungen; umfassende staatliche Kontrolle der Anbieter entsprechender Maßnahmen;
Lebenslanges Lernen: breites und qualitativ hochwertiges Erwachsenenbildungsangebot;	Fortführung und Umsetzung des Konzepts „Zukunftsfähige Berufsschule“;	Gründung von Auszubildendenwerken; bezahlbarer Wohnraum in der Nähe des Ausbildungsbetriebs; vergünstigtes Deutschlandticket;	Überarbeitung des Gesetzes über den Anspruch auf Bildungsurlaub, Vereinfachung der Voraussetzungen und Aufnahme weiterer Bildungsangebote;	Stärkung von Weiterbildungen zu zentralen Themen der Transformation der Wirtschaft und Digitalisierung;	
Verstetigung der Projektmittel für Volkshochschulen, Schaffung von Planungssicherheit durch dauerhafte Förderung;	Ausstattung der Berufsschulen mit modernsten Geräten, Aufstockung des Lehrpersonals;	berufliche Bildung und Berufsorientierung an allen Schulformen;	Bezuschussung der Kosten für die Teilnahme an Bildungsurlauben;	Förderung von Bildungsinitiativen in benachteiligten Gebieten;	
Abbau der bürokratischen Anforderungen bei der Beantragung von Landesmitteln;	Entwicklung einer digitalen Azubi-App;	Förderung von Weiterbildung und Qualifizierung bereits während der Erwerbstätigkeit; Rechtsanspruch auf Qualifizierung und Weiterbildung; Stärkung des politischen Bildungsurlaubs;	Erhalt und finanzielle Stärkung der Hessenkollegs und Abendschulen als Möglichkeiten des lebenslangen Lernens;	Stärkung von Angeboten zur Förderung der Bildungssprache Deutsch an den Schulen für Erwachsene;	
Digitalisierung des Kursangebotes und der Lehrmittel auch im Bereich der Erwachsenenbildung;	Erhöhung der Attraktivität von Ausbildung durch „mehr Netto vom Brutto“	Erhalt und Ausbau des Angebots der Volkshochschulen und der Erwachsenen- und Weiterbildungsangebote;	kostenfreie Meister*innen Kurse;	Bündelung der Weiterqualifizierungsangebote für Menschen jeden Alters in einem hochschulübergreifenden Zentrum für Weiterbildung; Aufbau staatlicher Unterstützung für Weiterbildung in Bereichen, die für die Wissensgesellschaft von besonderer Bedeutung sind; knüpfen von Kooperationen mit Unternehmen;	
	Entwicklung der Haupt- und Realschulen durch neue Ausbildungsschwerpunkte zu Zukunftszentren beruflicher Bildung;	Schaffung eines curricularen Angebots der Bildungssprache Deutsch insb. für Menschen mit Fluchtgeschichte;			

FDP	CDU	SPD	DIE LINKE	B90/DIE Grünen	AfD
<p>Stärkung und Weiterentwicklung der Hochschulautonomie; Übertragung der Dienstherreneigenschaft, der Bauherreneigenschaft und der Möglichkeit zum Abschluss eigener Tarifverträge für Hochschulen, die dies wünschen;</p> <p>eigene Hochschulentwicklungsplanung; Freiheit für jede Hochschule, sich im Rahmen dieses Planes autonom zu entwickeln;</p> <p>Stärkung der Unabhängigkeit der Hochschulräte; Besetzung der Hochschulratsmitglieder nicht mehr von der Landesregierung, sondern vom Landtag; Entfallen der Begrenzung der Amtszeit für Hochschulräte;</p> <p>Stärkung des studentischen Einflusses auf die Lehre; Weiterentwicklung des Zuschnitts der Hochschulgremien; Drittelparität rechtlich nicht möglich; Orientierung der Mitwirkungsrechte am Thema;</p> <p>Abschaffung der Verpflichtung zur verfassten Studierendenschaft; Freiwilligkeit der Mitgliedschaft;</p> <p>Fortführung des Hochschulpaktes; Weiterentwicklung der Kennzahlen im nächsten Hochschulpaket, mit denen die Leistung der Hochschule in Forschung und Lehre gemessen wird; Verstär-</p>	<p>Auskömmliche und verlässliche Finanzierung; verlässliche und angemessene Steigerung der Grundfinanzierung der Hochschulen im Nachfolge-Hochschulpaket ab 2025;</p> <p>Ausfinanzierung des Tenure Track sowie des 300 WProgramms; Einbeziehung von Praxissemester, Lehrkräftebildung und Psychotherapie in die Grundfinanzierung;</p> <p>spürbare Erhöhung der Mittel der Programme HEUREKA und COME; Auflegen eines Programms HEUREKA DIGITAL;</p> <p>neuer und ausgeweiteter „Digitalpakt Hochschule“; Vorantreiben des digitalen Wandels in Wissenschaft, Forschung und Lehre;</p> <p>Erleichterung der Übernahme der Bauautonomie für die Hochschulen auf Wunsch;</p> <p>Entbürokratisierung der Hochschulverwaltung; transparentere Administration der Budgetmittel; Vereinfachung der Systematik; Digitalisierung und Prozessoptimierung von Verwaltungsaufgaben; Ausbau des Cyberschutzes an den Hochschulen;</p> <p>Schaffung einer dritten Säule der Finanzierung durch Land und Bund bei der Finanzierung der</p>	<p>Gerechtere Zugänge zu akademischer Bildung; weitere Öffnung des Hochschulsystems;</p> <p>Landesprogramm zur Unterstützung der Kinder von Nichtakademiker*innen;</p> <p>gebührenfreies Studium für alle; Abschaffung des „Verwaltungskostenbeitrags“;</p> <p>höhere Durchlässigkeit der akademischen und Ausbildungsberufe zueinander; Erweiterung der Möglichkeiten, ohne Abitur zu studieren; Erleichterung und Förderung des Wechsels zwischen Ausbildung und Studium;</p> <p>Unterstützung akademischer Angebote der Fort- und Weiterbildung für alle Bevölkerung- und Altersgruppen;</p> <p>erhebliche Ausweitung und Flexibilisierung der Möglichkeiten für das Teilzeitstudium;</p> <p>Zugang zu bezahlbarem Wohnraum, bezahlbaren Mensen, Mobilität und guter Beratungsinfrastruktur für Studierende;</p> <p>stärkere finanzielle Unterstützung der Studierendenwerke;</p> <p>bezahlbares Semesterticket durch Landeszuschüsse, Kompabilität mit dem 49 € Ticket;</p>	<p>Bessere finanzielle Ausstattung der Hochschulen; neuer bedarfsdeckender Hochschulpaket;</p> <p>deutliche Stärkung der Grundfinanzierung; Verringerung der Abhängigkeit von Drittmitteln; Abschaffung der Landesoffensive zur Entwicklung wissenschaftlich-ökonomischer Exzellenz (LOEWE);</p> <p>viertel-paritätische Selbstverwaltung der Hochschulen; Institutionalisierung der Landes-ASTen-Konferenz als landesweite Vertretung der Studierenden;</p> <p>keine Wiedereinführung der Studiengebühren, auch nicht für Teile der Studierendenschaft; keine Erhebung von Gebühren für Verwaltung und Prüfungen; Abschaffung des Verwaltungskostenbeitrags; Ausgleich durch eine angehobene Grundfinanzierung;</p> <p>Erleichterung des Hochschulzugangs, Abbau von Bildungsbarrieren; mehr Zugangswege ins Studium auch ohne Abitur; Vereinfachung der Anrechnung beruflicher Qualifikationen; Ausbau der Studienplatzkapazitäten für Studierende ohne allgemeine Hochschulreife;</p> <p>Reform der Studienfinanzierung; deutliche Erhöhung und Ausbau des BAföG; elternunabhängige</p>	<p>Weiterführung der Kommission Studienerfolg;</p> <p>weitere Unterstützung des Engagements von wissenschaftlichen Mitarbeitenden in der Lehre; bessere Berücksichtigung ihrer Leistungen im Hochschulpaket; Ausbau der Hochschuldozentur;</p> <p>Ausbau des HessenHub und Etablierung als Standard, um digitale Lehrangebote hochschulübergreifend zu fördern sowie abrufbar zu machen;</p> <p>Pakt gegen Bildungssackgassen; Ausbau der Beratung für „Studienzweifler*innen“;</p> <p>flexible Gestaltungsmöglichkeit der Regelstudienzeit zur Stärkung des Teilzeitstudiums;</p> <p>weitere Öffnung des Zugangs für Gasthörer*innen;</p> <p>Stärkung der Grundfinanzierung der Hochschulen; Stärkung der Förderung der Spitzenforschung;</p> <p>Evaluierung und Weiterentwicklung der Studienkommissionen, die die Mitbestimmung von Studierenden in der Lehre stärken;</p> <p>Beschränkung der Funktion der Hochschulräte auf beratende Aufgaben, insb. bei der Wahl von Präsident*innen;</p>	<p>Erhalt der Autonomie von Hochschulen und Universitäten; keine Anerkennung der „Hessischen Hochschule für öffentliches Management und Sicherheit“ als wissenschaftliche Hochschule;</p> <p>Einführung von Eignungstests vor der Zulassung zu einem Studiengang an den Hochschulen;</p> <p>unbedingte Erhaltung des Abschlusses „Diplom-Ingenieur“ als ein deutsches Qualitätsmerkmal;</p> <p>unbedingte Stärkung der Hochschulautonomie; Einschränkung des politischen Einflusses auf die Hochschulen;</p> <p>Hochschulen müssen frei von wissenschaftsfeindlichen Ideologien wie Gender-Mainstreaming oder Cancel Culture verbleiben;</p> <p>besondere Berücksichtigung und Unterstützung von Studenten, die Studiengänge mit natur- und ingenieurwissenschaftlichen sowie medizinischen Schwerpunkten belegen, bei der Förderung; keine Förderung von ideologisch aufgeladenen Studiengängen wie „Gender Studies“;</p> <p>Einführung von Studiengebühren für Nicht-EU-Ausländer; vollständige Investierung der erzielten Einnahmen in den Universitäten;</p>

kung der Anreize für die Steigerung der Qualität von Forschung und Lehre; Förderung des Wettbewerbs um die besten Leistungen in der Forschung, aber auch in der Lehre;

Stärkung der Grundfinanzierung;

kostenfreies Erststudium; Kostenfreiheit des ersten berufsqualifizierenden Abschlusses bis einschließlich Masterabschluss an allen staatlichen Hochschulen; Freistellung für die Hochschulen, ob sie die Studierenden angemessen an den Kosten des Studiums beteiligen wollen; Schaffung der Möglichkeit, die Gebühren für Weiterbildungs- und Aufbaustudiengänge nachgelagert während der Zeit der Berufstätigkeit zu entrichten;

weiterer Ausbau des Stipendienwesens; Ergänzung des Deutschland-Stipendiums durch hessische Stipendien;

Neuregelung der Hochschulfinanzierung zwischen Land und Bund;

Entlastung der Hochschulen von Bürokratie;

Studiengänge: Orientierung der Studienangebote an den Lebenswirklichkeiten; verstärkte Teilzeitstudiengänge, berufsbegleitende Studiengänge oder Fernstudiengänge; Nutzung der Chancen der Digitalisierung, Bereitstellung webbasierter Angebote;

Überprüfung der Studien-, Prüfungs- und Praktikumsordnungen und Anpassung, dass sie

Hochschulmedizin; auskömmliche Finanzierung der Universitätskliniken;

keine verpflichtende Verwendung der Gendersprache mit Sonderzeichen an den Hochschulen; keine schlechtere Benotung oder ähnliche Konsequenzen bei Nicht-Gendern;

zukunftsfähige Ausgestaltung von Studium und Lehre; starke Lernumgebungen, differenzierte Lernwege, intensive Lernbegleitung;

für alle Hochschulen gemeinsames Hochschulportal auf Cloud-Basis; gemeinsame Online Bibliothek aller hessischen Hochschulen;

Fortbildungsmöglichkeiten für Studierende und Lehrpersonal betreffend Künstliche Intelligenz;

Einführung einer landesweit einheitlichen StudiApp, die allen Studentinnen und Studenten einen digitalen Studierendenausweis bietet;

Verbesserungen bei der Betreuungsrelation durch Reform der Lehrverpflichtungsverordnung;

Prüfung der Eignung noch weiterer Studiengänge für Bachelorabschlüsse; Festhalten am etablierten Staatsexamen für den Eintritt in einen staatlichen oder staatlich überwachten Beruf; Überprüfung, ob die Zahl der Studiengänge im Bachelor zu differenziert ist und zielgerichtete Bündelung des Gesamtangebot;

Einführung eines Stipendiums für Berufe mit dauerhaftem Fachkräftemangel;

Ausbau von Studienplatzkapazitäten; Einführung des Rechtsanspruchs auf das Masterstudium nach dem BA-Erwerb;

Ansiedlung einer Hochschule in Limburg;

10.000 Wohnheimplätze; zusätzliche Wohnkostenzuschüsse für Studierende in besonders angespannten Wohnungsmärkten; langfristig Versorgungsquote von 20 % gefördertem studentischem Wohnraum; bessere Unterstützung von Promovierenden, Postdocs und internationalen Studierenden bei der Suche nach Wohnraum;

familienfreundliche und diskriminierungsfreie Hochschulen: flächendeckende Schaffung von Beratungs- und Beschwerdestellen/Diversitätsbeauftragten;

stärkere Unterstützung des barrierefreien Umbaus der Hochschulen und der barrierefreien Lehre;

Ausbau des Teilzeitstudiums; familienfreundlichere Gestaltung aller Studiengänge;

verbindliche Ausgestaltung des „Kodex für gute Arbeit an Hessens Hochschulen“ und Ausweitung auf alle Gruppen; Beendigung des Übermaßes an Befristungen; Schaffung einer Mindestquote für verbindliche Anschlusszusagen (Tenure Track) für Postdoc; Förderung von mehr Festan-

Studienfinanzierung; Erleichterung des Wechsels von Studiengängen; Einrichtung eines Notfallfonds für Studierende, die keinen BAföG Anspruch haben;

Reform der Umstellung auf Bachelor und Master; Ausweitung der Regelstudienzeit, Ermöglichung des Teilzeitstudiums, Verringerung der Prüfungsdichte;

Zugang zum Master-Studium für jede*n Bachelor-Absolvent*in ohne weitere Zulassungsbeschränkungen;

Zivilklausel im Hochschulgesetz; Kompetenzstelle „Zivilklausel“ im Wissenschaftsministerium; Stärkung einer interdisziplinären Friedenswissenschaft;

jährlich 2000 Wohnheimplätze für Studierende; Modernisierung der bestehenden Wohnheime ohne Mietpreissteigerungen;

bessere finanzielle Ausstattung der Studierendenwerke;

Ausbau der demokratischen Beteiligung der Studierenden von der Wohnheimverwaltung bis zum Studierendenwerk;

nachhaltiger Umbau der Hochschulen; klimaneutrale Hochschule bis 2030;

Beibehaltung sämtlicher Lehrstühle für Geschlechter-, Migrations- und Ungleichheitsforschung; dauerhafte Finanzierung des Mentoringsprogramms für mehr FLINTA*-Wissenschaft und Wirtschaft; Ausbau transkultureller Mentoring-Angebote sowie

Einführung einer Landesstudierendenvertretung mit Delegationsprinzip;

weiterer Abbau von Barrieren in Studium und Forschung aufgrund von Diskriminierung; weitere Stärkung der Beauftragten für Antidiskriminierung sowie der Arbeit der Antidiskriminierungsstelle des Landes;

Erhöhung der Diversität in den Hochschulgremien;

Stärkung der wissenschaftlichen Karrieren von Frauen;

Fortführung der gezielten Förderung von Genderforschung aus dem Innovationsbudget, Mentoring Hessen oder Hessen-Technikum zur Förderung von Frauen;

Neuaufstellung der Förderung für in Not geratene Studierende; ausreichend günstiger Wohnraum für Studierende; zukunftsfähige Aufstellung der Mensen; geförderter Wohnraum für mindestens 10 % der Studierenden;

Überführung der Finanzierung für Daueraufgaben wie Digitalisierung, der 300 zusätzlichen Professuren und des Mittelbaus in den HAW in die zweckgebundene Grundfinanzierung;

keine Studiengebühren zur Finanzierung der Hochschulen; Abschaffung der Verwaltungskostenbeiträge;

nachhaltiger Hochschulbau; Energie- und Wärmewende in

Stopp und ersatzlose Streichung der Gender-Ideologie in der praktischen Umsetzung; Beendigung der gezielten Förderung von Gender-Professuren und -Forschungsprojekten; unverzügliche Einstellung sämtlicher Förderungen dieser Studiengänge, keine Neubesetzung bestehender Gender-Professuren; Auslaufen von Gender-Forschungsprojekten; Investieren der eingesparten finanziellen Mittel vollumfänglich in MINT-Bereiche;

kein Heranziehen des „Genderns“ zur Beurteilung von Studienleistungen;

sofortige Abschaffung der sogenannten geschlechtergerechten Sprache in Wort und Schrift;

den Bedürfnissen von Vereinbarkeit von Familie, Pflege, Büro und/oder Studium Rechnung tragen und einen erfolgreichen Abschluss ermöglichen;

Bachelorabschluss der Rechtswissenschaften; integrierter Bachelor of Laws, der mit erfolgreichem Abschluss der Hausarbeit im Schwerpunktbereich verbunden ist;

duale Hochschulen: Ausbau der dezentralen Hochschulangebote in der Fläche des Landes;

private Hochschulen: Zahlung eines anteiligen Clusterpreises durch das Land auch für Studierende an privaten Hochschulen im Land; Überprüfung der Höhe des Anteils;

Reform des Akkreditierungsverfahrens privater Hochschulen;

Stärkung des Hochschulstandorts Fulda; Ansiedlung weiterer wissenschaftlicher Einrichtungen in Osthessen;

Erhöhung des Anteils von Studierenden sowie Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern, die einen Auslandsaufenthalt absolvieren;

Künstliche Intelligenz: nicht nur Forschung an KI, sondern Einsatz zur Förderung der Forschung und Lehre;

landesweite Taskforce digitale Transformation;

weitere Stärkung der Studierendenwerke; Fortsetzung und weitere Erhöhung des Programms „Studentisches Wohnen“;

Prüfung einer Senkung oder Abschaffung der GEZ-Gebühren für Auszubildende und Studenten; Abschaffung der Zweitwohnsitzsteuer von Studenten mit politischem Engagement im ländlichen Raum;

Verbesserung der Studienberatung;

Entwicklung eines Pilotprojekts, das für die MINT-Berufe wirbt, Verzahnung mit der Berufs- und Studienorientierung der Schulen;

noch mehr unbefristete Beschäftigungsverhältnisse im Mittelbau; insgesamt weitere Stärkung des Mittelbaus; Erhalt der Flexibilität der Hochschulen bei der Personalentwicklung;

weitere Unterstützung des dualen Studiums; Evaluierung und Neuaufstellung der Förderung der Berufsakademien und privat getragenen Studienzentren;

weitere Stärkung der Stipendienkultur für Studierende an den Hochschulen;

Finanzierungsverbot von verfassungsfeindlichen Organisationen durch studentische Gelder;

stellungen am Fachbereich; Anknüpfung staatlich finanzierter Drittmittel stärker an die Schaffung unbefristeter Beschäftigungsverhältnisse; Tarifverträge für studentische Hilfskräfte, Ausweitung des TV-H auf Hilfskräfte;

Erhöhung der Entlohnung von studentischen Hilfskräften um 15 % mit einem Sofortprogramm;

Schaffung eines rechtsverbindlichen Rahmens für Promotionsstellen, der garantiert, dass mindestens die Hälfte der Arbeitszeit tatsächlich der Promotion zugutekommt;

Abbau der Überlastung vieler Lehrender durch sehr hohe Lehrdeputate; bessere Honorierung des zusätzlichen Vorbereitungsaufwands für neue und innovative Lehrinhalte und -Methoden;

Verbesserung des Verhältnisses zwischen der Anzahl der Studierenden und der Lehrenden;

Weiterentwicklung digitaler Lehrangebote durch verbindliche Standards; konzeptionelle und wissenschaftliche Begleitung durch das „Zentrum für Bildung in der Digitalen Welt“;

Zielvereinbarungen „Klimaneutrale Hochschule bis 2030“ mit allen Hochschulen;

Ausweitung der Mitbestimmung von Studierenden, Mittelbau und nicht wissenschaftlichen Beschäftigten;

der Kooperation mit klassenspezifischen Programmen; Diskriminierung aufgrund sozialer Herkunft als Diskriminierungskategorie im Hochschulgesetz;

Etablierung eines landesweiten Monitoring-Verfahrens, das den Anteil von Studierenden aus nicht akademischen sowie finanziell benachteiligten Elternhäusern erfasst;

Zurückdrängung prekärer Beschäftigung an den Hochschulen; mehr unbefristete und nach der Qualifikation entlohnte Dauerstellen;

Festlegung von Mindestvertragslaufzeiten für alle Arbeitsverträge; Besetzung von Stellen im Regelfall als Vollzeitstellen; mindestens die Hälfte der Arbeitszeit für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter auf Qualifikationsstellen zur eigenen Forschung;

Aufnahme studentischer Hilfskräfte in den Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst; Personalvertretung für Hilfskräfte an jeder Hochschule; Änderung des Personalvertretungsgesetzes;

keine Privatisierungen im Hochschulbereich; keine Förderung von privaten, gewinnorientierten Hochschulen; keine Bezuschussung durch öffentliche Mittel für Hochschulen, die hohe Studiengebühren erheben und zur sozialen Selektion beitragen;

den Hochschulen; integrierte Nachhaltigkeitskonzepte;

Verankerung des Kodex für gute Arbeit im Hochschulgesetz; Einrichtung einer Kommission zur Weiterentwicklung;

Erhöhung der Vertragslaufzeit für eine Erstanstellung von drei auf vier Jahre zur Verbesserung der Rahmenbedingungen für Promovierende; mindestens 50 % der Arbeitszeit der Promovierenden für ihre Promotion; keine Kettenbefristungen;

Ausweitung der Mittel für dauerhafte Beschäftigungsverhältnisse nach der Promotion im Rahmen des Hochschulpakts; Entwicklung adäquater Personalstrukturen mit den Hochschulen;

Stärkung von Repräsentation und Vertretung von Promovierenden;

Ausbau von Karrierewegen im Wissenschaftsmanagement;

weitere Verbesserung der Arbeitsbedingungen für studentische Hilfskräfte; Aufnahme der studentischen Hilfskräfte in den Tarifvertrag des Landes;

attraktivere Gestaltung des Studieneinstiegs in den MINT-Fächern durch interdisziplinäre Studiengänge; Erleichterung eines späteren Einstiegs mittels nicht konsekutiver Masterangebote;

FDP	CDU	SPD	DIE LINKE	B90/DIE Grünen	AfD
<p>Stärkung des Technologietransfers; ein Ansprechpartner in jeder Hochschule, der bei Ausgründungen unterstützt;</p> <p>Beteiligung der Hochschulen am wirtschaftlichen Erfolg von Kooperationen;</p> <p>Stärkung bestehender Partnerschaften zwischen Hochschulen, außeruniversitären Forschungseinrichtungen und Unternehmen, Förderung des Aufbaus neuer Netzwerke;</p> <p>Verbesserung des Forschungsdatenzugangs; Schaffung einer Gesundheitsdaten-Stiftung;</p> <p>Sicherstellung einer auskömmlichen Grundfinanzierung; ausgewogenes Verhältnis von Drittmitteln und Grundfinanzierung; besonderes Gewicht auf Förderung von Grundlagenforschung, da hier der Umfang privater Drittmittel traditionell niedriger ist;</p> <p>mehr Erfolg in der Exzellenzinitiative; Fortführung und dauerhafte Sicherung der Forschung von LOEWE-Zentren und -Schwerpunkten; Überführung freierwerdender LOEWE- Gelder in die Grundfinanzierung der Hochschulen; Ausrichtung der verbleibenden Projektmittel stärker auf die Exzellenzinitiative des Bundes;</p>	<p>Stärkung und Weiterentwicklung des Landes als bedeutender Pharmastandort; stärkere Vernetzung der Forschungsstandorte; Verbesserung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen für die Gesundheitsindustrie;</p> <p>eigenes Forschungs- und Technologieministerium;</p> <p>Gebührenfreiheit für Genehmigungsanträge bei Forschungsvorhaben durch Hochschulen oder private Unternehmen;</p> <p>Forschungskultur ohne Denkverbote; keine Zivilklausel an staatlich finanzierten Hochschulen;</p> <p>Etablierung einer Exzellenzuniversität in Hessen;</p> <p>Evaluierung und bedarfsgerechter Ausbau des Programms Hessen Horizon;</p> <p>Verzahnung der LOEWE- Schwerpunkte mit außeruniversitären Programmen; Evaluierung des Budgets des LOEWE- Programms; Ausschreibung weiterer LOEWE-Schwerpunkte und LOEWE-Zentren; Verstetigung erfolgreicher LOEWE-Projekte;</p> <p>konsequentes Vorantreiben bereits angeschobener Vorhaben zur Förderung von gemeinsamen</p>	<p>Stärkung der Schnittstellen zwischen Forschung, praktischer Anwendung, forschenden Unternehmen und innovativen Startups;</p> <p>Verknüpfung von Forschung und praktischer Anwendung;</p> <p>Unterstützung der Forschungsregionen bei der Bewerbung um Förderung durch die zukünftige „Deutsche Agentur für Transfer und Innovation“;</p> <p>Etablierung einer Beratungsinfrastruktur für EU-Mittel für hessische Unternehmen;</p> <p>Schaffung von mehr Sichtbarkeit für den Raumfahrtstandort Hessen; Unterstützung des Baus eines Besuchs- und Kongresszentrums am Standort des ESOC der ESA in Darmstadt;</p> <p>Aufstockung der Mittel des Digitalpakts zur besseren Unterstützung der Hochschulen bei der Digitalisierung als Querschnittsaufgabe für Forschung und Lehre;</p> <p>Stärkung der Rolle der Wissenschaft für Nachhaltigkeit und den gesellschaftlichen Diskurs; Stärkung des Verständnisses für das wissenschaftliche Denken in der Gesellschaft; Förderung von Citizen Science Projekten und flächendeckenden niedrigschwelli-</p>	<p>Deutliche Stärkung der Grundfinanzierung, um die Unabhängigkeit der Forschung zu sichern;</p> <p>keine gesetzliche Verpflichtung der Hochschulen zur Einwerbung von Drittmitteln;</p> <p>Etablierung von Mindeststandards für drittmittelfinanzierte Stellen;</p> <p>Verankerung im Hochschulgesetz, das aus öffentlichen Mitteln finanzierte Forschungsergebnisse im Open Access - zumindest als Zweitveröffentlichung - publiziert werden müssen;</p> <p>freie Zugänglichkeit der Forschungsdaten, die den Publikationen zugrunde liegen, sowie eventuell eingesetzter Softwarecodes, soweit möglich;</p>	<p>Flexibilisierung des Forschungsförderprogramms LOEWE;</p> <p>Stärkung europäischer Partnerschaften;</p> <p>Etablierung einer neuen Förderlinie in LOEWE TRANSFER, die die Real- und Transferlabore, Transferprofessuren sowie Wissenschaftskommunikation und Bürgerforschung fördert;</p> <p>Förderung von Open Science; grundsätzlich freie Verwendung von Forschungsergebnissen und Daten, welche aus Landesmitteln finanziert werden;</p> <p>Verankerung der Möglichkeit zur Verabschiedung von Zivilklauseln durch die Senate und Hochschulversammlungen im Hochschulgesetz;</p> <p>Förderung der Forschung zur ökologischen Krise und zum Klimaschutz;</p> <p>Stärkung gesellschaftlicher und sozialökologischer Fragestellungen und der interdisziplinären Friedens- und Konfliktforschung als Forschungsschwerpunkt;</p>	<p>Kluge Forschungsförderung unter Bereitstellung einer zeitgemäßen Infrastruktur, einer effektiven Verwaltung und einer sicheren Energieversorgung zu international wettbewerbsfähigen Kosten;</p> <p>Innovationspolitik, die weder den Wirtschaftsstandort noch die Unternehmen oder die Bürger gängelt oder finanziell schwächt;</p> <p>Begleitung der Förderprogramme der Landesregierung durch politikunabhängige wissenschaftliche Gremien; Sicherstellung, dass Steuerzahlergeld auf diejenigen Fördermaßnahmen konzentriert wird, die zu den geringsten Kosten die politisch gewünschten Ziele erreichen;</p> <p>Überprüfung und ggf. Anpassung des derzeitigen Förderinstrumentariums auf Zweckmäßigkeit und Effektivität; Konzentration öffentlicher Mittel und von Steuerzahlergeld im Zeitverlauf auf Projekte mit maximaler Effektivität;</p> <p>Bestimmung der staatlichen Förderung durch wissenschaftlichen Fortschritt und die Bedürfnisse von Bürgern und Unternehmen, nicht durch die Eigeninteressen des „lenkenden Staates“ und der Parteien;</p> <p>systematische Erfolgskontrolle und Konzentration der Mittel auf</p>

faire Bedingungen für den wissenschaftlichen Nachwuchs; Ausbau des Einstiegs über Juniorprofessoren und Tenure-Tracks; Reform der Vorderstruktur für Postdocs; familienfreundlichere Gestaltung der Arbeitsverhältnisse in der Wissenschaft; Förderung des Aufstiegs von Frauen sowie Menschen mit Migrationshintergrund in verantwortliche Positionen;

Abbau institutioneller Hürden für die Wissenschaftsfreiheit;

Schaffung einer Anlaufstelle im Wissenschaftsministerium, an die sich jeder wenden kann, der sich durch seine Meinungsäußerung benachteiligt sieht oder eine Veranstaltung nicht durchführen oder eine Forschungsfrage nicht behandeln kann;

Unterbindung von Beschränkungen von Forschungsgegenständen in Grundordnungen;

Gestaltung der Förderprogramme der öffentlichen Hand, dass sie nicht bereits durch ihre Fragestellung politische Tendenzen vorgeben oder verstärken;

Einrichtungen der großen Forschungsorganisationen;

Förderung und Flankierung auch privater Exzellenzforschungsmaßnahmen;

Förderung erfolgversprechender Start-ups; Erweiterung des Unterstützungsangebots für Gründer speziell an Hochschulen bzw. für Studierende;

Schaffung eines Innovations- und Gründerfonds;

Vorantreiben des neuen internationalen Beschleunigerzentrums FAIR in Darmstadt;

Fortführung und weiterer Ausbau des Zentrums für Künstliche Intelligenz;

Fortführung der Strategie der „Houses of“; Hebung weiterer Synergien und bessere Verzahnung der „Houses“ miteinander;

Unterstützung der Vernetzungen zwischen Startups, aber auch mit Stake-Holdern, Hochschulen und etablierten Unternehmen durch regionale und hessische Gründercluster;

Ansiedelung erfolgreicher Unternehmen im Feld Öko-Tech, Förderung von Gründungen;

weitere Stärkung der ESA in Darmstadt;

Ausbau der Cybersicherheitsforschung;

gen Angeboten der Wissensschäftsvermittlung an die breite Öffentlichkeit; Förderung der transdisziplinären Forschung zur Überwindung der gesellschaftlichen Spaltungstendenzen;

Auflegen eines Forschungsprogramms „Transformation hin zu einer nachhaltigen Gesellschaft“;

Verlässlichkeit und Planbarkeit in der Finanzierung von Forschung und Lehre;

Auflegen eines eigenen Landesprogramms zur Unterstützung von Wissenschaftler*innen in frühen Karrierephasen;

maximale Effektivität bei der Zielerreichung für bestehende und vor allem zukünftige Förderprogramme;

stärkere Beteiligung neutraler, partei- und politikunabhängiger Gremien bei Konzeption und Begleitung der Förderprogramme;

strikte Minimierung von „Mitnahmeeffekten“ bei der Investitionsförderung von Bürgern und Unternehmen;

FDP	CDU	SPD	DIE LINKE	B90/DIE Grünen	AfD
<p>Kultur: Kultugesetz als Grundlage für die Sicherung der Weiterentwicklung des kulturellen Lebens des Landes und zur Schaffung eines verlässlichen rechtlichen und kulturpolitischen Rahmens;</p> <p>einheitliche Regelung der Zuständigkeiten und Ansprechpartner für die Kultur- und Kreativwirtschaft;</p> <p>Erweiterung der Fördermaßnahmen der Kreativwirtschaft;</p> <p>Unterstützung kreativwirtschaftlicher Gründerzentren; Initiierung weiterer Kreativhäuser</p> <p>Stärkung der kulturellen Bildung in den Bildungseinrichtungen; Einführung eines Kulturbudgets, das sich an der Anzahl der Kinder und Jugendlichen orientiert und von den Schulen selbstständig verwaltet wird;</p> <p>weitere Stärkung der Schultheaterzentren;</p> <p>stärkere Unterstützung der Musikschulen mit Landesmitteln;</p> <p>Ermöglichung der Sonntagsöffnung von Bibliotheken;</p> <p>Theaterpakt, der die Aufgaben, die Struktur und die Formen der</p>	<p>Kultur: Förderung und Ausbau der Programme musikalischer Bildung; Aufbau eines Instituts kultureller Bildung in Hessen;</p> <p>Ablehnung jeder Form von Cancel-Culture und Disziplinierung unliebsamer Meinungen aus falsch verstandener politischer Korrektheit;</p> <p>Stärkung des ehrenamtlichen Engagements in Kleinkunst, bildender Kunst, Brauchtumspflege, Trachtensvereinen, Chören und Orchestern sowie der kulturellen Begehung traditioneller Festlichkeiten;</p> <p>Erleichterung des Zugangs zu den Kultur- und Erinnerungsorten insb. für Schulklassen mit dem „Kulturbus“ und weiteren Maßnahmen;</p> <p>Unterstützung von Kulturstätten von überregionaler Bedeutung mit einem „Heimatbudget“;</p> <p>Fortsetzung der Museumsförderung; Unterstützung insb. des Deutschen Ledermuseums in Offenbach und des Jüdischen Museums in Frankfurt;</p> <p>stärkere Etablierung neuer Kunstformen („Urban Arts“);</p> <p>Weiterentwicklung und Neustrukturierung der „documenta“ mit</p>	<p>Kultur: Verlässliche Unterstützung der freien Kulturszene; Stärkung der großen Institutionen der Theater, Konzerthäuser, Museen und Kunsthochschulen;</p> <p>größerer Schwerpunkt auf kultureller Bildung;</p> <p>Unterstützung der institutionellen Absicherung des Programms „Kultur macht stark“ mit zusätzlichen Landesmitteln;</p> <p>stärkere Vernetzung der vielfältigen Kulturinitiativen insb. auch außerhalb der Ballungsräume;</p> <p>Finanzierung von Chören, Orchestern und weiteren Akteuren aus dem Bereich der Amateurmusik ergänzend zum Amateurmusikfonds des Bundes;</p> <p>drittelparitätische Finanzierung der hessischen Musikschule;</p> <p>Einführung eines landesweiten Kultur-Tickets für Kinder und Jugendliche bis 18 Jahre;</p> <p>Stärkung und Weiterentwicklung von Museen und Theatern; Sicherstellung der Finanzierung der Staatstheater; verlässliche Mehrjahresförderung für die Freie darstellende Szene;</p> <p>Vorantreiben der Profilierung der Staatlichen Museen und Archive; Rückgabe der kulturellen Schätze</p>	<p>Kultur: Prozesshafte und weniger projektorientierte Gestaltung der Landeskulturförderung; langfristige Stipendienprogramme; Etablierung sozialer Standards, von Geschlechtergerechtigkeit und Diversität als Kriterien bei der Vergabe von Fördermitteln;</p> <p>verbindliche Mindeststandards der Honorierung in der freien Kunst- und Kulturarbeit, branchenspezifische Honoraruntergrenzen;</p> <p>Verankerung der „Pflichtaufgabe Kultur“ in einem Kulturraumgesetz;</p> <p>flächendeckende Sicherung von Bibliotheken und Wandelung zu einem sog. „Dritten Ort“; freie Zugänglichkeit der Bibliotheken für alle;</p> <p>kostenloser Eintritt in Landesmuseen für Schüler*innen und Studierende;</p> <p>Stärkung der Vielfalt der Clubkultur;</p> <p>flächendeckende Unterstützung der ehrenamtlich geführten Gedenkarbeit; Verbesserung der Arbeitsbedingungen des pädagogischen Personals in Museen und Gedenkstätten;</p> <p>stärkere Verankerung des Gedenkens und der Erinnerung, etwa an</p>	<p>Kultur: Vereinfachung der Kulturförderung; Einrichtung eines „Innovationsfonds Kunst“;</p> <p>Unterstützung von Kulturinstitutionen bei Investitionen in Bezug auf Digitalisierung, Nachhaltigkeit, Sanierung, Barrierefreiheit oder Organisationsentwicklung;</p> <p>gerechte Entlohnung der Künstler*innen und Kulturarbeiter*innen; Mindestvergütung für Ausstellungen an den staatlichen Museen;</p> <p>Ausweitung des Atelierprogramms zur Schaffung bezahlbaren Wohn- und Arbeitsraums für Künstler*innen;</p> <p>Überarbeitung der Organisationsstrukturen der documenta; Weiterentwicklung des wissenschaftlichen documenta-Instituts zu einem documenta-Zentrum mit Absicherung des documenta-Archivs;</p> <p>Förderung feministischer Kulturpolitik; Stärkung der Sichtbarkeit von queeren Personen in der Kultur; Einführung nachhaltiger Empowerment-Programme und Unterstützungsformate für marginalisierte Künstler*innengruppen; Stärkung inklusiver Angebote im gesamten Kulturbereich; Unterstützung antirassistischer Kulturprojekte;</p>	<p>Kultur: Deutsche Leitkultur statt Multikulturalismus; Erhalt der deutschen kulturellen Identität als Leitkultur;</p> <p>Kulturhoheit des Landes; konsequente Ablehnung ideologischer Vorgaben durch Förderprogramme des Bundes oder der EU;</p> <p>staatliche Anreize zur Bewahrung des kulturellen Erbes;</p> <p>Erhalt der deutschen Sprache; Ablehnung „gendergerechter“ Sprachvorgaben und der sogenannten „politisch korrekten Sprache“;</p> <p>Unterbindung einer staatlichen Einmischung in die Entwicklung der deutschen Sprache; Entgegenwirken einer weiteren „Verenglischung“ der deutschen Sprache; Deutsch als Lehrsprache in Schulen und Hochschulen; Ablehnung von Sprachkursen in Einwanderersprachen;</p> <p>Beendigung der Einflussnahmen und einseitigen Bevorteilungen des Staates auf die politische Bildung und das Kulturleben in Hessen;</p> <p>politische Neutralität der geförderten kulturellen Institutionen und Vereine;</p>

Zusammenarbeit zwischen den Theatern beschreibt;

Unterstützung der Museen dabei, ihre digitalen Angebote zu verbessern;

Verbesserung der Rahmenbedingungen für die Frankfurter Buchmesse; attraktivere Gestaltung des Landes als Verlagsstandort;

weitere Förderung der Documenta;

Festhalten an der Förderung der Denkmalpflege;

Entwicklung eines Gedenkstättenkonzepts, das den Ansprüchen an die Erinnerungsarbeit, der Aufklärung sowie der pädagogischen Vermittlung gerecht wird;

Medien: künftige Differenzierung zwischen dem nationalen und dem regional ausgerichteten öffentlich-rechtlichen Rundfunkauftrag;

Erwartungen an den Hessischen Rundfunk, in Eigenverantwortung seine Programme im Sinne des Rundfunkauftrages zu straffen;

Nutzung aller Potenziale zur Kosteneinsparung, um die Wirtschaftlichkeit zu verbessern

maximal 30 % des Gesamthaushalts des HR als Anteil der Personalkosten und Versorgungsvorsorge;

Krisen- und Beschwerdenmanagement; Errichtung eines eigenständigen documenta-Museums in Kassel;

weitere finanzielle Stärkung der Staatlichen Schlösser und Gärten sowie der Museumslandschaft Hessen Kassel;

Unterstützung der privaten Initiativen und ehrenamtlichen Vereine zum Erhalt von Einzeldenkmälern; Realisierung des zentralen Funddepots für die Archäologie;

Fortsetzung der erforderlichen baulichen Sanierung der drei Staatstheater; Fortsetzung und Ausbau der Partnerschaft mit den Theatern in Gießen und Marburg sowie der Bad Hersfelder Festspiele;

Unterstützung der freien Theaterszene;

Unterstützung des Landeswettbewerbs „Jugend musiziert“, der Junge Musik gGmbH, des Landesmusikrats und der Landesmusikakademie;

weiterer Ausbau der Literaturförderung;

Förderung der wissenschaftlichen Bibliotheken bei der Digitalisierung; weiterer Ausbau des „Onleihe-Verbund Hessen“;

weitere Stärkung und Ausbau des Förderprogramms „Kulturkoffer“;

der Museen, wenn Raubgut nachgewiesen wird;

Stärkung der Landeszentrale für politische Bildung; Einrichtung eines weiteren Standorts außerhalb des Rhein-Main-Gebiets; zeitgemäße Weiterentwicklung der Angebote für die digitale Öffentlichkeit;

Initiierung eines Demokratie Fördergesetzes;

Schaffung einer digitalen Plattform der Hessischen Erinnerungskultur;

Erhöhung der Förderungen für die Freie Kulturszene, Soziokultur und Clubkultur; Sicherung günstiger Arbeitsräume gerade in Ballungsräumen; Zahlung von Mindesthonoraren; deutliche Verbesserung der Sichtbarkeit von freien Künstler*innen;

Anerkennung von Musikclubs als kulturelle Einrichtungen; besserer Schutz in Abstimmung mit den Interessenvertretungen von Clubs und Gastronomie; Erörterung weiterer Fördermöglichkeiten für Clubs und Festivals in Abstimmung mit den Interessenvertretungen von Clubs und Gastronomie; gezielte Förderung insbesondere von Nachwuchskünstler*innen;

größere Berücksichtigung kultureller Angebote bei Fragen der Begleitung von Stadtentwicklungskonzepten;

die Opfer von rassistischer und antisemitischer Gewalt in der jüngeren Geschichte Deutschlands;

Stärkung der Provenienzforschung, Unterstützung der Rückgabe von NS-Raubkunst sowie Restitution von unrechtmäßig erworbenen Kulturgütern aus kolonialen Kontexten;

Medien: Stärkung eines breit aufgestellten öffentlich-rechtlichen Rundfunks einschließlich starker Internetangebote; Stärkung von Printmedien mit engagiertem investigativem Journalismus; freier Zugang zum Internet für alle;

klare Befreiungstatbestände für Sozialempfänger*innen, Gering verdienende, Studierende, Senior*innen mit geringen Renten und Menschen mit Einschränkungen; perspektivisch volle Übernahme der Gebühren durch die jeweiligen Sozialleistungsträger oder ersatzweise aus Steuermitteln;

aktive Aufklärung und Sensibilisierung der Gesellschaft für Hass im Netz; Erleichterung des Zugangs zu Informationsangeboten über die Rechtslage und Hilfsangebote für Betroffene von Hassrede;

aktive Stärkung der Medienkompetenz; flächendeckender Aufbau und Förderung öffentlich geförderter Medienprojekte wie offene Kanäle, Radios o. ä.;

Überwindung des Tanzverbots im Feiertagsgesetz;

Stärkung von Sub- und Clubkultur; Einrichtung einer Landesförderung;

„Hessenpass Kultur und Freizeit“ für Menschen mit geringem Einkommen;

verstärkte Förderung theaterpädagogischer Angebote, insb. von Jugendtheatergruppen;

Stärkung der Förderung von Kunst und Kultur im ländlichen Raum und der Festivalförderung; Einführung von „Kulturbussen“;

Förderung der Pop-Kultur;

aktiver Denkmalschutz, der sich für den Erhalt der alten Dorfkern und wichtiger Denkmäler engagiert;

Entwicklung und Umsetzung eines Konzepts zur Anpassung der Bau- und Gartendenkmäler an die Anforderungen des Klimawandels;

weiterer Ausbau der Provenienzforschung zum kolonialen Erbe; Schaffung rechtlicher Rahmenbedingungen für Rückgabe und Repatriierung; Einrichtung einer Tandem-Forschungsprofessur für Koloniales Erbe;

Stärkung der Landeszentrale für politische Bildung und Verzahnung mit dem Landesinstitut für geschichtliche Landeskunde;

Förderung von Projekten, die sich mit der Aufarbeitung der DDR-

verbindliche Aufnahme der ehemaligen Ostsiedlungsgebiete als Teile der jüngeren deutschen Geschichte im neu einzuführenden Schulfach „Heimatkunde“; verstärkte Lehre der Geschichte und Kultur der Deutschen zu dieser Zeit an den Hochschulen;

Medien: Vielfältige und zensurfreie Medienlandschaft, die alle Informationen und Meinungen zulässt;

öffentlich-rechtliche Berichterstattung frei von politischen und ideologischen Einflüssen; ausgewogene lokale, regionale und nationale Meinungsbildung als Fundament einer pluralistischen Gesellschaft;

tiefgreifende Reformen in den öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten; Abschaffung des Rundfunkbeitrags; Ermöglichung eines kostenfreien „Grundfunks“ in der Größenordnung von ca. einem Zehntel der jetzigen Programmfumfangs; Zusammensetzung aus den Sparten Information, Kultur, Bildung und regionaler Sport; Werbefreiheit; Finanzierung aus den Abgaben von Konzernen, die audiovisuelle Inhalte verbreiten und Streaming Dienste auf dem deutschen Markt anbieten;

keine Erhöhung des Rundfunkbeitrages, stattdessen spürbare Beitragssenkung;

Abschaffung des Beitragsservice; Einziehung des Rundfunkbeitrags durch die Finanzämter;

Unterstützung lokaler und regionaler privater Radioveranstalter;

Reform des Privatrundfunkgesetzes, dass es der digitalen Entwicklung gerecht wird;

Medien: Erhaltung, Förderung und zukunftsfähige Gestaltung der Medienlandschaft;

grundlegende Reform und zukunftsfeste Aufstellung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks; regelmäßige externe und unabhängige Evaluation; nachhaltige Finanzierung; größtmögliche Beitragsstabilität;

eigenständiger Hessischer Rundfunk mit klaren regionalen Schwerpunkten; Konzentration der Dritten Programme auf ihren regionalen Auftrag;

verbesserte Rahmenbedingungen für die Medienbranche, um möglichst viele Medienschaffende in Hessen anzusiedeln;

Befähigung gerade der jüngsten Nutzerinnen und Nutzer digitaler Medien zu einem eigenverantwortlichen und souveränen Umgang mit Medien;

Erstellung eines Konzepts für eine stärkere Bündelung der vorhandenen Medienkompetenzförderung und ihren möglichen Ausbau;

Förderung des Erwerbs der digitalen Kompetenzen gerade auch bei älteren Menschen;

Sicherstellung der selbstbestimmten und chancengleichen Mediennutzung auch für Menschen mit Beeinträchtigungen (Barrierefreiheit);

Weiterentwicklung und Verstärkung der Unterstützungsleistungen des Landes für die Kultur- und Kreativwirtschaft;

Medien: vielfältige Medienlandschaft; Sicherung ihrer Qualität und eines freien Zugangs in Zeiten von Digitalisierung und gesellschaftlichen Veränderungen;

Erhalt und Ausbau des Markenkerns des Hessischen Rundfunks mit seinen starken Informationsangeboten; noch deutlichere Einbeziehung von Formaten in leichter Sprache;

Entwicklung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks zu einem echten crossmedialen Programmangebot;

Bekenntnis zum hr Symphonieorchester und zur hr-Bigband;

bessere Unterstützung der Potenziale der Filmbranche;

Aufstockung der wirtschaftlichen Filmförderung, um den lokalen Plejaden im Wettbewerb der Länder beizustehen;

Etablierung einer echten eigenen Förderlinie Games für die Gamebranche; gezielter Ausbau des Mediacampus Dieburg der Hochschule Darmstadt;

Maßnahmen zur Förderung der Medienkompetenz im Videospieldbereich auch für Eltern;

Diktatur beschäftigen, speziell im ehemaligen Grenzgebiet;

Medien: Erhalt und Stärkung der Medienvielfalt; beitragsfinanzierter öffentlich-rechtlicher Rundfunk, der frei von kommerziellen Interessen ein hochwertiges und vielfältiges Programmangebot erstellen kann;

noch bessere Abbildung der Vielfalt der Gesellschaft im Rundfunkrat des HR; Stärkung der Politikferne des öffentlich-rechtlichen Rundfunks; Förderung der Beteiligung von Zuschauer*innen und Hörer*innen über Zuschauer*innen- und Hörer*innenorganisationen;

Anpassung des Pressegesetzes auf Online-Publikationen;

Weiterentwicklung der Stärkung der Medienbildung und -kompetenz zu einer gemeinsamen Offensive der Beteiligten Akteur*innen;

Stärkung der Filmkultur in ihrer Vielfalt; Ausbau der Filmförderung; Weiterentwicklung von Projekten für mehr Nachhaltigkeit im Filmbereich;

Verstärkung der Kinoinvestitionsförderung;

WIRTSCHAFT

FDP	CDU	SPD	DIE LINKE	B90/DIE Grünen	AfD
<p>Ausbau der „House-of“-Strategie und Erweiterung durch Gründung eines „House of Production“;</p> <p>Stärkung der Initiative Gesundheitsindustrie und bessere Vernetzung mit dem „House of Pharma“;</p> <p>Fokussierung der Wissenschafts- und Innovationsförderung stärker auf den Bereich Pharmakologie, Chemie, Biotechnologie und Medizintechnik; Priorität für Biotechnologie und Medizin auch bei der Unterstützung von Gründungen;</p> <p>Ausbau der Forschung und Entwicklung autonom gesteuerter Fahrzeuge und vernetzter Mobilitätsdienstleistungen;</p> <p>Stärkung des „House of Logistics and Mobility“ als Plattform für die Zusammenarbeit von Wirtschaft, Wissenschaft und Verwaltung;</p> <p>Stärkung des Messestandorts in der Metropolregion Frankfurt-Rhein-Main; Förderung innovativer Veranstaltungsformate und Ideen;</p> <p>Streichung des sogenannten Anlassbezugs im Gesetz, damit die zulässige Zahl von vier verkaufsoffenen Sonntagen rechtssicher ausgeschöpft werden kann; Prüfung, um wie viel die Anzahl der</p>	<p>Hessenfonds zur Unterstützung innovativer Ideen in allen Wirtschaftsbereichen;</p> <p>Stärkung des Wirtschaftsministeriums, Integrierung des Arbeitsministeriums;</p> <p>Werbung um qualifizierte Arbeitskräfte, Neuansiedlungen von Unternehmen und ausländische Direktinvestitionen durch ein Zukunftskonzept „Made in Hessen“;</p> <p>Einrichtung eines Commercial Court, an dem in wirtschafts- und handelsrechtlichen Streitigkeiten vor spezialisierten Spruchkörpern in englischer Sprache verhandelt und entschieden wird;</p> <p>Förderung von Erhalt und Entstehung neuer Industrieflächen; Erstellung einer Industriestrategie;</p> <p>Verbesserung der Rahmenbedingungen und Zusammenarbeit zwischen Großbetrieben, Mittelstand und Wissenschaft in Technologiefeldern der Zukunft; Förderung von „Reallaboren“;</p> <p>Erweiterung der „House of“-Strategie; Gründung eines House of Industry;</p> <p>Stärkung industrieller Hightech-Schlüsseltechnologien wie autonomes Fahren, Hybrid-Technik,</p>	<p>Orientierung der Kriterien für die Vergabe von Wirtschaftsförderung stärker an Tarifbindung und innerbetrieblicher Mitbestimmung;</p> <p>„Zukunftsbündnis Wirtschaft Hessen“, das Zukunftsmärkte erschließt und den Innovationstransfer zwischen Wirtschaft und Wissenschaft verbessert;</p> <p>aktive Unterstützung des Wandels der Wirtschaft mit einem Transformationsfonds; Ermöglichung der Einbeziehung privaten Kapitals;</p> <p>Implementierung eines Transformationsrates, der langfristig zu einer Transformationsagentur weiterentwickelt werden soll;</p> <p>Analysierung der Instrumente der Wirtschafts- und Strukturförderung auf ihre Transformations-eignung, Weiterentwicklung und Verzahnung mit regionalen Bedürfnissen;</p> <p>Installierung von Förderlotsen für passgenaue Wirtschaftsförderung;</p> <p>aktive Ansiedlungspolitik; Konzentration auf Zukunftstechnologien und -industrien;</p> <p>Industrietrialog mit Arbeitgeberorganisationen und Gewerkschaften als leitendes Prinzip der</p>	<p>Demokratisierung der Wirtschaft; Überführung der Schlüsselunternehmen in öffentliches Eigentum unter Kontrolle und Verwaltung von Beschäftigten und Bevölkerung;</p> <p>Stärkung der Mitbestimmung und Interessenvertretung der Beschäftigten; Unterstützung der Gründung von Betriebsräten;</p> <p>Förderung der aktiven Industriepolitik durch eine Landesholding; Beteiligung der Beschäftigten und ihrer Gewerkschaften; Förderung und Umsetzung von Konzepten für einen sozialökologischen Umbau;</p> <p>Erhebung einer Sonderabgabe für klimaschädliche Unternehmen zur Finanzierung des Konversionsprogramms;</p> <p>Konversionsprogramme für die Rüstungsindustrie;</p> <p>Neuausrichtung der Wirtschaftsförderung des Landes an sozialökologischen Zielen;</p> <p>Eingreifen der Landesregierung bei Insolvenzen und Massenentlassungen;</p> <p>keine öffentliche Förderung für Unternehmen, die Lohndumping betreiben oder Umweltstandards unterlaufen;</p>	<p>Sicherung des Industriestandorts;</p> <p>Unterstützung der Industrie gezielt im Bereich der Transformationstechnologien;</p> <p>Unterstützung aller Unternehmen bei der Digitalisierung und dem Wandel hin zu einer klimaneutralen Wirtschaftsweise;</p> <p>Ausrichtung der Ökonomie am Gemeinwohl;</p>	<p>Wirtschaftssystem auf der Basis freier und offener Märkte mit funktionierendem Wettbewerb;</p> <p>aufgabenadäquate Ausstattung der Landeskartellbehörde, Überprüfung des eingesetzten Instrumentariums;</p> <p>strikte Einhaltung der Regelungen der Hessischen Gemeindeordnung zur Begrenzung staatlicher Wirtschaftstätigkeit;</p> <p>Ablehnung der ausufernden Berichtsbürokratie, wie sie durch die Corporate Sustainability Reporting Directive erzwungen werden soll; Ablehnung der EU-Taxonomie;</p> <p>Investition und innovationsförderndes wirtschaftliches Umfeld; Deregulierung auf breiter Front; Abbau von Bürokratien;</p>

verkaufsoffenen Sonntage erhöht werden kann;

Stärkung des Einzelhandels in den Innenstädten;

Leichtbau- oder Antriebs- sowie Batterietechnik;

weitere Unterstützung der bestehenden Industrieparks und Verbesserung der Infrastruktur; Förderung der Entstehung neuer Standorte;

Ausbau des European Space Observation Center in Darmstadt zu einem zentralen Standort europäischer Raumfahrt;

Wirtschaftspolitik; Unterstützung der Gründung in den Regionen, in denen es noch keine Netzwerke gibt;

Unterstützung der Automobilindustrie und deren Zulieferer beim Transformationsprozess in enger Abstimmung mit den Beschäftigten und ihrer Gewerkschaft;

Hessentempo für Planungen und Genehmigungen; gute Ausstattung von Verwaltung und Gerichten mit Fachkräften, Digitalisierungsschub für das staatliche Antragswesen;

stärkere Ausrichtung der regionalen Struktur- und Wirtschaftsförderung auf die Bewältigung des Strukturwandels und im Sinne einer sozial-ökologischen Transformation;

Stärkung regionaler Wirtschaftskreisläufe; Erhalt und Ausbau der dezentralen Versorgung gerade außerhalb der Ballungsräume;

Bekämpfung von Wirtschaftskriminalität; erforderliche materielle und personelle Ausstattung für Schwerpunktstaatsanwaltschaften, Wirtschaftsstrafkammern sowie Steuerfahndung der Finanzämter;

Gewährleistung des Versorgungsauftrags der Sparkassen; Erhalt bzw. Wiederherstellung eines dichten Filialnetzes; Stärkung der Gemeinwohlorientierung; keine Privatisierung der Sparkassen;

FDP	CDU	SPD	DIE LINKE	B90/DIE Grünen	AfD
<p>Förderung einer echten Gründerkultur, in der Scheitern kein Stigma mehr ist; Förderung von Gründergeist und Experimentierlust in Schulen und Hochschulen; Berücksichtigung der Gründerkultur in Lehrmaterialien, in der Ausbildung der Lehrkräfte und im Lehrplan;</p> <p>Ausrichtung der Instrumente der Wirtschaftsförderung stärker auf die Bedürfnisse von Gründern;</p> <p>Etablierung einer Kategorie für gelungene Unternehmensnachfolge im Rahmen des Hessischen Gründerpreises;</p> <p>Stärkung von Startups im Bereich der Digitalwirtschaft; landesweite Gründungsstrategie; Ausbau von Gründungsstipendien; Schaffung eines gründungsfreundlichen Klimas in Schulen und Hochschulen;</p> <p>Etablierung regionaler Center of Innovation als Leuchttürme der Gründung und Digitalisierung;</p> <p>Reduzierung der bürokratischen Anforderungen für Gründer und Unternehmen auf ein Mindestmaß; Gestaltung des Kontakts zwischen Gründern, Unternehmen und Behörden im Sinne des One-Stop-Shop-Prinzips;</p>	<p>Steuerliche Entlastung von Gewerbetätigen; Ausbau der Bereitstellung von Mikro-Krediten, Verbesserung der Rahmenbedingungen für Risikokapital;</p> <p>Stärkung der ökonomischen Bildung in den Schulen durch ein Wahlpflichtfach; Landespreis für Schülerfirmen;</p> <p>Ermöglichung von Existenzgründungen in 48 Stunden durch weniger Bürokratie und Service aus einer Hand; deutliche Erleichterung von Betriebsübernahmen;</p> <p>Fortsetzung der Startup Initiative; stärkere Unterstützung weiblicher Gründerinnen; Etablierung eines eigenen Förderprogramms;</p> <p>jährliches internationales Startup-Festival;</p> <p>Fortführung und jährliche Vergabe des Hessischen Gründerpreises;</p> <p>Bereitstellung einer Datenbank, die als zentrale Anlaufstelle alle wichtigen Informationen für Gründer in einer Hand enthält;</p> <p>Etablierung einer Gründerkultur für Frauen; Stärkung von Gründerinnen und Selbstständigen durch Technologie- und Gründerzentren;</p>	<p>unbürokratische, niedrighschwellige und technisch einfache Ausgestaltung der Wirtschaftsförderinstrumente für Gründungen und Betriebsübernahmen; Gründung eines Start-ups soll zur Ende der Wahlperiode innerhalb von 48 Stunden vollständig durchgeführt werden können;</p> <p>gezielte Gründerinnen-Förderung, Stärkung regionaler Beratungsstellen für Gründerinnen;</p>	<p>(-)</p>	<p>Unterstützung der ersten Gründung eines Handwerksbetriebs mit Meistergründungsprämie;</p> <p>gezielte Förderung von Gründungen, die auf Standortstärken und Nachhaltigkeit einzahlen;</p> <p>Förderung von Innovationen mit messbaren positiven sozialen oder ökologischen Wirkungen;</p> <p>Verstärkung von Angeboten zur Förderung weiblicher Gründungen durch branchenspezifische Formate; Erhöhung des Anteils der Gründerinnen; Förderung ihrer Beratung, Begleitung und ihres Zugangs zu Informationen und Kapital; Stärkung der Zusammenarbeit mit Einrichtungen zur Förderung von Frauen vor der Gründung;</p> <p>weitere Erleichterung von Startup-Gründungen an Hochschulen und Wissenschaftskommunikation mit einem Transfer- und Gründungsfonds;</p> <p>Schaffung der Rahmenbedingungen, dass an möglichst allen Hochschulen fachbereichsübergreifendes Denken und Handeln für erfolgreiches Gründen erlernt werden kann (Entrepreneurship Education);</p>	<p>(-)</p>

FDP	CDU	SPD	DIE LINKE	B90/DIE Grünen	AfD
<p>Stärkung der beruflichen Bildung; Abbau von Hürden auf dem Weg zur Besetzung offener Stellen; Reduzierung unnötiger Hürden bei Anerkennung und Zugang zu den Ausbildungsberufen;</p> <p>duale Ausbildung: Unterstützung von Betrieben, die nicht allein ausbilden wollen oder können, wenn sie sich zu Auszubildendenverbänden zusammenschließen;</p> <p>keine Ausbildungsplatzabgabe;</p> <p>Erhalt aller bereits vorhandenen Angebote zu Weiterqualifizierung und Ausbau dem Bedarf entsprechend;</p> <p>Öffnung der InteA- Klassen (Integration und Abschluss) bis zu einem Eintrittsalter von 25 Jahren;</p> <p>Weiterentwicklung der EIBE- und Schub-Klassen; Unterstützung des besonderen Angebots der Produktionsstätten;</p> <p>Verbesserung der wirtschaftlichen Chancen für Frauen; Vereinbarkeit von Beruf und Familie; flächendeckender Ausbau von Kinderbetreuung; gleiche Bezahlung für gleiche Leistung;</p> <p>Schaffung flexibler Arbeitszeitmodelle; neue Präsenz- und</p>	<p>Aktivierende Politik für mehr Beschäftigung;</p> <p>Fortführung der mobilen Initiative „#REAL.DIGITAL“;</p> <p>Schaffung einer neuen Weiterbildungsinitiative, um Menschen auf neue Berufsbilder, digitale Anforderungen und Veränderungen in der Arbeitswelt vorzubereiten;</p> <p>Ermöglichung der Teilzeitrente; Flexibilisierung des Übergangs vom Arbeitsleben in die Rente auf freiwilliger Basis; Schaffung von Anreizen für eine freiwillige Kombination von Rentenbezug und Zuverdienst in der Steuer- und Abgabenregelung;</p> <p>Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf; noch weiterer Ausbau der Koordinierungsstelle „Frauen und Wirtschaft“;</p> <p>stärkere Berücksichtigung der Bedürfnisse von Familien bei der Arbeitszeitgestaltung; mehr digitales, orts- und zeitunabhängiges Arbeiten;</p> <p>Prüfung der rechtlichen Rahmenbedingungen, um flexiblere Arbeitszeitmodelle zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer ermöglichen zu können;</p>	<p>Änderung des Tariftrue- und Vergabegesetzes und Ermöglichung echter Kontrollen, um mit Steuergeldern gute Arbeit zu fördern;</p> <p>Einführung eines vergabespezifischen Mindestlohns;</p> <p>wirkungsvolle Ausgestaltung von Kontrollmechanismen, Begrenzung von Subunternehmerketten, harte Sanktionierung von Verstößen gegen die Kriterien;</p> <p>Tarifbindung, funktionierende Sozialpartnerschaft, Übernahme gesellschaftlicher und ökologischer Verantwortung in Form von Ausbildung und Inklusion als Voraussetzung für die Bewerbung um einen öffentlichen Auftrag in allen Ausschreibungen;</p>	<p>Anpassung des bundesweiten gesetzlichen Mindestlohns auf 14 €; jährliche Anpassung an die Produktivitäts- und Preisentwicklung;</p> <p>Landesmindestlohngesetz, das vorsieht, dass im öffentlichen Dienst, in landeseigenen Unternehmen und Gesellschaft sowie bei Unternehmen, die sich um öffentliche Aufträge bewerben oder Wirtschaftsförderung durch das Land erhalten, ein Mindestlohn von 14 € gilt;</p> <p>gleicher Lohn für gleiche Arbeit; Überwindung des Gender Pay Gap; Verbot der Leiharbeit; 10 % mehr Lohn als die Stammebelegschaft für Leiharbeiter*innen und Übernahme nach drei Monaten;</p> <p>Einführung eines Tariftrue- und Vergabegesetzes, das Betriebe, die öffentliche Aufträge erhalten wollen, auf Zahlung von Tariflöhnen, Mindestlohn von 14 € pro Stunde, Engagement bei der Ausbildung und Einhaltung sozialer und ökologischer Standards verpflichtet;</p> <p>verbesserte und unkomplizierte Anerkennung ausländischer Schul- und Berufsabschlüsse; bessere Angebote zur Nachqualifikation;</p> <p>verkürzte, familiengerechte Wochenarbeitszeit von 28 bis 35</p>	<p>Sicherung von Fach- und Arbeitskräften;</p> <p>Anpassung der vom Land geförderten Fort-, Um- und Weiterbildungsangebote an die Anforderungen des Wirtschaftswandels und Weiterentwicklung;</p> <p>Ausbau des Ausbildungsangebots für Berufe der Energiewende, in Zusammenarbeit mit den Kammern und Verbänden;</p> <p>Weiterentwicklung des Vergabe- und Tariftruegesetzes; leichtere Berücksichtigung geeigneter und angemessener sozialer, ökologischer, umweltbezogener und innovativer sowie geschlechtergerechter Anforderungen;</p>	<p>Verstärkte Integration von Menschen mit körperlichen oder geistigen Behinderungen in den Arbeitsmarkt;</p> <p>vermehrte Rekrutierung von Auszubildenden und Betreuern für Menschen mit körperlichen oder geistigen Behinderungen;</p> <p>Anhebung der Ausbildungs- und Arbeitsvergütungen für Menschen mit körperlichen oder geistigen Behinderungen unter Gewährung höherer Freibeträge im Transferleistungsbezug;</p> <p>Ausweitung, Fortführung und punktuelle Vertiefung des sog. „Perspektivprogramms zur Verbesserung der Arbeitsmarktchancen“;</p> <p>staatliche Begünstigung von Ausbildungs- und Beschäftigungsbetrieben, insb. durch eine Ausweitung der sogenannten Ausgleichsabgabe;</p> <p>keine Umgehung der Sozialversicherungspflicht durch Auslagerung und Eingehung von Werkverträgen;</p>

Transparenzkultur, in der Arbeitsleistung statt Arbeitszeit belohnt wird;

Flexibilisierung des Arbeitszeitgesetzes; Ermöglichung, dass die Arbeitszeit im Verlauf eines Arbeitstages für Familienzeiten unterbrochen werden kann;

ganzheitliches Diversity Management in der Arbeitswelt in der Breite beruflicher Funktionen; Förderung der Entwicklung einfacher und kostengünstiger Diversity-Konzepte für den Mittelstand; Verankerung des Themas „Vielfalt in der Arbeitswelt“ im Blick auf moderne Unternehmenskultur in der beruflichen Bildung; Aufnahme von Schulungsangeboten im Fortbildungsweisen der Wirtschaft;

besondere Anstrengung des öffentlichen Dienstes, gleichberechtigtes Arbeiten von Frauen und Männern zu ermöglichen und ganzheitliches Diversity Management umzusetzen;

Umgestaltung der Strukturen der Frauen- und Behindertenbeauftragten in einen breiteren Ansatz von ganzheitlichem Diversity Management;

Umsetzung von Flexibilisierung der Arbeitszeit, ganzheitlichem Diversity Management auf allen Ebenen, gleichberechtigter Repräsentanz von Frauen in Führungspositionen, Jobsharing auf Leitungsebenen;

Ausweitung von Beratungsangeboten insb. im Bereich des mobilen Arbeitens und von psychischen Belastungen;

Fachkräfteoffensive: Schaffung einer echten „Fast Lane“ für Fachkräfte; klare Trennung der Fachkräfteeinwanderung von der Migration Schutzsuchender;

Fortführung der Arbeit des „Bündnis Fachkräftesicherung Hessen“;

Fortführung der Fachkräftecamps und Ausweitung auf andere Berufsgruppen;

mehr Fachkräfte-Visa; schnellere Anerkennung ausländischer Abschlüsse; automatische unbefristete Arbeitserlaubnis für ausländische Studenten mit einem deutschen Hochschulabschluss;

Fortführung und bedarfsgerechter Ausbau von WelcomeCenter, Integrationslotsinnen und Integrationslotsen;

Aufsetzen eines Förderprogramms, um insbesondere kleine und mittlere Unternehmen zu unterstützen, für Arbeitnehmer attraktiver zu werden;

Erhöhung der Erasmus-Förderungen, um es mehr jungen Menschen aus der EU möglich zu machen, die Wirtschaftsstrukturen im Rahmen von Praktika kennen zu lernen;

Stunden im öffentlichen Dienst als neue Regelarbeitszeit mit vollem Lohn- und Personalausgleich; garantiertes Recht der Rückkehr von Teilzeit in Vollzeit;

Verbesserung der Arbeitsbedingungen in der Privatwirtschaft, Verkürzung der tatsächlich geleisteten Arbeitszeiten;

Gestaltung der Ladenöffnungszeiten wieder im Sinne der Beschäftigten; Ablehnung von verkaufsoffenen Sonntagen;

Verbesserung des Arbeit- und Gesundheitsschutzes;

Verringerung der Langzeitarbeitslosigkeit durch mehr öffentlich geförderte, sozialversicherungspflichtige, unbefristete und tariflich entlohnte Beschäftigungsverhältnisse; Bündelung der Mittel von Gemeinden, Bundesnetzagentur für Arbeit, Europäischem Sozialfonds für Arbeitslosengeld II-Beziehende und Arbeitsfördermaßnahmen;

Schaffung von Arbeitsplätzen im öffentlichen Bereich und Förderung von Umschulungen im Gesundheitswesen, in der Pflege, in der Jugendarbeit, im öffentlichen Nahverkehr, beim Sport und beim Umweltschutz;

starkes Streikrecht; Abschaffung der Friedenspflicht, damit auf gravierende Ereignisse sofort reagiert werden kann, unabhängig von Tarifverhandlungen;

FDP	CDU	SPD	DIE LINKE	B90/DIE Grünen	AfD
<p>Spezielle Förderprogramme für Auszubildende mit schulischen Defiziten;</p> <p>Förderung der Handwerker bei Eignung für die Meister-Ausbildung wie der Studenten für den Master; Meisterbonus auf bayerischem Niveau;</p> <p>Stärkung des Werkens an Schulen;</p> <p>Ausbau dezentraler dualer Studienangebote, um für den Mittelstand in Handwerk und Industrie Fachkräfte auch im ländlichen Raum zu gewinnen;</p> <p>mittelstandsfreundlichere Gestaltung des Vergaberechts; umfassende Beseitigung bürokratischer Hemmnisse;</p> <p>Beschränkung des Vergaberechts auf die Sicherstellung eines fairen Wettbewerbs;</p>	<p>Begleitung der Unternehmen bei der Digitalisierung ihrer Prozesse; Ausbau des „Digi-Check“, Erhöhung des „Digi-Zuschuss“;</p> <p>Erstattung aller Kosten beim Meister, die nicht bereits vom Bund übernommen werden und über die derzeitige Landesförderung hinausgehen, nach erfolgreicher Prüfung zu 100 %;</p> <p>Einführung eines eigenen Kommunalen Investitionsprogramms für Berufsschulen;</p> <p>Aufstiegsförderung, die finanzielle Barrieren für Fort- und Weiterbildung abbaut; Fortführung der bestehenden Ausbildungsförderprogramme, Anpassung an die neuen Bedingungen des Arbeitsmarktes;</p> <p>Einführung eines „Tag des Handwerks“ an allen allgemeinbildenden Schulen;</p> <p>Schutz des Mittelstandes bei der Anwendung und Übernahme europarechtlicher Ausschreibungsverfahren und EU-Richtlinien; Durchführung von Umsetzungen ohne Verschärfungen zulasten kleiner und mittlerer Unternehmen;</p>	<p>Unterstützung für die mittelständischen Unternehmen, wenn sie ihre Geschäftsmodelle an den Anforderungen des „Green Deals“ und des nachhaltigen Wirtschaftens ausrichten sollen;</p> <p>Unterstützung gerade kleiner und mittelständischer Unternehmen durch Beratung und Zuwendung, wenn sie ressourceneffizientere Fertigungsverfahren einführen wollen;</p> <p>Perspektive im Wandel für die kleinen und mittelständischen Unternehmen; Kostenfreiheit der Meister-, Fachwirt- und Technikerprüfungen;</p> <p>Förderung auch der berufsbegleitenden Qualifizierung zur* zum Fachwirt*in, Meister*in oder Techniker*in;</p> <p>noch stärkerer Ausbau und bessere Nutzbarmachung des Aufstiegs-BAföG;</p>	<p>Förderung kleiner und mittelständischer Unternehmen, gerade bei Ansiedlungen in ländlichen Regionen;</p> <p>Erteilung von Aufträgen der öffentlichen Hand nach einem Vergabegesetz, das die Aufteilung der Aufträge in Teillose vorschreibt, die die KMU leisten können;</p>	<p>Ausbau von Angeboten wie Digi-Check;</p> <p>gezielte Energieberatung für Unternehmen, Unterstützung bei Umstellungsprozessen, betriebliche Workshops und weitere Angebote für den Einstieg in den Umstieg;</p> <p>Ausrichtung von Unterstützungen einerseits an den Bedürfnissen der Handwerksbetriebe, andererseits an denen des Klimaschutzes;</p> <p>Unterstützung klimafreundlich arbeitender Betriebe, indem öffentliche Träger bei der Vergabe von Aufträgen stärker auf Aspekte des Klimaschutzes achten;</p> <p>Einführung des kostenfreien Meisterbriefs; Unterstützung der ersten Gründung eines Handwerksbetriebs mit Meistergründungsprämie; Unterstützung der Unternehmensnachfolge von Handwerksbetrieben mit Förderpreisen; besonderer Fokus auf Gründerinnen und Nachfolgerinnen;</p> <p>Trennung von Ausschreibungen nach Fachgebieten, damit diese auch für lokale und kleine Handwerksbetriebe zugänglich sind;</p>	<p>Entlastung kleinerer Betriebe von Berichtspflichten, statistischen Auskunfts Vorschriften und einengenden arbeitsrechtlichen Vorschriften;</p>

FDP	CDU	SPD	DIE LINKE	B90/DIE Grünen	AfD
<p>Überführung von Bereichen des Innenministeriums in ein echtes Digitalisierungsministerium; Verantwortung des Digitalministeriums für die Steuerungsgruppe „Digitale Verwaltung Hessen“;</p> <p>gemeinsame Plattform „Öffentlicher Sektor“ für private Anbieter und Dienstleister; „E-Government-Inkubator“;</p> <p>Digitale Infrastruktur: marktgetriebener Glasfaserausbau; Unterstützung mit staatlichen Mitteln nur dort, wo auf absehbare Zeit keine Potenziale für den eigenwirtschaftlichen Glasfaserausbau bestehen; Ausgabe von „Gigabit-Gutscheinen“;</p> <p>Zugriff für alle Bürgerinnen und Bürger an jedem Ort auf leistungsfähige Glasfaser- und 5G Netze; Fortsetzung der Schritte zum Abbau unnützer bürokratischer Hürden im Planungsrecht; Erleichterung alternativer Verlegungsmethoden, Zulassung der Verlegung von Leerrohren sowie der Mitverlegung bei anderen Infrastrukturprojekten;</p> <p>Verbesserung des Ausbaus der Mobilfunknetze durch Förderung von OpenRAN-Technologie;</p> <p>Genehmigungsfiktion, nach einer bestimmten Zeit nicht genehmigte Mobilfunkanlagen gelten</p>	<p>Schaffung einer flächendeckenden gigabitfähigen Infrastruktur bis 2025; flächendeckender Zugang zu Glasfasernetzen bis 2030;</p> <p>schnelle Genehmigungsverfahren und Abbau bürokratischer Hürden beim Ausbau der digitalen Infrastruktur;</p> <p>Schließung der letzten „weißen Flecken“ bei der Mobilfunkversorgung; Förderprogramm „graue Flecken“, wo ein wirtschaftlicher Ausbau durch die Telekommunikationsunternehmen nicht möglich ist;</p> <p>Unterstützung des Ausbaus von IoT-Netzen;</p> <p>flächendeckende Etablierung von 5G; Errichtung, Erneuerung oder Modernisierung von täglich im Schnitt zehn 5G-Funkmasten bis 2025;</p> <p>Beteiligung an der Forschung am nächsten Mobilfunkstandard;</p> <p>Weiterentwicklung des Programms der „Digitalen Dorfblinde“; noch mehr kostenlose WLAN-Hotspots im ländlichen Raum;</p> <p>Ausbau des digitalen Ministeriums zu einem Zukunftsministerium;</p>	<p>Flächendeckende Versorgung des Landes mit Glasfaser; Gründung einer Glasfaserinfrastrukturgesellschaft;</p> <p>Beschleunigter Ausbau noch fehlender Mobilfunkstandorte; Einführung einer Genehmigungsfiktion für 24 Monate;</p> <p>Sicherstellung einer flächendeckenden Verfügbarkeit von LTE und des schnellstmöglichen Ausbaus von 5G;</p> <p>Digitalisierungsschub für das staatliche Antragswesen;</p> <p>Masterplan Digitalisierung, um den Transformationsprozess im Bildungsbereich zu gestalten;</p> <p>Einrichtung eines „Zentrum für Bildung in der Digitalen Welt“ (ZBDW) als zentrale Einrichtung, die den digitalen Wandel analysiert und Erkenntnisse, etwa aus anderen Ländern, aus Wissenschaft und Forschung, sowie fachliche, technische und pädagogische Kompetenzen vermittelt;</p> <p>Entwicklung von neuen Konzepten für digitale Zentren ohne Hürden, in denen es kostenloser Zugang zu Computern, Druckern und WLAN geboten wird und es Unterstützungsangebote für die Nutzung gibt;</p>	<p>Nutzung der Vorteile der Digitalisierung, ohne technisch weniger versierte Menschen zu benachteiligen;</p> <p>freies WLAN in allen landeseigenen Gebäuden;</p> <p>freie Wahl zwischen Homeoffice und Arbeiten im Büro; mobiles Arbeiten darf nicht zur ständigen Erreichbarkeit durch Arbeitgeber*innen führen;</p> <p>Schulungsangebote im Bereich Digitalisierung für alle Alters- und Bildungsschichten und nicht nur für Arbeitsplätze, sondern auch für die Bevölkerung;</p> <p>barrierefreie Gestaltung digitaler Angebote;</p> <p>Unterstützung der Kommunen bei der Digitalisierung; Entwicklung von eGovernment-Diensten und Bürger*innen-Apps; Ausstattung der Schulen mit einem bestimmten Kontingent an modernen (mobilen) Endgeräten; Schaffung einer digitalen Lern- und Verwaltungsumgebung, die benutzerfreundlich und datenschutzkonform ist;</p> <p>Nutzung der Digitalisierung im Sinne der Beschäftigten; keine weitere Verdichtung und völlige Entgrenzung von Arbeit;</p>	<p>Noch stärkeres und schnelleres Vorantreiben des Glasfaserausbaus;</p> <p>Unterstützung der Umsetzung des 6G-Standards im Mobilfunk; Ausbau leistungsfähigen Breitband-Internets; gut ausgebautes Mobilfunknetz auch in den ländlichen Gebieten;</p> <p>Förderung der Teilhabe von Frauen in der Digitalbranche;</p> <p>Ausbau der Informations- und Unterstützungsangebote insb. für ältere Menschen;</p> <p>höchste Standards beim Datenschutz und in der IT-Sicherheit;</p> <p>Verbesserung des Jugendschutzes im Digitalen;</p> <p>Stärkung der Präsenz des Landes in unabhängigen, dezentralen (sozialen) Netzwerken;</p> <p>Start einer Offensive für Medienkompetenz, die Medienbildung in verschiedenen Bildungsträgern für Zielgruppen jeden Alters möglichst kostengünstig verfügbar macht;</p> <p>Förderung der Forschung zur kritischen, ethischen Auseinandersetzung mit Kosten und Nutzen von Digitalisierung;</p>	<p>Vollwertige Unterstützung der Bürger bei der Digitalisierung in ihrem Alltag durch hochwertiges Ausbildungsangebot, einfachen Zugang zu kommunalen Dienstleistungen, Schutz ihrer Daten und Abwehr von willkürlicher Zensur;</p> <p>volle Internetabdeckung für jeden Bürger im täglichen Bedarf;</p> <p>stärkere Inpflichtnahme der privaten Netzbetreiber durch das Digitalministerium; Konzentration des Steuerzahlergeldes auf die Erschließung des ländlichen Raums;</p> <p>pragmatischer und lokal angepasster Ausbaupfad, der möglichst vielen Bürgern und Unternehmen möglichst schnell Bandbreiten von mindestens 50 Mbit/s zur Verfügung stellt;</p> <p>Konzentration der Mobilfunkförderung auf den ländlichen Raum;</p> <p>geförderte Gutscheine zur Stärkung der privaten Breitbandnachfrage;</p> <p>Unterstützung des Fernziels Glasfaser, aber kurzfristige Priorität „Breitband für alle“, auch über Kupfer;</p> <p>Aufhebung von unberechtigter Zensur im digitalen Raum; Verhinderung von Zensur im Internet</p>

<p>als genehmig; konsequente Digitalisierung von Antrags- und Genehmigungsverfahren;</p> <p>6G-Forschungszentrum, das dazu beiträgt, dass 6G-Schlüsseltechnologien in Hessen entwickelt werden;</p> <p>digitale Identität als Ausgangspunkt für alle Dienstleistungen der Landes- und Kommunalverwaltung;</p> <p>Aufbau eines smartHessen, das die Grundkomponenten der bestehenden smartRegions und smartCities bündelt und vernetzt;</p> <p>digitale Bürgerbeteiligung: Anpassung der gesetzlichen Rahmenbedingungen; Ermöglichung von Formen von E-Voting;</p> <p>Entwicklung öffentlicher Digitalisierungsprojekte, sofern keine Sicherheitsinteressen entgegenstehen, nach dem Open-Source-Prinzip;</p> <p>freie Verfügbarkeit nicht personenbezogener oder entsprechend anonymisierter und pseudonymer Daten der Verwaltung;</p> <p>Erstellung eines Einsatzrahmens für die Künstliche Intelligenz, der alle Einsatzbereiche vor dem Hintergrund technischer, datenschutzrechtlicher und ethischer Aspekte umfassend beleuchtet; Schaffung von KI-Innovations-schulen; Einrichtung eines Pools KI-gestützter Anwendungen;</p> <p>Digitalisierung der Wirtschaft:</p>	<p>Unterstützung kleiner und mittlerer Unternehmen bei der digitalen Transformation;</p> <p>Stärkung und Ausbau der Kompetenzzentren zur Steigerung der digitalen Ökosysteme gerade in den ländlichen Räumen;</p> <p>Optimierung der Regulierung im Bereich der Digitalisierung, der Plattformökonomie sowie von Daten- und Verbraucherrechten auf europäischer Ebene;</p> <p>digitale Assistenten und Teilhabemöglichkeiten, sodass alle Menschen die Chancen der Digitalisierung nutzen können; möglichst barrierefreie Gestaltung sämtlicher Internetseiten des Landes;</p> <p>Ausbau des Digitalstandorts Hessen zum Silicon Valley; Bereitstellung von Risikokapital mit Unterstützung privater Partner;</p> <p>weitere Stärkung der Voraussetzungen für die Ansiedlung von Rechenzentren;</p> <p>Ausbau des Landes zu einem führenden Standort für „Regulatory Sandboxes“ und „regulated Web3“;</p> <p>Unterstützung insbesondere der Digitalisierung der industriellen Kerne, z.B. im Bereich Pharma- und Medizintechnik, bei Logistik und Mobilität sowie für kleine und mittlere Unternehmen;</p> <p>Ausbau von Fördermöglichkeiten und Infrastrukturen für die KI-Technologie (Start-up-Förderung, Förderung KI-Infrastrukturen,</p>		<p>menschenorientierte Digitalisierung im Gesundheitssystem; Schutz sensibler Gesundheitsdaten;</p>	<p>Beförderung einer Kultur der Offenheit und Wiederverwendbarkeit der Digitalisierung (Open Access, Open Data, Creative Commons);</p> <p>Wahrung des Urheberrechts bei allen Chancen, welche Open Access bieten kann;</p> <p>Unterstützung von Projekten an Hochschulen, die selbstverwaltete Open-Access-Zeitschriften aufbauen wollen;</p> <p>Digitalisierung der analogen Kulturschätze und gemeinfreie Online Zugänglichkeit für alle Interessierten;</p> <p>Unterstützung junger, digitaler und ökologisch nachhaltiger Geschäftsideen in Wachstumsbranchen, ihre innovativen Angebote zu präsentieren und zu vermarkten;</p> <p>passgenau Weiterentwicklung von Programmen wie DIGI-Zuschuss;</p> <p>Evaluierung des Förderprogramms Distr@I und Anpassung an die Förderungsumgebung;</p> <p>Ermöglichung der Nachnutzung von digitalen Produkten, Software, Gutachten und wissenschaftlichen Ergebnissen im Auftrag der öffentlichen Hand stärker über freie und offene Standards und Lizenzen;</p> <p>Förderung der IT-Sicherheit in KMU, Handwerksunternehmen und Kommunen;</p>	<p>unter allen Umständen; Zensur erlaubt nur bei schweren Straftaten;</p> <p>Schaffung von durch die jeweiligen Datenschutzbehörden der Länder akkreditierten Ombudsmen als Schnittstellen für von Zensur Betroffene oder anderweitig diskriminierten Nutzer auf Kosten der Plattformbetreiber;</p> <p>Verfolgung und strafrechtliche Ahndung von Straftaten im Internet; Meldung von Inhalten aus dem Internet, bei denen Straftaten vorliegen, an die zuständigen Behörden oder die Polizei;</p> <p>Entziehung jeglicher Förderungen für Internetseiten und Foren, die zu schweren Straftaten gegen jegliche Bevölkerungs- und Meinungsgruppen aufrufen;</p> <p>Stärkung digitaler Bürgerentscheide;</p> <p>Standardisierung digitaler, behördlicher Vorgänge und Formulare auf Grundlage des Online-Zugangsgesetzes;</p> <p>Einführung einer flächendeckenden digitalen Verwaltung auf Grundlage gesammelter, einheitlicher und nicht personenbezogener kommunaler Daten;</p> <p>vollständige Digitalisierung von Verwaltungsvorgängen;</p> <p>digitale Nähe statt Isolation: Bereitstellung digitaler Endgeräte in Alten- und Pflegeheimen zur Ermöglichung eines lebendigen Kontakts zwischen Bewohnern</p>
--	--	--	---	---	--

Schaffung regionaler Innovations- und Gründungszentren; Einrichtung von Regulatory Sandboxes um ausgewählte Zentren, um in Reallaboren die Erprobung besonders innovativer Ansätze zu fördern;

Stärkung des Internetknotens DE-CIX in Frankfurt und Aufbau einer Rechenzentrumsinfrastruktur um ihn herum;

Steuerung des Neubaus von Rechenzentren über die Landesentwicklungsplanung;

Förderung der Erforschung digitaler Schlüsseltechnologien in Grundlagen- und Anwendungsforschung;

Förderung und Schaffung digitaler On-Demand-Angebote auch in der Gesundheitsversorgung, bei der Sicherheit, in Bildung und Handel im ländlichen Raum;

Gestaltung des digitalen Strukturwandels; Schulung von Entscheidungsträgern und Beschäftigten;

diskriminierungsfreie Ausgestaltung der Entwicklung von Algorithmen und deren Verbesserung mit Daten; verstärkte Sensibilisierung für die diskriminierenden Potenziale verzerrter Daten in nicht öffentlichen Projekten;

Förderung für KI-Transformation KMU und Industrie, Ausbau und Verstetigung der Projekte KI-Innovationslabor und KI-Quality-Hub);

Vernetzung von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern über Disziplinen und Standorte hinweg im Zentrum ZEVEDI, das ethische und rechtliche Fragestellungen bearbeitet und die digitale Transformation begleitet;

Bildung neuer Kombinationen aus staatlicher (Forschungs-)Anschlussfinanzierung und privatem Kapital, um digitale Innovationen noch besser unterstützen zu können;

Stärkung der Digitalisierung im Bereich Wirtschaft und Innovation; Fortschreibung und Ausweitung des Förderprogramms Distr@I; Unterstützung insbesondere der Digitalisierung im Handwerk, sowie Innovationen im E-Health- Bereich und Serious Games;

Gründung einer Agentur für Sprunginnovationen mit Zugriff auf Risikokapital für Start-ups; Förderung insb. der Innovations- und Transferkraft von Hochschulen, Start-ups und Scale-Ups;

Förderung des Aufbaus des neuen Zentrums für Angewandtes Quantencomputing der Fraunhofer-Gesellschaft;

Ausbau der Förderung der Games-Branche;

Ergänzung des Landesentwicklungsplans durch eine regionale Digitalplanung;

Unterstützung einer digitalen Musterregion im ländlichen Raum, in der Kommunen, Landkreise, lokale Wirtschaft und zivilgesellschaftliche Initiativen beispielhaft für andere gemeinsam ihre Region digital ertüchtigen; wissenschaftliche Begleitung von Anfang an;

Unterstützung innovativer Ansätze zur Erhöhung der Energieeffizienz wie Einsatz von flüssigkeitsgekühlten Servern in Rechenzentren; Nutzung von mindestens 30 % der Abwärme aus Rechenzentren;

Stärkung des Rechenzentrumsbüros in seiner Expertise, Vernetzung mit der Landesenergieagentur und Ausbau zum Ansprechpartner für alle Beteiligten inklusive Kommunen;

Green IT als Leitbild für die Beschaffung und Planung von Land und Kommunen;

Zukunft der Digitalisierung klimaneutral, energieeffizient, regional ausgewogen und verträglich für Mensch und Umwelt;

und weit entfernt lebenden Angehörigen;

Vergabe von Fördergeldern zur Digitalisierung durch politikunabhängige Gremien, die sich vorwiegend an wissenschaftlichen, gesellschaftlichen und ökonomischen Kriterien ausrichten;

Vergabe zusätzlicher Fördergelder in die Erforschung und Entwicklung sowohl von relevanten Softwaretechnologien als auch digitaler Wirtschaftsgüter;

Abschaffung des Zwangs zu Rundfunklizenzen bei Streamern mit einem Erstwohn- und Streaming-Sitz in Hessen;

FDP	CDU	SPD	DIE LINKE	B90/DIE Grünen	AfD
<p>Stärkung des Finanzplatzes Frankfurt-Rhein-Main; Verlegung des BaFin-Hauptsitzes von Bonn nach Frankfurt am Main; Aufbau der EU-Behörde zur Bekämpfung von Geldwäsche in Frankfurt am Main;</p> <p>kein Aufweichen der Schuldenbremse; clevere Investitionen, vor allem in Bildung; Herstellung einer neuen Balance zwischen den Einnahmen der Bürger und den Einnahmen des Staates;</p> <p>Vorlage eines Tilgungsplans für Altschulden, der festschreibt, wie und bis wann die Schuldentilgung erreicht sein soll;</p> <p>Überführung zusätzlicher Überschüsse in Rückstellungen, um auch in Zeiten schlechter Konjunktur und in Krisenphasen nicht auf die Aufnahme von Krediten angewiesen zu sein;</p> <p>Überprüfung aller Landesbeteiligungen auf ihre strategische und inhaltliche Sinnhaftigkeit; realisierte Einnahmen aus Privatisierungen sollen dabei in einen Infrastrukturinvestitionsfonds fließen;</p> <p>Etablierung einer Investitionsquote im Landeshaushalt; öffentliche Investitionen mindestens in derselben Höhe wie Abschreibungen;</p>	<p>Neue Grundlage für den kommunalen Finanzausgleich; Aufrechterhaltung der Rekordzuweisungen an die Kommunen;</p> <p>mehr Handlungsspielräume für die Kommunen bei der Neugestaltung der Finanzausweisungen; Ermöglichung subsidiärer Entscheidungen; weniger Mittel mit einer Zweckbindung;</p> <p>Unterstützung kleiner und zersiedelter Kommunen durch einen höheren „Zersiedelungsfaktor“ im Rahmen des kommunalen Finanzausgleichs;</p> <p>Evaluierung aller Fördermittel des Landes im Hinblick auf Vereinfachungsmöglichkeiten und Wirksamkeit;</p> <p>Ausbau der Eigenverantwortung in der kommunalen Förderung;</p> <p>Vereinfachung der Fördermodalitäten des Landes, Bündelung der Förderprogramme;</p> <p>Festhalten an der Schuldenbremse;</p> <p>Erhöhung der Zukunftsinvestitionen in Schulen, Verwaltungsdigitalisierung und Infrastruktur; Senkung konsumtiver Ausgaben, Abbau ineffizienter Subventionen;</p> <p>Neuordnung der Bund-Länder-Gemeinde-Beziehungen strikt</p>	<p>Umgestaltung der Finanzierung, dass in Zukunft die Landesaufgaben auch vom Land bezahlt werden;</p> <p>Kassensturz und Aufgabenkritik; Überprüfung der aktuellen Ausgaben;</p> <p>sichere Finanzierung notwendiger Zukunftsinvestitionen, insb. bei Klimaschutz, Digitalisierung, Bildung und Infrastruktur; Überarbeitung des kommunalen Finanzausgleichs (KFA);</p> <p>Abschaffung der Straßenausbaubeiträge; Investitionspauschale für die Kommunen zum Ausgleich des Einnahmeverlusts aus den Straßenausbaubeiträgen;</p> <p>kommunales Wirtschaften: Erweiterung des gesetzlichen Rahmens, in dem sich die Kommunen optimal und ideal wirtschaftlich betätigen können;</p> <p>Schaffung einer Agentur für Sustainable Finance in Frankfurt;</p> <p>aktive Unterstützung einer europäischen Anti-Geldwäschebehörde mit Ansiedlung in Frankfurt;</p> <p>Reform des kommunalen Finanzausgleichs; besondere Förderung zukunftsweisender Kooperationen zwischen Kommunen; strategische und finanzielle</p>	<p>Einführung eines „Gender Budgeting“ im Landeshaushalt; Überprüfung aller Haushaltsentscheidungen bezüglich ihrer Auswirkung auf die Geschlechter;</p> <p>Nachhaltige Stärkung der Finanzlage der Kommunen;</p> <p>stabile Einnahmen und eine bessere, wirklich ausreichende Finanzausstattung für Städte, Gemeinden und Kreise;</p> <p>keine Privatisierung öffentlichen Eigentums; keine öffentlich-privaten Partnerschaften in Bereichen wie Krankenhäuser, ÖPNV, Wohnungsbau oder Wasser- und Energieversorgung;</p> <p>Intensivierung der Ausbildung und Einstellung von Finanzbeamten für die steuerlichen Außenprüfungen (Betriebsprüfungen) und für die Steuerfahndung;</p> <p>regelmäßige Prüfung von Großbetrieben im Land;</p> <p>Ankauf von „Steuer-CDs“, um Steuerhinterzieher zu verfolgen und zu bestrafen;</p> <p>Wiedereinführung der Vermögensteuer als Millionärssteuer;</p> <p>Reform der Erbschaftssteuer; Erhebung einer Börsenumsatzsteuer;</p>	<p>Nachhaltige Finanzen: verantwortungsbewusster Umgang mit den Steuermitteln der Bürger*innen, Garantie einer modernen und leistungsfähigen Verwaltung, Sicherung und stetiger Ausbau des Landesvermögens; Investitionen in eine lebenswerte Umwelt;</p> <p>Weiterentwicklung der Schuldenbremse, die Kredite für Investitionen in die öffentliche Infrastruktur sowie in Klimaschutz, verbunden mit einem konkreten Tilgungsplan zulässt;</p> <p>weitere Aufstockung der Mittel des Klima- und Transformationsfonds durch Weiterentwicklung der Schuldenbremse mit zweckgebundenen Krediten;</p> <p>Nutzung der verfassungsrechtlichen Spielräume der Schuldenbremse, um Zukunftsinvestitionen zu finanzieren;</p> <p>fairer Finanzausgleich zwischen Land und Kommunen; Weiterentwicklung des kommunalen Finanzausgleichs; faire Verteilung der Steuereinnahmen zwischen Land und Kommunen, aber auch zwischen den Kommunen selbst;</p> <p>Bewertung der Auswirkungen von Fördermaßnahmen und Investitionen auf Klima und Umwelt bei Aufstellung und Vollzug</p>	<p>Ausgeglichener Haushalt und strikte Einhaltung der Schuldenbremse;</p> <p>Überprüfung aller Ausgaben;</p> <p>Aussetzung der Schuldenbremse nur, wenn eine Zweidrittelmehrheit im Landtag eine außergewöhnliche Notsituation oder Naturkatastrophe feststellt; Berücksichtigung anderer Fehlbeträge, bspw. aus dem Anstieg ungedeckte Pensionsverpflichtungen des Landes, aus Verbindlichkeiten gegenüber der WIBank und aus Nebenhaushalten neben der Nettokreditaufnahme bei der Schuldenbremse;</p> <p>verbindliche Regelungen zur Tilgung der Altschulden;</p> <p>keine Zulassung von als Sondervermögen getarnten Schuldenlöchern;</p> <p>keine öffentlichen Investitionen in Form öffentlich-privater Partnerschaften;</p> <p>Entscheidung über die Privatisierung von Einrichtungen zur öffentlichen Daseinsvorsorge nur durch Bürgerentscheide;</p> <p>Überprüfung der Mechanismen zur Schaffung von Transparenz bei der Vergabe öffentlicher Aufträge;</p>

<p>Digitalisierung und Automatisierung der Finanzverwaltung; bedarfsgerechte Ausbildung und Verbesserung der Fort- und Weiterbildungsangebote;</p> <p>Durchführung der Günstigerprüfung generell von Amts wegen für die Veranlagungsform im Veranlagungsfall von Ehegatten;</p> <p>uneingeschränkte Nutzung von Bargeld als Zahlungsmittel; keine Deckelung in der Höhe von Bargeldtransaktionen;</p> <p>Nachbesserungen im Kommunalen Finanzausgleich; Sicherstellung einer bedarfsgerechten Ausstattung der Kommunen; Abschaffung der Solidaritätsabgabe, die wirtschaftlich erfolgreiche Kommunen leisten müssen;</p> <p>Höchstgrenze für die Realsteuerhebesätze bei der Grundsteuer; keine Einführung einer landesweiten Grundsteuer C;</p> <p>Überarbeitung des Kommunalen Finanzausgleichs; Aufhebung der Steuererhöhungserlasse der Landesregierung; Beendigung der Steuererhöhungsspirale bei Grund- und Gewerbesteuer;</p> <p>unbedingte Wahrung des Konnexitätsprinzips bei gleichzeitiger Schaffung von Anreizen für eine effiziente und sparsame Mittelverwendung;</p> <p>Abschaffung der Gewerbesteuerumlage;</p>	<p>nach dem Subsidiaritätsprinzip und dem Konnexitätsprinzip;</p> <p>keine Abschaffung, aber Reform des Länderfinanzausgleichs;</p> <p>keine Einführung weiterer Bargeldobergrenzen oder vollständige Abschaffung des Bargeldes;</p> <p>keine weiteren Steuererhöhungen;</p> <p>Unternehmenssteuerreform, die zu einer tatsächlichen Entlastung führt; Deckelung der Steuerlast für Gewinne, die im Unternehmen verbleiben, auf 25 %;</p> <p>keine Besteuerung von aus schon versteuertem Einkommen gebildeten Vermögen;</p> <p>gesetzliche Festschreibung des Ausgleichs der kalten Progression;</p> <p>Erhöhung der Freibeträge bei der Erbschaftssteuer und Anpassung an die Entwicklung der Immobilienpreise;</p> <p>Überprüfung der Behandlung von Windkraftanlagen bei der Grundsteuer;</p> <p>Übertragung bisheriger zweckgebundener Förderung mit einem enormen Verwaltungsaufwand auf die Kommunen; freie Verfügung, wenn sie sich vorher verpflichten, überprüfbare Nachhaltigkeitsstandards einzuhalten;</p>	<p>Unterstützung der Kommunen, um die öffentliche Daseinsvorsorge langfristig zu sichern;</p> <p>Ansiedlung neu zu schaffender Einrichtungen des Landes schwerpunktmäßig abseits der derzeitigen Gravitationszentren Wiesbaden, Frankfurt und Darmstadt;</p> <p>Ansiedlung eines Ministeriums in Nordhessen;</p> <p>Prüfung der Gründung einer Glasfaserinfrastrukturgesellschaft;</p> <p>Einführung einer Genehmigungsfiktion zum beschleunigten Ausbau noch fehlender Mobilfunkstandorte für 24 Monate;</p> <p>Sicherstellung des schnellstmöglichen Ausbaus von 5G neben der flächendeckenden Verfügbarkeit von LTE;</p> <p>mehr Steuergerechtigkeit: Abschaffung der Abgeltungssteuer, Einführung einer Finanztransaktionssteuer (Bundesrat); Einführung einer Übergewinnsteuer auf Krisengewinne großer Unternehmen; Einführung einer Vermögenssteuer, Reform einer Erbschaftssteuer; konsequente Bekämpfung jeglicher Form von Steuerhinterziehung sowie aggressiver Steuergestaltung, die auf Vermeidung angelegt ist;</p>	<p>Umwandlung der Gewerbesteuer in eine Gemeindegewerbesteuer;</p> <p>Überwindung der Schuldenbremse;</p> <p>Regulierung des Finanzplatzes Frankfurt;</p> <p>Verbot von Hochrisikogeschäften;</p> <p>Beschränkung der Tätigkeiten der Banken auf ihren Kernbereich;</p>	<p>des Landeshaushalts; Abbau klimaschädlicher Subventionen;</p> <p>Ausrichtung der Anlagestrategie des Landes auf nachhaltiges Investment und das 1,5-Grad-Ziel; weitere Ausgabe von Green Bonds als nachhaltige Finanzanleihen;</p> <p>Erweiterung des öffentlichen Auftrags der Sparkassen um einen Nachhaltigkeitsaspekt;</p> <p>Überprüfung der Auswirkungen und Prioritätensetzungen des Landeshaushalts mit Fokus auf die Geschlechtergerechtigkeit (Gender Budgeting);</p> <p>Bekämpfung von Steuerkriminalität und Geldwäsche; Ansiedlung der neuen europäischen Anti-Geldwäsche-Behörde in Frankfurt;</p>	<p>Abbau von Subventionen;</p> <p>konsequenterer Aufdeckung und Ahndung von Steuerverschwendung;</p> <p>bessere Finanzausstattung für Land und Kommunen; Neuverhandlung der Verteilung staatlicher Mittel zwischen Bund, Ländern und Gemeinden;</p> <p>Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung; Zurückfahren der finanziellen Fördermaßnahmen des Landes; Erhöhung der zweckfreien Zuweisungen innerhalb des Kommunalen Finanzausgleichs auf Kosten der gebundenen Zuweisungen;</p> <p>Abschaffung der Grunderwerbsteuer auf selbstgenutzten Wohnraum;</p> <p>komplette Abschaffung der Straßenbaubeiträge in allen Kommunen;</p>
---	---	---	---	---	--

FDP	CDU	SPD	DIE LINKE	B90/DIE Grünen	AfD
<p>Stärkere Fokussierung der Zuständigkeiten für den Tourismus in der Landesverwaltung; bessere Vernetzung der Akteure des Tourismus; Herstellung einer zentralen Ansprechbarkeit;</p> <p>Prüfung einer Vereinfachung der Antragstellung bei der finanziellen Förderung im Rahmen des Tourismuspolitischen Handlungsrahmens;</p> <p>kundenorientierte Aufstellung der Förderung touristischer Destinationen; länderübergreifende Kooperation mit benachbarten Regionen;</p> <p>zielgerichteter Ausbau der Tourismuswirtschaft; Herstellung einer optimalen Außenwirkung; Vernetzung aller beteiligten Akteure;</p> <p>Unterstützung der positiven Entwicklung des Tourismus durch landesplanerische Maßnahmen; stärkere Berücksichtigung der Belange des Tourismus gegenüber anderen Belangen bei touristischen Infrastrukturmaßnahmen; kein automatischer Vorrang des Ausbaus der Windenergieanlagen vor Tourismusinfrastrukturprojekten;</p>	<p>Weitere Vertiefung der Zusammenarbeit von Land, Kommune und Destination in den Tourismusregionen; Fortsetzung des Austauschs in Form des „Runden Tisch Tourismus“ in regelmäßigen Abständen;</p> <p>Erhalt und Erneuerung touristischer Highlights im Besitz des Landes als attraktive Freizeiteinrichtungen für Touristen und Einheimische;</p> <p>Auszeichnung von Gasthöfen, Pensionen oder Hotels mit einem neuen Label für Kinder- und Familienfreundlichkeit;</p> <p>Ausrichtung der Bundesgartenschau im Mittelrheintal; Stärkung und Weiterentwicklung der Landesgartenschau; zeitlich engere Taktung und Durchführung auch in kleineren Kommunen;</p> <p>Förderung innovativer Modelle in Hotellerie und Gastronomie bei der Gewinnung von Fachkräften für den Tourismus oder bei der Unternehmensnachfolge;</p> <p>Beibehaltung der Möglichkeit zur Erhebung eines Tourismusbeitrages;</p> <p>zeitlich befristete Erprobung neuer Arbeitszeitmodelle in Hotellerie und Gastronomie;</p>	<p>Institutionalisierte Verstetigung einer verlässlichen Mitfinanzierung der Destinationen Essens;</p> <p>Bündelung der Kompetenzen im Bereich Tourismus; Etablierung eines kompetenten Ansprechpartners für den Tourismussektor;</p> <p>qualitative Stärkung des Tourismus im ländlichen Raum;</p>	<p>Stärkung der ländlichen Regionen;</p> <p>Erleichterung und Verbesserung der lokalen und regionalen Zusammenarbeit unterschiedlicher Anbieter;</p> <p>Verstärkung der Förderung der Kur- und Rehasstandorte durch das Land;</p> <p>bessere Erreichbarkeit der Ausflugsziele für alle Menschen durch Ausbau des öffentlichen Verkehrs;</p> <p>Ausrichtung der Tourismusförderung darauf, die ländlichen Regionen sozial und ökologisch nachhaltig zu stärken;</p>	<p>Weitere Erhöhung von Sichtbarkeit und Profilierung der Tourismusregionen; Bündelung der Aktivitäten der Landesregierung in einem neuen Rahmen;</p> <p>Naturverträglichkeit im Zentrum der Tourismusförderung;</p> <p>Förderung des Thementourismus und Verstärkung des Marketings dafür; Ausbau der Infrastruktur für Wander-, Rad- und Wellnessurlaub;</p>	<p>(-)</p>

INNEN UND RECHT

FDP	CDU	SPD	DIE LINKE	B90/DIE Grünen	AfD
<p>Polizei: 1500 zusätzliche Polizistinnen und Polizisten bis 2027;</p> <p>kritische Überprüfung bestehender Dokumentationspflichten für die Polizeivollzugskräfte; Erhöhung der Zahl der Polizeiverwaltungsangestellten;</p> <p>Strukturreformen bei der Polizei; Prüfung der Zusammenlegung von Ausbildungsstellen, Revieren und Dienstleistungseinheiten;</p> <p>kritische Evaluation des freiwilligen Polizeidienstes, insb. im Hinblick auf die notwendigen Voraussetzungen für eine Übernahme in den freiwilligen Polizeidienst;</p> <p>Übertragung von Aufgaben an die Ordnungsämter, wo dies möglich ist; keine Privatisierung hoheitlicher Aufgaben;</p> <p>Steigerung der Attraktivität des Polizeidienstes; Weiterqualifikation mit Fachhochschulreife als Aufstieg in den Polizeivollzugsdienst; grundsätzliche Neuordnung der Laufbahnen;</p> <p>Einführung der Ruhegehaltspflicht der Polizeizulage;</p> <p>Vorantreiben der Möglichkeiten des mobilen Arbeitens auch im Polizeidienst;</p>	<p>Polizei: mehr Polizeibeamtinnen und Beamte; moderne Ausstattung; verstärkte Ausstattung mit Body-Cams und Distanzelektronikimpulsgebern (DEIG);</p> <p>gute Infrastruktur; konsequente Fortsetzung der Modernisierung von Liegenschaften; zukunftsfähige digitale Infrastruktur;</p> <p>Reform des Zulagenwesens; angemessene Zulage bei besonders belastenden Diensten;</p> <p>Ansparung von Erholungsurlaub für Kinderbetreuung und Pflege von Angehörigen;</p> <p>Entlastung durch Verwaltungsassistenzen von allgemeinen Verwaltungstätigkeiten;</p> <p>weitere Stärkung des Zentrums für polizeipsychologische Dienste;</p> <p>modernste Ausstattung der Polizeifliegerstaffel; Modernisierung der Hubschrauberflotte; zusätzlicher vierter Hubschrauber;</p> <p>verstärkter Einsatz von „Virtual Reality“ und „Augmented Reality“ in der Aus- und Fortbildung; Einsatz von Fahrsimulatoren für das Fahrsicherheitstraining;</p>	<p>Polizei: mehr Polizeipräsenz in der Fläche</p> <p>ein Streifenwagen mehr für jede Polizeistation; mehr Polizeibeamt*innen im Dienst;</p> <p>Stärkung der Polizeiarbeit: Neue Systeme zur Gewinnung, Strukturierung und zum Austausch von Informationen, bspw. in Fällen der Terrorabwehr oder der Bekämpfung komplexer krimineller Strukturen; Beachtung des Datenschutzes;</p> <p>gute Arbeitsbedingungen der Beamt*innen; bessere, amtsangemessene Besoldung, die verfassungsrechtliche Vorgaben erfüllt;</p> <p>Erhöhung der Besoldung; Wiedereinführung der Ruhegehaltspflicht der Polizeizulage; bessere Bezahlung der Tarifbeschäftigten; Ermöglichung und Ausbau von Teilzeit;</p> <p>echte neue offene Fehler- und Führungskultur in der Polizei; Einführung eines Projekts „Polizeischutz für die Demokratie“; Erweiterung der Möglichkeiten von Beschwerden an den unabhängigen Bürger- und Polizeibeauftragten; Ermöglichung anonymer Eingaben an den Polizeibeauftragten;</p>	<p>Polizei: Umsetzung der Handlungsempfehlungen der Expertenkommission und des NSU-Untersuchungsausschusses zur Reform der Polizei; verpflichtende Seminare zu Rechtsextremismus, Etablierung einer Fehlerkultur, Datenschutzmaßnahmen;</p> <p>stärkere Berücksichtigung von demokratiefördernden Inhalten in der Polizeianwärter*innen-Ausbildung; verpflichtende Seminare zu interkultureller Kompetenz und Antisemitismus- und Rassismusprävention;</p> <p>Auflösung der Hochschule für öffentliches Management und Sicherheit; Wiedereröffnung der Hochschule für Polizei und Verwaltung, der Polizeiakademie sowie der Zentralen Fortbildung Hessen;</p> <p>konsequente disziplinar- und strafrechtliche Ahndung menschenfeindlicher, rassistischer, antisemitischer und neonazistischer Äußerungen und Handlungen von Polizist*innen und Angehörigen des öffentlichen Dienstes; Anpassung des Disziplinarrechts;</p> <p>Rücknahme der Reform des Sicherheits- und Ordnungsgesetzes;</p>	<p>Polizei: bundesweite Harmonisierung der polizeilichen IT;</p> <p>wirksamere Behandlung von Kleinkriminalität und Störungen der öffentlichen Ordnung durch Zusammenarbeit zwischen Polizei und Sozialarbeit;</p> <p>Erhöhung der Repräsentanz von marginalisierten Gruppen in der Polizei;</p> <p>entschlossene Bekämpfung von Gewalttaten gegen Frauen, queere Menschen, Menschen mit Behinderung, wohnungslosen Menschen, Jüdinnen*Juden und migrantentisch gelesenen Menschen;</p> <p>Einführung eines Quittungssystems bei Personen- und Verkehrskontrollen als Modellversuch; empirische Begleitung, um Aufschluss über das Kontrollverhalten der Polizei und mögliches Racial Profiling zu erhalten;</p> <p>Präventions- und Supervisionsmaßnahmen und Vermittlung von politischer Bildung, rassistischer sowie gendersensibler Polizeipraxis als Schwerpunkt in der Aus- und Weiterbildung, insb. von Führungskräften;</p> <p>Evaluierung der Stelle des Bürger- und Polizeibeauftragten und Weiterentwicklung gemeinsam mit Expert*innen; Ausweitung</p>	<p>Polizei: Ausrüstung der Polizei bei Demonstrationen und Großveranstaltungen mit wirkungsvollen Distanzmitteln;</p> <p>bessere Bezahlung und attraktivere Sozialleistungen;</p> <p>deutsche Staatsbürgerschaft sowie uneingeschränkte Identifikation eines jeden Bewerbers mit den rechtsstaatlichen Grundsätzen Deutschlands als zwingende Voraussetzung bei der Einstellung in den Polizeidienst;</p> <p>hinreichende Zahl an Haftplätzen in Justizvollzugsanstalten und Abschiedseinrichtungen zum Schutz der Bürger vor Straftätern;</p> <p>für Bürger wahrnehmbare Polizeipräsenz und geeignete technische Hilfsmittel an öffentlichen Plätzen und Einrichtungen;</p> <p>konsequenter Einsatz von Polizeikräften, wo gefährliche und rechtsfreie Räume bereits entstanden oder gerade im Entstehen sind; erforderlichenfalls Einrichtung von Polizeiposten;</p> <p>gezielte Bekämpfung krimineller Organisationen; hohe Haftstrafen, Vermögensabschöpfung und konsequente Ausweisung von ausländischen OK-Mitgliedern als Regel;</p>

Verbesserung der Ausstattung; regelmäßige Schulungen hinsichtlich der Nutzung von Tasern; Taser als Ausstattung in jedem Polizeiwagen;

höhere Gebühren für Polizeieinsätze; Überarbeitung des Kostenrechts;

Überwachung von identifizierten Gefährdungen mittels elektronischer Fußfessel zum Zweck der Gefahrenabwehr durch richterliche Anordnung;

Sicherheit bei Großveranstaltungen: keine Kostenbeteiligung von Veranstaltern oder Vereinen an Polizeieinsätzen; Inanspruchnahme der unmittelbaren Störer für entstandene Kosten;

Digitalisierungsoffensive Polizei; weitere Stärkung der Zentralstelle zur Bekämpfung der Internetkriminalität sowie der Cybersecurity-Forschung; Ausstattung jedes Streifenwagens mit mobilen Geräten sowie polizeispezifischen Software Applikationen;

Verfassungsschutz: Vorlage eines modernen Verfassungsschutzgesetzes;

Erweiterung und Verbesserung parlamentarischer Kontrolle durch Ausweitung der Befugnisse und Möglichkeiten der Parlamentarischen Kontrollkommission Verfassungsschutz, insb. im Hinblick auf die Möglichkeit, Mitarbeiter des Verfassungsschutzes vorzuladen und eigene Ermittlungen anzustoßen;

Erweiterung der Online-Wache bis hin zur umfassenden digitalen Anzeigeerstellung; Anzeigen-erstellung per Videotelefonie;

rechtliche Normierung des Einsatzes von Drohnen;

Verbesserung der realen und gefühlten Sicherheit im öffentlichen Raum bspw. durch Quartiers- und Beleuchtungsmanagement, Sauberkeit, Notrufsäulen, Waffen- und Alkoholverbotszonen und Videoüberwachung; höhere Präsenz von Ordnungskräften in den Abendstunden im ÖPNV und an öffentlichen Plätzen;

Frauen-Sicherheitspaket; Überwachung der Einhaltung von Kontakt- und Annäherungsverboten mittels elektronischer Fußfesseln;

Verfassungsschutz: personelle Verstärkung; Novelle des Verfassungsschutzgesetzes; weitere Digitalisierung des Landesamtes für Verfassungsschutz;

regelmäßige und obligatorische Überprüfung von Polizeianwärtinnen, Staatsanwältinnen und Richtern vom Landesamt für Verfassungsschutz vor der Einstellung;

weiterer Ausbau und stetige Weiterentwicklung der Präventionsangebote des Landesamtes für Verfassungsschutz;

Brand- und Katastrophenschutz: Fortführung der Förderung von modernen Feuerwehrfahrzeugen und -häusern auf dem aktuellen Rekordniveau; weiterer Ausbau

Verfassungsschutz: Reform des Verfassungsschutzes und Unterstellung einer stärkeren parlamentarischen Kontrolle;

Brand- und Katastrophenschutz, Rettungsdienst: Ausstattung relevanter Orte mit WLAN-Hotspots für den Katastrophenfall zur Ermöglichung eines Internetzugangs über Satellit auch während Stromausfällen;

deutliche Verbesserung der finanziellen, technischen und logistischen Voraussetzungen für eine bedarfsgerechte Ausstattung und Ausrüstung von Feuerwehr, Rettungsdienst und Katastrophenschutz;

Sicherstellung, dass Ausbildung und Ausstattung den neuen Herausforderungen des Klimawandels entsprechend weiterentwickelt werden;

konsequente Unterstützung von Feuerwehr und Rettungsdienst bei der Nachwuchsgewinnung; Prüfungen, wie jungendliches Engagement auch im Rahmen von Ganztagsangeboten an Schulen gefördert werden kann;

Einführung der Ruhegehaltspflichtigkeit der Feuerwehrzulage;

Abschaffung der Polizei-Software „Hessen Data“;

Führung von Polizeipräsidien und LKA nicht von politischen Beamten*innen, sondern von unabhängigen Beamten*innen;

Abbau von Überstunden und Verbesserungen der Arbeitsbedingungen für die Polizeibeamten*innen;

Unterstützung der Opfer und unmittelbaren Angehörigen von schweren Gewaltdelikten z.B. mit Angeboten zur psychologischen oder psychosozialen Hilfeleistung;

Verlaufsstatistik und Dunkelfeldstudie zu häuslicher Gewalt; statistische Erfassung von Femiziden als eigene Kategorie;

Verfassungsschutz: Abschaffung des Verfassungsschutzes; Ersetzung durch eine transparente arbeitende, wissenschaftliche Beobachtungsstelle von Angriffen auf Menschen-, Grundrechte und Demokratie;

öffentliche Information über Rechte, autoritäre und demokratiefeindliche Strukturen und Argumentationsmuster;

wissenschaftliche Aufarbeitung der Arbeit des Verfassungsschutzes; vollständige Rehabilitierung und Entschädigung der Opfer, insb. der Betroffenen von Berufsverboten;

und Stärkung der Befugnisse und Kompetenzen;

Verbesserung der psychosozialen Erstbetreuung am Tatort;

Schulung und Sensibilisierung des Personals zu Gewaltschutzkonzepten für Aufnahmeeinrichtungen und für kommunale Unterkünfte für Geflüchtete;

Verfassungsschutz: konsequente Fortsetzung des Umstrukturierungsprozesses des Verfassungsschutzes;

klare Qualifikationskriterien für die Mitarbeitenden des Verfassungsschutzes; kontinuierliche Weiterbildung;

weitere Stärkung der parlamentarischen Kontrolle;

Stärkung der interkulturellen Kompetenz des Verfassungsschutzes durch zielgerichtete und Fortbildung;

Stärkung der Fähigkeiten des Verfassungsschutzes, um Radikalisierung vor dem Bildschirm zu verhindern; Aufklärung der Bevölkerung über die Risiken;

Nachrangigkeit des Einsatzes von V-Leuten zu anderen Aufklärungsmöglichkeiten und Überprüfung auf seine Wirkung;

Prüfung, wie der Einsatz von V-Leuten vor allem im Phänomenbereich Rechtsextremismus noch sicherer und zuverlässiger und für die Sicherheitsorgane

neue Stellen bei Polizei und Justiz speziell für die Bekämpfung der Organisierten Kriminalität und der Geldwäschekriminalität;

konsequente Sicherungsverwahrung für verurteilte Sexualstraftäter im Rahmen der Pädokriminalität;

ehrliche, eindeutige und umfassende Darstellung der Realität in der Kriminalstatistik; Erfassung und entsprechende Ausweisung mehrfacher Staatsbürgerschaft;

Verfassungsschutz: kein Missbrauch des Landesamtes für Verfassungsschutz, um die Meinungsfreiheit zu unterdrücken oder einzuschränken;

entschiedenes Unterbinden von Versuchen der Beeinflussung des Landesamtes für Verfassungsschutz im parteipolitischen Interesse;

Veröffentlichung einer Einstufung als Verdachtsfall und der Beobachtungen durch den Verfassungsschutz erst, wenn ein Gericht aufgrund der vorgelegten Erkenntnisse die Genehmigung dazu erteilt; keine fallbezogene Einflussnahme auf den Verfassungsschutz seitens der Politik;

Präsident des Landesamtes für Verfassungsschutz darf kein politischer Beamter sein;

Gewährleistung eines effektiven Informationsaustausches mit allen Verfassungsschutzämtern in

Recht für Angehörige des Landesamtes für Verfassungsschutz, sich in dienstlichen Angelegenheiten direkt an die Kontrollkommission zu wenden („Whistleblower-Regelung“);

statistische Erfassung der Kriminalitätsentwicklung; Durchführung einer Dunkelfeldstudie als Längsschnittstudie ergänzend zur Polizeilichen Kriminalstatistik in regelmäßigen Abständen; Forcierung der Kooperation mit den Hochschulen und Universitäten;

Brand- und Katastrophenschutz:

Erleichterungen für den Feuerwehrführerschein; flexible Einsatzmöglichkeiten auch für nur noch beschränkt einsatztaugliche Kräfte; eine moderne Ausstattung der Landesfeuerwehrschule; Bereitstellung von Schulungsmöglichkeiten (bspw. für Einsatzfahrzeugführer) in Zusammenarbeit mit den Berufsfeuerwehren und der Polizei;

Minimierung der Berichtspflichten der Feuerwehr gegenüber dem Ministerium des Innern;

Flexibilisierung der für die Kräfte der Freiwilligen Feuerwehren geltenden Altersgrenzen;

Ausbau der Förderung der Beschaffung von Fahrzeugen und Geräten;

der Garantiesumme für den Brandschutz; Überprüfung des Vorschriftenbestandes im Brand- und Katastrophenschutz;

weiterer Ausbau der Landesfeuerwehrschule; Erweiterung und Fortentwicklung der digitalen Ausbildungsmöglichkeiten;

weiterhin starke Unterstützung der Kinder- und Jugendfeuerwehren; Fortentwicklung der Beratungsangebote und Projekte;

massive Ausweitung des Baus und der Reaktivierung von Schutzräumen, der Vorhaltung von Schutz- und Hilfsgütern, Notstromaggregate auf örtlicher Ebene sowie der Vernetzung im Krisenfall;

weiterer Ausbau des bestehenden Warnmittelmix aus Sirenen und der App hessenWARN;

weitere Erhöhung der Zahl der Notstrom-Aggregate im Katastrophenschutz;

Stärkung des Selbstschutzes und der Selbsthilfe; Etablierung eines jährlichen Bevölkerungsschutztages;

massive Stärkung der Klima- und Extremwetter-Sicherheit;

Prüfung einer Ausweitung der Ausbildungskapazitäten für Notfallsanitäter; Verlagerung der Zuständigkeit für die Rettungsdienste in das für Brand- und Katastrophenschutz zuständige Ministerium;

Feuerwehren, Rettungsdienste und Katastrophenschutz: Unterstützung der Förderung der Kinder- und Jugendabteilungen durch ein freiwilliges Wahlfach an der Schule;

Benennung und Beseitigung aller diskriminierenden Hürden und Verhaltensweisen; Einsatzabteilungen nicht als Rückzugsraum für Männer Dominanz und Whizte Supremacy;

bezahlte Freistellung für Ausbilder*innen;

Intensivierung der Nachwuchsgewinnung der Rettungsdienste;

nachhaltige Finanzierung des zivilen Katastrophenschutzes;

nachvollziehbarer gestaltet werden kann;

Feuerwehren, Rettungsdienste und Katastrophenschutz: Unterstützung der Wehren bei der Gewinnung von neuen engagierten Mitgliedern und Personal;

Schaffung der baulichen Voraussetzungen für einen höheren Frauenanteil mit Umkleiden; weitere Investitionen in die Ausrüstung; gute finanzielle, personelle und technische Ausstattung für Prävention und akute Hilfe; Anpassung der Ausrüstung der Wehren an die Erfordernisse des Klimawandels;

Stärkung des engen Austauschs zwischen Katastrophenschutz, Feuerwehren, Umweltbehörden sowie Städten und Gemeinden;

kontinuierliche Fortschreibung der Konzepte zur Bekämpfung von Waldbränden sowie Starkregenereignissen;

Unterstützung der Kommunen bei der Verbesserung von Strukturen für eine Anpassung kommunaler Gefahrenabwehr und des Krisenmanagements in Zusammenarbeit mit allen Blaulichtorganisationen;

gezielte organisationsübergreifende Aus- und Fortbildungskonzepte;

Deutschland und den Dienststellen des Staatsschutzes der Polizei;

gleichmäßige Erfassung und Beobachtung jeder Form des Extremismus vom Verfassungsschutz;

Erstellung der Statistiken im Verfassungsschutzbericht für alle Formen des Extremismus in einheitlicher und vergleichbarer Form;

Katastrophenschutz: Gewährleistung von Katastrophenwarnungen und -alarmierungen; Sicherstellung der Warnung jedes Bürgers, neben Radio- und Fernsehdurchsagen und elektronischen/digitalen Warnsystemen, mit einem flächendeckenden Sirenenwarnsystem;

Instandsetzung bestehender Schutzräume und Bunker; Einplanung von Schutzräumen und Bunkern bei der Erstellung von öffentlichen Neubauten/Mehrzweckanlagen; Förderung des Baus von privaten Schutzräumen;

Ausstattung von Feuerwehren, Hilfsorganisationen und des Technischen Hilfswerks mit modernem Gerät und Technik und Weiterqualifizierung mit Fortbildungen und regelmäßigen Übungen;

Einrichtung eines zweckgebundenen Notfallfonds für schnelle und unbürokratische Hilfe bei Schadensereignissen;

FDP	CDU	SPD	DIE LINKE	B90/DIE Grünen	AfD
<p>Bürgerrechte: keine Ausweitung der aktuell möglichen technischen Überwachung;</p> <p>jährliche Überwachungsgesamtrechnung, in der alle durchgeführten Überwachungen summarisch aufgeführt sind;</p> <p>Ausweitung der DNA-Analyse auch auf äußere Merkmale wie Haare, Augen und Hautfarbe sowie Herkunft bei schwersten Straftaten;</p> <p>Keine präventiven Videoaufzeichnungen und verdeckte Polizisten auf Versammlungen, wenn keine Gefahr für die öffentliche Sicherheit und Ordnung besteht;</p> <p>keine anlasslose und flächendeckende Videoüberwachung; Prüfung der Verhältnismäßigkeit bei Überwachungskameras, sichere Löschung von Aufnahmen nach gewisser Zeit durch Überschreiben der Aufnahmen;</p> <p>Schaffung einer klaren landesgesetzlichen Regelung, die konkret definiert, unter welchen Bedingungen Waffenverbotszonen an welchen Orten eingerichtet werden können und welche „Waffen“ hiervon erfasst werden;</p> <p>Datenschutz: Nutzbarmachung des technischen Fortschritts und Auflösung der angeblichen Un-</p>	<p>Bürgerrechte: Umsetzung der Vorratsdatenspeicherung in dem vom Gerichtshof der EU vorgegebenen rechtsstaatlichen Rahmen;</p> <p>Zugang zu bestehenden privaten audiovisuellen Systemen für die Sicherheitsbehörden in engen Grenzen und mit richterlicher Anordnung;</p> <p>rechtliche und technische Ermöglichung in engen Grenzen, kryptierte Telekommunikation im Kontext von schwersten Straftaten zu überwachen;</p> <p>Ermöglichung einer Nutzung vorhandener Maut- und sonstigen Verkehrsüberwachungsdaten zur Verbrechensverfolgung;</p> <p>Umkehrung der Beweislast bei der Sicherstellung von Vermögenswerten aus organisierter Kriminalität;</p> <p>Cybersicherheit: weiterer finanzieller und personeller Ausbau des Hessen Cyber Competence Centers (Hessen 3C); fortlaufende Überprüfung und ggf. Anpassung des rechtlichen Rahmens anhand der dynamischen Entwicklung;</p> <p>Stärkung des Chief Information Security Officers (CISO) der Landesverwaltung;</p>	<p>Bürgerrechte: Projekt „Polizeischutz für die Demokratie“;</p> <p>Erweiterung der Möglichkeiten von Beschwerden an den unabhängigen Bürger- und Polizeibeauftragten; Ermöglichung von anonymen Eingaben an den Polizeibeauftragten (Whistleblower);</p> <p>Datenschutz: digitale Souveränität jedes Bürgers über seine Daten;</p> <p>Open-Data-Offensive; Zugang zu Daten muss möglichst für jedermann barrierefrei und einfach zugänglich sein;</p> <p>schnelle und konsequente Umsetzung einer Open-Data-Strategie; intensive Unterstützung der Kommunen, ihre Daten ebenfalls zu veröffentlichen und/oder Informationsfreiheitsatzungen zu entwickeln;</p> <p>personelle Ausstattung der Datenschutzbeauftragten, dass sie verstärkt und ohne große Wartezeiten kleine Unternehmen, Selbstständige, Kitas, Schulen, Vereine, Initiativen und Gruppierungen wie Elternbeiräte theoretisch und praktisch beraten kann;</p> <p>Cybersicherheit: umfassende Cybersicherheitspolitik;</p>	<p>Bürgerrechte: unabhängige Beschwerdestelle zur Untersuchung und Ahndung möglichen Fehlverhaltens von Polizeibeamt*innen;</p> <p>umfangreiche Ermittlungskompetenzen und Anwesenheitsrecht bei Polizeieinsätzen;</p> <p>Abschaffung anlassloser und verdachtsunabhängiger Kontrollen;</p> <p>Ablehnung des sog. „Versammlungsfreiheitsgesetzes“; Schutz der freiheitlichen Grundrechte, nicht der „öffentliche Ordnung“; Versammlungsgesetz, das die freie politische Meinungsäußerung gewährleistet;</p> <p>generelles Verbot des Einsatzes von Pfefferspray und Tasern durch die Polizei;</p> <p>Anwendung von Gesichtserkennung im öffentlichen Raum und Einsatz von Algorithmen zur „Vorhersage“ von Straftaten nur im Einzelfall und auf richterlichen Beschluss;</p> <p>Datenschutz: Abschaffung der Polizei-Software "Hessendata": kein Ausbau eines Überwachungsstaates mithilfe von Big Data; keine automatisierte Erstellung von ausführlichen Datenprofilen aller Bürger*innen;</p>	<p>Bürgerrechte: Vorrang für repressionsarme Konzepte vor Überwachungsmaßnahmen;</p> <p>keine flächendeckende Videoüberwachung oder akustische Überwachung des öffentlichen Raums;</p> <p>Beschränkung des Einsatzes intelligenter Videoüberwachung auf die gezielte Identifikation von Straftätern oder Straftaten bei Wahrung der Rechte Unbeteiligter;</p> <p>Wirksamkeits-Check im Sicherheitsbereich als Standardinstrument; je stärker der Eingriff, umso höher müssen die gesetzlichen Hürden sein, bspw. durch Notwendigkeit eines vorherigen richterlichen Beschlusses;</p> <p>konsequente Verfolgung von Straftaten im Internet; enge Zusammenarbeit mit Expert*innen, um im digitalen Raum gezielt Kriminalität auf dem neuesten Stand der Technik zu bekämpfen, ohne Bürger*innenrechte unverhältnismäßig einzuschränken;</p> <p>aktiver Schutz von Whistleblower*innen und Hinweisgeber*innen;</p> <p>Datenschutz: höchste Standards beim Datenschutz und in der IT-Sicherheit;</p>	<p>Bürgerrechte: Ermöglichung verdachtsunabhängiger Kontrollen (Schleierfahndung) landesweit, insb. an bekannten Kriminalitätsschwerpunkten, durch die Polizei zur Sicherheit der Bürger;</p> <p>Bekanntgabe von Tätern, die Straftaten gegen das Leben begangen haben, an die Öffentlichkeit; umfassende Informationen zur Person sowie zu genauen Tatumständen;</p> <p>Datenschutz: Stärkung und Unabhängigkeit des Datenschutzbeauftragten; Wahrnehmung der Kontrollaufgabe für Wirtschaft und öffentliche Verwaltung in gleichem Maß weisungsfrei in der Zuständigkeit; fachgerechte Personal-, Geld- und Sachmittelausstattung;</p> <p>Cybersicherheit: nachhaltige Förderung der IT-Sicherheitsforschung an Hochschulen und privaten Forschungseinrichtungen;</p>

vereinbarkeit zwischen Bürgerrechtsschutz und Fortschrittsorientierung;

Stärkung des Datenschutzes in sozialen Netzwerken durch rechtliche Vorkehrungen; „Opt-in-Verfahren“;

keine umfassenden „Chat-Kontrollen“;

Verbesserung des Informationsfreiheitsgesetzes; Ausweitung des Anwendungsbereiches, so dass auch Städte und Gemeinden zur Auskunft verpflichtet werden;

E-Demokratie: Ermöglichung der Online-Stimmabgabe;

Integrierung des Datenschutzes im Rahmen der schulischen Bildung in den Unterricht, Fortentwicklung des Schulfachs Informatik in Digitalkunde; Vermittlung von Medienkompetenz und der Beherrschung von Sicherheitstechniken und Datensparsamkeit; entsprechende Fort- und Weiterbildung von Lehrkräften;

Cybersicherheit: Digitalisierungs-offensive Polizei;

weitere Stärkung der Zentralstelle zur Bekämpfung der Internetkriminalität sowie der Cybersecurity-Forschung;

Ausstattung jedes Streifenwagens mit mobilen Geräten sowie polizeispezifischen Software Applikationen;

Bündelung der vorhandenen Schulungs- und Weiterbildungsmaßnahmen der Verwaltung in den Bereichen Informations- und Cybersicherheit an einer Stelle;

bessere Vernetzung der zentralen Akteure aus Verwaltung, Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Gesellschaft durch einen Cybersicherheitsrat;

Cybersicherheitspaket zwischen Land und Kommunen;

weitere personelle Aufstockung der Zentralstelle zur Bekämpfung der Internetkriminalität (ZIT) und Stärkung der Kooperation mit anderen auf Cybercrime spezialisierten Staatsanwaltschaften;

Durchführung einer grundsätzlichen Erhebung des Sicherheitsniveaus öffentlicher IT-Systeme;

dauerhafte Stärkung der Kapazitäten des Landes für das Monitoring von Cybersicherheitsrisiken und die schnelle Reaktion auf Cyberangriffe in den Gefahrenabwehr- und Strafverfolgungsbehörden;

niedrigschwellige Fortbildungsangebote und Digitallotsen zur Unterstützung der Bürger*innen und zur Sensibilisierung für Gefahren durch Cyberangriffe;

Stärkung des Nationalen Cybersicherheitszentrums Athene in Darmstadt; langfristige Sicherstellung und Erhöhung der Finanzierung;

Cybersicherheit: Stärkung der Cybersicherheit durch verstärkte Fortbildungen der zuständigen Fachkräfte und Förderung der Einrichtungen für Cybersicherheit;

Vorantreiben der Umsetzung der Cybersicherheitsstrategie; Sicherheitsbildung und –sensibilisierung;

Stärkung der Cybersicherheit durch verstärkte Fortbildungen der zuständigen Fachkräfte und Förderung der Einrichtungen für Cybersicherheit;

Gezielter Aufbau von Wissen zur Bekämpfung und Verhinderung von Cyberattacken auf kritische Infrastruktur;

FDP	CDU	SPD	DIE LINKE	B90/DIE Grünen	AfD
<p>Konkurrenzfähige Besoldung der Justiz; Berücksichtigung von Berufserfahrungen bei Einstellung und Eingruppierung;</p> <p>Ausweitung und effiziente Ausgestaltung der „Task-Force Mutterschutz“, um mutterschutzbedingte Ausfälle zeitnah abzufedern;</p> <p>Auffangen von Unterbesetzungen durch einen Stellenpool;</p> <p>Digitalisierung, Homeoffice-Möglichkeiten, Jobsharing, Desktop-sharing, Anspruch auf dynamischen Ruhestandseintritt bis zum 70. Lebensjahr, Lebenszeitarbeitskonten auch für Richterinnen und Richter, Möglichkeit eines Sabbaticals;</p> <p>Talentpool mit Absolventen der verschiedensten Ausbildungen von potentiellen Richtern und Staatsanwälten bis zu Personal in den Vollzugsanstalten;</p> <p>Förderung der Durchlässigkeit verschiedener juristischer Berufe bis hin zum Quereinstieg in die Justiz;</p> <p>Schaffung weiterer Spezialzuständigkeiten, wie z.B. im IT-Recht an zentralen Gerichtsstandorten;</p> <p>unproblematischer Zugang der Syndikus Rechtsanwälte zum Versorgungswerk;</p>	<p>Zentralisierung der Registergerichte im ländlichen Raum;</p> <p>weitere Modernisierung der Justizstandorte, Verbesserung ihrer Sicherheitsinfrastruktur;</p> <p>Entlastung der Sozialgerichte von von vornherein völlig aussichtslosen Verfahren von sog. Vielklägern;</p> <p>Nachwuchsgewinnung: Verbesserung der Besoldungsstruktur in allen Laufbahnen; Erleichterung der Verbeamtung von Justizfachangestellten; Begrenzung von Befristungen auf ein Minimum; Erweiterung der Ausbildungskapazitäten; Ausbau der Nachwuchskampagnen;</p> <p>bestmögliche Unterstützung für junge Richterinnen und Staatsanwälte im Berufsstart; Mentorenprogramme;</p> <p>keine Veränderung des Staatsexamens als Voraussetzung für die Befähigung zum Richteramt; noch modernere Gestaltung des Referendariats; Ermöglichung, die Examenklausuren elektronisch zu schreiben;</p> <p>Sicherstellung der zügigen und reibungslosen Durchführung des beschleunigten Verfahrens mit speziellen Dezernaten, genügend Personal und Ressourcen;</p>	<p>Vollzug von Freiheitsstrafe als unveräußerliche staatlich-hoheitliche Aufgabe;</p> <p>Einstellungs- und Ausbildungs offensive, die u.a. die Rechtspflege mitdenkt; Verzicht auf sachgrundlose Befristungen;</p> <p>Steigerung der Attraktivität der Justiz als Arbeitgeberin durch bessere Besoldung und höhere Flexibilität bei der Arbeitszeit- und -gestaltung;</p> <p>Erleichterung des Berufsstarts für Richter*innen sowie Staatsanwälte*innen durch Mentoringsprogramme sowie durch reduzierte Dezernate;</p> <p>Stärkung des Stellenwerts der Ausbildung in der Justiz durch angemessene Entlastung der Ausbilder für die Ausbildungsaufgaben, Schaffung von Anreizen zur Übernahme von Ausbildungsaufgaben; Ausbildertätigkeit als wesentliches Kriterium bei der Beförderung;</p> <p>Einführung des E-Examens für beide Staatsexamina;</p> <p>Forcierung der Umsetzung der elektronischen Akte; Schaffung aller notwendigen technischen, personellen und finanziellen Voraussetzungen;</p>	<p>Durchsetzung des Gewaltenteilungsprinzips und Demokratisierung der Justiz; Ernennung von Richter*innen und Staatsanwälte*innen ausschließlich durch Richter*innenwahlausschüsse;</p> <p>Einführung der Selbstverwaltung der Gerichte und Staatsanwaltschaften durch Justizräte;</p> <p>Erhalt von Amtsgerichtsstandorten; Schaffung zusätzlicher Rechtspfleger*innen- und Richter*innenstellen für schnellere Verfahren; Ausbau der Prozesskostenhilfe;</p> <p>Abschaffung des Weisungsrechts: Stärkung der Justiz durch unabhängige Staatsanwälte*innen; Gleichstellung der Rechtsreferendar*innen im Justizdienst bei der Ausbildungsvergütung mindestens mit den Lehramtsreferendar*innen;</p> <p>menschenwürdige Gestaltung des Strafvollzugs, Entwicklung sinnvoller Alternativen;</p> <p>offene Gestaltung des Strafvollzugs; Zugang zum Internet, zu Medien und Informationen für Strafgefangene; angemessen bezahlte Beschäftigung; Ausbau von Weiterbildungsangeboten und psychosozialer Betreuung; Gesundheitsversorgung in Haftanstalten nach Vorgaben der gesetzlichen Krankenversicherung</p>	<p>Stärkung der richterlichen Selbstverwaltung; Prüfung einer Beschränkung des ministeriellen Weisungsrechts gegenüber den Staatsanwaltschaften;</p> <p>gute Arbeitsbedingungen in der Justiz; Verbesserung der Eingangsbesoldung; zügige Durchführung von Bewerbungsverfahren; modernes, familienfreundliches Arbeitsumfeld mit modernen Arbeitsmitteln und zeitgemäßen Räumlichkeiten; verstärkte Anpassung der Arbeitszeitmodelle an die Bedürfnisse der Beschäftigten, Sabbaticals;</p> <p>entsprechende technische Ausstattung der Arbeitsplätze und der Sitzungssäle bei Einsatz der elektronischen Akte;</p> <p>verstärkte Schulungen und mehr entsprechend geschultes, bezahltes IT-Fachpersonal bei der Digitalisierung der Justiz;</p> <p>Prüfung von Einsatzmöglichkeiten künstlicher Intelligenz zur Unterstützung insb. für Rechercheaufgaben bei umfangreichen Materialsammlungen oder sonstigen Massenaufgaben;</p> <p>schnellstmögliche Nachbesetzung offener Stellen bei Gerichten und Staatsanwaltschaften;</p>	<p>Keine Urteile mit Herkunfts-, Kultur-, Ideologie- oder Religionsrabbat; kein Einfluss der politischen Gesinnung auf die Strafzumessung;</p> <p>Stärkung der Unabhängigkeit der Justiz; keine politische Einflussnahme;</p> <p>Staatsanwälte und Richter sollen nicht mehr vom Justizministerium eingestellt werden und müssen weisungsungebunden und unabhängig sein; keine generelle Berichtspflicht der Staatsanwälte gegenüber dem Justizminister;</p> <p>signifikante Aufstockung des Personals bei Richtern, Staatsanwälten und Verwaltungsangestellten;</p> <p>Ausstattung der Justiz mit schnellem Internet und Ausbau des elektronischen Rechtsverkehrs;</p>

<p>Juristenausbildung: qualitätsorientierte Aus- und Fortbildung; Ausarbeitung eines einheitlichen Kerncurriculums, das den Anforderungen der Abschlussklausuren entspricht; Möglichkeit der Berücksichtigung der Leistungsergebnisse in den Ausbildungsstationen in der Endnote der zweiten Staatsprüfung;</p>	<p>konsequente Verfolgung der Straftaten sog. Klimaaktivisten; Belegung der Blockade von Rettungswegen oder Behinderung von Rettungsmaßnahmen mit Mindestfreiheitsstrafe;</p> <p>Neuregelung der Strafbarkeit von Geldautomatensprengungen; erhöhter Mindeststrafrahmen;</p>	<p>bessere Vermittlung justizieller Entscheidungen, u.a. durch Medienübertragung von Urteilsverkündung bei Obergerichten und flächendeckende Auskunftsservices über die Arbeit der Justiz;</p> <p>Stärkung alternativer Formen der Streitbeilegung wie z.B. Mediation oder Schiedsamt;</p>	<p>(Äquivalenzprinzip); gut ausgebildetes Personal;</p> <p>keine (Teil-)Privatisierungen von Strafvollzugsanstalten;</p> <p>Entwicklung sinnvoller Alternativen zum derzeitigen Strafvollzug, bei denen Resozialisierung an erster Stelle steht;</p>	<p>Modernisierung der juristischen Ausbildung; Prüfung einer Verlängerung der Regelstudienzeit und der Einführung eines integrierten Bachelors in das Jurastudium;</p> <p>Entlastung der Justiz; Vermeidung der Ahndung geringfügiger Regelverstöße mit Freiheitsstrafen; Entkriminalisierung von Bagatelldelikten;</p>
<p>weiterer Ausbau des elektronischen Rechtsverkehrs; Zeugenvernehmungen und Gerichtsverhandlungen in geeigneten Fällen per Videokonferenztechnik;</p> <p>Entwicklung Frankfurts zum internationalen Top-Justizstandort;</p>	<p>Nutzung der Möglichkeiten der Evidence-Verordnung, um Straftaten im Internet effektiver aufzuklären zu können;</p> <p>Verbesserung der rechtlichen und technischen Möglichkeiten für den notwendigen Informationsaustausch zwischen Polizei und Justiz sowie dem Landesamt für Verfassungsschutz, auch länderübergreifend;</p>	<p>Einführung eines Hessischen Opferfonds;</p> <p>Schaffung der Stelle eine(s/r) Ombudsmannes/-frau für Betroffene von Übergriffen;</p> <p>Auslaufen der Teilprivatisierung der JVA Hünfeld;</p>	<p>Schutz vor geschlechtsspezifischer Gewalt: bessere personelle und sächliche Ausstattung sowie Barrierefreiheit für die Frauen*häuser;</p> <p>mehr Landesmittel für Förderung und Ausbau von Beratungsangeboten für Mädchen und Frauen* mit Erfahrungen sexualisierter Gewalt sowie für die Arbeit mit Täter*innen;</p>	<p>Behandlung von ticketlosem Fahren im ÖPNV als nicht anzuzeigenden Vertragskonflikt;</p> <p>Etablierung weiterer Häuser des Jugendrechts an geeigneten Standorten;</p>
<p>Einrichtung weiterer Häuser des Jugendrechts; Beschleunigung von Jugendstrafverfahren; schnellere Bearbeitung der Fälle und schnellstmögliche Verhandlung bei Jugendkriminalität; Ausbau und Stärkung der Bildungsarbeit in den Jugendvollzugsanstalten;</p>	<p>konsequente strafrechtliche Verfolgung von Angriffen auf Amtsträgerinnen und Amtsträger mit Sonderdezernaten in allen Staatsanwaltschaften;</p>	<p>Ruhegehaltsfähigkeit der Vollzugszulage;</p> <p>Gewaltschutz: vollumfängliche Umsetzung der Istanbul-Konvention; bedarfsgerechte Finanzierung und flächendeckende Garantie des Schutzes vor Gewalt; bedarfsgerechte Bereitstellung von barrierefreien Frauenhausplätzen; Prävention von häuslicher und sexualisierter Gewalt;</p>	<p>Landesinvestitionsprogramm für mehr Schutzräume in Frauen*häusern und -wohnungen; ausreichend Belegungsrechte bei kommunalen Wohnungsbaugesellschaften, um Frauen* nach dem Frauen*haus angemessen unterbringen zu können;</p>	<p>Etablierung eines wirksamen Gefährdungsmanagements zum Schutz von von Gewalt betroffenen Frauen und Kindern, z.B. elektronische Fußfesseln;</p>
<p>Bekämpfung häuslicher Gewalt: schnelle, umfassende und wirksame Umsetzung der Istanbul-Konvention zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt;</p>	<p>Beschleunigung und effektivere Gestaltung von Bußgeldverfahren durch Änderungen im Ordnungswidrigkeitenrecht; weiterer Ausbau der Vernetzung zur besseren Erkenntnis und Verfolgung antisemitischer Straftaten;</p>	<p>verstärktes Vorgehen gegen sexuelle Belästigung im öffentlichen Raum und geschlechtsspezifische Gewalt im Internet;</p>	<p>Stärkung von Wegweisungen als ordnungsrechtliches Mittel und Verlängerung der Fristen;</p>	<p>entschlossene Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen; verlässliche und bedarfsgerechte Finanzierung der Schutzeinrichtungen, Frauennotrufe sowie Beratungs- und Interventionstellen;</p>
<p>kostenlose, anzeigeunabhängige und anonyme Spurensicherung für die Betroffenen von sexueller oder sexualisierter Gewalt;</p>	<p>Nutzung der Spielräume, die der Europäische Gerichtshof für die Speicherung von IP-Adressen für einen begrenzten Zeitraum insb. zur Bekämpfung schwerer Kriminalität eröffnet hat;</p>		<p>effektive Fortbildungen für Verwaltung, Polizei und Justiz; landesweites Konzept der Polizei für eine Hochrisikoanalyse mit wirksamen Maßnahmen;</p>	<p>flächendeckender und bedarfsgerechter Ausbau des Gewaltschutzsystems; Ausbau der Plätze in Frauenhäusern; 300 zusätzliche Familienplätze in Schutzunterkünften und Übergangswohnungen;</p>
<p>bedarfsgerechter Ausbau von Frauenhausplätzen;</p>			<p>Einrichtung einer landesweiten Infrastruktur zur anonymen Spurensicherung, damit nach sexua-</p>	<p>Aufführung von Femziden und Femizid-Versuchen in der Kriminalstatistik;</p>
<p>standardmäßige Bereitstellung von Informationen über Hilfsangebote zu häuslicher Gewalt beim</p>	<p>Digitale Justiz: Vorantreiben der Einführung der elektronischen</p>			<p>Verstärkung der aktiven Aufklärungsarbeit über Femizide in</p>

Besuch der Frauenärztin oder des Frauenarztes;

Gründung einer Opferschutzstiftung; Stärkung und stärkere Unterstützung der Opferhilfevereine;

Information der Opfer über Freigänge oder Entlassung von Tätern;

Implementierung weiterer präventiver Maßnahmen für die Bekämpfung von Kindesmissbrauch; Ausbau von Präventionsprogrammen; ausreichendes Angebot an psychologischer Betreuung für ehemalige Gefangene, die nach einer Verurteilung wegen Kindesmissbrauchs bzw. des Besitzes von Kinderpornographie aus der Haft entlassen wurden;

Ausbau von Quick-Freeze-Verfahren, um Straftäter der Online-Kinderpornographie leichter ermitteln zu können;

niedrigschwellige Angebote für eine vertrauensvolle polizeiliche Beratung für Kinder; Aufbau eines Onlineangebots zur Information und Beratung für Eltern, Lehrkräfte und betroffene Kinder;

Verstärkung tatusgleichender Maßnahmen; weitere mediativ-vermittelnde Verfahren, die auf Entschädigung und Entschuldigungen abzielen;

Schaffung moderner Resozialisierungskonzepte; Intensivierung des offenen Vollzugs; Verbesserung der Begleitung der Gefangenen nach der Haftentlassung und der Vorbereitungen zur Haftentlassung;

Akte; insgesamt digitalere Aufstellung der Justiz;

weiterer Ausbau der IT-Ausstattung der Justiz; mehr Stellen für IT-Vor-Ort-Betreuer;

Erleichterung des Zugangs für Bürgerinnen und Bürger zur Justiz; Einrichtung digitaler Rechtsantragstellen; weiterer Ausbau der Online-Vergabe von Rechtspflegeterminen;

stärkere Unterstützung und Stärkung des Opferschutzes und der Arbeit der Opferhilfevereine und –strukturen; gesetzliche Grundlage für die Rechtsstellung der Beauftragten der Landesregierung für Opfer schwerer Gewalttaten und Terroranschläge;

weitere Verbesserung der Strukturen und Standards beim Opferschutz;

stärkere Präventionsarbeit zur Bekämpfung von Hass und Hetze gegen Kommunalpolitiker;

Schutz von Frauen vor Gewalt, insb. vor häuslicher Gewalt; Erhalt und wo erforderlich Ausbau von Angeboten von Frauennotrufen, Beratungs- und Interventionsstellen und eines flächendeckend erreichbaren Angebots von Frauenhäusern für akute Krisenfälle; Gewährleistung eines flächendeckenden Netzes von Beratungsangeboten und Frauenhäusern;

weiterer Ausbau der Häuser des Jugendrechts, Einrichtung neuer Standorte;

lisierter Gewalt und Vergewaltigung eine gute medizinische Betreuung gewährleistet ist;

Unterstützung von Sexarbeitenden; uneingeschränktes Bleiberecht und passgenaue Ausstiegsbegleitung für Betroffene von Menschenhandel und Zwangsprostitution;

Justiz, Staatsanwaltschaft und Polizei;

Beratung, Gesundheitsversorgung, Sprach-, Integrations- sowie Weiterbildungskurse für Frauen, die aus der Prostitution aussteigen wollen; kostenfreier Zugang zu Gesundheitschecks und weiteren Programmen, die sie gezielt bei der Suche nach Unterkunft, Verpflegung und Arbeit außerhalb der Prostitution unterstützen;

Vorhalt, Ausbau und Hinterlegung mit Stellen von Angeboten zur Resozialisierung; Beratungs- und Bildungsangebote vor allem im Jugendstrafvollzug; eingeschränkter Zugang zum Internet, der ermöglicht, Nachrichtenseiten und Bildungsangebote abzurufen sowie E-Mails an freigeschaltete Adressen zu senden;

weiterer Ausbau der muslimischen Seelsorge;

weiterer Ausbau von Angeboten zur Suchtberatung; möglichst niedrigschwelliger Zugang zu freiwilligen Psychotherapien für Inhaftierte; Stärkung der Straffälligenhilfe;

angemessene Erhöhung der Vergütung für Gefangenenarbeit;

weitere Stärkung des offenen Vollzugs mit entsprechenden Vorbereitungsprogrammen;

Ausbau von Angeboten, die Ersatzfreiheitsstrafe durch gemein-

Arbeitsangebote, Fort- und Weiterbildungsmöglichkeiten für die Gefangenen, die einen hohen Gemeinwohlbezug aufweisen;

gute Ausbildung und angemessene Bezahlung der Justizmitarbeiter; spezifische Fort- und Weiterbildungsangebote für Vollzugsbedienstete zur persönlichen Weiterentwicklung und zur bestmöglichen Unterstützung der Gefangenen bei ihrer Resozialisierung;

Entwicklung neuer Formen der Personalgewinnung; Werbekampagnen, attraktive Arbeitszeitmodelle und finanzielle Anreizsysteme;

Erhöhung der Sonn- und Feiertagszuschläge;

Bachelor für Studierende der Rechtswissenschaften, die alle für die Zulassung zur ersten juristischen Staatsprüfung erforderlichen Prüfungen erfolgreich absolviert haben;

Stärkung des Gerichtsstandorts Frankfurt, insb. durch Schwerpunktsetzungen und Konzentrationen in komplexen Wirtschaftsverfahren;

mehr Gerichtsverfahren in englischer Sprache;

Verbesserung der Arbeitsbedingungen und Besoldungsstruktur der Bediensteten des Justizvollzugs;

Erhalt und weitere Modernisierung der Justizvollzugsanstalten; ausreichende Zahl an Haftplätzen;

Resozialisierung: Demokratie- und Sprachförderung; Ausbau der Rechtsstaatskurse auch im Strafvollzug; Prüfung und Ausbau des Einsatzes von elektronischer Aufenthaltsüberwachung;

Verbesserung der Zusammenarbeit des Justizvollzugs mit den Kommunen für Entlassungsvorbereitung;

Unterbindung von Geldzahlungen radikaler Gruppen an Strafgefangene; Stärkung der freien Straffälligenhilfe gemeinnütziger Vereine und der ehrenamtlichen Arbeit im Vollzug und in der Bewährungshilfe;

nützige Arbeit abzuwenden; Intensivierung der Beratung der Betroffenen;

Sicherstellung einer auskömmlichen Finanzierung freier Träger der Straffälligenhilfe;

Opferschutz: stärkere Unterstützung der Hilfseinrichtungen für Opfer von Straftaten; Schwerpunkt auf Opfern von Sexualstraftaten sowie rassistischen, antisemitischen oder homo- und transphoben Übergriffen;

Etablierung von Ansprechpersonen für gleichgeschlechtliche Lebensweisen bei den Staatsanwaltschaften;

schnellerer Zugang zu psychotherapeutischer Beratung und finanzieller Unterstützung für Opfer von Straftaten und Gewaltverbrechen und deren Angehörige;

breitere Fortbildung von Rechtsanwälten im Opferrecht;

besserer Zugang zu ambulanter und stationärer Psychotherapie;

Verstetigung und Ausbau der Unterstützung durch den „Fonds für die Opfer und Angehörigen schwerer Gewalttaten von landesweiter Bedeutung und von Terroranschlägen“;

FDP	CDU	SPD	DIE LINKE	B90/DIE Grünen	AfD
<p>Kommunales: Notwendigkeit einer Aufgabenkritik, die das Ziel hat, unnötige Gesetze abzuschaffen und komplizierte Vorschriften auch für kleine Verwaltungen zu vereinfachen, dass sie auch mit den kommunalvorhandenen Ressourcen umgesetzt werden können;</p> <p>Ausbau der interkommunalen und regionalen Zusammenarbeit zwischen Gemeinden, Städten und Kreisen;</p> <p>Ermöglichung interkommunaler parlamentarischer Versammlungen;</p> <p>Ausweitung der bestehenden Programme zur Förderung der interkommunalen Zusammenarbeit;</p> <p>auskömmliche Finanzausstattung der Kommunen statt Lenkung durch Landesprogramme und Hessenkasse;</p> <p>kritische Evaluation der unüberschaubaren Förderlandschaft des Landes;</p> <p>auskömmliche Finanzausstattung für die Kommunen, die eine echte kommunale Selbstverwaltung ermöglicht;</p> <p>Digitalisierung der kommunalen Gremienarbeit;</p>	<p>Kommunales: Prüfung eines Verzichts auf die Stichwahlen bei den Wahlen zu den kommunalen Verwaltungsspitzen (Bürgermeister und Landräte); Prüfung der Schaffung einer Sperrklausel für kommunale Vertretungsorgane unter Beachtung der verfassungsgemäßen Möglichkeiten;</p> <p>Prüfung der Ermöglichung einer Zulassung digitaler Sitzungsformate in der Kommunalverfassung, zumindest für bestimmte Gremien;</p> <p>Änderung der Gemeindeordnung, damit Bürgerbegehren wichtige Infrastrukturprojekte in ihrer zügigen Realisierung nicht gefährden;</p> <p>weitere Straffung der Verfahren und Begrenzung der Klage- und Antragsberechtigungen auf diejenigen, die von dem Vorhaben tatsächlich betroffen sind;</p> <p>Schaffung eines neuen, eigenen Senats für Infrastrukturmaßnahmen am Verwaltungsgerichtshof;</p> <p>Verringerung des Vorschriftenbestandes; Prüfung einer möglichst weiten Annäherung an das Prinzip des „1 in 2 out“;</p> <p>Prüfung der Schaffung „bürokratiefreier Zonen“ in Modellprojekten;</p>	<p>Kommunales: strategische und finanzielle Unterstützung aller Kommunen, um die öffentliche Daseinsvorsorge langfristig zu sichern;</p> <p>Kommunales Wahlrecht für alle Menschen, die länger als 6 Monate in hessischen Kommunen leben;</p> <p>Verwaltung: Hessentempo für Planungen und Genehmigungen; gute Ausstattung der Verwaltung mit Fachkräften; Digitalisierungsschub für das staatliche Antragswesen;</p> <p>Verbesserung der Angebote zur Fördermittelberatung für die Kommunen im ländlichen Raum; zusätzliches Personal und Einrichtung von Beratungsstätten bei den Kreisverwaltungen;</p> <p>Widerspiegelung der Vielfalt in der Gesellschaft auch in der Landesverwaltung; Einführung einer Diversitäts-Quote in der Landesverwaltung;</p> <p>Einrichtung einer Stelle in der Landesverwaltung, die Kommunen unterstützt, vernetzt und mit eigenen Förderprogrammen entwickelt;</p>	<p>Kommunales: Stärkung interkommunaler Zusammenarbeit; selbstbestimmte Zusammenarbeit zwischen benachbarten Kommunen, regionale Entwicklungspläne, Dezentralisierung staatlicher Verwaltung;</p> <p>Reform der Hessischen Gemeindeordnung und der Hessischen Landkreisordnung;</p> <p>transparentere Kommunalpolitik; bessere Einsichtsmöglichkeiten in Daten der Kommune; freie Zugänglichkeit öffentlicher Akten;</p> <p>Digitalisierung der Kommunalpolitik; flächendeckender digitaler Zugang zu Rathäusern und Behörden; weiterhin Möglichkeit einer analogen Nutzung;</p> <p>Verwaltung: Ausbau des öffentlichen Dienstes und öffentlicher Dienstleistungen;</p> <p>unbefristeter Arbeitsvertrag als Normalfall im öffentlichen Dienst;</p> <p>Reduzierung der Arbeitszeit der Beamt*innen wieder auf 38,5 Stunden;</p> <p>vollständige Wiederherstellung der Mitbestimmungs- und Mitwirkungsrechte der Personalräte im Personalvertretungsgesetz;</p>	<p>Kommunales: Vielfältigere, modernere und flexiblere kommunale Parlamente, die die Bürger*innen regelmäßig aktiv einbeziehen;</p> <p>rechtssichere Ermöglichung digitaler kommunaler Sitzungen, falls das vor Ort gewünscht wird;</p> <p>Stärkung der ehrenamtlich engagierten Mitglieder in den kommunalen Parlamenten;</p> <p>Schutz der Kandidierenden auf Wahllisten, Veröffentlichung nur der Erreichbarkeitsadresse;</p> <p>Prüfung von Maßnahmen zur Korruptionsprävention in Kommunen;</p> <p>Einbindung der Bürger*innen von Städten und Gemeinden bei wichtigen Entscheidungen; Ermöglichung der Einrichtung von Bürger*innenräten; Wahl nach einem repräsentativen Losverfahren;</p> <p>Stärkung von Kinder- und Jugendparlamenten;</p> <p>Ermöglichung einer Bürger*innenfragezeit in der Gemeindeordnung;</p> <p>Verwaltung: Schaffung moderner Arbeitsplätze für Beamt*innen und Angestellte; flexible Arbeitszeitmodelle; Vereinbarkeit von</p>	<p>Überprüfung von Verwaltungsvorschriften und Gesetzen hinsichtlich Sinnhaftigkeit, Kosten und Nutzen und gegebenenfalls ersatzlose Abschaffung;</p>

Förderung der Vereinfachung von interkommunaler Zusammenarbeit durch Unterstützung des Landes; Differenzierung des Systems der Mittelzentren; Etablierung einer festen Kooperation benachbarter Zentren;

Sicherheitsarchitektur in den Kommunen: alle hessischen Kommunen sollen Teil von KOMPASS werden, damit die Sicherheit vor Ort gewährleistet wird;

Verwaltung: unverzügliche Wiederherstellung der verfassungsgemäßen Besoldung für Beamte; Mindestabstandsgebot von 15 % zum Grundsicherungsniveau;

Steigerung der Flexibilität und finanziellen Attraktivität des höheren Dienstes;

Rechtsanspruch auf mobiles Arbeiten für Beschäftigte in der Landesverwaltung; Etablierung offener Bürokonzepte, flexibler Arbeitsplätze und einer Kombination aus Einzel- und Gemeinschaftsarbeitsplätzen;

Digitale Verwaltung: Beschleunigungen der digitalen Transformation in der Verwaltung; Digitalisierung auch des Bereichs des Backends; Anpassung der standardisierten Verwaltungsprozesse auf die spezifischen kommunalen Gegebenheiten;

voll digitalisierte, papierlose Verwaltung bis 2028;

Überprüfung aller Arbeitsschritte im Zuge der Digitalisierung mit

Verwaltung: vollständig digitale Durchführung aller Behördengänge bis 2030; Beibehaltung der direkten und persönlich erreichbaren Behörden;

Verlagerung von noch mehr Behörden dezentral in alle Teile des Landes, insb. auch in den ländlichen Raum; Ausweitung des Angebots der mobilen Bürgerbüros;

keine Verpflichtung zur Nutzung einer Gender-Sprache mit Sonderzeichen in der öffentlichen Verwaltungssprache;

Einführung eines Normenkontrollrats auf Landesebene;

unbefristete Übernahmeperspektiven für die Auszubildenden und Studierenden in der Landesverwaltung; Erleichterung des Quereinstiegs; weitestmöglicher Verzicht auf sachgrundlose Befristungen in der Landesverwaltung;

Flexibilisierung des Laufbahnrechts; Vereinfachung von Aufstiegsmöglichkeiten;

flexiblere und modernere Gestaltung der Arbeitsbedingungen; zeitgemäße Arbeitsplätze und Ausstattung, Ausbau des mobilen Arbeitens, digitale Arbeitsmethoden, Wertschätzen der Führungskultur; amtsangemessene Alimentation;

Überarbeitung und Neustrukturierung des Zulagenwesens und der Bestimmungen zum finanziellen Ausgleich von Mehrarbeit und Rufbereitschaft; Ruhegehaltsfähigkeit der Zulagen;

Digitale Verwaltung: Online-Verfügbarkeit aller Verwaltungsleistungen bis zum Ende der Wahlperiode;

konsequentes Vorantreiben der Digitalisierung der Landesverwaltung; stärkere Unterstützung der Kommunen bei der Umsetzung;

Evaluierung und Optimierung aller internen Verwaltungsabläufe mit Blick auf die Digitalisierung durch jede mit dem Vollzug von Verwaltungsleistungen betraute Stelle;

elektronische Signatur oder eine sonstige Form der Unterschrift nur, wenn eine gesetzliche Regelung dies ausdrücklich anordnet;

Beibehaltung des Schriftformerfordernisses nur in Fällen, wo dies einem ausdrücklichen Schutzziel dient;

Unterstützung des Personalaufbaus in den Kommunen; Garantie der Ausstattung der Kommunen mit ausreichend Personal für einen guten öffentlichen Dienst; gute Bezahlung und gute Arbeitsbedingungen;

Familie und Beruf, Unterstützung bei Care-Arbeit, klare und flexible Homeoffice-Regelungen, flache Hierarchien;

zeitgemäße Büroausstattung, die den Anforderungen der Digitalisierung gerecht wird;

moderne Ausrichtung der Ausbildung der Mitarbeitenden für die Verwaltung an den Hochschulen und Verwaltungsfachhochschulen; enge Verzahnung der Ausbildung mit der Verwaltungsforschung;

Erleichterung der Chancen des Seiteneinstiegs und stärkere Berücksichtigung vorheriger anderer Berufserfahrungen durch Flexibilisierung des Angestellten- und Beamtenrechts;

Übertragung der Tarifergebnisse auf Beamt*innen;

Abbau der aktuellen Benachteiligung von freiwillig gesetzlich gegenüber privat krankenversicherten Beamt*innen;

Stärkung der Mitbestimmungsrechte der Personalräte in den Bereichen Gesundheitsschutz, Digitalisierung und neue Arbeitsformen;

Stärkung von Themen wie interkulturelle Kompetenzen, Umgang mit Aggressionen und Antidiskriminierung in der Aus- und Weiterbildung;

Digitalisierung der Verwaltung: systematische Überprüfung der Verwaltungsprozesse auf Verein-

Blick auf Vereinfachungen und Synergien;

kritische Prüfung von Schriftformerfordernissen in der Kommunikation mit Bürgerinnen und Bürgern; Verpflichtung aller staatlichen Stellen zur Führung elektronischer Akten;

Digitale Verwaltung: Ersetzung von Papiernachweisen durch Registerabfragen, der händischen Unterschrift durch elektronische IT-Lösungen; weiterer Ausbau des mobilen Zugangs zu Verwaltungsleistungen über die HessenApp; gute digitale Infrastruktur mit leistungsfähiger Breitbandanbindung und WLAN in allen Gebäuden der Verwaltung;

Bereitstellung und Nutzung vertrauenswürdiger IT-Lösungen für die Verwaltung; Informationstechnik aus europäischer und westlicher Produktion;

kein automatischer Vorrang des Datenschutzes vor dem freien Datenverkehr; wichtige Digitalisierungsprojekte dürfen nicht durch eine einseitige Betonung des Datenschutzes blockiert werden;

umfassende Digitalisierung der Planungs- und Genehmigungsverfahren; Verkürzung der Verfahrenswege, Modernisierung der Genehmigungspraxis; folgt keine behördliche Reaktion innerhalb einer Frist, gilt der Antrag als genehmigt;

fachung und digitale Anwendbarkeit; Vornahme eventueller Rechtsanpassungen;

Einbeziehung von Nutzerzentrierung und Anwenderfreundlichkeit; besondere Beachtung der Bedürfnisse behinderter und älterer Menschen;

Weiterentwicklung des eGov-Campus;

Unterstützung insb. kleinerer Kommunen bei der Verbesserung der digitalen Verwaltungsinfrastruktur; Unterstützung landeseinheitlicher Lösungen für kommunale Bürger-Services; Stärkung der Vernetzung zwischen den Kommunen; „Pakt für die Verwaltung“;

Einsatz von Open Source-Software, wo möglich;

Vorantreiben der Umsetzung der Cybersicherheitsstrategie; Sicherheitsbildung und -sensibilisierung;

FDP	CDU	SPD	DIE LINKE	B90/DIE Grünen	AfD
<p>Unterstützung der Kommunen bei der administrativen Bewältigung der Zuwanderung;</p> <p>Entlastung der kommunalen Ausländerbehörden durch Einrichtung einer zentralen Ausländerbehörde für Fachkräftezuwanderung;</p> <p>Forderung und Förderung von Integration; konsequente Durchführung von Abschiebungen;</p> <p>zeitnahe Erweiterung der Liste der „sicheren Herkunftsländer“; Erleichterung des Einstiegs in Deutschland durch unkomplizierte niedrigschwellige Sprachangebote, eventuell Sprachandems, ein „How To“-Deutsche Bürokratie und ähnliche Konzepte;</p> <p>höhere Wertschätzung von Projekten, die Integration direkt fördern;</p> <p>größere Anzahl von Preisträger/innen beim hessischen Integrationspreis mit entsprechender Neuaufteilung der Preisgelder, Ausschluss von bereits staatlich geförderten Projekten von der Preisvergabe;</p> <p>stärkerer Ausbau und Nutzung gemeinsamer Begegnungsplatt-</p>	<p>Weiterführung und Ausbau der Förderprogramme, Strukturen und Angebote zu Integrationsmaßnahmen;</p> <p>Bereitstellung von Rechtsstaatsklassen in allen Kreisen; verpflichtende Kurse zu Landeskunde und Grundwerten unserer Gesellschaft; verpflichtende Deutschkurse; Sprachförderung in Kitas, Fortführung der Intensivklassen;</p> <p>Fortführung der Programme zur Integration in den Arbeitsmarkt („Pflege integriert“, „Wirtschaft integriert“, „Sozialwirtschaft integriert“);</p> <p>Schaffung eines Integrationsbeauftragten als zentralem Ansprechpartner;</p> <p>Unterstützung der Weiterentwicklung und Umsetzung kommunaler Integrationsangebote, finanzielle und organisatorische Unterstützung der Kommunen;</p> <p>Aufnahme von Integrationspflichten für Menschen mit Migrationshintergrund in das Integrationsgesetz: Vertrautmachen mit den Prinzipien der Rechtsstaatlichkeit, Gleichberechtigung, Toleranz sowie Meinungs- und Religionsfreiheit; interkulturelle Öffnung gegenüber der bestehenden Vielfalt sowie gegenüber</p>	<p>Ausweitung und bedarfsgerechte Ausstattung der Migrationsberatung;</p> <p>Angebot einer Kinderbetreuung begleitend zu Sprach- und Integrationskursen;</p> <p>schnellere Anerkennung internationaler Berufs- und Studienabschlüsse;</p> <p>Ausweitung psychotherapeutischer Angebote für geflüchtete Kinder und Erwachsene;</p> <p>Einführung landesweit verbindlicher Mindest- und Gewaltschutzstandards für Erstaufnahmeeinrichtungen und Gemeinschaftsunterkünfte; bessere Ausstattung der Psychosozialen Zentren, Einrichtung eines weiteren Zentrums in Osthessen;</p> <p>Bereitstellung landeseigener Gebäude zur Unterbringung von Geflüchteten; Förderung der Wohnraumvermittlungsstellen auch für Geflüchtete;</p> <p>regelmäßige bedarfsgerechte Anpassung der an die Kommunen gezahlten Pauschalen für die Flüchtlingsunterbringung;</p> <p>Landesaufnahmeprogramm für Geflüchtete aus Krisenregionen;</p>	<p>Unterstützung der Kommunen bei der Aufnahme Schutzsuchender;</p> <p>dezentrale und menschenwürdige Unterbringung von Asylsuchenden; Auflösung der Erstaufnahmeeinrichtungen; Unterbringung der Menschen in kleineren, dezentralen Unterkünften und Wohnungen;</p> <p>Ausbau der Unterkünfte für besonders vulnerable Schutzsuchende und Ausstattung mit ausreichend geschultem Personal;</p> <p>Unterstützung der Geflüchteten bei der Wohnungssuche durch Wohnraumbörsen;</p> <p>Abschaffung von Wohnsitzauflagen und der Residenzpflicht;</p> <p>Zugang zur medizinischen Versorgung ab dem ersten Tag; elektronische Gesundheitskarte; Kostenübernahme von Sprachmittlung durch die Krankenkassen; Ausbau und längerfristige Finanzierung der psychosozialen Versorgung von Menschen mit Flucht- und Migrationsgeschichte;</p> <p>sofortiger Arbeitsmarktzugang für Asylsuchende; Abschaffung von Arbeitsverboten; Ermöglichung der Erwerbstätigkeit ab dem ersten Tag;</p>	<p>Ausweitung der Sprachförderprogramme in Kitas, Schulen und für Erwachsene; Vergrößerung des Angebots an Integrationskursen; Abbau von Zugangshürden wie bspw. fehlende Kinderbetreuung;</p> <p>Förderung von Mehrsprachigkeit an den Schulen und in der Erwachsenenbildung;</p> <p>Fortführung erfolgreicher Programme wie „Wirtschaft integriert“ und „Sozialwirtschaft integriert“ für die Integration in den Arbeitsmarkt;</p> <p>schnelle Anerkennung von im Ausland erworbenen Qualifikationen; gezielte Weiterbildungs- und Sprachförderprogramme; verstärkte Förderung von Nachqualifizierung, berufsbegleitenden Schulungen und Berufssprachkursen;</p> <p>Bereitstellung mehrsprachiger Versionen der gängigsten Formulare der Behörden;</p> <p>Evaluierung und weitere Stärkung der Arbeit der WIR-Vielfaltszentren und der damit verbundenen Integrationsprogramme in allen Landkreisen und kreisfreien Städten;</p> <p>weitere Förderung der Einbürgerungen;</p>	<p>Konsequente Abschiebung krimineller Ausländer unabhängig von ihrem Aufenthaltsstatus nach Verbüßung ihrer Strafe; dauerhaftes Einreiseverbot gegen ausländische Extremisten, Gefährder und Gewalttäter;</p> <p>Unterbringung ausreisepflichtiger Personen bis zu ihrer Abschiebung in Justizvollzugsanstalten mit entsprechenden Abschiebehaftplätzen oder vergleichbaren Einrichtungen;</p> <p>Konsequente Unterbindung von Einreisen aus sicheren Drittstaaten; Stopp der illegalen Einwanderung mit wirksamen Grenzkontrollen;</p> <p>Ablehnung der seit Jahren von UN und EU geplanten Ersetzungsmigration; Orientierung von Zuwanderung an nationalen Interessen;</p> <p>Anwerbung von Fachkräften aus Drittländern als Ultima Ratio; benötigte ausländische Arbeitskräfte vorrangig aus den uns kulturell nahestehenden europäischen Nachbarländern;</p> <p>keine weitere Einwanderung in die Sozialsysteme; Ende des Missbrauchs des Asylgrundrechts;</p>

<p>formen; Ermutigung und Förderung von Initiatoren solcher Projekte;</p> <p>breites und tief gefächertes Angebot, um die deutsche Sprache zu erlernen;</p> <p>Förderung der Nutzung und Einbindung von Sprachlern-Apps; bessere Bewerbung von Angeboten privatwirtschaftlicher Anbieter oder z.B. des Goethe-Instituts bei Zuwanderern und Flüchtlingen; bessere Erforschung ihrer Einbindungsmöglichkeiten in den Sprachunterricht;</p> <p>Förderung von internationalen Kulturfesten;</p> <p>sofortige und unbürokratische Erlaubnis für jeden Neuankömmling, eine Arbeit aufzunehmen;</p> <p>flexiblere Anerkennung von ausländischen Schul- und Ausbildungs- sowie Studienabschlüssen auch im Hinblick auf etwaige zweckmäßige und gebotene Weiterbildungen;</p> <p>zügige Prüfung und entsprechende Anerkennung von im Herkunftsland erworbenen Abschlüssen;</p> <p>zielgerichtete Förderung der Fort- und Weiterbildung von Flüchtlingen;</p>	<p>den verschiedenen Wertvorstellungen und sexuellen Lebensweisen; ausreichende Kenntnisse zur Beherrschung der deutschen Sprache, der Rechts- und Gesellschaftsordnung sowie der Kultur und der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland; Bereitschaft zur Integration durch Annahme und Nutzung von Integrationsangeboten; Entfaltung freiwilliger Aktivitäten zur Integration in die Aufnahmegesellschaft; Beitrag zur Bewahrung des gesellschaftlichen Zusammenhalts durch Akzeptanz und Wertschätzung der hiesigen Gesellschaftsordnung; Bereitschaft zur Mitwirkung bei der Bekämpfung von Extremismus und Rassismus; ausdrückliches Bekenntnis zum Kampf gegen Antisemitismus;</p> <p>keine generelle Einführung der doppelten Staatsangehörigkeit;</p> <p>Steuerung und Begrenzung der Zuwanderung; konsequente Durchsetzung der Ausreisepflicht von denjenigen, die kein Bleiberecht in Deutschland haben;</p> <p>Schaffung eines eigenen Staatssekretärs für Migrationsfragen;</p> <p>zügiges Asylverfahren für Geflüchtete, die Passdokumente zur eindeutigen Identifizierung vorlegen; Ausschluss eines weiteren Bleiberechts bei Täuschung über Identität oder falsche oder keine Angaben oder fehlende Mitwirkung beim Asylverfahren;</p> <p>Evaluierung des Petitionsgesetzes; Begrenzung des Abschie-</p>	<p>Sicherung des Aufenthalts geflüchteter Studierender, Wissenschaftler*innen sowie Auszubildender;</p> <p>Recht auf kostenlose Teilnahme an Integrations- und Sprachkursen für EU-Ausländer*innen sowie Menschen mit Migrationsgeschichte;</p> <p>Ausweitung der Migrationsberatung, bedarfsgerechte Ausstattung der Beratungsstellen;</p>	<p>Ausbau der bestehenden Angebote für Deutschkurse für alle, unabhängig vom Aufenthaltsstatus;</p> <p>flächendeckender Ausbau und nachhaltige Finanzierung der unabhängigen Rechts- und Verfahrensberatung;</p> <p>stichtagsunabhängige und vereinfachte Bleiberechtsregelung für langfristig Geduldete, spätestens nach fünf Jahren Aufenthalt;</p> <p>keine Abschiebungen oder Abschiebungshaft; Abschiebestopp in Kriegs- und Krisengebiete;</p> <p>Verbot von Abschiebungen aus Bildungseinrichtungen, Kindertagesstätten und Krankenhäusern;</p> <p>Schließung der Abschiebehafteinrichtung in Darmstadt-Eberstadt;</p> <p>uneingeschränktes Wahlrecht für Menschen, die ihren Lebensmittelpunkt dauerhaft im Land haben;</p> <p>Stärkung und Ausbau der Selbstorganisation von Migrant*innen, der kommunalen Ausländerbeiräte und ihres Dachverbandes auf Landesebene;</p> <p>Schaffung eines flächendeckenden Angebots an unabhängigen Beratungsstellen für eine aktive Antidiskriminierungspolitik; Einführung eines Landes-Antidiskriminierungsgesetzes;</p> <p>Aufwertung des herkunftssprachlichen Schulunterrichts</p>	<p>weitere, auch finanzielle Stärkung der Selbstorganisation von Migrant*innen und der politischen Interessenvertretung von Migrant*innen, bspw. durch die Ausländerbeiräte und ihren Dachverband;</p> <p>Stärkung der Arbeit der Antidiskriminierungsstelle mit einem Landesantidiskriminierungsgesetz;</p> <p>gute Erstversorgung und -betreuung in den Erstaufnahmeeinrichtungen des Landes; möglichst schnelle dezentrale Unterbringung und Unterstützung für die zu uns geflohenen Menschen;</p> <p>Stärkung der unabhängigen Beratungsstrukturen und der psychosozialen Zentren für Geflüchtete;</p> <p>Erleichterung des Zugangs zur medizinischen Versorgung mit der elektronischen Gesundheitskarte;</p> <p>systematische Prüfung von Bleibemöglichkeiten und Eröffnung von Bleibeperspektiven für Geflüchtete, die schon sehr lange bei uns leben und gut integriert sind;</p> <p>Erleichterung des Spurwechsels vom Asyl- in ein Einwanderungsverfahren;</p> <p>Wegfall von Beschränkungen wie die Wohnsitzauflage für Ausbildung und Erwerbstätigkeit;</p>	<p>Errichtung von Auffangzentren außerhalb der EU-Staaten;</p> <p>Ersetzung von Geldleistungen an Asylbewerber durch Sachleistungen;</p> <p>umgehende Abschiebung „unbegleiteter minderjähriger Ausländer“, die falsche Altersangaben gemacht haben; umgehende Abschiebung bei falschen Angaben oder Verweigerung der Mitarbeit bei Feststellung der Identität;</p> <p>Abschiebung von Asylbewerbern, die Reisen in ihr Heimatland unternehmen;</p> <p>Unterbindung von Kirchenasyl; Anerkennung krankheitsbedingter Abschiebehindernisse nur mit amtsärztlicher Bescheinigung;</p> <p>eigenverantwortliche Festlegung der Aufnahmekapazität für Flüchtlinge und Asylbewerber durch die Kommunen; Zuweisung nur von Asylbewerbern, die eine rechtlich sichere Bleibeperspektive haben; vollständige Finanzierung aller Aufwendungen durch den Bund;</p> <p>Auswahl der Standorte von Unterkünften, dass der soziale Frieden vor Ort nicht gefährdet wird;</p> <p>Ablehnung jeglichen Familiennachzugs für Flüchtlinge und Asylbewerber nach Deutschland; Förderung der Familienzusammenführung im Herkunftsland;</p> <p>Erlernung der deutschen Sprache in Wort und Schrift in einem angemessenen Zeitraum, Ach-</p>
--	--	---	---	--	--

ungsschutzes für aufenthaltsrechtliche Petitionen auf höchstens drei Monate;

Vorrang von Sachleistungen vor Geldleistungen bei der Versorgung von Geflüchteten, soweit rechtlich und faktisch möglich;

Festhalten an der örtlichen und sachlichen Bündelung von Kompetenzen bei der Landeserstaufnahmeeinrichtung in Gießen; Ergänzung um eine landesweite, zentrale Anlaufstelle für unbegleitete minderjährige Ausländer;

Einrichtung der gesetzlich vorgesehenen Landesunterkünfte, sodass nur Personen in die Kommunen zugewiesen werden, die über einen Aufenthaltstitel verfügen; Verbleib der anderen in den Landeseinrichtungen, bis deren Status geklärt ist; Abschiebungen und Rückführungen aus der Landeseinrichtung; Rückverlegung in die Landeseinrichtung bei nachgewiesener Integrationsunwilligkeit oder erheblicher Straffälligkeit;

konsequente Rückführung vollziehbar Ausreisepflichtiger;

deutliche Erhöhung der Zuführungsquoten zu Rückführungsmaßnahmen; konsequente Anwendung und zielgerichteter Ausbau von Abschiebehaft und Ausreisegewahrsam;

beschleunigte Rückführung von Gefährdern und Intensivstraffälligen;

und Angebot als gleichwertiges Schulfach;

Abbau von Hürden beim Zugang zum Arbeitsmarkt; unbürokratische Anerkennung von Berufsqualifikationen aus dem Ausland; Schaffung eines ausreichenden Angebots für Nachqualifizierungen und an berufsspezifischen Deutschkursen;

besserer Zugang zu Gesundheitssystem und Pflege; Einführung geschulter Sprachmittlung für den medizinischen Bereich, kostenfrei für Patient*innen;

kultursensible Altenpflege für eingewanderte Senior*innen;

Einbürgerungskampagne und beschleunigte Einbürgerungen; Beseitigung des Zwangs, die bisherige Staatsangehörigkeit abzugeben;

interkulturelle Öffnung der Landesverwaltung; interkulturelle Weiterbildung der Mitarbeiter*innen der Landesverwaltung; Erhöhung des Anteils an Bediensteten mit Migrationsgeschichte;

Sicherstellung von Religions- und Weltanschauungsfreiheit; keine Verbote von Sakralbauten oder religiös motivierter Kleidung;

Beschleunigung und Vereinfachung des Familiennachzugs;

Weiterentwicklung der Beschulung zugewanderter Kinder und Jugendlicher;

Überarbeitung des Verfahrens zur Anerkennung von ausländischen Schulabschlüssen;

keine Abschiebungen aus Schulen;

Einrichtung deutlich kleinerer Alphabetisierungsklassen für die Schüler*innen, die die lateinische Schrift noch nicht oder nicht ausreichend beherrschen;

erleichterte Aufnahme in die gymnasiale Oberstufe mit begleitender sprachlicher Förderung bis zum Abitur für Lernende mit geringen Deutschkenntnissen;

auch zukünftig Auflegen von Landesaufnahmeprogrammen;

Einführung einer zentralen Anlaufstelle als „Willkommenszentrum“ zur Unterstützung bei der Anerkennung von Abschlüssen, aufenthaltsrechtlichen Fragen und Integrationsmaßnahmen, um Bleibeperspektiven zu prüfen und zu eröffnen;

Evaluierung und gegebenenfalls Weiterentwicklung der Rückkehrberatung für Menschen ohne Bleibeperspektive;

Ausbau der Stipendien für politisch Verfolgte, in Kooperation mit den bestehenden Strukturen;

tung und gelebte Bejahung unserer Rechts- und Gesellschaftsordnung und unserer Kultur, Sicherung des eigenen Lebensunterhalts als Voraussetzungen für Assimilation; Einbürgerung nur am Ende einer erfolgreichen Integration in Gesellschaft und Arbeitsmarkt;

Sanktionierung integrationsunwilliger Migranten, die in einer Parallelgesellschaft leben möchten, bis hin zur Abschiebung;

Vermittlung von Kenntnissen und Qualifikationen für Flüchtlinge, die sie bei einer Rückkehr in ihre Heimatländer anwenden können, anstelle von Integrationsmaßnahmen;

Prüfung eines Entzugs der Staatsbürgerschaft bei schwerer Kriminalität, sofern der Betroffene dadurch nicht staatenlos wird;

Erhebungen und Auswertungen, in welchem Ausmaß bestimmte Gruppen von Migranten dazu beitragen, unseren Wohlstand zu mehren oder aber Wohlstandsverluste bewirken;

Ablehnung von Verschleierung, Kopftuch, Scharia, Minarett und Muezzin-Ruf; entschiedene Unterbindung von Scharia-Gerichten, Paralleljustiz oder Rechtsbrüchen; Verbot der Vollverschleierung von Frauen in der Öffentlichkeit, des Tragens eines Kopftuchs im öffentlichen Dienst und bei Kindern unter 14 Jahren auch in öffentlichen Einrichtungen;

GESELLSCHAFT UND SOZIALES

FDP	CDU	SPD	DIE LINKE	B90/DIE Grünen	AfD
<p>Familien: stärkere Kultur der Akzeptanz und Unterstützung der Familie; Setzung der Rahmenbedingungen für alle denkbaren Formen des Zusammenlebens mehrerer Generationen;</p> <p>regelmäßige Begleitung sozialschwacher Familien durch entsprechend ausgebildete Fachkräfte sowie Unterstützungsangebote für Bildung, Ausbildung und Fortbildung;</p> <p>Kinder und Jugendliche: persönliche Ausstattung der Sozialämter, dass sie ihrer Aufgabe, den Schutz von Kindern und Jugendlichen sicherzustellen, jederzeit mit der notwendigen Intensität nachkommen können;</p> <p>Zuschuss aus Landesmitteln für kulturelle Einrichtungen, die sich um eine Integration von Kindern aus bildungsfernen oder wirtschaftlich schwachen Familien besonders einsetzt;</p> <p>stärkere Einbindung von Kindern und Jugendlichen in politische und gesellschaftliche Prozesse; Einrichtung von Jugendparlamenten mit Initiativrecht auf kommunaler Ebene;</p> <p>Beteiligung Jugendlicher an für sie relevanten Entscheidungen und Planungen etwa durch Kinder- und Jugendräte;</p>	<p>Familien: Landesweiter Ausbau der guten und verlässlichen Infrastruktur für Familien;</p> <p>Schaffung von mehr Möglichkeiten für eine flexiblere Arbeitszeitgestaltung; Abbau zeitlicher Freiräume und rechtlicher Hürden insbesondere im Arbeits-, Sozialversicherungs- und Steuerrecht;</p> <p>Stabilisierung der finanziellen Förderung der Familienzentren, kontinuierlicher Ausbau des Netzwerks;</p> <p>verstärkte Berücksichtigung kinderreicher Familien als eigenständige Zielgruppe familienpolitischer Maßnahmen;</p> <p>Staffelung familienpolitischer Leistungen stärker als bisher in ihrer Höhe nach der Kinderzahl;</p> <p>Unterstützung von Familienwunschkliniken und Kinderwunschbehandlungen; Flexibilisierung des Adoptionsrechts;</p> <p>Verstetigung der Familienerholungsangebote;</p> <p>Kinder und Jugendliche: „Pakt für Kinderfreundlichkeit“; Aktionsplan, der die Bedürfnisse von Kindern und Familien in den Mittelpunkt des politischen Handelns stellt;</p>	<p>Familien: weiterer Ausbau und nachhaltige Finanzierung präventiver Strukturen für Familien wie Familienzentren, Beratungsangebote wie z.B. Eltern-Kind-Kuren, Familienhebammen, Jugendhilfe oder Frühe Hilfen;</p> <p>konsequente Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf;</p> <p>Kinder und Jugendliche: Verbesserung der Beteiligungsmöglichkeiten junger Menschen; Methodenmix aus Landesjugendrat, Jugendkongress, digitalem Jugendportal und Landesfachstelle zur Jugendbeteiligung;</p> <p>Einführung eines Jugendchecks bei Gesetzesvorhaben;</p> <p>Unterstützung der Partizipation junger Menschen durch einen Fonds für junge Ideen;</p> <p>Einführung der verpflichtenden Kinder- und Jugendbeteiligung auf kommunaler Ebene;</p> <p>Senkung des Wahlalters; aktives Wahlrecht bei allen Wahlen im Land ab 16 Jahren;</p> <p>mehr politische Jugendbildung; Erhöhung der Umsatzbeteiligung der Jugendarbeit an den Lotto-Mitteln; Dynamisierung der Landesförderung der Jugendver-</p>	<p>Familien: bessere Unterstützung von Familien; mehr Personalkapazitäten, um nicht nur in Notsfällen intervenieren zu können, sondern schon durch funktionierende Strukturen präventiv wirksam zu sein;</p> <p>Stärkung des Zusammenhalts der Generationen; Förderung des interkommunalen Lernens;</p> <p>Kinder und Jugendliche: Mitwirkungsgremien für Kinder und Jugendliche in allen Kommunen;</p> <p>Senkung des Wahlalters in Kommunen und im Land auf 16 Jahre; Demokratisierung der Schulen;</p> <p>Erhalt von Jugendzentren, Ausbau von Freizeitangeboten; Stärkung des Einsatzes von Streetwork; verlässliche Basis für die Finanzierung der Jugendverbände; bessere finanzielle und personelle Ausstattung der Jugendhilfe; mehr Geld und Personal für die Struktur;</p> <p>Armutsbekämpfung: Deutliche Reduzierung der Zahl der arbeitslosen Menschen in den kommenden fünf Jahren;</p> <p>Ausbau der öffentlichen Daseinsvorsorge und kostenfreie Zugänglichkeit; unentgeltliche Nutzung von Museen, Schwimmbädern, Kultur und Kunst, Bildung,</p>	<p>Familie: Unterstützung der Eltern, Familie und Beruf in Einklang zu bringen; familienfreundliche Arbeitsplätze und -zeiten; Modelle zur Einführung einer Viertagewoche; Förderung von beruflichen Qualifikationsangeboten; Integration von Alleinerziehenden in den Arbeitsmarkt;</p> <p>Stärkung der Arbeit der Familienzentren;</p> <p>beratende Unterstützung von Familien mit unerfülltem Kinderwunsch; Ausweitung der finanziellen Unterstützung der Kinderwunschbehandlung, sofern sie nicht von der Krankenkasse übernommen wird;</p> <p>Unterstützung Alleinerziehender mit Beratungsstrukturen; Erleichterung des Zugangs zu Hilfsangeboten und Leistungen; bedarfsgerechte öffentliche Kinderbildungs- und Betreuungsstrukturen;</p> <p>Kinder und Jugendliche: Stärkung der Angebote der Kinder- und Jugendhilfe; Ausbau der Vernetzung mit der Schule;</p> <p>aktive Einbindung von Kindern und Jugendlichen in Entscheidungs- und Umsetzungsprozesse auf allen politischen Ebenen sowie in Kitas, Schulen und der Jugendarbeit;</p>	<p>Familie: Aktivierende, geburtenfördernde Bevölkerungspolitik; signifikante Erhöhung der Geburtenrate der einheimischen Bevölkerung als mittelfristiges Ziel;</p> <p>Schutz der traditionellen Familie als Keimzelle der Gesellschaft;</p> <p>Werbung für Kinderreichtum in der einheimischen Bevölkerung und Setzen wirkungsstarker ökonomischer Anreize dafür;</p> <p>steuerliche Entlastung von Familien und erhöhter Schutz ungeborenen Lebens als Bestandteil einer aktiven Bevölkerungspolitik;</p> <p>gezielte gesellschaftliche Aufwertung des Erfolgsmodells Familie und der Rolle der Mutter;</p> <p>Ersetzung der „Gleichstellungsbeauftragten“ durch einen „Familienbeauftragten“; stete Prüfung und Weiterentwicklung von Familienfreundlichkeit als dessen Aufgabe;</p> <p>Prüfung neuer gesetzlicher Regelungen und Verordnungen durch die Ministerien und Verwaltungsebenen daraufhin, ob Familien dadurch stärker belastet werden;</p> <p>Überarbeitung bestehender Gesetze, um die Familienfreundlichkeit dauerhaft zu gewährleisten;</p>

Stärkung des Angebots in der außerschulischen Jugendbildung als weitere Bildungssäule;

gesetzliche Freistellung für ehrenamtlich in der Jugendarbeit Engagierte; Prüfung weiterer besonderer Anerkennung in Schule und Berufsausbildung;

Aufnahme der Kinderrechte in die Landesverfassung;

Inklusion: Unterstützung integrativer Konzepte in Kinderbetreuungseinrichtungen, Schulen sowie Freizeit- und Bildungseinrichtungen;

Erhalt der Möglichkeit, bei Bedarf Kinder mit Behinderungen in besonders qualifizierten Einrichtungen unterbringen zu können;

berufliche Fördermaßnahmen, konsequente Vorhaltung von Rehabilitationsinfrastrukturen, Ausbau spezieller Beschäftigungsgesellschaften;

Verpflichtung der Integrationsfachdienste, ihre Personalstrukturen dahingehend zu qualifizieren, dass sie die Instrumente zur beruflichen Eingliederung voll ausschöpfen;

möglichst flächendeckende Umsetzung des trägerübergreifenden persönlichen Budgets, Beteiligung aller Rehabilitationsträger; Ausgestaltung des persönlichen Budgets für Menschen mit geistigen Behinderungen, dass die Kosten für einen notwendigen Betreuer nicht zulasten des Budgets gehen;

Erhalt und weiterer Ausbau der Familienkarte Hessen;

grundsätzlicher kostenfreier Eintritt in allen landeseigenen Einrichtungen für Kinder unter sechs Jahren; Familientickets in allen landeseigenen Einrichtungen, für die Eintrittspreise zu entrichten sind, ohne Begrenzung der Kinderzahl;

Einführung eines Kinder- und Jugendförderpreises;

Fortführung des HOP!Landesjugendkongresses;

Ausbau der Arbeit der Kinderschutzzambulanzen; Ausbau des Konzepts der Childhood Häuser;

Vorratsdatenspeicherung zur Bekämpfung von Kindesmissbrauch und der Verbreitung von Kinderpornographie;

Armutsbekämpfung: aktivierende Arbeitsvermittlung, Aus und Weiterbildung, Erhöhung der Beschäftigungsquote;

Unterstützung der Tafeln; Verstärkung der erhöhten finanziellen Zuwendungen und Abbau bürokratischer Hemmnisse, gerade bei der Spende noch genießbarer Lebensmittel;

Programm zum „Kampf gegen Kinderarmut“; Einführung des Hessischen Familiengeldes;

Bekämpfung der Armutsgefährdung der Senioren;

Bekämpfung der Obdachlosigkeit; Konzept der niedrigschwellig

bände und der politischen Jugendbildungsarbeit; automatische Anpassung der Fördermittel an die Lohn- und Preissteigerung, regelmäßige Anpassung an neue Arbeits- und Aufgabenbereiche;

Kinderschutz: flächendeckender Ausbau des Kinderschutzes; auskömmliche Finanzierung der Fachberatungs- sowie Präventionsangebote; langfristige Koordination und Vernetzung des Kinderschutzes durch eine Landeskoordinierungsstelle;

besondere Anstrengungen bei der Bekämpfung von „Kinderpornographie“ durch Polizei und Justiz;

Ausweitung der Therapieplätze für Kinder und Jugendliche bei Psycholog*innen und der Therapiekonzepte; besonderer Bedarf bei Traumatherapieplätzen für geflüchtete Kinder sowie für Betroffene sexuellen Kindesmissbrauchs;

Armutsbekämpfung: Wiedereinführung des Armuts- und Reichtumsberichts;

altersübergreifende Bekämpfung von Armut und Halbierung innerhalb der nächsten fünf Jahre gemeinsam mit Bund und Kommunen; ressortübergreifender Aktionsplan gegen Armut;

soziale Wohnraumhilfen für Menschen in besonderen Lebenslagen; Landesförderprogramm „Wohnraumhilfen“; kommunale Fachstellen zur Prävention von Wohnungsverlusten;

Bibliotheken, öffentlichem Personennahverkehr und vielen anderen Leistungen; kostenloser Zugang für Menschen in Armut als erster Schritt;

Überprüfung aller Maßnahmen im Landeshaushalt auf ihre Auswirkungen auf gesellschaftliche Teilhabe hin; Erhöhung der kommunalisierten sozialen Hilfen und jährliche Anpassung an Lohn- und Kostensteigerungen;

Landesaktionsplan zur Sicherung der sozialen Teilhabe: wissenschaftliche Untersuchung der Armutsursachen und Entwicklung passgenauer Gegenmaßnahmen;

Überwindung von Kinder- und Jugendarmut: Entwicklung von Strukturen in allen Kommunen, um Kindern und jungen Menschen in Armut einen gleichberechtigten Zugang und ein armutsfreies Aufwachsen zu ermöglichen;

Überwindung von Wohnungs- und Obdachlosigkeit: Ausbau von Projekten zur konkreten und niederschweligen Hilfe von Menschen in Obdachlosigkeit, z.B. Kältebusse; Förderung der flächendeckenden Einrichtung von Wohnungssicherungsstellen in Zusammenarbeit mit den Kommunen; Unterstützung neuer Ansätze wie „Housing First“ durch Landesprogramme; Erstellung einer Wohnungsnotfallstatistik;

Inklusion: vorbehaltlose Umsetzung der Behindertenrechtskonvention auf Landes- und kommunaler Ebene;

Absenkung des aktiven Wahlalters bei Kommunal- und Landtagswahlen auf 16 Jahre; Ausbau von Teilhabeformaten; Einrichtung eines Jugendrats für dauerhafte Beteiligung;

Ausbau der mobilen sowie aufsuchenden Jugendarbeit; Integrierung insb. von Streetwork-Angeboten in Präventionskonzepte zur inneren Sicherheit;

Umsetzung des Aktionsplans zum Schutz von Kindern und Jugendlichen vor sexueller Gewalt;

weitere Präventions- und Hilfsangebote wie Beratungsstellen gegen sexualisierte Gewalt oder das Childhood Haus;

Ausbau medizinischer Kinderschutzzambulanzen; sichere Finanzierung;

Armutsbekämpfung: Erhöhung des Sozialbudgets um 50 % auf mindestens 200 Millionen € pro Jahr;

Anpassung der Maßnahmen mit einer Bedarfsstudie zur sozialen Sicherheit noch besser an aktuelle Bedarfe; Verbesserung des Zugangs zu sozialen Unterstützungsangeboten;

Weiterentwicklung des Landessozialberichts zu einem Armuts-, Reichtums- und Handlungsbericht; Erarbeitung eines Aktionsplans zur Bekämpfung von Armut und Armutsfolgen auf dieser Grundlage;

Aufnahme von Elternrechten in die Landesverfassung;

Beendigung linker Agitation gegen Familien; keine steuerlichen und finanziellen Vorteile für Institutionen, die dem Gemeinwesen schaden; Hervorhebung der positiven Aspekte des Wertes der Familie für unsere Gesellschaft und Kultur im Rahmen des Programm auftrags des öffentlich-rechtlichen Rundfunks; strikte Neutralität von Sozialarbeitern, Erziehern und Lehrern im Rahmen ihrer Tätigkeit;

Einführung eines Baby-Willkommengeldes; deutsche Staatsbürgerschaft und ein fester Erstwohnsitz beider Eltern in Hessen seit mindestens einem Jahr als Zugangsvoraussetzungen;

Vereinbarkeit von Familie und Beruf: gerechte und schnelle Wiedereingliederung in den Beruf; Förderung der betriebsinternen/betriebsnahen Kinderbetreuung im Ü3-Bereich; verstärkte Flexibilisierung der täglichen Arbeitszeit, insbesondere für junge Familien; verstärkte Flexibilisierung, um erwerbsmäßige Arbeit verstärkt auch von zu Hause aus erledigen zu können;

Stärkung der Vereinbarkeit von Familie und Studium; Ausbau des Kitaangebots an den Hochschulen; Hilfen und Beratung während des Studiums und der Ausbildung; flexible Ausgestaltung des Studien- und Ausbildungsverlaufs, erleichterte Möglichkeit zum Fernstudium;

weitere Förderung und Ausbau der Barrierefreiheit, sowohl im baulichen Bereich als auch im Bereich der Teilhabe;

Festsetzung eines erhöhten Blindengeldes für Taubblinde;

Landeswohlfahrtsverband als ausschließlicher überregionaler Träger der Eingliederungshilfe nach dem Lebensabschnittsmodell; weitere Intensivierung der Zusammenarbeit des LWV mit den Kommunen und ihren Spitzenverbänden bei der Umsetzung des Bundesteilhabegesetzes; Weiterentwicklung der Förderschulen des LWV zu Orten gemeinsamen Lernens; Anpassung durch bauliche Maßnahmen an die aktuellen Anforderungen, wo nötig;

Senioren: Förderung der Möglichkeit für eine ehrenamtliche Tätigkeit von Senioren; Aufhebung der Altersbeschränkung beim Freiwilligen sozialen Jahr (FSJ);

Gewährleistung der Mobilität im Alter; Reduzierung oder vollständiger Abbau von Barrieren, um selbstbestimmtes Wohnen bis ins hohe Alter realisieren zu können;

Unterstützung und Förderung neuer Wohnformen im Alter;

Ablösung der bisherigen unterschiedlichen Finanzierungsformen verschiedener Kostenträger zugunsten einer öffentlichen Regelfinanzierung;

aufsuchenden Hilfe und passende Angebote;

Inklusion: weitere Verbesserung der Lebenssituation von Menschen mit Behinderungen; Verbesserung der Bedingungen für ein inklusives Leben, insb. der Barrierefreiheit;

Erhalt und Ausbau von Förderschulen, speziellen Wohnformen, behindertengerechter Teilhabe am Arbeitsmarkt; Modellprojekt zum Thema „barrierefreie Verwaltung“;

Fortsetzung des Perspektiveprogramms zur Verbesserung der Arbeitsmarktchancen schwerbehinderter Menschen;

Förderung von Bau bzw. Umbau von Wohnmöglichkeiten für Menschen mit Behinderungen; weitere Unterstützung von alternativen Wohnformen speziell für Menschen mit Behinderungen;

Senioren: „Innovationspreis 60 Plus“;

weitere Flexibilisierung und bürokratiearme Verzahnung von Arbeitsende und Renteneintritt; Ermöglichung einer Teilzeit-Rente; stärkere Öffnung des Freiwilligen Sozialen Jahrs für Senioren; Abschaffung der Gebühren für ein Seniorenstudium an den Hochschulen;

barrierefreie Gestaltung der Zugänge zu Behörden;

Zukunftskommission „Sicherheit im Alter“;

digitale Teilhabe: analoge, barrierefreie sowie mehrsprachige Zugänge zu Verwaltungsdienstleistungen;

Ermöglichung des Zugangs zur Digitalisierung für alle Menschen; Entwicklung von Konzepten für digitale Zentren ohne Hürden und mit kostenlosem Zugang zu Computern, Druckern und WLAN;

zusätzliche Maßnahmen für Menschen, die von Energie- und Stromversorgungssperren betroffen sind; „Notfallfonds Energiesperren“;

Inklusion: Koordinierung der Inklusion in der Landesregierung von einem oder einer Verantwortlichen; ressortübergreifende Umsetzung;

Ermöglichung sämtlicher Antragstellungen in leichter Sprache; Mitdenken der Inklusion bei jeglicher Digitalisierung;

Änderung der Bauordnung mit Blick auf die Quote barrierefreier Wohnungen und Leistungen für Menschen mit Behinderungen;

Zahlung von Gehörlosengeld bereits ab einem Grad der Behinderung von 70; angemessene Verbesserungen des derzeitigen Satzes von 150 € monatlich;

Verbesserung der Unterstützung für Menschen mit Behinderungen; Ausbildungsinitiative für Teilhabe- und Taubblinden-Assistenzen;

Schaffung der Grundlagen, dass alle Schüler*innen zumindest

Erarbeitung und Verwirklichung eines verbindlichen Aktionsplans ohne Kostenvorbehalt, mit überprüfbaren Zielen und Fristen;

öffentlichkeitswirksame Maßnahmen, um auf allen Ebenen das Verständnis für Menschen mit Behinderung zu erhöhen und die Achtung ihrer Rechte und ihrer Würde zu unterstützen;

vollständige Barrierefreiheit von digitalen Anwendungen und Formularen der öffentlichen Verwaltung;

schnellstmöglicher barrierefreier Umbau von Haltestellen und Bahnhöfen des öffentlichen Nahverkehrs;

Landesprogramm zum Umbau von Mietwohnungen;

Abbau von Barrieren bei Arbeit und Bildung; Beendigung der Trennung von Menschen mit und ohne Behinderung im Bildungssystem;

Stärkung des Budgets für Arbeit; Aufhebung der gesetzlichen Deckelung; Nutzung als Instrument für die reguläre Beschäftigung von Menschen mit Behinderung auf dem ersten Arbeitsmarkt;

Förderprogramme für barrierefreie Arbeitsplätze;

schrittweise Einführung einer tariflichen Entlohnung für Werkstattbeschäftigte, zunächst auf Außenarbeitsplätzen;

Vergabe öffentlicher Aufträge bevorzugt an Betriebe mit einem

arbeitsmarktpolitische Anreize für existenzsichernde Einkommen und damit für ökonomische Unabhängigkeit zur Bekämpfung der Armut von Frauen;

Entkriminalisierung von Obdachlosigkeit; Bekämpfung von Obdach- und Wohnungslosigkeit durch Housing-First-Ansätze und „Probewohnen“; Streetwork-Kampagne, um Obdachlosen und Menschen in Not den Weg zurück in die Gesellschaft zu ermöglichen;

Bekämpfung der Armut von Kindern als besonderer Schwerpunkt;

verstärkte Nutzung der Möglichkeiten des sozialen Arbeitsmarkts, um Langzeitarbeitslose gezielt zurück in den Arbeitsmarkt zu bringen;

Inklusion: barrierefreiere Gestaltung des öffentlichen Raums; Beseitigung von Mobilitätseinschränkungen so weit wie möglich;

Rahmenvereinbarung mit den für die Eingliederungshilfe zuständigen Kommunen;

Unterstützung der Arbeit der interdisziplinären Frühförderungsstellen des LWV für Kinder mit Sinnesbeeinträchtigungen und Autismus;

Fortsetzung des Perspektiveprogramms zur Verbesserung der Arbeitsmarktchancen schwerbehinderter Menschen;

Kinder und Jugendliche: kostenloser Eintritt in Museen, Burgen, Schlössern, Kulturdenkmälern für Kinder und Jugendliche bis zum 16. Lebensjahr in Begleitung eines Erziehungsberechtigten;

Senioren: Ermöglichung einer Teilhabe von Senioren in allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens;

Gewährleistung der Teilhabe durch Gründung von Seniorenbeiräten;

Angebot von auf ältere Menschen zugeschnittenen Bildungsmaßnahmen in den kommunalen Einrichtungen;

Förderung von Maßnahmen für ältere Menschen und entsprechende finanzielle Unterstützung;

Förderung der Errichtung von altersgerechten Wohnräumen und Wohnumfeldern;

Barrierefreiheit: finanzielles Sonderprogramm auf Landesebene, das die Kommunen bei der Umsetzung der Barrierefreiheit finanziell maßgeblich unterstützen soll; Entnahme der Mittel aus den gestrichenen Positionen aus dem Haushalt, die vorher maßgeblich für Personen ohne Bleibersperspektive eingeplant waren;

Förderung von Wohngruppen auf freiwilliger Basis oder als ambulant betreute Pflegewohngruppen, dass in einer Anschubfinanzierung die Planungskosten ganz oder größtenteils übernommen und für Baukosten günstige Darlehen bereitgestellt werden;

verstärkte Berücksichtigung von Senioren in politischen Parteien und in den Seniorenbeiräten; Prüfung einer Verankerung der Seniorenbeiräte in der Gemeindeordnung als Institution; Erarbeitung einer Richtlinie für Seniorenbeiräte, die garantiert, dass sie ihre wichtige Aufgabe in einer alternativen Gesellschaft bestmöglich wahrnehmen können;

Schaffung der Voraussetzungen, dass jeder Mensch in unserem Land sich frei entfalten, Hindernisse überwinden und nach seinen Vorstellungen glücklich werden kann;

Chancengerechtigkeit, unabhängig von der sozialen Herkunft;

zukunfts feste Ausgestaltung der sozialen Sicherungssysteme;

landesweite Ausweitung des bestehenden Netzes der „Sicherheitsberater für Senioren“;

Unterstützung der Arbeit der lokalen Seniorenbeiräte sowie Seniorenbeauftragten;

generationenübergreifendes Wohnen: flächendeckende Schaffung von Wohnanlagen für Senioren; Weiterentwicklung und Etablierung altersgerechter und generationsübergreifender Wohnformen; Förderung des altersgerechten und barrierefreien Umbaus von Wohnungen;

„Aktionsplan gegen Einsamkeit“; flächendeckender Ausbau bestehender ehrenamtlicher Kommunikationsangebote gegen Einsamkeit; Förderung innovativer Wohnformen; Förderung bestehender Projekte generationenübergreifenden Austauschs; Unterstützung von Besuchs- oder Begleitprojekten der Hilfsdienste;

Förderung von Programmen zur Stärkung der Medienkompetenz gerade älterer Menschen; Fortsetzung und, wenn nötig, Aufstockung der Programme „Digital im Alter – Di@-Lotsen“ und „Senioren im Netz“;

Grundlagen der Gebärdensprache lernen können;

Senioren: Stärkung des Respekts vor und der Selbstbestimmung von älteren Menschen und Unterstützung ihrer Teilhabe am sozialen Leben;

Förderung bezahlbaren Wohnens, gemeinsamen Wohnens im Alter, von Mehrgenerationenhäusern und neuen Ansätzen beim Quartiersmanagement; Stärkung der Wohnberatung für ältere Menschen;

Förderung generationsübergreifender Lerngelegenheiten zum Umgang mit digitalen Geräten und Medien;

ausreichende finanzielle Ausstattung von Begegnungs-, Freizeit-, Kultur-, Bildungs- und Bewegungsangeboten sowie der Tagespflege; Einrichtung von Senior*innenbüros und lokalen Netzwerken, um Einsamkeit im Alter entgegenzuwirken; Unterstützung der Kommunen beim Ausbau von Gemeinschaftsangeboten;

Verankerung der Senior*innenbeiräte im Gesetz;

Einrichtung eines runden Tisches zur Prävention von Gewalt gegenüber älteren und pflegebedürftigen Menschen;

Auflegen eines einheitlichen Konzepts zur Bekämpfung der Folgen von Einsamkeit;

hohen Schwerbehindertenanteil, an Integrationsunternehmen und Betriebe mit Integrationsabteilungen;

Förderung von einkommens- und vermögensunabhängiger persönlicher Assistenz in jeder Lebenslage;

barrierefreier Zugang zu Information und Kommunikation;

bessere Finanzierung des Landeswohlfahrtsverbandes; solidarische Finanzierung von Land, kreisfreien Städten und Landkreisen;

rechtssichere Ausgestaltung von Teilhabeleistungen; deutliche Erhöhung und Entfristung der gesetzlichen Grundlage, um Rechtssicherheit für Menschen mit Seh- und Hörbehinderungen herzustellen;

Senioren: altersgerechte Kommunen: deutliche Stärkung der kommunalen Altenhilfeplanung sowie Senior*innenbeiräte;

zwingende Umsetzung von Barrierefreiheit bei allen öffentlichen Baumaßnahmen;

Förderung von Senior*innen- und altersübergreifenden Wohngemeinschaften;

Hilfen beim Erhalt der Wohnung oder bei der Suche nach geeignetem Wohnraum;

Förderung der Gründung und Weiterentwicklung von regionalen Netzwerken „Pro-Arbeit für Menschen mit Behinderungen“;

Stärkung der Landesbeauftragten für Menschen mit Behinderungen in ihrer Arbeit;

weiterer Ausbau der Kompetenzstelle Barrierefreiheit;

Bereitstellung von Gebärdendolmetscher*innen für die Akutberatung für Menschen mit Beeinträchtigungen bei gewalttätigen und sexuellen Übergriffen; Förderung von Projekten zur Sensibilisierung der Beratungskräfte im Bereich von sexualisierter Gewalt an behinderten Frauen;

Stärkung der ehrenamtlichen Beratung von Menschen mit Behinderung;

Senioren: Ausrichtung der öffentlichen Infrastruktur stärker an den Bedürfnissen von älteren Menschen; barrierefreie Zugänge; möglichst wohnortnahe Versorgung mit ärztlicher und pflegerischer Versorgung, Dienstleistungen und den Dingen des täglichen Bedarfs;

Unterstützung ambulanter Hilfen und gemeinschaftlicher Wohnformen;

Unterstützung des zivilgesellschaftlichen und politischen Engagements älterer Menschen;

FDP	CDU	SPD	DIE LINKE	B90/DIE Grünen	AfD
<p>Gesundheitssystem: Zeitgemäßes und digitales Gesundheitssystem;</p> <p>Hessen als Vorreiter-Bundesland im Bereich eHealth und Telemedizin; Digitalstrategie für das Gesundheitswesen; Unterstützung digitaler Lösungen, die Pflegekräfte sowie Ärztinnen und Ärzte in ihrem Alltag entlasten und den Bürgerinnen und Bürgern den Zugang zu Gesundheitsleistungen erleichtern; noch stärkere Etablierung von Telemedizin im ländlichen Raum;</p> <p>bereite Ausrollung der elektronischen Patientenakte;</p> <p>Weiterentwicklung der Telematik Infrastruktur zu einer praktikablen und zeitgemäßen „TI 2.0“;</p> <p>Schaffung eines eHealth-Fonds, der digitale Versorgungsinnovationen fördert;</p> <p>Weiterentwicklung des Kompetenzzentrums für Telemedizin und eHealth als Ansprechpartner in Sachen eHealth, Entwicklung digitaler Modellprojekte und Umsetzung zusammen mit Partnern;</p> <p>Aufstellung des Landesamts für Gesundheit und Pflege, dass dort zentrale Fachexpertise entsteht,</p>	<p>Gesundheitssystem: wohnortnahe Bereitstellung der Grund- und Notfallversorgung, von Geburtskliniken und Pädiatrie auch in ländlichen Räumen; flächendeckende haus- und fachärztliche Versorgung; Stärkung der medizinischen Versorgung im ländlichen Raum; Einführung einer Landarztquote; Erhöhung der Plätze im Rahmen der Landarztquote mit Einbeziehung weiterer Fachrichtungen; Berücksichtigung weiterer unterversorgte Gebiete;</p> <p>Förderung und Ausbau von MVZs, insbesondere im ländlichen Raum als Ergänzung zur medizinischen Grundversorgung;</p> <p>flächendeckende Schaffung von psychosozialen und psychiatrischen Krisenhilfe-Systemen; Einbeziehung vorhandener Strukturen in Krankenhäusern und ÖGD;</p> <p>mehr psychotherapeutische Behandlungsplätze auch für gesetzlich versicherte Patienten und Kinder; Erhöhung der Anzahl der Psychotherapeuten;</p> <p>dauerhafte Ausweitung des Pilotprojekts „Gemeindegewest 2.0“ auf möglichst alle interessierten Gemeinden;</p> <p>Sicherstellung eines breiten Netzes an Apotheken;</p>	<p>Gesundheitssystem: bedarfsgerechte, chancengleiche Prävention und Versorgung, unabhängig von Einkommen, Wohnort, Versicherungsstatus oder Alter;</p> <p>Entprivatisierung des Uniklinikums Gießen-Marburg;</p> <p>deutlich mehr rechtliche und praktische Möglichkeiten für Planung und Steuerung für Land und Kommunen für eine gute medizinische Versorgung; entsprechende finanzielle Ausstattung zur Umsetzung;</p> <p>mehr Studienplätze für Medizin und Ausbildungsplätzen in allen medizinischen Berufen; mehr Praxis im Studium, bessere Rahmen- und Arbeitsbedingungen, Entlastung der Bürokratie/Entbürokratisierung, Teilzeitmöglichkeiten zur Aus- und Weiterbildung;</p> <p>barrierefreier Zugang zur medizinischen Versorgung, Pflege und Unterstützungsleistungen für alle Menschen; anonymer Krankenschein;</p> <p>Schließung der Versorgungslücke für Nicht-Versicherte sowie für Geflüchtete;</p> <p>Bekämpfung der psychiatrischen und psychotherapeutischen Unterversorgung; bessere Vernetzung von Beratungsstellen,</p>	<p>Gesundheitssystem: Deutlicher Ausbau der Gesundheitsprävention; Stärkung der gesundheitlichen Vorsorge;</p> <p>Garantie der medizinischen Versorgung in der Fläche; Schaffung abgestimmter und gestufter Angebote, natürlich in öffentlicher, genossenschaftlicher oder gemeinnütziger Hand;</p> <p>Verbesserung der Bedingungen für junge Ärzt*innen durch Stärkung des ländlichen Raums zur Sicherung der ambulanten ärztlichen Versorgung;</p> <p>deutlicher Ausbau der Hochschulmedizin und deren Ausbildungsbestandteile im ländlichen Raum und Öffnung für mehr Fachrichtungen;</p> <p>Unterstützung der Kommunen, medizinische Versorgungszentren zu etablieren;</p> <p>Stärkung der therapeutischen Berufe; kommunale Förderung, Anstellung und Unterstützung für Therapeut*innen, um sich verstärkt im ländlichen Raum anzusiedeln;</p> <p>fachübergreifende Ausbildung weiterer nicht-ärztlicher Gesundheitsberufe an kommunalen Bildungszentren; Aufbau kommunaler bzw. regionaler öffentlicher</p>	<p>Gesundheitssystem: Sicherung der medizinischen Grundversorgung auf dem Land und in der Stadt;</p> <p>Stärkung der Zusammenarbeit von ambulanten und stationären Angeboten; Unterstützung der bedarfsgerechten Angebote mit weiteren Investitionsmitteln;</p> <p>Investitionen in die digitale Infrastruktur;</p> <p>Sicherung und Stärkung der hausärztlichen Versorgung; attraktivere Gestaltung der Nachbesetzung in unterversorgten Gebieten;</p> <p>flächendeckende und gezielter gesteuerte fachärztliche Versorgung;</p> <p>Stärkung der niedrighschwelliger Gesundheitsversorgung durch gut erreichbare, interdisziplinär und multiprofessionell arbeitende Gesundheitszentren und ergänzende mobile Praxen;</p> <p>weitere Förderung des Angebots der Gemeindepfleger*innen;</p> <p>Aufrechterhaltung einer umfassenden gesundheitlichen Versorgung überall im Land durch genügend Medizinstudienplätze,</p>	<p>Gesundheitssystem: Verbesserung und Erhalt von Leistungsprämien, Inflationsausgleich, Neupatientenregelung und Disease-Management-Programmen;</p> <p>Aufbau von Kontrollmechanismen, die übermäßige Ausgaben für psychotherapeutische Behandlungen zu vermeiden helfen;</p> <p>wirksame Steigerung der Attraktivität der Berufe in Physio-, Ergo- und Logotherapie;</p> <p>Verbesserung der Patientenversorgung durch mehr Autonomie rund um die Behandlung;</p> <p>Stärkung der interprofessionellen Zusammenarbeit, ambulant wie stationär;</p> <p>Ermöglichung einer wirtschaftlichen Praxisführung durch höhere Vergütungen, insb. im Bereich der Hausbesuche, und damit Optimierung der ambulanten therapeutischen Versorgung;</p> <p>Nutzung der Novellierung der Berufsgesetze im Sinne einer Akademisierung zur Modernisierung und Anpassung an die Versorgungsbedarfe;</p> <p>Etablierung von Digitalisierung und weiterem Abbau der Bürokratie zur Schaffung von mehr</p>

<p>von der alle Bereiche des Gesundheitswesens tatsächlich profitieren;</p> <p>Entwicklung einer Gesamtstrategie für den Bereich Prävention, Unterstützung der Städte und Kreise bei der Entwicklung und Umsetzung von Präventionsprojekten vor Ort als Aufgabe des Landesamtes;</p> <p>schnellstmögliche Digitalisierung der Gesundheitsämter in den Städten und Kreisen;</p> <p>einfache und verständliche Informationen zur Vorbeugung von Erkrankungen für die Bürgerinnen und Bürger;</p> <p>Entwicklung von Präventionsangeboten in allen Altersklassen und konsequente Umsetzung;</p> <p>stärkere Unterstützung digitaler Lösungen bei der Gesundheitsförderung, etwa Bereitstellung von Informationen mittels digitaler Medien;</p> <p>altersgerechte Förderung der Digitalkompetenz ab der Kita;</p> <p>noch niedrigschwelligeres Angebot an Impfungen zur Vorbeugung schwerer Erkrankungen;</p> <p>Erhalt und Stärkung des Arztberufs als freien Beruf im Haus- und Facharztbereich und als stationären Versorgungsbereich;</p> <p>zukunftsweisende Gestaltung des Arzt-Patienten-Kontaktes;</p>	<p>Inflationsausgleich von 500 € für die Zahnmedizinischen und Medizinischen Fachangestellten;</p> <p>Erhöhung der Zahl der Medizinischen Studienplätze; Reduzierung der Anteile der Studienplätze, die über den Numerus Clausus vergeben werden, höhere Anteile für die Landarztquote und Abiturienten, die eine medizinische oder soziale Vorbildung besitzen;</p> <p>Stärkung des Hospizwesens; weiterer Ausbau der palliativen Versorgung;</p> <p>Aufnahme weiterer Vorsorgeuntersuchungen im Grundschulalter in den Behandlungskatalog der Krankenkassen;</p> <p>flächendeckende Versorgung durch Gesundheitsfachkräfte an Schulen;</p> <p>Schaffung eines Stipendiums für die Ausbildung zum Facharzt für Kinder- und Jugendpsychiatrie;</p> <p>Ausstattung des öffentlichen Gesundheitsdienstes mit ausreichend Personal; Einführung einheitlicher digitaler Standards;</p> <p>Verbesserung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen für die Gesundheitsindustrie am Produktions- und Forschungsstandort Hessen; nachhaltige Unterstützung des Clusters Pharma und Gesundheit und der medizinischen Forschung in Forschung und Wirtschaft;</p> <p>Digitalisierung im Gesundheitswesen: Ausweitung des Tele Notarztes Systems auf das ganze</p>	<p>Suchthilfe, sozialpsychiatrischem Dienst, psychosomatischer Grundversorgung und ambulanter Psychiatrie und Psychotherapie; flächendeckende, zeitnahe Versorgung überall im Land;</p> <p>gutes stationäres und teilstationäres Angebot für schwere psychische Krisen mit innovativen Konzepten wie „Behandlung zu Hause“ und tagesklinische (Intensiv-)Angebote;</p> <p>Einführung der solidarischen Bürgerversicherung; Überwindung der Zwei-Klassen-Medizin;</p> <p>Einführung der Wahlfreiheit zwischen gesetzlicher und privater Krankenversicherung für Beamten*innen;</p> <p>Krankenhausstruktur: Sicherstellung einer auskömmlichen Finanzierung der Investitionskosten der Krankenhäuser; gute Krankenhausplanung; Sicherstellung einer guten Qualität mit kurzen Wegen; enge Verzahnung des ambulanten mit dem stationären Sektor;</p> <p>verbindliche Einführung von Gesundheitskonferenzen, in denen alle Akteure gemeinsam aktiv sind, Gesundheitsreporten und Versorgungsatlanten;</p> <p>Stärkung des Ärztlichen Bereitschaftsdienstes (ÄBD) statt Kürzung;</p> <p>Prüfung landeseinheitlicher Regelungen der Befugnisse im Rettungsdienst;</p>	<p>Bildungszentren zur fachübergreifenden Ausbildung aller Berufsgruppen;</p> <p>bessere Anbindung der Rettungsdienste; Ausbau der Rettungskapazitäten; Verbesserung der Arbeitsbedingungen;</p> <p>flächendeckende Umsetzung der Verzahnung der Rettungsdienste mit niedergelassenen Ärzt*innen;</p> <p>zügigere Anerkennung ausländischer Berufsabschlüsse in medizinischen Berufen; mindestens vierteljährliche Anerkennungsprüfungen für alle Berufsgruppen; mehr Personal für eine schnellere Abarbeitung im zuständigen Landesamt;</p> <p>angemessene medizinische Versorgung nicht krankenversicherter Menschen; flächendeckende unabhängige Clearingstellen, die Menschen den Weg zurück in die Krankenversicherung ebnet; Garantie einer angemessenen Gesundheitsversorgung für Menschen in Not durch einen Behandlungsschein mit Behandlungsfonds; Initiative zur Streichung von Beitragsschulden;</p> <p>moderne Psychiatrie ohne Zwang; Ausbau präventiver Angebote; flächendeckende Krisendienste, die rund um die Uhr erreichbar und mit Fachpersonal sowie Krisenzimmern und -pensionen ausgestattet sind; mehr Personal, bauliche Veränderungen;</p>	<p>Landärzt*innenquote, weitere Anreize für eine Ausbildung in Gesundheitsberufen;</p> <p>Einrichtung eines Runden Tisches zur Prävention von Gewalt gegen ältere, behinderte und pflegebedürftige Menschen;</p> <p>Unterstützung von Menschen ohne Krankenversicherung durch Clearingstellen; Einführung eines anonymen Krankenscheins für Menschen, denen eine Vermittlung in die reguläre Krankenversicherung nicht möglich ist;</p> <p>Intensivierung der Forschung zu geschlechtsspezifischer Medizin und Pflege und stärkere Berücksichtigung in der medizinischen Ausbildung und Praxis;</p> <p>weitere Stärkung der Arbeit der Gesundheitsämter mit dem Landesamt für Gesundheit und Pflege;</p> <p>besserer Schutz und gute Versorgung von Menschen in Hitzewellen oder bei extremen Wetterereignissen;</p> <p>Unterstützung der Krankenhäuser auf ihrem Weg zur Klimaneutralität; Einrichtung eines Klima- und Transformationsfonds des Landes; Förderung der Initiative „Green Hospital“; aktive Unterstützung von Qualifizierungsmaßnahmen zum Klimamanagement;</p> <p>Verstetigung des bundesweiten Pakts für den öffentlichen Gesundheitsdienst;</p>	<p>Therapiezeit statt Verwaltungszeit;</p> <p>Sicherung der ambulanten Versorgung; Aufhebung der Budgetierung, Erhalt der Neupatientenregelung;</p> <p>Sicherstellung der wohnortnahen medizinischen Versorgung im ländlichen Raum, insb. in Flächenkreisen mit unzureichendem öffentlichem Personennahverkehr;</p> <p>Schaffung ausreichender Studien- und Anschlussstudienplätze insb. im zweiten Teil des Medizinstudiums;</p> <p>Vergabe von Stipendien bei Facharztweiterbildung auf dem Land;</p> <p>Einführung von Studiengebühren für ausländische Studenten;</p> <p>gründliche Aufarbeitung und Evaluierung der Maßnahmen und Methoden, die im Gesundheitswesen während der Coronakrise auf Landesebene angewendet worden; Untersuchungsausschuss „Corona“ für die nächste Wahlperiode;</p> <p>bedarfsgerechter Ausbau der palliativen Versorgung; Schaffung von Strukturen, die eine ausreichende Unterbringung und Versorgung einer größeren Anzahl von Palliativpatienten sicherstellen;</p> <p>vorausschauender und flächendeckender Ausbau ambulanter</p>
--	--	--	--	--	---

noch stärkere Nutzung der Möglichkeiten von Videosprechstunden und Fernbehandlung;

finanzielle Gleichstellung ärztlicher Leistungen, die digital erbracht werden, zu Leistungen in Präsenz;

Qualifizierung von nicht-ärztlichem Fachpersonal, sodass eine Delegation ärztlicher Leistungen ohne Einschnitte in der Behandlungsqualität möglich wird;

Aufbau regionaler Zentren zur Sicherung der Gesundheitsversorgung: Gründung von Gesundheits-Versorgungs-Zentren (GVZ); Aufbau eines regionalen Zentrums für die primäre und sekundäre Gesundheitsversorgung der Bevölkerung in einem definierten Einsatzgebiet;

Krankenhausstruktur: Reform der Kliniklandschaft, die sich stärker am Bedarf und an der Versorgungsqualität ausrichtet;

Refinanzierung der Vorhaltekosten für die Krankenhäuser, zusätzlich zu den Fallpauschalen;

verbindliche Struktur- und Qualitätsvorgaben als Teil der Krankenhausplanung;

Geburtshilfe: Sicherung der Geburtshilfe; Stärkung der Hebammen; Verbesserung der Hebammenversorgung; Gewährleistung einer flächendeckenden Grundversorgung von allen Schwangeren; Verbesserung der Rahmenbedingungen auch für freiberuflich tätige Hebammen;

Land; Sicherstellung der Tele Notfallmedizinischen Versorgung landesweit;

weitere Förderung digitaler Optimierungen des Gesundheitssystems;

Krankenhausstruktur: mindestens Beibehaltung der Investitionsmittel in Krankenhäuser in stabiler Höhe; insb. für Digitalisierung, IT-Ausstattung und Cyber-Sicherheit sowie bauliche Modernisierungen;

bedarfsgerechte und entschlossene Förderung der Leistungen der Universitätskliniken als absolute Maximalversorger sowie der dort geleisteten Forschungsarbeit;

weiterhin askömmliche Finanzierung der Universitätskliniken;

Verbesserung des Übergangs vom Krankenhaus in die Rehabilitation oder Pflege; Aufbau einer hessenweiten digitalen Informationsplattform, die es den Patientinnen und Patienten und den sozialen Diensten der Krankenhäuser ermöglicht, schnell und einfach die geeigneten Maßnahmen zur weiteren Unterbringung und Versorgung zu ergreifen;

Digitalisierung im Gesundheitswesen: angemessene Vergütung telemedizinischer Leistungen, von Telekomzielen und Televisiten;

Unterstützung der ambulanten Anbieter bei der Digitalisierung;

gute Arbeitsbedingungen und ausreichende Ausbildung- und Studienplätze mit angemessener Bezahlung für die Beschäftigten im Gesundheitswesen; Stärkung der Pflege- und Pflegehelferausbildung; Erhöhung der Ausbildungsplätze in den nächsten Jahren und askömmliche Finanzierung der Helferkurse;

Förderung der pädagogischen Ausbildung von Lehrkräften im Gesundheitswesen an den Hochschulen; Stipendien sowie Förderprogramme für Studierende der pflegepädagogischen Studiengänge;

Beschleunigung der Anerkennung von Pflegekräften;

Sicherung guter Arbeitsbedingungen in der Pflege und allen medizinischen Berufen durch Personalmindeststandards, die sich am Bedarf des Patienten orientieren;

Geburtshilfe: Förderung besserer Beratung, Stärkung von Eltern-Kind-Kliniken; 1:1-Betreuung unter der Geburt; Sicherstellung einer wohnortnahen, niedrigschwelligen geburtshilflichen Versorgung; Erhalt der Hebammenhilfe; Anpassung der Honorare und Gehälter auf ein Niveau entsprechend der hohen Verantwortung;

Beauftragung einer Studie, um die Daten- und Forschungslage rund um das Thema „Gewalt unter der Geburt in Hessen“ zu verbessern;

mehr Unterstützung für die Arbeit der Aidshilfen und von Schwerpunktpraxen;

Schaffung klimagerechter Kliniken; Investitionsprogramm des Landes für den klimagerechten Umbau;

Krankenhausstruktur: Erhöhung der Krankenhausinvestitionen;

Erhalt kommunaler Kliniken und Rückgängigmachung von Privatisierungen; gute Ausfinanzierung der kommunalen Kliniken;

Erhalt kleinerer Kliniken und Weiterentwicklung zu Gesundheitszentrum mit Ambulanzen verschiedener Fachrichtungen, einfachem stationären Angebot und auch ambulanter Pflege;

Krankenhaus-Rückkauffonds des Landes, damit Kommunen die Gesundheitsversorgung wieder in öffentliche Hand nehmen können;

Rückführung des Universitätsklinikums Gießen und Marburg in öffentliches Eigentum;

wissenschaftliche Personal-Mindeststandards für alle Stationen am Universitätsklinikum; Entlastung der Kliniken mit einer besseren Patientinnensteuerung;

Geburtshilfe: Überwindung des Hebammenmangels; Sicherstellung der Eins-zu-Eins-Betreuung bei der Geburt und der freien Wahl des Geburtsortes;

Krankenhausstruktur: Sicherung einer leistungsfähigen und gut erreichbaren Krankenhausversorgung für alle; Überarbeitung des Landeskrankenhausplans auch mit Blick auf die integrierte Bedarfsplanung zwischen ambulanter und stationärer Versorgung; weitere Erhöhung der Investitionsmittel;

Sicherstellung der Notfallversorgung vor Ort; Verzahnung von Rettungsdienst, Notaufnahme und ärztlichem Bereitschaftsdienst;

askömmliche Finanzierung von Universitätskliniken;

askömmliche Unterstützung der Universitätskliniken für gute Bedingungen für Patient*innen, Beschäftigte sowie in Forschung und Lehre;

Schaffung weiterer Medizinstudienplätze; alternative Zugangsmöglichkeiten jenseits von Bestnoten;

Rückkauf des Universitätsklinikums Gießen und Marburg und Überführung in öffentliches Eigentum, wenn sich in der Zukunft die Möglichkeit dafür eröffnet;

Geburtshilfe: Umsetzung, Evaluierung und Weiterentwicklung der Maßnahmen des „Runden Tisches Geburtshilfe in Hessen“;

Verbesserung der Versorgung von werdenden Eltern durch Hebammen vor, während und nach der Geburt;

und stationärer palliativer Versorgungsangebote;

Landesprogramm „Kondition und Koordination“ zur Bekämpfung der „Corona“-bedingten Schäden insbesondere bei Kindern und Jugendlichen;

Unterstützung aller Maßnahmen, die geeignet sind, den Gesundheitszustand der Bevölkerung zu verbessern und gesundheitliche Beeinträchtigungen zu vermeiden;

Krankenhausstruktur: Weitgehender Erhalt und keine Privatisierung der kommunalen Krankenhäuser; bedarfsgerechte Finanzierung;

Abbau des aufgelaufenen Investitionsstaus;

eigenes Investitionsbudget in der Krankenhausfinanzierung für Kinderkliniken, mit einem 1,2-fachen Faktor der Regelbudgets für Krankenhäuser;

Tarifvertrag für alle Krankenhäuser in kommunaler Trägerschaft;

lückenlose Einführung von Tests in allen Krankenhäusern auf multiresistente Keime; Sicherstellung der konsequenten Umsetzung der Hygienevorschriften in Krankenhäusern und Pflegeeinrichtungen;

adäquate Anpassung der Vergütung von medizinisch-ambulantem Behandlungen zur Entlastung der Krankenhäuser auch außerhalb von Krisenzeiten;

Drogen und Sucht: Vorhaltung ausreichend qualifizierter Einrichtungen zu Suchtprävention und Suchtbehandlung; szenenahe Einrichtungen, insbesondere Anlaufstellen zur Therapieberatung und zur medizinischen Versorgung;

Bestand akzeptanzorientierter Einrichtungen, die eine Überlebenshilfe für Schwerstabhängige bieten und oft niedrigschwellige Anlaufstellen für spätere Therapieaufenthalte darstellen;

Einstellung der Drogen- und Suchtpolitik auf neue Suchtformen oder neue Suchtsubstanzen; Ergreifen geeigneter Präventions- und Hilfsmaßnahmen;

auf wissenschaftlicher Grundlage basierende Drogenpolitik, die den Aspekt der Prävention und des Gesundheitsschutzes in den Vordergrund stellt;

Digitalisierung im Gesundheitswesen: Vermittlung von Kenntnissen im Umgang mit IT-Systemen, großen Datenmengen, Algorithmen und KI-Anwendungen bereits im Medizinstudium und in Ausbildungskurscurricula;

Digitalisierung von Verschreibung, Dokumentation und Abrechnungen;

Priorisierung von Arztpraxen, Pflegeeinrichtungen, therapeutischen Praxen und Apotheken bei der Glasfaserversorgung;

komplett digitale Durchführung der Kommunikation der Kranken-

Fortsetzung des Förderprogramms DIGI Ambulant;

Weiterentwicklung des Kompetenzzentrums für Telemedizin und E-Health in Bezug auf Digitalisierung;

Geburtshilfe: flächendeckendes Angebot für Geburtshilfe sowie Angebote der Vor- und Nachsorge; so weit wie möglich die zentrale Erhaltung stationärer Geburtsstationen und Geburtshäuser; auskömmliche Hebammenversorgung im Land;

Mitfinanzierung der Kinderwunschbehandlungen;

Qualitativ hochwertige und sichere Versorgung rund um die Geburt; flächendeckendes Angebot für Geburtshilfe; Angebote der Vor- und Nachsorge, um werdende Eltern bestmöglich zu unterstützen; bessere Rahmenbedingungen für eine gute Betreuung in Schwangerschaft und bei der Geburt;

strukturelle und finanzielle Verbesserung der Geburtshilfe; auskömmliche Hebammenversorgung; Erhalt ortsnaher erreichbarer Geburtsstationen und Geburtshäuser; Etablierung hebamengeleiteter Kreißsäle; Hessen-Stipendium für Hebammen;

weitere Vernetzung und Koordination der Möglichkeiten der Frühen Hilfen;

dezentrale, medizinisch ausgebildete Ansprechpartner für die Gesundheit von Säuglingen, z.B. in

Hebammenregister; umfassendes Konzept zur Beseitigung der Unterversorgung auf dem Land; geeignete Versorgungsplanung; mehr Ausbildungsplätze für Hebammen und Entbindungspflege*innen;

Frauengesundheit: Möglichkeiten zu Schwangerschaftsabbruch und -konfliktberatung; Erreichbarkeit einer Praxis oder Klinik, die Schwangerschaftsabbrüche vornimmt, oder einer staatlich anerkannten Schwangerenkonfliktberatungsstelle, innerhalb maximal einer Stunde mit dem öffentlichen Nahverkehr;

Überall in Hessen Anlaufstellen für eine medizinische Soforthilfe nach Vergewaltigung;

Übernahme der Kosten von Verhütungsmitteln und Hygieneartikeln für Menschen mit geringem Einkommen; niedrigschwellige Organisation der Ausgabe;

Kindergesundheit: Erhalt und Ausbau der Hebammenhilfe; Sicherstellung einer erstklassigen Versorgung für Kinder mit Hebammen, Kinderärzten und Kinderkliniken mit einem Aktionsplan „Kindermedizin“;

Stärkung der Versorgungssicherheit mit Medikamenten; Verbesserung der Standortfaktoren, damit Produktionen ins Land oder zumindest in die EU zurückgeholt werden können;

Öffentlicher Gesundheitsdienst: bessere finanzielle und logistische Ausstattung der Gesund-

Akademisierung, Anerkennung und berufliche Aufwertung der Hebammenausbildung;

Förderung der Frauengesundheit: Unterstützung von Forschungsvorhaben, die die Unterschiedlichkeit der Geschlechter im Blick behalten;

Frauengesundheit: Ausbau und bessere Finanzierung der Beratungsangebote für ungewollt Schwangere; wohnortnahe Beratungsangebote und Einrichtungen, die Schwangerschaftsabbrüche vornehmen;

Methoden des Schwangerschaftsabbruchs als verpflichtender Bestandteil eines Medizinstudiums, spätestens in der gynäkologischen Fachweiterbildung;

Verpflichtung öffentlicher Kliniken im Rahmen der Krankenhausplanung, die Durchführung von Schwangerschaftsabbrüchen auch nach der Beratungsregelung sicherzustellen;

Abrechnung von Schwangerschaftsabbrüchen als normale kassenärztliche Leistung;

kostenfreie Bereitstellung von Menstruationsprodukten in allen öffentlichen Gebäuden; Verhütungsmittel als Kassenleistung;

Verpflichtung für kommunale und Landeskrankenhäuser, Schwangerschaftsabbrüche auch nach Beratungsregelung durchzuführen;

Digitalisierung im Gesundheitswesen: deutlich mehr Mittel für

wertschätzender Umgang in der Geburtshilfe; gewaltfreie Geburt im ganzen Land; Unterstützung des Hilfefonns für Betroffene von traumatisierenden Erfahrungen in der Geburtshilfe und bestehender psychosozialer Beratungsangebote;

Frauengesundheit: zielgerichtete Bekämpfung der Frauenkrankheit Endometriose;

Stärkung der Versorgung von schwangeren Frauen; Umsetzung, Evaluierung und Weiterentwicklung der Maßnahmen des „Runden Tisches Geburtshilfe“;

gewaltfreie Geburt, entsprechende Sensibilisierung und Hilfsangebote für Betroffene bzw. Traumatisierte;

vollfinanzierte Schwangerschaftskonfliktberatung; Aufbau eines Versorgungsnetzes mit Kliniken und Arztpraxen, die Schwangerschaftsabbrüche durchführen;

kostenlose Hygieneartikel in Schulen und öffentlichen Einrichtungen; Informationen zu Anlaufstellen bei Schwangerschaftskonflikten, Gewalt und Seelsorge; Unterstützung von Initiativen, die die Kostenübernahme verschreibungspflichtiger Verhütungsmittel für Frauen mit geringem Einkommen ermöglichen;

mentale Gesundheit: möglichst wohnortnahe Angebote der mentalen Gesundheit sowie von Prävention und Vorsorge;

Digitalisierung im Gesundheitswesen: weiteres Vorantreiben der Digitalisierung der medizinischen Versorgung; Vorantreiben des Ausbaus der Telemedizin und verstärkte Einbindung in die Regelversorgung; Förderung innovativer Einrichtungen wie Tele-Notarzt, e-AUF oder e-Rezept;

Auflegen eines Förderprogramms, das Fach- und Hausärzte bei der Beschaffung telemedizinischer Gerätetechnik und Software und der Etablierung eines IT-gestützten Fallmanagementsystems unterstützt;

Geburtshilfe: Sicherung des Hebammenberufs; staatlicher Haftungsfonds; Erhalt von Geburtshilfestationen in wohnortnahen Krankenhäusern; wesentlich bessere Vergütung von Hebammen;

Frauengesundheit: Schutz des ungeborenen Lebens: Schaffung einer breit aufgestellten Unterstützungsstruktur für ungewollt Schwangere;

verpflichtende Angebote von Ultraschalluntersuchungen des ungeborenen Kindes für die zu beratenden schwangeren Frauen und werdenden Väter, soweit keine medizinischen oder kriminologischen Gründe für die Beratung ursächlich sind;

Übergabe eines gesonderten schriftlichen Verzeichnisses der individuell möglichen Unterstützungsleistungen organisatorischer und finanzieller Art bei jeder Schwangerschaftskonfliktberatung;

kassen mit den Versicherten; freiwillige Lösung zur Freigabe von anonymisierten Gesundheitsdaten; Aufbau einer Stiftung zur vertrauensvollen Haltung dieser Daten;

Modellprojekte für Demenzkranke; Entwicklung von Modellprojekten, die eine Alternative zur herkömmlichen Betreuung im Pflegeheim darstellen und eine größere Eigenständigkeit der Erkrankten gewährleisten;

Schreiambulanzen und Säuglingsstationen;

Fortbildung der Gemeindepfleger in ländlichen Regionen in Ergänzung zur Arbeit der Familienhebammen;

Frauengesundheit: Unterstützung der Forschung im Themenbereich Frauengesundheit; Berücksichtigung geschlechterspezifischer Unterschiede in der Medizin; besonderer Fokus auf Aufklärung und Sensibilisierung zum Krankheitsbild der Endometriose;

Drogen und Sucht: Ausbau der Unterstützung für suchtkranke Menschen; Bereitstellung von Mitteln über den Fonds „Hessen steht Zusammen“;

Ausweitung insb. von Angeboten für die Beratung und Hilfestellung beim Entzug von Drogenabhängigkeit und der aufsuchenden Sozialarbeit;

keine Legalisierung illegaler weicher Drogen, auch nicht von Cannabis;

Ausbau des Beratungs- und Hilfsangebots für Betroffene;

heitsämter; attraktive Arbeitsbedingungen mit konkurrenzfähiger Bezahlung und moderner digitaler Ausstattung;

Digitalisierung im Gesundheitswesen: Schaffung von Telenotärzten und zusätzlich Gemeinde-Notfallsanitätern in allen Landkreisen;

flächendeckende elektronische Patientenakte; datenschutzsichere Möglichkeiten für Ärztinnen und Therapeutinnen, Dokumente und Befunde zu verschicken und zu verwalten;

Ermöglichung des Zugangs zu digitalen Angeboten für besonders sozial benachteiligte Menschen durch verständliche Gesundheitsinformationen und barrierefreie Systeme;

Digitalisierung, um bei Notfällen eine bessere Vernetzung von Rettenden und Kliniken zu erzielen;

Drogen und Sucht: deutliche Verbesserung und Ausbau der Prävention und Aufklärung über Suchtgefahren sowie Hilfsangebote für Betroffene von Sucht und Drogenmissbrauch; gebundener Einsatz von Steuereinnahmen, die mit dem Konsum verbunden sind;

ausstiegsorientierte und konsumakzeptierende Hilfen wie Drug Checking, Safer Use, Gesundheitshilfe für suchterkrankte und Drogen gebrauchende Menschen, Druckräume mit hygienischen Bedingungen sowie Beratung für Betroffene und ihre Familien;

flächendeckende Versorgung mit Substituten;

Klärung der Rahmenbedingungen für die Cannabis Freigabe; wissenschaftlich nachvollziehbare Grenzwerte für Cannabisgebrauch im Straßenverkehr; verbindliche Klärung von Fragen des Jugend- und Gesundheitsschutzes;

Reduzierung oftmals vorhandener Wartezeit bei der Behandlung von psychischen Erkrankungen; Sicherstellung, dass regionale Gesundheitszentren und Trauma-Ambulanzen die psychosoziale Betreuung sowie adäquate Hilfe und Beratung bei seelischer, körperlicher und sechs realisierter Gewalt leisten;

Stärkung vorhandener Netzwerke, Selbsthilfegruppen, Vereine und regionalen Beratungsstellen in diesem Bereich; Sicherstellung des Angebots an ambulanter und stationärer Rehabilitation;

Präventionsprogramme zur Erhaltung der psychischen und physischen Gesundheit pflegende Angehöriger;

Drogen und Sucht: moderne Drogenpolitik, die über Risiken aufklärt, einen zuverlässigen Jugendschutz stärkt und Konsumierende nicht unter Generalverdacht stellt; Ausbau von Therapie- und Substitutionsmöglichkeiten; Einrichtung von Drogenkonsumräumen und Streetwork-Angeboten;

Aufklärung und Suchtprävention bei Jugendlichen und jungen Erwachsenen, auch in Bezug auf nicht substanzbezogene Abhängigkeiten wie Spielsucht; Stärkung der dafür notwendigen Zusammenarbeit zwischen Schule, Jugend- und Suchthilfe;

keine Kriminalisierung des Cannabis-Konsums;

FDP	CDU	SPD	DIE LINKE	B90/DIE Grünen	AfD
<p>Verstärkung des Prinzips ambulant vor stationär im Bereich der Pflege; Sicherstellung der Pflege in den eigenen vier Wänden so lange wie möglich; Unterstützung und Förderung alternativer Wohnformen;</p> <p>Verstärkung der ambulanten Palliativdienste;</p> <p>flächendeckende Versorgung mit spezialisierten ambulanten Palliativdiensten (SAPV) in vernetzten Teams;</p> <p>Förderung des Aufbaus von Versorgungsnetzwerken;</p> <p>Digitalisierung in der Pflege: Verringerung des Aufwands für Bürokratie und Dokumentation; Strukturierung, Standardisierung, Verschlankeung und Digitalisierung pflegerischer Prozesse; digitale Abrechnung der Pflege;</p> <p>Prüfung, inwieweit digitale Elemente in die Pflegeversicherung im Rahmen der wohnumfeldverbessernden Maßnahmen für die Pflege zu Hause aufgenommen werden können;</p> <p>Unterstützung der Pflegekräfte: Pflegeberuf attraktiver machen; attraktive Bezahlung, bessere Arbeitsbedingungen für Pflegekräfte; Sofortmaßnahmen für eine Aus- und Weiterbildungs-offensive; Anreize für eine bessere</p>	<p>Einführung eines Landespflegegeldes, um Pflegebedürftige zu unterstützen;</p> <p>flächendeckender Ausbau von Gemeindepflegerinnen und -Pfleger; Förderung präventiver Hausbesuche, um pflegerischen Bedarf frühzeitig zu erkennen; Ausbau der Pflegestützpunkte zu Pflege-Kompetenzzentren;</p> <p>landesweite Ausrollung des Modellprojekts „Pflegermanager“ und Installierung in allen Pflegestützpunkten; Weiterentwicklung des Pflegemonitors;</p> <p>Verbesserung der Versorgung Demenzkranker in der häuslichen Umgebung wie in Heimeinrichtungen mit einem Demenzkonzept;</p> <p>Unterstützung neuer Techniken, wie z.B. Pflegeroboter;</p> <p>„Aktionsplan: Komm in die Pflege“; Ausbau von Ausbildungs- und Studienplätzen; Förderprogramme zur Qualifizierung; bessere Anerkennung ausländischer Abschlüsse; Einsetzung einer Task Force Pflegepersonal, die eine Personal-Offensive erarbeiten und die Umsetzung begleiten soll;</p> <p>Ausbau der Kapazitäten in der Fachkraftausbildung; Verbesserung der Rahmenbedingungen,</p>	<p>Minimierung der Leiharbeit in der Pflege;</p> <p>dringende Verbesserung der Arbeitsbedingungen in der Pflege;</p> <p>Stärkung interprofessioneller Zusammenarbeit, Digitalisierung in Form von Entbürokratisierung und technischer Assistenz;</p> <p>Beförderung von mobilisierender und rehabilitativer Pflege;</p> <p>genügend Plätze in der ambulanten Pflege, Tages-, Kurzzeit-, Verhinderungspflege sowie bei Betreuung- und Entlastungsleistungen;</p> <p>bedarfsgerechte, wohnortnahe Angebote; flächendeckender Ausbau der Pflegestützpunkte, Erweiterung ihrer Tätigkeitsfelder und Einführung eines Case-Managements als Lotsenfunktion durch den „Gesundheit- und Pflegedschungel“;</p>	<p>Pflegeplan für Hessen;</p> <p>bessere Unterstützung für pflegende Angehörige; Ausbau der Pflegestützpunkte, damit diese wohnortnah erreichbar und aufsuchend tätig sein können;</p> <p>Landesinvestitionsprogramm zum Ausbau der Tages- und Kurzzeitpflege;</p> <p>barrierefreier Umbau des Wohnraums von Pflegebedürftigen, staatlich gefördert, um den Verbleib in den eigenen vier Wänden oder bei der Familie zu ermöglichen;</p> <p>bessere Arbeits- und Ausbildungsbedingungen und ein allgemeiner Tarifvertrag in der Pflege;</p> <p>gesetzlich verankerte Personalbemessung und Personal Mindeststandards in allen Bereichen des Gesundheitswesens;</p> <p>Einführung der 30-Stunden-Woche für Pflegekräfte bei vollem Lohn- und Personalausgleich in großen Schritten;</p> <p>Gewinnung von Lehrkräften an den Pflegeschulen; Schaffung entsprechender Instrumente, die eine Nachqualifizierung in bestehenden Arbeitsverhältnissen ermöglichen;</p>	<p>Ausbau der stationären und ambulanten Angebote in der Pflege; Weiterentwicklung der Pflegestrategie zu einem umfassenden Handlungskonzept der pflegerischen Versorgung;</p> <p>Ausbau der Tages- und Kurzzeitpflege, Unterstützung und Entlastung für pflegende Angehörige sowie der ambulanten Wohngemeinschaften;</p> <p>Ausbau der regionalen Pflegestützpunkte; Förderung der besseren Vernetzung durch eine Landesservice-stelle, mehr individuelle Beratung und Begleitung durch den flächendeckenden Ausbau eines Case-Managements;</p> <p>Entwicklung einer Demenzstrategie auf Basis des „Demenz-atlas Hessen“;</p> <p>genügend Fachkräfte und gute Arbeitsbedingungen in den Pflegeberufen; Ausbau der Fachkräfteo-offensive zur Personalgewinnung und -ausbildung; vereinfachte Zugänge zu den Berufen; Quereinsteiger*innen- und Qualifizierungsprogramme; Ausbau der einjährigen Pflegeausbildung; schnelle Anerkennung von im Ausland erworbenen Bildungs- und Berufsabschlüssen; Pro-</p>	<p>Behebung des Personal-mangels mit verbesserten Arbeitsbedingungen, besserer Bezahlung und gezielter Anwerbung von qualifizierten Personen für die Pflege;</p> <p>Einhaltung von Pflegepersonaluntergrenzen von allen hessischen Kliniken; Einführung von Untergrenzen auch für weitere Mitarbeitergruppen im Krankenhaus wie z.B. Logopäden oder Physiotherapeuten;</p> <p>Abschaffung der 24-Stunden-Bereitschaftsdienste;</p> <p>Einführung der elektronischen Patientenverfügung;</p>

Rückkehr von Teilzeit in Vollzeit; Wiedereinstiegsprogramm für Pflegekräfte, die andere Berufsfelder abgewandert sind; weitere Qualifizierungsmaßnahmen;

flankierende Gesundheitsvorsorge für Pflegekräfte, um den besonderen physischen und psychischen Belastungen entgegenwirken zu können;

verlässliche Dienstpläne, die die der Lebenswirklichkeit von Pflegekräften entsprechen und die Vereinbarkeit von Familie und Beruf gewährleisten;

Vorhaltung einer mindestens 105-prozentigen Quote an Pflegepersonal;

Förderung familienfreundlicher Arbeitszeitmodelle; mehr Kinderbetreuungsplätze; Steigerung der Qualität der Kinderbetreuung; Akquise von Pflegekräften aus dem Ausland; Aufnahme von Geflüchteten in den Pflegeberuf;

Prüfung, inwieweit digitale Elemente im Rahmen der wohnfeldverbessernden Maßnahmen für die Pflege zu Hause durch die Pflegeversicherung übernommen werden können;

Förderung von Robotik, die für Pflegebedürftige autonom Aufgaben übernimmt, sie bei Routinetätigkeiten unterstützt und zu sozialer Interaktion anregen soll;

Sicherung eines optimalen Ausbildungsumfeldes; Abschaffung des Schulgeldes; angemessene Vergütung während der Ausbildung;

attraktiveres Berufsbild der Assistenzkräfte und der Pflegeassistenz;

Umschulungs- und Qualifizierungsprogramme, um Pflegekräfte zu gewinnen; Initiative zur Rückgewinnung von Pflegekräften, die ihren Beruf aufgegeben haben; Gewinnung von mehr pflegerischen Fachkräften aus dem Ausland; leichtere Anerkennung von Abschlüssen; Öffnung des Programms „Pflege integriert“ auch für Geflüchtete aus der Ukraine;

Landesförderprogramm für mehr Plätze in Kurzzeit, Tages- und Nachtpflege; Anrecht auf Reha-Maßnahmen für pflegende Angehörige;

häusliche Tagespflege-Plattform für Angebote/Nachbarschaftshelfer („Tagesmütter für Pflegebedürftige“); Förderung ambulanter Wohnformen sowie neuer Wohn- und Betreuungskonzepte;

Steigerung der Zahl von Pflegehotels als neue Angebotsform; gute und flächendeckende Infrastruktur stationärer Pflegeangebote; stärkere Öffnung von Pflegeheimen und Integration in ihren sozialen Nahraum;

Etablierung von Modellprojekten „Pflegeheim mitten im Leben“;

deutliche Beschleunigung der Anerkennung ausländischer beruflicher Abschlüsse;

Förderung alternativer Wohngruppen, Pflege-Wohngemeinschaften und genossenschaftlicher Unterstützungsstrukturen;

flächendeckend kommunale oder genossenschaftliche ambulante Gesundheitszentren in Verbindung mit Pflegeeinrichtungen und andockten Pflegediensten;

Unterstützung der Pflegeeinrichtungen bei Digitalisierung und Modernisierung;

Unterstützung sensibler Pflege, die die besonderen Bedürfnisse von älteren Migrant*innen, queeren Personen und suchterkrankten Menschen berücksichtigt;

Demenzstrategie: Verbesserung von Beratungsangeboten insb. für pflegende Angehörige; Ermöglichung des Um- und Ausbaus stationärer Einrichtungen, die sich am Pflegebedarf demenziell Erkrankter orientiert, mit einem Investitionspaket;

gramme zur Gewinnung und Unterstützung von eingewanderten Fachkräften;

ausreichend und gut qualifizierte Lehrkräfte, um mehr Menschen in den Gesundheits- und Pflegeberufen ausbilden zu können; Ausbau der Studiengänge in diesen Bereichen;

Stärkung der Aus-, Fort- und Weiterbildung in Teilzeitmodellen; Weiterentwicklung des Pflegequalifizierungszentrums zu einem Qualifizierungszentrum für Care-Berufe;

Ausbau der palliativmedizinischen Versorgung, insbesondere im ambulanten Bereich; Stärkung des Zusammenwirkens von Haupt- und Ehrenamt in diesem Bereich; Unterstützung der Begleitung von Familien mit Sterbenkindern durch Beratungsangebote an den Kliniken;

FDP	CDU	SPD	DIE LINKE	B90/DIE Grünen	AfD
<p>Vielfalt: Ermöglichung der vollen Teilhabe an der Gesellschaft für alle Menschen, die als LSBTI noch teilweise an der Entfaltung ihrer Persönlichkeit gehindert werden;</p> <p>weitere Intensivierung der Zusammenarbeit mit „Peer to Peer“-Projekten wie „SCHLAU“;</p> <p>Unterstützung der LSBTI-Gruppen bei der Projektarbeit in Bildung, Gesundheit und psychosozialer Krisenintervention sowie Jugend- und Altenarbeit;</p> <p>Fortentwicklung des Aktionsplans für Vielfalt und Akzeptanz; transparente und praktikable Verfahren, die nicht nur schon professionalisierten Organisationen eine finanzielle Unterstützung ihrer Arbeit ermöglichen;</p> <p>moderner Sexualkundeunterricht, der Themen wie sexuelle Vielfalt sowie Menstruation und Menstruationshygiene umfassend und angemessen aufgreift und die Expertise außerschulischer Partner miteinbezieht;</p> <p>Beendigung der operativen zwangsweisen Geschlechtszuweisung von intersexuellen Kindern; beratende Begleitung betroffener Eltern; Unterstützung</p>	<p>Vielfalt: Gegen jede Form der Diskriminierung, insb. gegenüber Menschen aufgrund ihrer sexuellen Orientierung, geschlechtlichen Identität, Weltanschauung, Behinderung, Alters, Religion oder kulturellen Herkunft;</p> <p>Gründung eines Bündnisses für gelebte Werte im Alltag;</p> <p>Umsetzung der Antidiskriminierungsstrategie „Für Vielfalt, Akzeptanz und gesellschaftlichen Zusammenhalt“ und Fortführung der erfolgreich begonnenen Projekte;</p> <p>Stärkung der Antidiskriminierungsstelle und des Beratungsnetworks Demokratiezentrum Hessen; weiterer Ausbau von Prävention, Sensibilisierung, Beratung und Vernetzung zur Zurückdrängung rassistischer Tendenzen;</p> <p>Evaluierung und Fortschreibung des Landesaktionsplans für Akzeptanz und Vielfalt; Fortschreibung der Förderangebote;</p> <p>Förderung und Stärkung von Einrichtungen und Projekten, die sich Hassgewalt entgegenstellen und durch Beratung, Aufklärung und Opferhilfe einen wichtigen Beitrag im Kampf gegen Diskriminierung leisten;</p>	<p>Vielfalt: Sicherstellung von mehr Sicherheit durch hauptamtliche Stellen für Ansprechpersonen von LSBTIQ*-Themen bei der Polizei;</p> <p>Entwicklung einer Strategie gegen homo- und transfremde Hasskriminalität; Ausweitung geschlechtsspezifischer Schutzräume;</p> <p>weiterer Ausbau und bessere finanzielle Ausstattung des Aktionsplans für Akzeptanz und Vielfalt;</p> <p>Förderung queerer Jugendangebote; Verstärkung der Finanzierung von Projekten, Erhöhung des vorgesehenen Budgets, Verlängerung der Projektlaufzeiten;</p> <p>Aufnahme queerer Kinder- und Jugendarbeit in die Jugendförderprogramme;</p> <p>Unterstützung queerer Pflegeeinrichtungen;</p> <p>Ermöglichung, dass queere Paare einfacher eine Pflege-Elternschaft übernehmen können;</p> <p>Berücksichtigung vielfältiger Familienformen im Bereich der Kinderwunschbehandlung; Ausweitung der Finanzierungsmöglichkeiten;</p>	<p>Vielfalt: Queere Unterstützung und Beratung auch im ländlichen Raum;</p> <p>Niederschlag der Vielfalt der Lebensentwürfe und Beziehungsmodelle in der Gesellschaft auch in der frühkindlichen Bildungsarbeit;</p> <p>angemessene und verlässliche Finanzierung der AIDS-Hilfen;</p> <p>Sensibilisierung von Ordnungsbehörden, Polizei und Justiz im Umgang mit dem Thema Queerfeindlichkeit;</p> <p>Unterstützung community-getragener Safe Spaces;</p> <p>Förderung der geschlechtsneutralen Sprache;</p> <p>Gleichstellung: Gleichberechtigte Teilhabe in allen Bereichen der Wirtschaft und Gesellschaft;</p> <p>gesetzliche Quotierungen, um fähige Frauen* an patriarchalen Netzwerken vorbei in Führungsverantwortung zu bringen;</p> <p>Reform des Gleichberechtigungsgesetzes; Ausweitung auf alle privatrechtlichen Gesellschaften des Landes; Stärkung der Frauen*beauftragten;</p>	<p>Vielfalt: Weiterentwicklung und Ausbau des Aktionsplans Akzeptanz und Vielfalt; queer- und gendersensible Fort- und Weiterbildungsangebote, insb. in den Bereichen Polizei, Bildung und öffentliche Verwaltung;</p> <p>besonderes Augenmerk auf Unterstützungsangebote für Rainbow Refugees und queere Jugendliche insb. im ländlichen Raum;</p> <p>langfristige Absicherung der Arbeit von queeren Zentren und Jugendzentren;</p> <p>sensibler und gleichberechtigter Umgang mit den Belangen queerer Menschen auch im Alter und in der Pflege;</p> <p>Gleichstellung: konsequente Frauenquote für Aufsichtsräte und Vorstände; 50 % Frauenanteil in Gremien in allen landeseigenen Gesellschaften;</p> <p>Einrichtung einer Landeskoordinierungsstelle für Gleichstellung; Gleichstellungskonferenz; Stärkung der Rolle der Frauenbeauftragten und Voranbringen ihrer Vernetzung;</p> <p>Weiterentwicklung feministischer Bildungsarbeit;</p>	<p>Gleichstellung: Generelle Ablehnung von Geschlechterquoten im Studium oder in der Arbeitswelt; Ablehnung der Einrichtung spezieller Frauenstudiengänge;</p> <p>keine Benachteiligung für Frauen, die zugunsten der Familie keinem Beruf nachgehen; Gewährleistung einer guten Grundsicherung, auch ohne ausgeübten Beruf;</p> <p>Abbau von Lohnunterschieden zwischen Männern und Frauen bei gleicher Leistung;</p> <p>Steigerung der Attraktivität der Berufe, in denen der Frauenanteil in der Regel höher ist, z.B. Erziehung und Pflege, durch Anhebung der Bezahlung;</p> <p>Vorrang bei der Auswahl passender Betreuungsangebote und Schulen für alleinerziehende Frauen;</p> <p>mehr Frauen in die Politik, ohne Parität und Zwang;</p> <p>Förderung von Frauen, die sich in einer immer noch von Männern dominierten Struktur durch Kompetenz und Engagement durchsetzen; Förderung von Frauen, die sich durch Leistung, Willen und Engagement im Beruf durchsetzen können und wollen;</p>

von Angeboten von Selbsthilfegruppen und anderen Organisationen von Betroffenen;

Gleichstellung: Förderung des Aufstiegs von Frauen in verantwortliche Positionen an Hochschulen und in der Forschung;

Verbesserung der wirtschaftlichen Chancen für Frauen;

verbesserte Rahmenbedingungen zur Ermöglichung der Erwerbstätigkeit für Frauen und der Übernahme von Familienarbeit für Väter;

gleiche Bezahlung für gleiche Leistung; Unterstützung aller Impulse und Anstrengungen, um Verhandlungsstärke von Frauen in Bezug auf das Gehalt zu verbessern;

Ermöglichung eines gleichberechtigten Arbeitens von Frauen und Männern und Umsetzung eines ganzheitlichen Diversity Managements im öffentlichen Dienst;

Diversity Management auf allen Ebenen, gleichberechtigte Repräsentanz von Frauen in Führungspositionen und Jobsharing auf Leitungsebenen in der Verwaltung;

Förderung der Ansiedlung von Unternehmerinnen, Ärztinnen, Rechtsanwältinnen und Frauen in freischaffenden Berufen im ländlichen Raum mit Gründungshilfen und arbeitsnahen Kitas;

Gleichstellung: Schließung der Lohnlücke;

mehr Frauen in Führungspositionen; Vorbildfunktion von öffentlichem Dienst und öffentlicher Verwaltung;

gleichberechtigte Verteilung von Care-Arbeit; mehr Verantwortungsübernahme von Männern in diesem Bereich;

mehr Frauen in Ausbildung oder Studium im technisch-naturwissenschaftlichen (MINT) Bereich; Aufzeigen von Qualifizierungs- und Karriereoptionen und Unterstützung mit Beratungsleistungen;

Steigerung des Anteils von Gründerinnen; Unterstützung entsprechender Netzwerkstrukturen und besonderer Beratungsangebote wie Mentorinnenprogramme;

Förderung von Netzwerken und Kampagnen für den Wiedereinstieg von Frauen in die Berufswelt nach Erziehungs- oder Pflegezeiten;

Diversitäts-Quote in der Landesverwaltung;

Gleichstellung: Schaffung einer Grundlage für eine nachhaltige Antidiskriminierungsarbeit durch ein Gesetz zum Schutz vor Diskriminierung; Berufung einer zuständigen Landesbeauftragten;

grundlegende Überarbeitung des Integrationsgesetzes;

echte Gleichstellungsstrategie;

Stärkung der Repräsentanz von Frauen auch in der Politik; paritätisch besetztes Landesparlament; Besetzung von mehr Leitungspositionen in den Landesministerien mit Frauen; Einführung einer Frauenquote für Aufsichtsräte und Vorstände der Unternehmen mit Mehrheitsbeteiligung des Landes;

Förderung von Initiativen und Programmen in Kommunen und Kreisen zur Unterstützung alleinerziehender Elternteile bei der Vereinbarkeit von Beruf, Familie und Freizeit und Garantie der sozialen Teilhabe;

Kernsanierung des Landes-Gleichberechtigungsgesetzes; Ausweitung der Bildungs- und Vernetzungsangebote für Frauen;

Beendigung geschlechterbasierter Diskriminierungen im Gesundheitswesen; Enttabuisierung von Krankheiten und gesundheitlichen Themen, die besonders Frauen betreffen;

gleicher Lohn bei gleicher und gleichwertiger Arbeit;

Normalarbeitsverhältnis von 30 Stunden pro Woche bei Lohn- und Personalausgleich, um Sorgearbeit umverteilen zu können;

Überwindung von Alltagssexismus und Patriarchat; Anpassung von Lehr- und Lernmaterialien, Qualifizierung von Lehr- und Erziehungskräften;

besondere Förderung von an den Lebenslagen von Mädchen ausgerichteten pädagogischen Angeboten, die sie bei der Entwicklung von Selbstständigkeit und Selbstbewusstsein gegen Rollenklischees unterstützen;

Schließung der Lohnlücke zwischen Frauen und Männern;

lebensphasenorientierte Arbeitszeitgestaltung zur Bekämpfung des Gender-Care-Gap;

Steigerung des Anteils von Professorinnen von 28 auf 50 %; Erhöhung des Anteils von Frauen im MINT-Bereich; weiterer Ausbau entsprechender Angebote an Schulen und Hochschulen;

gezielte Ansprache junger Frauen und Mädchen für sogenannte „Männerberufe“;

Unterstützung der Geschlechterforschung in technischen Wissenschaften;

Treffen von politischen Entscheidungen unter dem Leitbild der Geschlechtergerechtigkeit (Gender-Mainstreaming); geschlechtergerechter Haushalt unter dem Einsatz von Gender-Budgeting;

Stärkung der Präventionsarbeit gegen Frauen-, Homo- und Transfeindlichkeit;

Verankerung einer intersektionalen feministischen Gesundheitsforschung; Forschungsstelle für Gender-Medizin in Zusammenarbeit mit den drei medizinführenden Hochschulen;

Förderung von Projekten und Organisationen, die sich in der Prävention und Intervention bei weiblicher Genitalverstümmelung engagieren;

keine Diskriminierung von Frauen im Beruf und auch sonstigen gesellschaftlichen Strukturen;

Vorsehen sozialer Ansprechstellen im Berufsleben, die für diskriminierte oder von Mobbing betroffene Frauen Anlaufstelle sein können;

Aufklärungsprogramme für Frauen und Mädchen in patriarchalen Strukturen in Schulen und Vereinen, die einen Schutz vor Diskriminierung und Gewalt, das Recht auf ein selbstbestimmtes Leben sowie eine eigene Existenzsicherung zum Ziel haben sollen;

Fortführung und Weiterentwicklung der Präventionskonzepte gegen Genitalverstümmelung bei Mädchen und Frauen;

bauliche Erneuerungen, Ausbau und weitere Förderung von Frauenhäusern und Interventions- und Beratungsstellen;

Verstärkung von Aufklärung und Präventionsmaßnahmen über sexuellen Missbrauch von Mädchen und weiblichen Jugendlichen; Sensibilisierung von Eltern und Erziehern/Lehrern; Sensibilisierung der Beratungskräfte im Bereich von sexualisierter Gewalt an behinderten Frauen; Förderung und Ausbau von Beratungsangeboten für Mädchen, die Opfer von Missbrauch geworden sind;

FDP	CDU	SPD	DIE LINKE	B90/DIE Grünen	AfD
<p>Demokratie: Wahlrechtsreform für den Landtag; Begrenzung der Zahl der Abgeordneten auf 110;</p> <p>Absenkung des aktiven Wahlrechts auf 16 Jahre für Landtags- und Kommunalwahlen;</p> <p>Erleichterung direktdemokratischer Beteiligung; Senkung der Eingangshürden für Bürger- und Volksentscheide; Entbürokratisierung von formellen Voraussetzungen und Einführung fairer Fristen für Bürgerentscheide;</p> <p>Begrenzung der Amtszeit des Ministerpräsidenten auf höchstens zwei volle Wahlperioden;</p> <p>Sicherstellung von Integrität und Leistungsfähigkeit der Landesregierung; öffentliche Befragung durch die fachlich zuständigen Ausschüsse des Landtags vor Ernennung von Ministern durch den Ministerpräsidenten; Abgabe einer Stellungnahme über die Eignung der Minister durch die Ausschüsse vor der Ernennung auf Grundlage der Befragung;</p> <p>kein generelles Tanzverbot an Karfreitag;</p> <p>Extremismusbekämpfung: Fortsetzung der Arbeit des Informations- und Kompetenzzentrums gegen Extremismus auf dem derzeitigen hohen Niveau; Unterstüt-</p>	<p>Demokratie: „Aktionsplan Demokratie“ zur Vermittlung von Demokratie und dem Wert der Freiheit;</p> <p>Schärfung des Bewusstseins der Bürgerinnen und Bürger sowie der Medienakteure für gemeinsame Werte und Verantwortung über die repressiven Instrumentarien des Strafrechts und des Medienrechts hinaus;</p> <p>stärkere Beteiligung junger Menschen an politischen Entscheidungsprozessen; Beibehaltung der jetzigen Regelungen zum aktiven und passiven Wahlrecht; weiterhin Koppelung des Wahlalters an Volljährigkeit und Geschäftsfähigkeit;</p> <p>Weiterhin Kontrolle und Durchsetzung des gesetzlichen Tanzverbots, z.B. am Karfreitag;</p> <p>Schaffung praktikabler Regelungen für Ausnahmeregelungen von bis zu vier verkaufsoffenen Sonntagen an den bisher zulässigen Wochenenden;</p> <p>Extremismus: weitere Erhöhung des Drucks auf Rechtsextremisten; Ausbau der Besonderen Aufbauorganisation Hessen R (BAO R).;</p> <p>Bereitstellung der nötigen Ressourcen für eine angemessene</p>	<p>Demokratie: Einführung eines Projekts „Polizeischutz für die Demokratie“;</p> <p>Demokratieerziehung bereits in den Kitas;</p> <p>Landesstiftung für Demokratie, Aufklärung und politische Bildung;</p> <p>Demokratiefördergesetz; Demokratieförderung als Daueraufgabe, die in allen Bildungsinstitutionen verankert und verlässlich finanziert werden muss;</p> <p>Vermittlung von deutscher und europäischer Demokratiegeschichte in einem auch vom Land Hessen getragenen „Haus der Demokratie“ in unmittelbarer Nähe der Frankfurter Paulskirche;</p> <p>Extremismus: Stärkung der Prävention auf allen Ebenen des Gemeinwesens, von der Kommune, der Stadt und Kreisebene bis zum Land;</p> <p>konsequenter Ausbau von Präventionsprogrammen zur Bekämpfung von politischem und religiösem Extremismus; Stärkung der Zusammenarbeit mit Kitas und Schulen; Etablierung von Demokratiebildung und Medienkompetenz als fächerübergreifende Querschnittsthemen; Stärkung der Schulsozialarbeit;</p>	<p>Demokratie: Verwirklichung von Informationsfreiheit und Transparenz in politischen Prozessen und Entscheidungen;</p> <p>landesweites, verbindliches, maschinenlesbares und transparentes Lobbyregister;</p> <p>mehr Demokratie und Mitbestimmung auf kommunaler Ebene; fortlaufende Bereitstellung bedarfsgerechter Mittel von Landesseite, die die Kommunen für die Kosten der Durchführung von Bürgerinnen Beteiligungsverfahren abrufen können</p> <p>Stärkung von Bürgerbegehren; Abschaffung des verpflichtenden Kostendeckungsvorschlags zugunsten einer amtlichen Kostenschätzung; fristliche Regelung der Zulässigkeitsprüfung durch die Gemeinde;</p> <p>Livestream bei Ausschusssitzungen; Übertragung öffentlicher Ausschusssitzungen und anderer öffentlicher Tagungen des Landtags;</p> <p>Aufnahme von Landtagsabgeordneten in die gesetzliche Rentenversicherung; Deckelung der bestehenden Versorgungsleistungen;</p>	<p>Demokratie: Weitere Stärkung des Demokratiezentrum, des Landesprogramms „Hessen Aktiv für Demokratie und gegen Extremismus“ und der engagierten Organisationen und Initiativen;</p> <p>verlässliche Grundlage für die Finanzierung durch ein Demokratiefördergesetz; Schaffung dauerhafter Beratungsstrukturen;</p> <p>Ausbau der Angebote gemeinsam mit den Träger*innen; Dezentralisierung für die ländlichen Regionen;</p> <p>gezielte staatliche Anstrengungen zum Schutz der Werte der Verfassung; Stärkung der Einbeziehung von externer wissenschaftlicher Expertise; um die Strukturen und Zusammenhänge demokratie- und menschenfeindliche Bestrebungen effizient zu beobachten und zu analysieren;</p> <p>Extremismus: bedarfsgerechter Ausbau des Weiterbildungsmasters „Beratung im Kontext Rechtsextremismus“;</p> <p>Erfassung antisemitischer Straftaten und jüdenfeindlicher Vorfälle, auch unterhalb der Strafbarkeitsschwelle; Finanzierung von Melde- und Beratungsstellen;</p> <p>Thematisierung antisemitischer Verschwörungsmythen durch Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit;</p>	<p>Demokratie: Recht auf Volksabstimmungen;</p> <p>Abgeordnete als Parlamentsmitglieder dürfen nicht zugleich Mitglied einer Regierung als Spitze der Exekutive sein dürfen;</p> <p>Herauslösung der Organisation der Justiz aus der Exekutive; Selbstverwaltung für die Justiz; alle Anstellungsentscheidungen und die Bestimmung der leitenden Funktionsstelleninhaber der Staatsanwaltschaften und der Gerichte müssen durch Verfahren innerhalb der Justiz getroffen werden;</p> <p>Verbot, den politischen Spezi im öffentlichen Dienst unterzubringen, vor allem, dort wichtige Führungsfunktionen mit politischen Genossen zu besetzen; Einführung eines Straftatbestandes, der nicht nur politisch Diskriminierte vor Benachteiligung schützen soll, sondern vor allem die Entscheider treffen soll, die durch ihr Verhalten der Funktionsfähigkeit der öffentlichen Verwaltung und damit diesem Staat unermesslichen Schaden zufügen;</p> <p>ersatzlose Abschaffung des Rechtsstatus des „politischen Beamten“;</p>

zung und Prüfung von Deradikalisierungs- und Präventionsprogrammen in Zusammenarbeit mit dem Violence Prevention Network;

Bekämpfung von Antisemitismus durch Präventions- und Aufklärungsprogramme und durch eine konsequente Strafverfolgung;

Prüfung der Implementierung von Maßnahmen wie: Spezialzuständigkeit bei Polizeibehörden für den Bereich des Rechtsextremismus; Stärkung der Staatsschutzabteilungen bei der Polizei und entsprechende Sonderzuständigkeiten bei Staatsanwaltschaften; standardmäßige Sicherheitenüberprüfung nach Maßgabe des Sicherheitsüberprüfungsgesetzes bei Neueinstellungen von Polizeibeamtinnen und -beamten; Erweiterung von Sicherheitsvorkehrungen an Synagogen und Moscheen; effizientere Entwaffnung gewaltbereiter Rechtsextremisten, insbesondere „Reichsbürger“; zusätzliche Bereitstellung von Mitteln für ein spezifisches Programm gegen Linksextremismus; Evaluierung der bestehenden Programme gegen Extremismus auch vor dem Hintergrund gewaltgeneigter Protestformen im Bereich Klimaschutz;

Gründung einer Enquete-Kommission zur Demokratiestärkung und Extremismusbekämpfung, die eine Analyse der bestehenden Angebote zur Bekämpfung von Extremismus vornimmt;

Präventionsarbeit gegen Linksextremismus für das Landesamt für Verfassungsschutz;

Fortentwicklung des Landesprogramms „Hessen - Aktiv für Demokratie und gegen Extremismus“;

Fortführung der Meldestelle Hessen gegen Hetze;

Bereitstellung eines interaktiven „Extremismus-Informationsportals“;

keine Steuergelder an Verfassungsfeinde;

absolute, nicht widerlegbare waffenrechtliche Unzuverlässigkeit bei Mitgliedschaft im verfassungsfeindlichen Vereinigungen;

für lange Zeit kein Waffenbesitz für Personen, die einmal Mitglied in einem verbotenen Verein oder in einer verfassungswidrigen Partei waren oder aktiv gegen die verfassungsmäßige Ordnung vorgehen;

Verdoppelung der „Wohlverhaltensfristen“ des Waffenrechts; weitere Verschärfung des Vollzuges des Waffenrechts gegenüber Extremisten;

frühzeitige Information über extremistische Gruppierungen sowie deren Einstellungen, Strategien und Propaganda bereits in der Schule;

Stärkung der Jugendverbände als Bildungsträger;

umfangreicher Aktionsplan zur Extremismusbekämpfung;

Einrichtung einer Landesstiftung für Demokratie, Aufklärung und politische Bildung; Einbindung weiterer Institutionen im Bereich Rechtsextremismus als Partner für gute Projekte;

Verschärfung des Waffenrechts, damit Extremisten keine Waffen besitzen;

Bekämpfung jeglicher Form von Diskriminierung und gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit; Ausrichtung der Politik auf Bekämpfung von institutionellem Rassismus;

Verbesserung der Zusammenarbeit zwischen den Bundesländern und dem Bund, aber auch mit europäischen und internationalen Sicherheitsbehörden;

Verstärkung und regelhafte Förderung von Institutionen und Organisationen zur gezielten Auseinandersetzung mit Rassismen, Antisemitismus und Diskriminierung;

Stärkung der Bildungsarbeit gegen Extremismus und jegliche Form der gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit; massive Stärkung der politischen Bildung; Ausbau der Möglichkeiten zu Dialog und Begegnung;

Absenkung des Wahlalters bei den Landtagswahlen auf 16 Jahre;

8. Mai als gesetzlicher Gedenk- und Feiertag in Hessen;

Abschaffung des Verfassungsschutzes; Ersetzung durch eine transparent arbeitende, wissenschaftliche Beobachtungsstelle von Angriffen auf Menschen-, Grundrechte und Demokratie;

Extremismus: öffentliche Information über rechte, autoritäre und demokratiefeindliche Strukturen und Argumentationsmuster;

Langfristige Förderpläne für zivilgesellschaftliche Projekte, die die Demokratie stärken und sich gegen Rassismus, Antisemitismus und andere Formen der Menschenverachtung einsetzen; Sicherstellung einer dauerhaften Finanzierung;

langfristiges und flächendeckendes Angebot von zivilgesellschaftlichen Präventions- und Beratungsprojekten für Betroffene von rechter und rassistischer Gewalt; Überführung der Präventions- und Beratungsstellen vom Innenministerium in die Verantwortung des Sozialministeriums;

Einführung einer Studie „Hessenmonitor“ zu rechten, völkischen und diskriminierenden Einstellungsmerkmalen in der Bevölkerung;

Förderung antisemitismuskritischer Präventions- und Bildungsangebote;

Prüfung der Einführung neuer Feier- und Gedenktage zur Steigerung des Demokratiebewusstseins;

landesweiter Aktionsplan gegen Rassismus; Unterstützung von Initiativen auf Landes- und kommunaler Ebene, die an diesem Thema arbeiten;

Umsetzung der Ziele der UN-Dekade für Menschen afrikanischer Herkunft;

Intensivierung der Bekämpfung des Rechtsextremismus, des religiösen Extremismus, der organisierten Kriminalität und von Straftaten im Internet;

Extremismusbekämpfung: Ausbau der Kontrollen bei Waffenbesitzer*innen; Schließung des Vollzugsdefizits bei der Entziehung von Waffenbesitzkarten;

weiterer Ausbau der Landesprogramme zur Extremismusprävention; Stärkung der Präventionsarbeit in der Jugendarbeit und aufsuchenden Sozialarbeit; Ausweitung der politischen Bildung;

demokratische Aufwertung des Landtagswahlrechts; „freie Listenwahl“ mit der Möglichkeit der Stimmkumulation;

Extremismus: Bekämpfung von Linksextremismus, Rechtsextremismus und Islamismus in gleicher Weise und gleichem Umfang;

keine gewaltsame Austragung von Konflikten anderer Länder auf deutschem Boden;

Verbot extremistischer Propaganda, Fahnen und Symbole; Unterbindung jeder Finanzierung von extremistischen Aktivitäten;

konsequente Abschiebung ausländischer Extremisten und Gefährder und dauerhaftes Einreiseverbot;

FDP	CDU	SPD	DIE LINKE	B90/DIE Grünen	AfD
<p>Sport: Unterstützung von Ehrenamt und Sport durch günstige Rahmenbedingungen;</p> <p>Integration und Inklusion durch Sport; verbesserte Unterstützung für den Behindertensport; Förderung gemeinsamer Veranstaltungen wie das Deutsche Sportabzeichen für Menschen mit und ohne Behinderung;</p> <p>enge Kooperation mit allen Beteiligten der Wohlfahrtsverbände;</p> <p>Unterstützung von Ehrenamt und Sport durch günstige Rahmenbedingungen; angemessene Erhöhung der Übungsleiter- und Ehrenamtspauschale;</p> <p>Gewährleistung der Schwimmfähigkeit der Kinder; jedes Kind soll am Ende der Grundschulzeit schwimmen können; keine Schließung von Schwimmbädern; angemessene Berücksichtigung von Frei- und Hallenbädern bei einer Neugestaltung des kommunalen Finanzausgleichs;</p> <p>Bereitstellung von Förderprogrammen, um die vorhandenen Vereinsinfrastrukturen zu unterstützen, ihren Fortbestand und ihre Leistungsfähigkeit zu stärken;</p> <p>angemessene finanzielle Unterstützung sportlichen Engagements durch den Staat, vorrangig</p>	<p>Sport: Erweiterungen, Neustrukturierung, Vereinfachung und Intensivierung der Förderprogramme zu Neubau und Sanierung von Sportstätten;</p> <p>ein „Hessen-Euro“ des Landes pro Monat für den Breitensport und die Vereinsförderung;</p> <p>höherer Fördersatz für Sonderförderprogramme für Sporthallen und von mehreren Vereinen genutzte Sportzentren;</p> <p>Übernahme der Mitgliedschaft in einem selbst gewählten Sportverein in den ersten zwei Jahren für jedes Kind mit Programm „Kinder in den Sportverein“;</p> <p>Anhebung des Zuschusses für die Vereine auf zwei Euro je Übungsleiterstunde;</p> <p>Unterstützung der Sportvereine bei der Digitalisierung; Förderprogramm;</p> <p>Prüfung weiterer Eliteschulen des Sports;</p> <p>Schwimmoffensive; möglichst jedes Kind in Hessen soll schwimmen lernen; Modernisierung der Hallen- und Freibäder; Erhalt der vorhandenen Schwimmflächen; Errichtung eines Schwimmzentrums Hessen;</p>	<p>Sport: Verstetigung der Verantwortlichkeit des Landes für die Sportförderung;</p> <p>stärkere Förderung der Barrierefreiheit und der Gesundheitsförderung im Sport;</p> <p>Förderung des Aufbaus eines e-Sports- Leistungszentrums;</p> <p>Ehrenamt: weitere Stärkung und Förderung des bürgerschaftlichen Engagements; deutlich höherer Einsatz des Landes in partnerschaftlicher Abstimmung mit den Förderinstitutionen;</p> <p>deutlich stärkere Förderung der Attraktivität des Ehrenamtes;</p> <p>Sicherung der Vereinbarkeit von studentischem ehrenamtlichem Engagement in Hochschulgremien und des Ehrenamts in gemeinnützigen Vereinen und Verbänden auch außerhalb der Hochschulen mit dem Studium durch Urlaubssemester, Auflockerung von Regelstudienzeiten und Aufwandsentschädigung in Hochschulgremien;</p>	<p>Sport: Einführung von Sportförderung als kommunale Pflichtaufgabe;</p> <p>bessere Unterstützung der Sportvereine vor Ort;</p> <p>flächendeckender Schwimmunterricht an allen Grundschulen; alle Schüler*innen sollen die Möglichkeit haben, schwimmen zu lernen;</p> <p>langfristiger Erhalt bestehender Projekte zur Integration; Erhalt und weiterer Ausbau der Angebote in den Sportvereinen;</p> <p>Sportstättenanierungsprogramm des Landes; Investitionen von mindestens 50 Mio € jährlich;</p> <p>Sonderprogramm des Landes zu Sanierung und Betrieb von Frei- und Hallenbädern mit jährlich mindestens 50 Mio €;</p> <p>Ehrenamt: weitere Förderung freiwilligen Engagements; Ermöglichung von Ehrenamt durch Arbeitszeitverkürzung mit Lohn- und Personalausgleich;</p> <p>Einführung eines Ehrenamtsgesetzes zur Klärung von Fragen des Versicherungsschutzes, der Gewährleistung kostenfreier Qualifizierungskurse sowie der</p>	<p>Sport: Unterstützung des Ehrenamts im Sport;</p> <p>weitere Unterstützung des vielfältigen Vereins- und Sportangebots; Unterstützung offener Sportangebote für ein niedrigschwelliges Bewegungsangebot und von Angeboten im ländlichen Raum auch für kleinere Zielgruppen;</p> <p>Angebot für Schwimmunterricht für jedes Kind;</p> <p>weitere Förderung des Erhalts der Bäderlandschaft;</p> <p>Unterstützung der Vereine und Kommunen, ihre Sportstätten im Sinne der Klimaziele zu sanieren;</p> <p>Förderung von Bewegungsräumen in den Quartieren und Gemeinden;</p> <p>Bereitstellung von Angeboten bei der Sportförderung für unterschiedliche Altersgruppen, für Frauen und Mädchen sowie Geflüchtete und queere Personen;</p> <p>wohnortnahe Förderung von Sporttalenten; Stärkung regionaler Talentzentren; Unterstützung der Zusammenarbeit zwischen Schule und Vereinen vor Ort;</p>	<p>Sport: Anerkennung von E-Sport als offizielle Sportart;</p> <p>Unterstützung aller Maßnahmen, die geeignet sind, den Gesundheitszustand der Bevölkerung zu verbessern und gesundheitliche Beeinträchtigungen zu vermeiden;</p> <p>größerer Stellenwert und staatliche Förderung für Sport und Bewegung;</p> <p>stärkere Berücksichtigung von Prävention und Sport in der Ausbildung von Erziehern und Lehrern sowie im Lehrplan;</p> <p>Erweiterung und Ausbau des Programms der Lehrertrainer zur Förderung der Kinder und Jugendlichen;</p> <p>verstärkter Ausbau eines klaren sportpolitischen Konzepts;</p> <p>„Landesoffensive Sport“;</p> <p>Ehrenamt: Anpassung der steuerfreien Ehrenamtspauschalen und der Aufwandsentschädigungen an die steigenden Lebenshaltungskosten;</p> <p>größere Wertschätzung des ehrenamtlichen Engagements von Senioren z.B. im Vereinswesen, bei Tafeln, in der Altenpflege oder bei Hospizdiensten; Schaf-</p>

zur Förderung ehrenamtlicher Tätigkeit in den Sportvereinen;

Offensive im Bereich der Qualifizierung von Übergangsleitern, Wettkampfwarten und Schiedsrichtern;

Verstetigung und Ausbau der Förderung des Sports;

keine pauschale Diskriminierung und Überwachung von Sportfans durch dauerhaft personalisierte Tickets, automatisierte Gesichtserkennung oder Verkehrsmittelzwang;

ideelle und materielle Unterstützung einer Bewerbung der Region Frankfurt Rhein Main für die Ausrichtung der Olympischen Sommerspiele;

Förderung und Begleitung des EE-Sports durch mehr Mittel für Medienkompetenz von Kindern und Jugendlichen, schnelleres Internet und wissenschaftliche Evaluation;

Ehrenamt: Entlastung des Ehrenamts von Bürokratie und möglichen Haftungsrisiken;

Regelung der Beantragung und des Erwerbs der Ehrenamtskarte zukünftig automatisch gemeinsam mit der Jugendleiter Card;

besondere Berücksichtigung der für eine Ausbildung oder ein Studium förderlichen Erfahrungen aus einer ehrenamtlichen Tätigkeit bei der Bewerbung um einen Ausbildungs- oder Studienplatz;

Unterstützung des Behinderten- und Rehabilitationssportverbandes beim Bau seines Sport- und Verwaltungszentrums in Fulda;

Intensivierung und Ausbau des Programms „Sport integriert“;

Fortführung der Bewegungsoffensive „Hessischer Bewegungsscheck“; weitere Förderung des Ausbaus von Gesundheitssportangeboten von Vereinen;

Fortentwicklung der Otto-Fleck-Schneise und der Akademie des Deutschen Fußballbundes zu einem übergreifenden „Sportcampus Deutschland in Hessen“;

Unterstützung des organisierten E-Sports und seiner wachsenden Vereinsstruktur; Förderung von Exzellenz im E-Sport und Gründung einer „players-foundation“ gemeinsam mit privaten Partnern

Ehrenamt: Ausweitung und Flexibilisierung von Angeboten zur Absolvierung eines Freiwilligen Sozialen Jahrs; Motivierung von mehr jungen Menschen, sich freiwillig zu engagieren;

Engere Kooperation mit Schulen und Universitäten, um Praktikumswochen, Semesterferien oder Studientage stärker bürgerschaftlich zu nutzen;

weitere Förderung ehrenamtlichen Engagements mit einer Offensive „Ehrenamt, aber ohne Bürokratie“;

Erstattung der tatsächlichen Aufwendungen aller Ehrenamtlichen;

Verstetigung der Ehrenamtsförderung; verlässliche und dauerhafte Förderung von Vereinen und Verbänden;

Förderung einer Infrastruktur für die ehrenamtliche Arbeit im ländlichen Raum;

Stärkung des Kampfes gegen physische, psychische und sexualisierte Gewalt im Sport;

Weiterentwicklung des Programms „Kindeswohl im Sport“, gemeinsam mit der Sportjugend;

Ehrenamt: Aufwertung der Ehrenamts-Card durch weitere Vergünstigungen bei der Nutzung von öffentlichen Einrichtungen;

Ermöglichung des Zugangs zur Karte bereits nach einem Jahr ausgeprägten Engagements;

stärkere Anrechnung von Engagement auf Ausbildung und Studium;

Bündelung der Instrumente der Engagementförderung an zentraler Stelle; Erhöhung der Sichtbarkeit von Bürger*innen-Engagement; Stärkung der Vernetzung und des Zugangs zu Fördermöglichkeiten;

Gewinnung von mehr Menschen fürs Ehrenamt und damit für das Gemeinwesen durch gezielte Maßnahmen;

attraktivere Gestaltung der Möglichkeiten im Freiwilligendienst;

Ausbau von Programmen wie Ehrenamtskarte, Ehrenamtssuchmaschine, Ehrenamtsnachweis, Versicherungsschutz und Landesehrenamtsagentur;

Erarbeitung einer Ehrenamtsstrategie, die die Förderstrukturen für ehrenamtliches Engagement weiterentwickelt;

fung von Programmen und Maßnahmen, die diese Arbeit würdigen, z.B. Aufwandsentschädigungen oder Wegegeld;

Möglichkeit der Verlängerung der BAföG-Bezugsdauer durch nachgewiesenes ehrenamtliches Engagement der Empfängerin bzw. des Empfängers;

Fortsetzung des Programms „Ehrenamt digitalisiert“;

Übernahme der GEMA- Gebühren für nichtkommerzielle Veranstaltungen gemeinnütziger Vereine durch das Land;

Steigerung der gesellschaftlichen Anerkennung ehrenamtlich Engagierter; Ausbau der Ehrenamtskarte und weitere Verankerung vor Ort; Angebot einer App- basierten Lösung;

bessere Anrechnung ehrenamtlichen Engagements auf die Wartezeit für einen Studienplatz;

Fortsetzung der Unterstützung der Arbeit von Freiwilligenagenturen;

Fortführung und weiterer Ausbau der Qualifizierungsprogramme, wie z.B. #zukunftsmacher, jung.lokal.engagiert! und der Förderprogramme für junge Menschen;

INFRASTRUKTUR UND UMWELT

FDP	CDU	SPD	DIE LINKE	B90/DIE Grünen	AfD
<p>Ländlicher Raum: Glasfaseranschlüsse für jeden Haushalt, jedes Unternehmen und jede Schule, flächendeckende 5G-Versorgung;</p> <p>keine Beschränkung von ÖPNV-Investitionen auf den Ballungsraum;</p> <p>Unterstützung der Landkreise, Städte und Gemeinden mit über 200 Mio € im Jahr bei Erhalt und Ausbau ihrer Verkehrswege für Auto- und Radfahrer;</p> <p>Gewährleistung der Notdienstversorgung auch in der Fläche;</p> <p>Ansiedlung von Unternehmen, Ärztinnen, Rechtsanwältinnen und Frauen in freischaffenden Berufen im ländlichen Raum mit Gründungshilfen und arbeitsnahen Kita, damit wieder mehr Kinder auf dem Land aufwachsen können;</p> <p>Nutzung der Entwicklungspotenziale in den Dörfern; zeitnahe Anpassung der Landesplanung an die gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Veränderungsprozesse;</p> <p>Schaffung eines Fonds zur Revitalisierung von vom Leerstand bedrohten Dörfern und Stadtteilen;</p>	<p>lebenswerte Innenstädte mit einem lebendigen und starken Einzelhandel; Prüfung von vier Sonntagsöffnungen ohne Anlassprüfung; Fortführung der Förderprogramme zur Stärkung und Belebung der Innenstädte;</p> <p>Ermöglichung der Sonntagsöffnung für voll automatisierte Verkaufsf Flächen, die an Sonntagen ohne den Einsatz von Personal auskommen, durch eine Änderung des Ladenöffnungsgesetzes, um die Versorgung insbesondere im ländlichen Raum zu verbessern;</p> <p>Stärkere Koordinierung und Bündelung der Aufgaben zur Förderung des „ländlichen Raums“;</p> <p>Stärkung der Erarbeitung der LEADER-Aktionspläne auf regionaler Ebene;</p> <p>Stärkung, Vereinfachung, Entbürokratisierung und großteiligere Aufstellung der Mittel für die bestehenden besonderen Förderprogramme für den ländlichen Raum;</p> <p>Ermöglichung der Förderung unterhalb der bisherigen Bagatellgrenze in möglichst allen Förderprogrammen des Landes im ländlichen Raum; entsprechende Vereinfachung des Förderverfahrens;</p>	<p>attraktive Bedingungen für Handel, Gastronomie, Kultur und Aufenthaltsqualität im öffentlichen Raum;</p> <p>Förderung von Projekten, die den Erhalt und Neugründung von Geschäften vor Ort fördern; Unterstützung insbesondere von nachhaltigkeitsorientierten Angeboten, lokalen Wirtschaftskreisläufen und Inhaber geführten Betrieben;</p> <p>Förderung von lokalen Genossenschaften und Initiativen für Einkäufe und Dienstleistungen im Dorf oder Stadtviertel;</p>	<p>Sicherstellung einer ausreichenden Finanzausstattung der Kommunen, um öffentliche Leistungen erbringen und Investitionen tätigen zu können;</p> <p>Abschaffung der Straßenausbaubeiträge;</p> <p>Mobilität für alle, auch ohne Auto; Reaktivierung stillgelegter Bahnlinien; Schaffung neuer Angebote wie Regiotram oder öffentlich betriebene Sammel- und Rufbusse;</p> <p>kein Abbau der Gesundheitsversorgung in ländlichen Räumen, Erhalt von Klinikstandorten und mehr Personal, angemessene Bezahlung und gute Arbeitsbedingungen; flächendeckende Gesundheitszentren und Pflegeeinrichtungen in öffentlicher oder genossenschaftlicher Hand; wohnortnahe eins zu 1-Betreuung durch Hebammen, gute ambulante Dienste;</p> <p>Schaffung bezahlbaren und guten Wohnraums, auch auf dem Land; Unterstützung kleinerer, ländlicher Kommunen, kooperative oder kreiseigene Wohnungsbauvereinigungen zu gründen;</p> <p>Erhalt der Schulen im ländlichen Raum;</p> <p>flächendeckender Breitband- und Mobilfunkausbau;</p>	<p>Starke Innenstadtförderung „Lebendige Zentren“; Stärkung der Kommunen dabei, die Innenstädte als Einkaufsmöglichkeit und sozialen Treffpunkt zu stärken und Leerstand zu bekämpfen</p> <p>gleichwertige Lebensverhältnisse im ländlichen Raum, vom täglichen Grundbedarf über die medizinische Versorgung oder die Frage der Kinderbetreuung bis hin zu Kultur- und Sportangeboten;</p> <p>Ausbau neuer Dialog- und Beratungsangebote als weitere Bausteine zur Schaffung gleichwertiger Lebensverhältnisse in Stadt und Land; Unterstützung von Initiativen zur Stärkung der Ortskerne im ländlichen Raum;</p> <p>Verstetigung und Weiterentwicklung des Aktionsplans für ländliche Räume; Auslobung von Modellregionen wie z.B. für nachhaltigen Tourismus und soziale Daseinsvorsorge, um attraktive Lebens- und Arbeitsbedingungen im ländlichen Raum zu stärken;</p> <p>Ausbau der Anbindung mit öffentlichen Verkehrsmitteln und Verbesserung der Verzahnung der Angebote, dass das Motto „Jedes Dorf - jede Stunde“ Realität werden kann;</p>	<p>Kommunikationskanäle auf dem neuesten Stand, betreffend Breitbandausbau und Mobilfunknetze</p> <p>Verkehrsinfrastruktur: bessere Vernetzung und besserer Taktung des öffentlichen Nah- und Fernverkehrs;</p> <p>flächendeckende Schließung von Lücken im Autobahnnetz; bedarfsgerechter Ausbau von Bundesstraßen;</p> <p>mobiles Angebot von Infrastruktur, z.B. Finanzdienstleistungen, Lebensmittellieferungen oder Büchereien;</p> <p>Belassung von Schulen und Kindergärten, wenn irgend möglich, vor Ort; lieber eine Zwergschule im Ort als eine Normschule in weiter Entfernung;</p> <p>Erhalt kultureller Einrichtungen im ländlichen Raum;</p>

Reduzierung des Totalverlusts an wertvollen Böden durch Bebauung und Versiegelung;

Forcierung der Mehrfachnutzung von Flächen (mehrere Nutzungen übereinander) im Sinne einer hohen Flächeneffizienz;

Schutz hochwertiger landwirtschaftlicher Böden vor einer übermäßigen Inanspruchnahme durch Freiflächen-PV für die Sicherung der Ernährung; Anpassung der Freiflächensolaranlagenverordnung im Hinblick auf die Ausbauziele und zum Zweck der Priorisierung der Flächenpotenziale;

Setzung von Anreizen, dass Kompensationsmaßnahmen verstärkt im Objekt selbst umgesetzt werden;

Investitionen in Verkehrsinfrastruktur; Ausbau der Infrastruktur und Weiterentwicklung der Verkehrsmobilität zwischen ländlichen Raum und Ballungsraum;

Beibehaltung des Programms „Dorfentwicklung“ auf finanziell hohem Niveau;

Ausbau des Programms „Starkes Dorf - wir machen mit“;

Unterstützung der Kommunen dabei, Leerstand in Ortskernen bspw. durch Flächenankauf zu beheben und in Wohnraum umzuwandeln;

Vereinfachung der Umwidmung ehemaliger landwirtschaftlicher oder gewerblich genutzter Gebäude in alten Ortskernen in Wohngebäude oder eine andere Nutzung;

Stärkung der medizinischen Versorgung im ländlichen Raum;

individuelle und klimaneutrale Mobilität im ländlichen Raum;

besondere Unterstützung des Kultur- und Vereinslebens im ländlichen Raum;

Unterstützung der Kulturellen Bildung im ländlichen Raum;

Intensivierung des Sportstättenbaus; Modernisierung der Sportplätze, Turnhallen sowie Schwimm- und Hallenbäder im Land;

Erhalt und Ausbau der örtlichen Nahversorgung; Stärkung von Dorfzentren und kleinen Innenstädten; Erhalt bzw. geförderte Wiederansiedlung entsprechender Geschäfte;

Unterstützung von Kultur- und Freizeiteinrichtungen; Förderung eines lebendigen, aktiven und kreativen Landlebens;

Ausrichtung der Tourismusförderung darauf, die ländlichen Regionen sozial und ökologisch nachhaltig zu stärken;

Erhalt, Modernisierung und Ausbau sogenannter „freiwilliger“ Leistungen der Kommunen wie Bibliotheken, Schwimmbäder, Sporthallen und Sportplätze, Jugendzentren, Museen, Theater, kommunale Kinos oder Dorfgemeinschaftshäuser;

Keine Privatisierung von hoheitlichen Aufgaben, keine Privatisierung im Bereich der öffentlichen Daseinsvorsorge;

Auflösung der Kompetenzstelle Public-Private-Partnership in der Staatskanzlei, Ersetzung durch eine „Kompetenzstelle Rekommunalisierung“;

nachhaltige Entwicklung ländlicher Räume, die regionale Wertschöpfung befördert, das Höfesterben beendet, existenzsichernde Arbeitsplätze schafft, Klima und Ressourcen schützt und im Sinne einer gerechteren Welthandelsordnung wirkt;

stärkere Förderung von Gesundheitszentren und des Angebots von Gemeindepfleger*innen;

Festhalten an der neu geschaffenen Landärzt*innenquote und am Ausbau von Medizinstudiengplätzen;

Prüfung der Einführung von „Genossenschaftlichen Hausarztmodellen“ zur Verbesserung der Rahmenbedingungen von Hausärzt*innen;

leistungsfähiges Breitband Internet, gut ausgebautes Mobilfunknetz; Unterstützung einer digitalen Musterregion im ländlichen Raum;

weitere Förderung von gesellschaftlichem Miteinander und Zusammenhalt in den ländlichen Regionen; weiterer Ausbau der Förderung von Kunst und Kultur im ländlichen Raum bei den Landkulturperlen, der Soziokultur oder der Unterstützung von Musikvereinen und Chören;

Erhalt und, wo nötig, Revitalisierung von Ortskernen; Erhalt des Kulturguts Landgasthaus; Fortsetzung und Intensivierung des Programms gegen das Gaststättensterben im ländlichen Raum;

Ausbau der Beratungs- und Unterstützungsangebote für junge queere Menschen im ländlichen Raum; Stärkung der Demokratieförderung durch Verbesserung der Angebote gemeinsam mit den Träger*innen und Dezentralisierung insb. für die ländlichen Regionen;

FDP	CDU	SPD	DIE LINKE	B90/DIE Grünen	AfD
<p>Mobilität: Keine pauschalen Fahrverbote;</p> <p>Hessen als Vorreiter in der Entwicklung und Produktion klimaneutraler Antriebe; Ausbau von Wasserstofftankstellen, vorrangig an Verkehrsknotenpunkten;</p> <p>Erleichterung der Nutzung synthetischer Kraftstoffe als effektive Sofortmaßnahme zur starken Reduktion von CO₂-Emissionen im Verkehrsbereich; Unterstützung von Erforschung und Aufbau der notwendigen Infrastruktur bis hin zur wettbewerbsfähigen Produktion;</p> <p>ÖPNV: Verbesserung der Anbindung des Ballungsraum Rhein-Main ins Umland; Ausbau der WLAN Verfügbarkeit im ÖPNV, insb. in den Zügen der S-Bahn;</p> <p>fest integrierte On-Demand-Verkehre im ÖPNV als wichtiger Baustein für mehr Mobilität im ländlichen Raum;</p> <p>Bahn: mehr Schieneninfrastruktur; Überführung der RTW-Planungsgesellschaft in eine Schieneninfrastrukturgesellschaft;</p> <p>Unterstützung der Bahn als Planungsträger beim Ausbau neuer Schieneninfrastruktur bei der Planung neuer Strecken;</p>	<p>Mobilität: Moderne und nachfrageangepasste Mobilitätsangebote;</p> <p>keine pauschalen und flächendeckenden Begrenzungen über die geltenden Geschwindigkeitsbeschränkungen hinaus;</p> <p>Förderung der E-Mobilität in allen Bereichen; generelle klimaneutrale Antriebstechnik als langfristiges Ziel; flächendeckender Ausbau der Ladeinfrastruktur mit einem freien Wettbewerb der Stromanbieter als erster Schritt;</p> <p>länderübergreifendes Mobilitätskonzept zwischen Hessen, Bayern, Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz im länderübergreifenden Strategieforum Frankfurt-Rhein-Main;</p> <p>Vernetzung aller Verkehrsformen von der Nahmobilität bis zum Flugzeug über Sharing-Angebote;</p> <p>Unterstützung von Forschungsvorhaben von autonom fahrenden Fahrzeugen;</p> <p>ÖPNV: weitere Steigerung der Leistungsfähigkeit des Nahverkehrs im Rhein-Main-Gebiet sowie der Zulaufstellen im Nah- und Fernverkehr; Vorantreiben der Elektrifizierung der Taunusbahn;</p>	<p>Mobilität: Steigerung des Umweltverbundes aus Wegen zu Fuß, per Rad und mit Bus und Bahn bis 2030 um 50 %;</p> <p>Mobilitätsgarantie für jeden Menschen im Land;</p> <p>ÖPNV/Bahn: Forcierung der Reaktivierung von Bahnstrecken zusammen mit einem Sonderetat für Schiene-Rad-Verknüpfung;</p> <p>Radverkehr: Förderung Nahmobilität mit dem Rad und dem Pedelec im ländlichen Raum;</p> <p>konsequenter Ausbau des Radwegenetzes; Auflage eines 5-Jahres-Landesprogramms, das jede Landesstraße mit einem parallelen separaten Radweg ergänzt;</p> <p>Straßenverkehr: Abschluss angefangener Straßenbauprojekte, wie bspw. A 44 und A 49; keine weiteren Verzögerungen;</p> <p>stärkere Ahndung systematischer Verstöße gegen das Nachtflugverbot;</p> <p>stärkere Orientierung der Flughafenpolitik an Tarifbindung, Mitbestimmung, Anwohner- und Umweltschutz;</p> <p>Stärkung des Kassel Airport als wichtige Infrastruktureinrichtung</p>	<p>Mobilität: Mobilitätsgarantie für die Bewohner*innen in allen Landesteilen, damit auch außerhalb der Ballungsräume Teilhabe ohne eigenes Auto möglich wird;</p> <p>integrierte Mobilitätsangebote, die den Umstieg vom eigenen Auto zum Umweltverbund leicht machen;</p> <p>autobefreite Innenstädte: Zurückdrängung von Autos aus den belebten Zentren der Städte; keine Anpassung von Parkplätzen und Parkhäusern an immer größere Automobile;</p> <p>optimale Vernetzung von Radverkehr, motorisiertem Individualverkehr und ÖPNV einschließlich Taxibetrieb, gerade im ländlichen Raum;</p> <p>keine Förderung von automatisiertem Individualverkehr;</p> <p>Begrenzung und Verlagerung von Güterverkehr; Verteuerung transnationaler Güterverkehre;</p> <p>Förderung von Konzepten mit kommunalen Verteilerzentren (City-Hubs), um die innerörtliche Logistik (Paketzustellung) zu bündeln;</p> <p>ÖPNV: Abschaffung der 1. Klasse im Regionalverkehr;</p>	<p>Mobilität: Stärkung von Strukturen wie Arbeitsgemeinschaft Nahmobilität, Fachzentrum Nachhaltige Mobilitätsplanung und House of Logistics & Mobility;</p> <p>Sichere Schulwege durch Ausbau des schulischen Mobilitätsmanagements;</p> <p>ÖPNV: Ausbau der Anbindungen vor allem in ländlichen Räumen, dass Busse und Bahnen landesweit an allen Tagen von 5:00 bis 23:00 Uhr mindestens stündlich fahren; Aufbau eines „NachtNetz-Hessen“, damit auch von 23:00 bis 5:00 Uhr der ÖPNV eine sichere und verlässliche Alternative ist;</p> <p>Ausbau des Schienennetzes, Schluss des Schienenrings um Frankfurt, Reaktivierung von Strecken; Vorantreiben der Elektrifizierung; Verlagerung des Güterverkehrs auf die Schiene, Förderung der Gleisanschlüsse für Unternehmen; Ausbau des Schienennetzes für Güterverkehr und Schaffung von Umschlagmöglichkeiten;</p> <p>Unterstützung von Bürgerbussen;</p> <p>Radverkehr: sicheres und ausgebaut Radverkehrswegenetz; mindestens 250 km baulich getrennte Radwege an Bundes- und</p>	<p>Mobilität: Sicherstellung der individuellen Mobilität aller Bürger mit einem zukunftsfähigen Verkehrskonzept, das die Ausgewogenheit persönlicher, wirtschaftlicher und ökologischer Interessen in den Vordergrund stellt;</p> <p>ÖPNV: Stärkung des öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV); Reaktivierung ehemals stillgelegter Bahnstrecken im Regionalverkehr als Option, falls eine tägliche Auslastung von 20.000 Fahrgästen sichergestellt werden kann;</p> <p>Ausbau des Busnetzes und der Ruftaxen;</p> <p>Infrastrukturoffensive für einen Ausbau des Schienennetzes;</p> <p>Digitalisierung des gesamten Warenverkehrs;</p> <p>Radverkehr: Radschnellwege entlang bestehender Bundesstraßen;</p> <p>Straßenverkehr: bedarfsgerechter Ausbau der Hauptverkehrsachsen A3, A 45, A5 und A7 auf sechs Spuren und in der Metropolregion Rhein-Main die A3 und A5 auf acht Spuren;</p>

Gesamtkonzept zur wirksamen und nachhaltigen Bekämpfung von Bahnlärm;

Verkürzung der mittleren Fahrzeit zwischen Mittelhessen und Frankfurt auf unter 40 Minuten; erhöhte Taktung mit nur einem Zwischenhalt und Direktverbindungen im 30 Minutentakt; viergleisiger Ausbau der Main-Weiser-Bahn bis Gießen;

Binnenschifffahrt: Sicherstellung der Erhaltung der Binnenhäfen, Verbesserung deren Einbindung in die Verkehrsbeziehungen;

Radverkehr: Ausbau der Radinfrastruktur; landesweites Radwegkonzept; flächendeckend ausreichend viele und sichere Radstellablagen; keine Pop Up-Radwege und andere destruktive Maßnahmen; Voranbringen der Anbindung des Umlandes an die urbanen Zentren mit Radschnellwegen;

Straßenverkehr: Beendigung des Grundsatzes „Erhalt vor Neubau“; Neubauten in Ballungsräumen, Ortsumfahrungen in den Vororten;

Wiederbelebung des kommunalen Interessenmodells, das den Kommunen ermöglicht, den Bau einer Ortsumfahrung vorzufinanzieren;

Beschleunigung der Planung von Baumaßnahmen; Prüfung, wie parlamentarische Entscheidungen den Entscheidungsprozess verkürzen können und ob sie als Teil des Verfahrens

mindestens 30 Minuten-Takt beim öffentlichen Nahverkehr;

Unterstützung der Kommunen bei der Einführung von digitalen Lösungen, wie z.B. On-Demand-Lösungen und Bürgerbussen, und bei der Einrichtung eines Anruf-Sammeltaxis; Sicherstellung, dass S-Bahnen und Busse am Wochenende auch nachts fahren;

Bahn: Reaktivierung stillgelegter Bahnstrecken, wo sinnvoll möglich; zügiger Ausbau der Vogelsbergbahn;

weitere Verbesserung des Erscheinungsbildes von Bahnhöfen;

weiteres Vorantreiben des Einsatzes von Wasserstoffzügen;

Radverkehr: Stärkung des Fuß- und Radverkehrs; Erleichterung der Einrichtung von Zebrastreifen und Fußgängerampeln; Planung von Radwegen vereinbar mit den weiteren Angeboten des ÖPNV; Umsetzung weiterer Radschnellverbindungen gemäß den vorliegenden Potenzialanalysen; Unterstützung der Projektträger und Kommunen bei der Umsetzung;

Straßenverkehr: Verbesserung des Autos mit Verbrennungsmotor, statt zu verbieten;

weiterhin Bereitstellung auskömmlicher Mittel für Straßenbau und Instandhaltung, mindestens in Höhe der buchhalterischen Abschreibungen;

für die Region Nordhessen; Ansiedlung flugbetriebsaffiner Betriebe und Dienstleistungen am Gewerbepark Kassel Airport;

Luftverkehr: Nutzung aller Möglichkeiten, um beim Flughafen Frankfurt am Main ein Maximum an Lärmschutz für die Region zu erreichen, ohne den Standort einseitig zu benachteiligen; rechtssichere Lärmobergrenzen, Nachtflugverbot Plus;

Nahverkehrsabgabe für Unternehmen; generelles 365 €-Jahresticket für den öffentlichen Nahverkehr; 9 €- Monatsticket für Menschen mit geringem Einkommen;

bessere Personalausstattung und höhere Bezahlung im ÖPNV;

Organisation und Betrieb des ÖPNV als hoheitliche Aufgabe in den öffentlichen Dienst; Ansiedlung der Verantwortung für Regionalbahn- und Regionalbusverkehre direkt beim Land, in einer Behörde oder einem Eigenbetrieb;

Bahn: Verwendung des Verkehrsetats für Verbesserung und Ausbau von Bahninfrastruktur und öffentlichem Nahverkehr;

landesweites Modernisierungsprogramm für Bahnhöfe und Haltepunkte; barrierefreier Zugang; ausreichendes Platzangebot und Begleitservice;

Rad- und Fußverkehr: Förderung des Radverkehrs; Erhalt und planmäßiger Ausbau des Radwegenetzes; Integrierung der Fahrradleihsysteme in die Verkehrsverbünde;

bessere Fußwege; Landesprogramm für Fußgänger*innen für mehr Platz, weniger Hindernisse, mehr Überwege und bessere Ampel-Grünphasen;

Straßenverkehr: Stopp des Neuaufbaus von Fernstraßen; Verhinderung der Erweiterung der A661, A3 und A5 rund um Frankfurt, des Weiterbaus der A

Landesstraßen; Umsetzung von mindestens zehn Radschnellverbindungen;

Bau von 250 neuen Überwegen für Fußgänger*innen und Radfahrer*innen;

Straßenverkehr: Freiheit für die Kommunen, selbst über innerörtliche Tempolimits entscheiden zu können und Geschwindigkeitsmessungen zu verstärken, um mehr Tempo 30 umzusetzen und die Verkehrssicherheit, den Klimaschutz und einen guten Verkehrsfluss für alle teilnehmenden im Straßenverkehr zu verbessern;

Ausschöpfung der Möglichkeiten des Straßenverkehrsgesetzes des Bundes für Lärminderung und Sicherheit auf innerörtlichen Landesstraßen;

Schaffung der Infrastruktur, dass Kraftfahrzeuge elektrisch unterwegs sein können; Ladeinfrastruktur-Offensive;

Senkung des Autoverkehrs landesweit um ein Drittel bis 2030 mit neuen Mobilitätskonzept;

Luftverkehr: Reduzierung des Flugverkehrs, Stärkung des Lärmschutzes;

Ersetzung von Flugreisen wo immer möglich durch umweltfreundlichen Verkehr und ansonsten möglichst klimaneutrale Gestaltung;

kein generelles Tempolimit auf Bundesautobahnen; kein generelles Tempo 30 im innerstädtischen Bereich;

keine City Maut; Reduzierung der Parkgebühren in Innenstädten;

smarte Verkehrssteuerung durch elektronische Leitsysteme und Ampelanlagen;

Überholverbot für LKWs mit mehr als 7,5 t zwischen 6 und 22 Uhr auf allen zweispurigen Autobahnen;

schneller Aus- und Neubau von Autobahnraststätten und Parkplätzen mit einer dynamischen Parkplatzsteuerung;

Schifffahrt: Forcierung von Ausbau und Ertüchtigung der Umschlagterminals des kombinierten Verkehrs in Frankfurt am Main und Mainz in der Verzahnung zum Verkehrsträger Wasserwege;

Luftverkehr: bedarfsgerechte Erweiterung des Flughafens Frankfurt durch Modernisierung und zügigen Ausbau des Terminal 3;

Entlastung von Fraport und Luft hansa bei den von der EU geplanten exzessiven Steuern und Abgaben im Rahmen von „Fit for 55“;

rechtlich zulässig und geeignet sind;

Digitale Verkehrsangebote: durchgehende und zuverlässige Versorgung mit WLAN und Mobilfunk in allen ÖPNV Angeboten;

prioritäre Einplanung digitaler Infrastruktur beim Ausbau von Straßen und Schienen;

flächendeckende Umsetzung der Verkehrs- und Parkraumsteuerung mithilfe von telematischer Sensorik auf Straßen in Landesverantwortung; digital vernetzte Lichtsignalanlagen, Anwendungen der CAR2Infrastructure-Kommunikation;

Erprobung des Einbaus von Sensorik, um beschädigte Infrastruktur zu ermitteln;

Luftverkehr: Stärkung des Luftverkehrsstandorts Hessen sowohl in der Passage als auch in der Luftfracht; kein Verbot von Kurzstreckenflügen; Abschaffung einseitiger und Wettbewerbsverzerrung der Belastungen, wie der Luftverkehrssteuer; weiterer Ausbau des Flughafens Frankfurt; Bau und Fertigstellung des Terminals 3, inkl. aller geplanten Piers;

schrittweise Umsetzung der offenen Projekte für Ortsumgehungen in einem transparenten Verfahren; Fertigstellung von A 49 und A 44, Neubau des Riederwaldtunnels; Fertigstellung weiteren Lückenschlüsse, Ausbau des Darmstädter Kreuzes;

Ausbau und Stärkung des Güterverkehrs auf der Schiene;

mehr Lkw-Parkplätze entlang von Autobahnen; Einrichtung und Ausweitung von LKW-Überholverböten an besonders staugefährdeten Stellen;

Optimierung des Baustellenmanagements;

Schifffahrt: weiterer Ausbau des Einsatzes von E-Fuels im Bereich der Schifffahrt;

Luftverkehr: Unterstützung des Baus des neuen Terminal 3 am Frankfurter Flughafen; Weiterführung des Ausbaus der Cargo-Funktionen am Frankfurter Flughafen; Orientierung des weiteren Ausbaus des Terminal 1 am Frankfurter Flughafen maßgeblich an der Qualitätssicherung; Fortsetzung der Anstrengungen zur Reduzierung des Fluglärms im Rahmen der „Allianz für Lärmschutz“;

Prüfung eines Bahnanschlusses mit Verbindung zum ICE-Bahnhof Kassel für den Kasseler Airport zur Attraktivitätssteigerung und CO2-Entlastung;

49 in Mittelhessen und der A 44 in Nordhessen;

Tempo 30 als Regelgeschwindigkeit in Ortschaften; Höchstgeschwindigkeit von 120 km/h auf Autobahnen außerorts; maximal 80 km/h auf Stadtautobahnen; Einschränkung von Ortsdurchfahrten für Güterverkehr;

Luftverkehr: Verringerung von Luftverkehr; vollständige Verlagerung von Kurzstreckenflügen zu Zielen, die in weniger als 5 Stunden mit der Bahn erreicht werden können, auf den Zugverkehr; keine neue Vergabe dadurch freierwerdender Start- und Landerechte; Ausschluss der Kostenübernahme für Dienstreisen auf solchen Strecken;

Begrenzung der Zahl der Flugbewegungen am Flughafen Frankfurt auf 380.000 Starts und Landungen pro Jahr;

Reduzierung von Fluglärm; Ausdehnung des Nachtflugverbots in Frankfurt auf 22:00 bis 6:00 Uhr; vollständige Entschädigung von Anwohner*innen, wo es nicht leiser werden kann; Kostentragung durch den Flughafenbetreiber Fraport; keine Verjährung der Kostenübernahme;

Rückstufung des Flughafens Kassel-Calden zum Verkehrslandeplatz; Nutzung der öffentlichen Mittel für den Betrieb für eine geeignetere Wirtschaftsförderung in Nordhessen;

Voranbringen der Forschung zu emissionsarmem und nach Möglichkeit klimaneutralem Fliegen;

Nachtflugverbot von 22:00 bis 6:00 Uhr;

Nutzen und Kosten für den Flughafen Kassel-Calden in Einklang bringen; Betrachtungen einer Abstufung des Regionalflughafens zum Verkehrslandeplatz;

FDP	CDU	SPD	DIE LINKE	B90/DIE Grünen	AfD
<p>Günstiger Bauen und Wohnen durch weniger Staat;</p> <p>weniger Regulierung im Wohnungsbau;</p> <p>Abschaffung des Umwandlungsverbots;</p> <p>Förderung des Eigentumserwerbs; Beseitigung unrealistische Anforderungen an die Förderung zum Erwerb von Wohneigentum;</p> <p>Abschaffung der sogenannten Mietpreisbremse; Zurücknahme der Erhöhung der Kündigungsfrist auf acht Jahre und Absenkung auf fünf Jahre;</p> <p>Erwerb von Belegungsrechten für Sozialwohnungen im Bestand und verstärkte Fortsetzung der Programme zum Bau von Studentenwohnungen und altersgerechtem Wohnen;</p> <p>serielles und damit kostengünstiges Bauen;</p> <p>einmaliger Freibetrag von bis zu 500.000 € für die erste Immobilie der Bemessungsgrundlage für natürliche Personen bei der Grunderwerbsteuer;</p> <p>Wiederabschaffung der Baulandsteuer noch vor ihrer ersten Anwendung im Jahr 2025;</p>	<p>Einsetzung einer Task Force und Nutzung aller Kompetenzen, um Bauen wieder billiger zu machen, bürokratische Fesseln zu lösen und Genehmigungsverfahren zu vereinfachen;</p> <p>Digitalisierung und Beschleunigung der Planungs- und Genehmigungsprozesse;</p> <p>wieder mehr Entscheidungsbefugnisse für die handelnden Kommunen vor Ort;</p> <p>Erleichterung der Umnutzung von Büros in Wohnraum;</p> <p>Prüfung der Aufstockung von Supermärkten und ähnlichen Gewerbeimmobilien, die große Potenziale für zusätzlichen Wohnraum bieten;</p> <p>Zahlung von 10.000 € pro Erwerbsperson und 5000 € für jedes Kind für die ersten eigenen vier Wände, bis die Bundesregierung Freibeträge bei der Grunderwerbsteuer ermöglicht;</p> <p>zielgerichtete Investitionsförderung für Menschen mit kleinen und mittleren Einkommen;</p> <p>Erhöhung der Einkommensgrenzen für die Beantragung der Darlehensprogramme „Bestandserwerb“ und „Neubau“;</p>	<p>Ankurbelung des sozialen Wohnungsbaus durch die öffentliche Hand;</p> <p>mehr Spielräume für die Kommunen; Schaffung eines wirksamen Vorkaufsrechts für Kommunen zur Vorbeugung gegen Verdrängung in angespannten Wohnlagen;</p> <p>stärkere staatliche Förderung der energetischen Gebäudesanierung;</p> <p>Sicherung der Bezahlbarkeit von Sanierungen bei den Energiestandards;</p> <p>Unterstützung der Kommunen, leerstehende Gewerbeimmobilien abzukaufen und zu bezahlbaren Bedingungen neu zu vermieten;</p> <p>Senkung der Kosten für den Wohnungsbau durch Reform des Baurechts und der Grunderwerbsteuer;</p> <p>Verbesserung der Baulandbereitstellung durch Beschleunigung des Planungs- und Genehmigungsrechts;</p> <p>Reform der Förderprogramme des Landes, damit sie den Wohnungsbau trotz der schwierigen Rahmenbedingungen wieder ankurbeln;</p>	<p>Vollständiger Ausschöpfung und weiterer Ausbau der landesgesetzlichen Möglichkeiten zum Schutz von Mieter*innen;</p> <p>finanzielle Förderung öffentlicher und am Gemeinwohl orientierter Wohnungsgesellschaften und Genossenschaften, wenn sie die Gebäudesanierung warmmietenneutral umsetzen;</p> <p>Bekämpfung von spekulativem Leerstand, Wohnraumzweckentfremdung und Abriss; Wiedereinführung des Gesetzes gegen spekulativen Leerstand und Wohnraumzweckentfremdung;</p> <p>Unterstützung der Kommunen, Leerstand in entsprechenden Katastern systematisch zu erfassen und ihn in Notsituationen vorübergehend beschlagnahmen zu können;</p> <p>Rettung, Ausbau und dauerhafte Sicherung des sozialen Wohnungsbaus; Schaffung von zusätzlich 10.000 Sozialwohnungen pro Jahr bzw. 50.000 Sozialwohnungen insgesamt, barrierefrei und klimaneutral;</p> <p>Förderung studentischen Wohnraums; Schaffung von 2000 Wohnheimplätzen pro Jahr bzw. 10.000 Wohneinheiten insgesamt in den Universitäts- und Hochschulstädten;</p>	<p>Mehr Wohnraum in öffentlicher Hand;</p> <p>Schwerpunkt auf Sanierung und Weiterentwicklung bestehender Quartiere;</p> <p>Schaffung von mehr Wohnraum, Ausweitung des sozialen Wohnungsbaus;</p> <p>Vergabe landeseigener Flächen vorwiegend im Erbbaurecht oder vergünstigt bereitgestellt für die Kommunen;</p> <p>Landesprogramm von 2 Mrd. €, um den Wohnungsbau zu fördern und ökologisch auszurichten; Neujustierung der Förderkriterien, um u.a. auf die steigenden Bauzinsen zu reagieren;</p> <p>noch gezieltere Ausrichtung der Wohnraumförderung auf Menschen, die es besonders schwer haben, eine geeignete Wohnung zu finden; verbindliche Vereinbarungen mit der Wohnungswirtschaft, um den Anteil der rollstuhlgerechten Wohnungen zu steigern und bedarfsorientiert auszubauen;</p> <p>weiterer Ausbau der Wohnraumförderung für Auszubildende, langfristig Einbindung aller in Ausbildung befindlichen Menschen;</p>	<p>Ausweitung des Wohnungsangebotes; mehr bedarfsgerechter Neubau; beschleunigte Ausweisung von Bauland; Erweiterung der Möglichkeiten, Baumaterialien zu beschaffen und Bau-schutt zu entsorgen durch beschleunigte Genehmigungen;</p> <p>ersatzlose Streichung der sog. CO2 Steuer; zurückfahren des Brand-, des Wärme- und des Schallschutzes auf ein notwendiges Mindestmaß;</p> <p>bundesweite Vereinfachung und Vereinheitlichung des Baurechts; Beschleunigung von Verfahren; Abbau von Bürokratie; Ausbau der Digitalisierung bei den Genehmigungsprozessen;</p> <p>ersatzlose Streichung der Grunderwerbsteuer auf selbst genutzte Wohngrundstücke, Häuser und Wohnungen; Tragung der Maklergebühren auch beim Kauf durch den Verkäufer;</p> <p>ersatzlose Streichung der Grundsteuer;</p> <p>Verpflichtung staatlicher und kommunaler Wohnungsunternehmen, ihre Wohnungsbestände der Mieterprivatisierung zuzuführen; jeder Mieter soll das Recht erhalten, die von ihm bewohnte Wohnung zu erwerben;</p>

<p>Abschaffung der Fehlbelegungsabgabe;</p> <p>Überarbeitung des Kommunalen Finanzausgleichs dahingehend, dass Kommunen mehr finanzielle Anreize erhalten, um Flächen für den Wohnungsbau auszuweisen;</p>	<p>Prüfung der Möglichkeit einer steuerlichen Absetzbarkeit von Darlehenszinsen für selbstgenutztes Wohneigentum;</p> <p>kein Verbot von Einfamilienhäusern oder Doppelhäusern unter dem Deckmantel des Flächenschutzes;</p>	<p>Verbesserung der rechtlichen Voraussetzungen für die Ausweisung neuer Wohngebiete;</p> <p>entschlossenes Vorgehen gegen übermäßiges Profitstreben in der Immobilienwirtschaft;</p>	<p>gesetzlicher Privatisierungsstopp für alle landeseigenen Immobilien und Grundstücke;</p> <p>Verbesserung der Zusammenarbeit der kommunalen Wohnungsgesellschaften und der NHW, Förderung klimaschonender Projekte, Gründung einer Hessischen Bauhütte;</p>	<p>stärkere Förderung des Baus von bezahlbarem Wohnraum für Studierende;</p> <p>Verlängerung der Sozialbindung bei gefördertem Wohnraum und Erschwerung der vorzeitigen Ablösung;</p>	<p>Bevorzugung von Einheimischen bei der Vergabe von Grundstücken und Wohnungen;</p> <p>Bevorzugung von Wohnungsbau-genossenschaften bei der Vergabe von Wohnbauland;</p>
<p>Internationale Bauausstellung (IBA);</p> <p>Bürokratieabbau: Entscheidung über Bauanträge im sogenannten Normalverfahren zwingend innerhalb von zwei Monaten; keine Milieuschutzsatzungen oder übertriebenen Bauvorschriften in der Bauordnung; kein pauschales Verbot für Ferienwohnungen;</p>	<p>Abschaffung der Prüfung, bevor in Gebäuden mit mehr als sechs Wohnungen eine Miet- in eine Eigentumswohnung umgewandelt werden kann;</p> <p>grundlegende Überarbeitung der Regelungen zur Zweckentfremdung; mehr Entscheidungsfreiraum bei der Nutzung der Immobilie;</p>	<p>gesetzliches Verbot von Zweckentfremdung, insb. spekulativem Leerstand von Wohnraum;</p> <p>Ausweitung der Kündigungs-sperrfrist bei der Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen in angespannten Wohnungsmärkten;</p> <p>Behalt von möglichst viel Boden in öffentlicher Hand; Überführung von Wohneinheiten zurück in öffentliches Eigentum;</p>	<p>Nutzung aller Möglichkeiten, vorhandenen Wohnraum bedarfsgerecht umzuverteilen, neuen Wohnraum auf bereits versiegelten Flächen zu schaffen und Flächen zu entsiegeln, flächenschonendes Planen und Bauen umzusetzen und die Kommunen bei einem nachhaltigen Flächenmanagement und dem Aufbau von öffentlich zugänglichen Flächenkatastern zu unterstützen;</p>	<p>Schaffung von 10.000 Mietwohnungen mit einer Sozialbindung von 50 Jahren; Sicherung des Wohnungsbestandes, Begrenzung der Wohnraumzweckentfremdung;</p> <p>Nutzung der Möglichkeiten der Baukostensenkung durch serielles Bauen;</p>	<p>bedarfsgerechte Förderung einkommensschwache Mieter mit Wohngeld; Zahlung eines zusätzlichen Kommunalen Wohngeldes in Märkten, in denen das Wohngeld nicht ausreicht, um sich eine Wohnung zu sichern;</p> <p>keine Überregulierungen wie Mietpreisbremsen, Mietendeckel und Privatisierungsverbote;</p>
<p>Reform des Denkmalschutzes; Erleichterung von Modernisierungsumbauten in denkmalgeschützten Gebäuden; Minimierung der Vorgaben;</p>	<p>signifikante Vereinfachung und Beschleunigung der rechtlichen Verfahren und Schritte, die die Kommunen zur Ausweisung von neuen Baugebieten durchlaufen müssen;</p>	<p>schrittweise Ausweitung des Mietspiegels, gemeinsam mit den Kommunen;</p>	<p>Förderung gemeinwohlorientierter Wohnungsgesellschaften, Stopp von Profitinteressen;</p>	<p>Klimaschutz und Biodiversität auch beim Bauen und Wohnen; Voranbringen der Wärmewende mit mehr Beratung und Förderung, Absenkung rechtlicher Hürden z.B. im Bereich der Bauordnung, Ausräumen von Konflikten mit dem Denkmalschutz;</p>	
<p>Förderung der Baukultur, Unterstützung insb. kreativer Bau- und Wohnkonzepte;</p> <p>Öffnung des Bausektors für die Digitalisierung; digitaler Bauantrag als Teil einer digitalen Bauplanung;</p>	<p>Initiative zur Baulandgewinnung, insb. auf Brach- und Konversionsflächen, gemeinsam mit den Kommunen; Ermöglichung einer Vorfinanzierung der Maßnahmen zur Baulanderschließung für kleinere Kommunen;</p>		<p>Erhöhung des Wohnungsbestandes der Nassauischen Heimstätte/Wohnstadt durch Neubau und Zukäufe von aktuell knapp 60.000 Wohnungen auf 100.000 Wohnungen innerhalb der nächsten fünf Jahre;</p>	<p>Durchgrünung von städtischen Wohnquartieren; Unterstützung der Kommunen mit Umsetzungsstrategien bei der Regenwasserspeicherung, damit das Ziel „Schwammstadt“ erreicht werden kann;</p>	
<p>Förderung der Kreislaufwirtschaft zur Wiederverwertung von Baustoffen;</p>	<p>verstärkter Kauf von Belegungsrechten, damit preisgebundene Wohnungen auch nach Ablauf der Bindungsfrist bezahlbar bleiben;</p>		<p>Unterstützung der bestehenden Wohnungsgesellschaften, konzeptionelle und finanzielle Förderung der Neugründung kommunaler und kreiseigener Gesellschaften;</p>	<p>Unterstützung neuer Wohnformen; Förderung von gemeinwohlorientierten Wohnformen, gezielte Unterstützung mit einem eigenen Förderprogramm;</p>	
<p>digitales Bauwesen für weniger Bürokratie;</p> <p>umfassende Umsetzung des Building Information Modellings</p>	<p>keine weiteren Eingriffe in die Wohnungsmärkte durch eine Verschärfung der Mietpreisregulierung; keine Spekulationen mit</p>		<p>landesweiter Regionalisierungsfonds, mit dem kommunale Wohnungsgesellschaften, aber auch Genossenschaften und an-</p>	<p>Unterstützung von Initiativen für gemeinschaftliches und genossenschaftliches Wohnen und altersgemischte Wohnquartiere;</p>	

(BIM); vollständig digitales Genehmigungsverfahren durch standardmäßige Einreichung von Gebäudeinformationsmodellen statt Planunterlagen in einem digitalen System und digitale Bauakte;

Förderung des Ausbaus der digitalen Infrastruktur durch verpflichtenden Einbau von Glasfaserkabeln und verpflichtende Installation von Mobilfunkmasten in öffentlich geförderten Bau- und Sanierungsprojekten bei Eigennutzung und sofern zweckmäßig und vereinbar mit dem Denkmalschutz;

Bauland oder leerstehenden Wohnungen;

Schaffung von Anreizen für einen energetischen Umbau der eigenen vier Wände; Förderprogramm für energetische Klimaschutzmaßnahmen;

Aktualisierung des Denkmalschutzsverzeichnisses bis zum Ende der Legislaturperiode; Anpassung des Denkmalschutzrechts; Ermöglichung der Beantragung einer Aufhebung des Denkmal- bzw. Ensembleschutzes in begründeten Fällen;

Unterstützung von Menschen, die sich für einen Kauf eines denkmalgeschützten Gebäudes entscheiden, bei Sanierung und Erhalt der Immobilie durch geeignete Förderprodukte;

dere gemeinwohlorientierte Akteure*innen Wohnungen zurück in öffentliche oder gemeinwirtschaftliche Hand bringen können;

Enteignung und Vergesellschaftung großer Wohnungskonzerne;

Förderung von Mietervereinen, Unterstützung der Mietbewegung;

Förderung der Einführung von Mieter*innenbeiräten bei größeren Wohnungsgesellschaften;

Unterstützung benachteiligter Gruppen und Abbau von Diskriminierungen bei der Wohnraumversorgung;

eigenständiges Förderprogramm für den barrierefreien Umbau von Mietwohnungen;

Erhalt und Förderung sozial gut durchmischter Quartiere;

dauerhafter Erhalt der Landesberatungsstelle gemeinschaftliches Wohnen;

Stärkung des Modells „Wohnen für Hilfe“;

Schaffung neuen Wohnraums, der von modularem Bauen profitiert und ohne ausufernde Flächenversiegelung auskommt;

Unterstützung der Kommunen bei der Digitalisierung des Bauwesens; Unterstützung durch eine Offensive für mehr Fachpersonal auf den Bauämtern;

Förderung der Implementierung von kommunalen Beratungsstellen, die Unterstützung bieten und Anreize schaffen für das sanieren und ausbauen von Bestandsgebäuden;

Verstetigung der Allianz für Wohnen;

neues Bauen; langfristig Netto-Null-Ziel beim Bodenverbrauch; Innen- vor Außenentwicklung;

Durchführung einer internationalen Bauausstellung in Kooperation mit der Region Rhein-Main;

FDP	CDU	SPD	DIE LINKE	B90/DIE Grünen	AfD
<p>Landwirtschaft: Dauerhafte Aussetzung der Pflicht zur Bereitstellung von Ackerbrachen;</p> <p>Aufnahme der Ernährungssicherung als Staatsziel in die Verfassung;</p> <p>Weiterentwicklung des Ökolandbaus entlang der Nachfrage;</p> <p>entsprechende Vergütung der Leistungen der Landwirtschaft beim Klimaschutz, beim Erhalt der Artenvielfalt, beim Umwelt- und Gewässerschutz und bei der Landschaftspflege;</p> <p>Überprüfung der Ausweisung der Roten Gebiete im Rahmen der Düngeverordnung mit dem Ziel, eine verursacherorientierte Bewertung zu erreichen; ausreichende Palette zugelassener Wirkstoffe, um Resistenzbildungen zu vermeiden;</p> <p>Bürokratieabbau und diskriminierungsfreie Förderung der Landwirtschaft; Erhöhung der Transparenz der Förderprogramme;</p> <p>stärkere Unterstützung der Land- und Ernährungswirtschaft bei der Erzeugung und Vermarktung von Spezialitäten und Produkten mit geschützter Herkunft;</p> <p>Einführung eines „Freiwilligen Landwirtschaftlichen Jahres“;</p>	<p>Landwirtschaft: Schaffung eines eigenständigen Ministeriums für Land- und Forstwirtschaft sowie Weinbau;</p> <p>Beibehaltung von Kooperationsmodellen und Vertragsnaturschutz; keine pauschalen ordnungsrechtlichen Vorgaben oder staatlich angeordneten Flächenstilllegungen;</p> <p>Weiterentwicklung der Marketing-Gesellschaft „GUTES AUS HESSEN“ zu einer Dachmarke der regionalen Vermarktungslinien;</p> <p>Sicherstellung regional erreichbarer Molkereibetriebe und Mühlen; Erleichterung der regionalen Fleischverarbeitung;</p> <p>mehr regionale Produkte in der Verpflegung in Kitas, Schulen und anderen Einrichtungen; gesonderte Unterstützung neuer Vermarktungsmodelle durch regionaler Start-ups; Start einer Kampagne „Natürlich von hier“;</p> <p>Investitionsförderung für die Schlachthöfe, um eine haltungsnaher Schlachtung zu gewährleisten;</p> <p>Stärkung der landwirtschaftlichen Ausbildung; Erhalt der dezentralen überbetrieblichen Aus-</p>	<p>Landwirtschaft: Nachhaltigere Wirtschaft auf der gesamten Landwirtschaftsfläche; Vereinfachung und Entbürokratisierung der notwendigen Förderprogramme; Unterstützung der Umstellung von Betrieben zum ökologischen Landbau;</p> <p>Erhalt einer leistungsfähigen, den Zielen der Nachhaltigkeit und des Tierwohls verpflichteten, wettbewerbsfähigen Landwirtschaft, die auf hohem Niveau sichere Lebensmittel produziert;</p> <p>Stärkung der familiengeführten Betriebe, auch bei Existenzsicherung und Betriebsübernahme; Stärkung von selbstständigen Landwirten gegenüber Investoren;</p> <p>Ermöglichung auskömmlicherer Preise bei der Beschaffung von Lebensmitteln durch öffentliche Einrichtungen durch Qualitätsstandards für Gemeinschaftsverpflegung;</p> <p>Errichtung eines praxisorientierten Netzwerks zur Unterstützung der Betriebe bei Smart Farming;</p> <p>Schutz insbesondere von Mähwiesen und Weideflächen in FFH-Gebieten und Biosphärenreservaten;</p>	<p>Landwirtschaft: Sicherung unserer Ernährung mit einer klima- und umweltfreundlichen Landwirtschaft;</p> <p>schnellere Anpassung der landwirtschaftlichen Produktion an den Klimawandel mit höheren Temperaturen und längeren Trockenperioden; Verringerung der Treibhausgasemissionen;</p> <p>Förderung der Erzeugung, Verarbeitung und Vermarktung regionaler Produkte, zum Beispiel durch Kita- und Schulessen aus regionalem und Bio-Anbau;</p> <p>bäuerliche Landwirtschaft statt Agrarindustrie; Schutz des bäuerlichen Eigentums gegen die Interessen der großen Agrarkonzerne; Beendigung der Ansiedlung agrarindustrieller Tierfabriken in Nordhessen;</p> <p>Stärkung einer gentechnikfreien klassischen und ökologischen Züchtung mit höheren Forschungsmitteln;</p> <p>Bindung von Fördermitteln auch an Tierschutz- und soziale Ziele;</p> <p>Ausweitung des Ökolandbaus; Reduktion von Energieverbrauch und Treibhausgasausstoß der Landwirtschaft; Festlegung jährlicher Zwischenziele;</p>	<p>Landwirtschaft: Agrarwende: 30 % Ökolandbau bis 2030; Weiterentwicklung des Pestizidreduktionsplans;</p> <p>Förderung regionaler Stoffkreisläufe durch Einsatz von Kompost und Rückgewinnung von Phosphor aus Kläranlagen sowie nachhaltige Wassernutzungskonzepte;</p> <p>Sicherung der vielfältigen Besitzstruktur durch ein Agrarstrukturgesetz sowie Förderungs- und Beratungsangebote bei landwirtschaftlichen Existenzgründungen und den verschiedenen Formen sozialer, solidarischer und gemeinwohlorientierter Landwirtschaft;</p> <p>Stärkung regionaler Wertschöpfungsketten von der Erzeugung über die Verarbeitung bis hin zur Vermarktung; Bekämpfung des Höfesterbens z.B. durch Gründungs- und Investitionsförderung;</p> <p>verstärkter Einsatz regionaler und ökologischer Produkte, auch Umstellungsware, in öffentlichen Einrichtungen;</p> <p>Unterstützung öffentlicher Kantinen durch passende Beratungsangebote bei der Umstellung;</p> <p>kein Anbau genveränderter Pflanzen sowie Zucht und Haltung</p>	<p>Landwirtschaft: Eigenverantwortliche Bewirtschaftung des ländlichen Raumes unter Berücksichtigung kommunaler Anforderungen und des Naturschutzes;</p> <p>Stärkung der bäuerlichen Landwirtschaft; gezielte Förderung von familiären und mittelständischen Betrieben;</p> <p>Ablehnung des von der EU-Kommission vorgeschlagenen Anwendungsverbots aller Pflanzenschutzmittel in sogenannten empfindlichen Gebieten mit den damit drohenden Konsequenzen für den Weinbau auch in den möglicherweise ausgedehnten Flächen mit Wiederherstellungsmaßnahmen, bzw. Schutzgebieten;</p> <p>Stärkung der heimischen Winzerbetriebe im Rheingau und an der Bergstraße;</p> <p>Schutz der herausragenden Kulturlandschaft von Rheingau und Bergstraße durch ein Errichtungsverbot von Windkraftanlagen im sichtbaren Bereich dieser Landschaften;</p> <p>zügige Privatisierung der Staatsweingüter „Kloster Eberbach“ mit ihren Flächen;</p>

<p>Neuaufstellung der Lebensmittelüberwachung; Kontrollen und Probeentnahmen von Hochrisikobetrieben, Großhändlern und Warenzentrallagern durch die Regierungspräsidenten;</p> <p>Forstwirtschaft: Stärkung des kleinen Privatwaldes und der forstwirtschaftlichen Zusammenschlüsse im Sinne eines Gemeinwohlsausgleichs, um die nachhaltige Bewirtschaftung, die häufig im Nebenerwerb durchgeführt wird, zu unterstützen;</p> <p>Entscheidungen, welches Forstrevier nach FSC oder Alternativen zertifiziert wird, im Rahmen ökologischer und ökonomischer Grundsätze durch den Landesbetrieb Hessen Forst;</p> <p>Ablehnung des Ziels, 10 % des Staatsanwaltes aus der forstwirtschaftlichen Nutzung zu nehmen und sich selbst zu überlassen;</p> <p>Voranbringen des Holzbaus; keine pauschalen Nutzungsverbote; Aufhebung des Buchenmatoriums und Ersetzung durch integrative Schutz- und Nutzungskonzepte; Förderung der Verarbeitung und Verwendung von Laubholz durch Anreize;</p> <p>Unterstützung von Waldbesitzern beim Aufbau klimastabiler Mischwälder; Forcierung der Wiederbewaldung auch im Staatswald;</p> <p>Jagd: keine Erschwerung der Ausübung des Jagdhandwerks durch bürokratische Hürden, praxisfremde Verordnungen, und</p>	<p>bildung; praxisorientierter Ausbau des Studiengangs Agrarwissenschaften;</p> <p>weiterer Ausbau von Beratung und Weiterbildung durch den Landesbetrieb Landwirtschaft Hessen (LLH), Behörden und Hochschulen;</p> <p>Unterstützung der Land- und Forstwirtschaft bei der Anpassung an den Klimawandel; Intensivierung der Forschung und des Wissenstransfers, Unterstützung von Maßnahmen zur Prävention, zur Risikostreuung und für Versicherungslösungen;</p> <p>Förderung einer Innovationsoffensive für modernste Technik im „digital farming“, integriertem Pflanzenschutz und der hochpräzisen Ausbringungstechnik für Pflanzenschutzmittel;</p> <p>Nutzbarmachung und Voranbringen der Digitalisierung für die Landwirtschaft;</p> <p>besondere Förderung der ökologischen Landwirtschaft, wo Mehraufwendungen zum konkreten Schutz von Umwelt-, Arten-, Boden- oder Wasserschutz getätigt werden;</p> <p>Unterstützung der Betriebe, sich zu diversifizieren und neue Ertragswege auszuprobieren, durch Beratung, Informationsnetzwerke, eine zugewandte Genehmigungspraxis und, wo möglich, passgenaue Förderangebote;</p> <p>Steigerung der Vielfalt im Einsatz der angebauten Pflanzen durch</p>	<p>Forstwirtschaft: Prüfung der Wiedenumwandlung des Landesbetriebs Hessen-Forst in ein Landesamt; Erhöhung des Personalbestandes bei Hessen-Forst, Investitionen in kontinuierliche Fortbildung;</p> <p>Nutzung der Potenziale des biologischen Klimaschutzes; Förderung von Humusbildung in Feld und Wald und Verlängerung der Umtriebszeit der Bäume;</p> <p>Entnahme von 5-15 Habitatbäumen pro Hektar aus der Nutzung;</p> <p>Entnahme von 10 % des Waldes im Sinne der europäischen Biodiversitätsstrategie aus der Bewirtschaftung;</p> <p>Stabilisierung der Wälder und mehr Resilienz im Klimawandel mit einem „Pakt für den Wald“;</p> <p>Rückegassenabstand nicht unter 40 m zur Schonung des Waldbodens;</p> <p>Tierschutz: Unterstützung der flächengebundenen Tierhaltung; regelmäßige Prüfungen der Einhaltung der Vorschläge des Kompetenznetzwerks Nutztierhaltung;</p> <p>Förderung von dezentralen Molke- und Schlachtbetrieben zur Stärkung regionaler Wertschöpfungskreisläufe und Vermeidung langer Transportwege;</p> <p>Einhaltung guter Arbeitsbedingungen bei Schlachtbetrieben jeder Größe;</p>	<p>Stopp des Imports von Eiweißfuttermitteln;</p> <p>Nutzung der Chancen der Digitalisierung auch in der Landwirtschaft; halbautomatische Erfassung und Übermittlung von Daten zur Berichtspflicht;</p> <p>Verbot des Einsatzes von Glyphosat und anderen Totalherbiziden sowie von Importen von glyphosathaltigen Nahrungs- und Futtermitteln;</p> <p>Forstwirtschaft: nachhaltig klimaschutzgerechte Waldbewirtschaftung; Zulassung von Naturwäldern auf 10 % der Waldfläche;</p> <p>besonderer Schutz von Wäldern mit Grundwasseranschluss; Einstellung von Wasserentnahmen, die diese Wälder gefährden; Erhaltung oder Wiedervernässung von Wäldern, die von einem hohen Grundwasserstand beeinflusst sind oder waren;</p> <p>schonende Bearbeitung von Waldflächen; besserer Schutz des Waldbodens bei der Holzernte; weitgehende Vermeidung der Befahrung der Waldböden mit z.B. schweren Maschinen; keine Förderung mit Steuergeldern der maschinellen Räumung und Bodenbearbeitung von Verjüngungs- und Kalamitätsflächen;</p> <p>Unterbindung des Abbaus von Kies und Sand in Bannwäldern; Änderung des Waldgesetzes;</p> <p>Verbesserung der Umweltbildung;</p>	<p>gentechnisch veränderter Tiere, auch nicht durch Verfahren der neuen Gentechnik beim Anbau;</p> <p>Stärkung des Wissens für die Agrarwende durch Integration von Ökolandbau sowie Klimaschutz- und Klimawandelanpassungsmaßnahmen in Lehrpläne, Förderungen außerschulischer Lernorte und Stärkung von Praxisforschungsnetzwerk;</p> <p>Forstwirtschaft: Verstärkung der Anstrengungen für einen naturnahen, klimastabilen und artenreichen Wald; Ausrichtung des Waldgesetzes konsequent an Natur- sowie Klimaschutz und Erholungszielen; Vorrang von Biodiversität, Klimaschutz und weiteren Schutzzielen vor den Nutzungszielen;</p> <p>weitere Stärkung der natürlichen Waldentwicklung, Beibehaltung des FSC-Standards;</p> <p>gesetzlicher Schutz von Naturwaldflächen ab 50 ha als Biotope;</p> <p>Verbesserung des Schutzes der FFH-Gebiete durch freiwilligen Waldtausch von in FFH-Gebieten liegenden Privat- zu Staatswaldflächen;</p> <p>5 % des Waldes als Naturwälder;</p> <p>Obergrenzen beim Einschlag, die die natürliche Entwicklung stärken; Kaskadennutzung als mehrfache Nutzung des geernteten Holzes;</p>	<p>Verschlenkung administrativer Anforderungen an kleine Betriebe, z.B. bei der Direktvermarktung;</p> <p>degressive Gestaltung kommunaler Abgaben, die sich naturgemäß auf verhältnismäßig große Grundstücke beziehen;</p> <p>Anpassung von Wirtschaftswegen im Hinblick auf die Breite moderner landwirtschaftlicher Fahrzeuge; Erleichterung zur Erlangung von straßenverkehrsrechtlichen Ausnahmegenehmigungen zum Befahren von öffentlichen Straßen;</p> <p>beschleunigte Flurbereinigungsverfahren; Reform der Doppelung von Grunderwerbsteuer bei der Ausübung von Vorkaufsrechten oder Flächentausch;</p> <p>Vermeidung der Stilllegung ertragreicher Flächen; Versiegelung ertragreicher Flächen nur in gut begründeten Ausnahmefällen;</p> <p>Weiterbestand der vier landwirtschaftlichen Fachschulklassen;</p> <p>verpflichtendes Betriebspraktikum im Rahmen des Studiums der Agrarwissenschaften;</p> <p>Unterstützung der ca. 3000 jungen Menschen, die in vielen Bereichen der Landjugend aktiv sind;</p> <p>Ausweitung des Angebotes „Bauernhof als Klassenzimmer“ durch eine verbesserte Förderung von</p>
--	--	--	--	--	---

<p>sachgerechte Abschusspläne oder Generalverdachte; Anerkennung der Jägerinnen und Jäger als staatlich anerkannte Naturschützer;</p> <p>keine Isolation des Rotwildes in Rotwildgebieten; regional übergreifende und zusammenhängende Rotwildregionen, z.B. durch Grünbrücken, die eine gesunde Population ermöglichen;</p> <p>Weidetierhaltung und Wolfsmanagement: aktives Bestandsmanagement des Wolfs, sobald der Bund die rechtliche Möglichkeit geschaffen hat;</p> <p>Förderung von Präventivmaßnahmen und Ermöglichung von Ausgleichszahlungen, wo es zu Konflikten zwischen Biber sowie Landwirtschaft und Fischzucht kommt; Entnahme von Bibern bei hohen Schäden muss zukünftig möglich sein;</p> <p>unbürokratische Ermöglichung von Ausnahmegenehmigungen zum Abschuss bei akuten wirtschaftlichen Schäden durch Saatkrähen; Ausgleichszahlungen für betroffene Landwirte, die wirtschaftliche Schäden durch Saatkrähen in Kauf nehmen mussten;</p> <p>Fischerei: Berücksichtigung der Erfordernisse der Binnenfischerei bei der Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie; keine Behinderung der Laichwanderung durch Wasserkraftwerke in natürlichen Flussläufen;</p>	<p>ein Sonderprogramm im Rahmen der Agrarförderung; bessere Nutzung von Gülle, Reststoffen und Straßenbegleitgrün;</p> <p>Honorierung der Modernisierung der Betriebe und von mehr Tierschutz in den Ställen;</p> <p>Schaffung von Investitionssicherheit über vertraglich abgesicherte Veränderungsmoratorien und Differenzkostenverträge;</p> <p>drastische Reduzierung des Flächenverbrauchs durch einen naturschutzrechtlichen Ausgleich, einen wirkungsvollen Ökopunkthandel und eine Fokussierung auf produktionsintegrierte Ersatzmaßnahmen und Ersatzgeld;</p> <p>keine weitere Zulassung von Ersatzaufforstungen auf landwirtschaftlichen Flächen;</p> <p>Nutzung der rechtlichen Möglichkeiten des Grundstücksverkehrsgesetzes, um den Entzug landwirtschaftlicher Flächen aus der praktischen Bewirtschaftung zu begrenzen; Schaffung einer Clearingstelle;</p> <p>Fortsetzung und Beschleunigung der Verfahren zur Flurbereinigung;</p> <p>Wald: (siehe: Natur- und Umweltschutz)</p> <p>Jagd: Aufhebung der Schonzeiten für Fuchs und Waschbär unter Berücksichtigung des Elterntierschutzes, angemessene Jagdzeiten für die Prädatoren;</p>	<p>zukunftsorientiertes Wolfsmanagement mit auskömmlicher Finanzierung von Weideschutzmaßnahmen und klaren Entschädigungsregelungen;</p> <p>Einrichtung von Wildtierfangstationen möglichst in jedem Landkreis zur zeitnahen Versorgung verletzter Wildtiere; Basisfinanzierung der Tierheime zur Erfüllung ihrer Aufgaben;</p> <p>Ermöglichung neuer Lebensräume und genetischen Austauschs für Wanderungsarten durch Biotopverbund über Wald- und Wegränder, Strukturelemente in der Landschaft, Saum- und Trittsteinbiotope auf 15 % der Landesfläche, wo notwendig ergänzt um Grünbrücken;</p> <p>Ausstattung der mit den Naturschutzverbänden abgestimmten Maßnahmepläne zum Vogelschutz beim Windkraftausbau mit Personal und Umsetzung; Unterstützung von Initiativen zum Erhalt regionaler alter Tier- und Pflanzenarten;</p>	<p>umfassendes Holzrecycling; Nutzungskaskade von Gebrauchtholz, in der die Holzverbrennung zur Energiegewinnung erst ganz am Ende steht;</p> <p>keine Privatisierung von Staats- und Kommunalwäldern;</p> <p>Jagd: Einschränkung der Jagd; keine pauschale Bejagung invasiver Arten, wie Waschbären; Vergrämung von Arten, die bereits weit verbreitet sind und räumlich negative Auswirkungen auf das Ökosystem haben, wenn möglich, durch non-letale Maßnahmen;</p> <p>Verbot der Jagd als Freizeitvergnügen; Verbot der Ausbildung von Jagdhunden zur Baujagd in sog. Schlieflanlagen mit lebenden Füchsen;</p> <p>Tierschutz: Verbesserung des Tierschutzes; Beschränkung des Einsatzes von Antibiotika in der Tierhaltung auf kranke Tiere, Erlaubnis nur nach tierärztlicher Verschreibung; Verbot des Einsatzes von Reserveantibiotika;</p> <p>Vermeidung von Lebertransporten so weit wie möglich; keine längere Dauer als 4 Stunden (S.45); Anpassung der landwirtschaftlichen Tierhaltung an Tierbedürfnisse; Vermeidung von Tiertransporten und Begrenzung auf maximal 3 Stunden (S.47);</p> <p>Reglementierung der Heimtierhaltung und des Heimtierhandels; Verbot des Online Verkaufs, ohne dass die Identität des Händlers ersichtlich ist;</p>	<p>Einladung der Menschen vor Ort zum Mitentscheid über die Waldkonzepte mit dem Programm „Bürger*innenwald“;</p> <p>angemessene Personalausstattung und gute Ausbildung der Forstwirtschaft;</p> <p>Jagd: modernes ökologisches Jagdgesetz;</p> <p>Beendigung der Bejagung bestandsgefährdeter Tierarten;</p> <p>Orientierung der Bejagung des Schalenwilds konsequent an der Tragfähigkeit der Lebensräume;</p> <p>konsequentes Monitoring der Schadenswirkungen durch hohe Populationsdichten von Wild;</p> <p>Abschaffung der Abschusspläne für das Rehwild;</p> <p>Tierschutz: effektive Einarbeitung des Staatsziels Tierschutz in die bestehenden Gesetze, Schließung von Lücken, Ausrichtung der Tierhaltung an Erkenntnissen der modernen Verhaltensforschung;</p> <p>Verbandsklagerecht im Tierschutz;</p> <p>weitere Stärkung des aufgebauten Experten-Pools in einer „Task Force Tierschutz“ als Berater und Schlichter; Unterstützung von Wildtier- und Auffangstationen;</p> <p>echtes Verbot von Wildtieren im Zirkus;</p>	<p>teilnahmeinteressierten Betrieben;</p> <p>keine Einschränkungen der bedarfsgerechten Düngung; Gestaltung der Umweltauflagen im Einvernehmen mit den Herstellern, dass die Kalidüngerproduktion weiterhin wirtschaftlich möglich bleibt; Förderung des Recyclings von Phosphat so weit wie wirtschaftlich möglich;</p> <p>Privilegierung von landwirtschaftlichen Kraftfahrzeugen bei der Kfz-Steuer;</p> <p>keine Einschränkungen bei der Wahl der energetischen Versorgung von Landmaschinen;</p> <p>im Bedarfsfall vorrangige Versorgung landwirtschaftlicher Betriebe mit elektrischer Energie; Förderung der Beschaffung von Notstromaggregaten und Kraftstofflagern;</p> <p>Forstwirtschaft: keine Stilllegung weiterer Flächen im Staatswald; Ersetzung der FSC-Zertifizierung des Staatswaldes durch die bisherige PEFC-Zertifizierung;</p> <p>intensive Unterstützung privater und kommunaler Waldbesitzer bei der Wiederbewaldung ihrer Wälder;</p> <p>Jagd: Förderung und Erhalt der Jagd als ökologisches Handwerk und legitime Form der Naturnutzung;</p> <p>Tierschutz: Erleichterung der Offenstallhaltung von Pferden;</p>
---	---	---	--	---	---

<p>Tierschutz: Stärkung der Erzeugung, Verarbeitung und Vermarktung tierischer Produkte; Verhinderung eines weiteren Rückzugs der Erzeugung aus dem Land; tiergerechte Haltung von Nutz- und Haustieren;</p> <p>keine pauschalierenden Verbote moderner Züchtungsmethoden; faktenbasierte, ergebnisoffene Bewertung neuer Technologien und Modernisierung des europäischen Gentechniksrechts;</p> <p>Einhaltung und kontinuierliche Weiterentwicklung des Tierschutzgesetzes im privaten und gewerblichen Bereich, im Einklang mit dem Umwelt- und Klimaschutz;</p> <p>Förderprogramme zur Weiterentwicklung tiergerechter Zucht- und Haltungsformen; Prüfung, inwieweit dem Tierschutz in denkmalgeschützten Gebäuden Rechnung getragen werden kann;</p> <p>ordentliche Finanzierung der Tierheime; kostendeckende Erstattung an Tierheime, die kommunale Aufgaben übernehmen; Einführung von Standards innerhalb der Tierheime; jährliche Auditierung von Tierheimen durch das Veterinäramt, mittels landesweiter Standards;</p> <p>tierschutzgerechte Umsetzung der EU-Verordnung zu invasiven Arten; (finanzielle) Unterstützung der Tierheime und Auffangstationen hinsichtlich der Aufnahme, Unterbringung und Vermittlung solcher Tiere;</p>	<p>Ermöglichung einer Nutzung von Nachtsicht- und Nachtzieltechnik für die Schwarzwildjagd;</p> <p>Erweiterung der Jagdzeiten für Federwild;</p> <p>Übernahme des Wolfes in das Jagdrecht, Ermöglichung einer aktiven Bestandsregulierung; Aufnahme von Biber und Kormoran in die Liste der jagdbaren Wildtierarten;</p> <p>Tierschutz: Umbauprogramm für eine noch tierwohlgerechtere Haltung; weitere Verbesserung der Situation der Tierheime, ohne die Finanzierungsverantwortung der Kommunen abzulösen;</p> <p>bessere finanzielle Ausstattung der Stiftung Hessischer Tierschutz; eines Sonderprogramm „Tierheimmodernisierungen“ zur Beseitigung baulicher Investitionsbedarfe;</p> <p>freiwillige Steigerung des Anteils der gechipten und registrierten Hunde und Katzen; Kastration wildlebender Katzen;</p> <p>Vermeidung, Verringerung und Verbesserung von Tierversuchen</p> <p>kein Verbandsklagerecht für Tierschutzorganisationen;</p> <p>praxistaugliche Ausgestaltung der Entschädigungsregeln insb. für Schäden durch Wolf, Luchs, Biber und Fischotter; Umkehrung der Beweislast;</p>		<p>Abschaffung der Rasseliste für Hunde; Einführung eines Sachkundenachweises und der Kennzeichnungs- und Registrierungs-pflicht für alle Hunde; Verbot der Zucht mit Elterntieren, die nach Aggressivitätslevel ausgesucht werden;</p> <p>Verankerung der Katzenschutzverordnung im Gesetz; Geltung für Wohnungskatzen und Freigänger;</p> <p>kostendeckende Finanzierung durch das Land für Wildtiertrafangstationen und Gnadenhöfe;</p> <p>Abschaffung der Tierversuche; Ersetzung durch alternative Methoden;</p> <p>Verbandsklagerecht zur Einklagbarkeit von Tierschutzmaßnahmen, nicht nur in der Landwirtschaft;</p> <p>Verbot sogenannter Qualzucht;</p>	<p>Eindämmung der privaten Wildtierhaltung; Verhinderung von Qualzucht;</p> <p>artgerechte Tierhaltung in der Landwirtschaft; Reduzierung der Arzneimittelanwendungen;</p> <p>deutliche Verbesserung der Tierwohlstandards und konsequente Bindung an die Fläche;</p> <p>tierfreundliche Außenklimaställe für Betriebe mit maximal zwei Vieheinheiten pro Hektar;</p> <p>Unterstützung der Zucht vom Aussterben bedrohter Nutztier-rassen; Unterstützung der Umstellung auf zwei Nutzungsras-sen bei der Hühner- und Rinderhaltung;</p> <p>deutliche Begrenzung von Fahrstrecken in der Dauer bei Le-bendtiertransporten; weitere För-derung von mobiler und teilmobiler Schlachtung; rechtssicheres nationales Verbot von Lebend-tiertransporten in Drittländer au-ßerhalb der EU; Zielvorgaben bei den Tiertransportkontrollen durch die Landkreise;</p> <p>bessere Ausstattung der kom-munalen Veterinärämter für die Kontrolle von Tiertransporten und Schlachtstätten;</p> <p>„Aktionsplan Tierschutz“, um Menschen für die natürlichen Be-dürfnisse von Tieren zu sensibili-sieren und Wissen in Pflege, Hal-tung und Umgang mit Tieren zu vermitteln;</p>	<p>Nutztierhaltung: kein Druck auf die Bürger für vegetarische Le-bensweise oder völligen Verzicht auf tierische Lebensmittel; Ent-scheidung vom Verbraucher selbst;</p> <p>Unterstützung der nutztierhalten-den Betriebe; Einstellung der Bevorzugung vegetarischer Ernäh-rung;</p> <p>eindeutige Haltungs- und Her-kunftsbezeichnung von Flei-schimporten;</p> <p>Verbot von Insektenzusätzen in Lebensmitteln aus ethischen und gesundheitlichen Gründen;</p> <p>strenge Regeln für die Tötung von Nutztieren; kein Handel, keine Einfuhr und keine Werbung mit Fleisch aus tierquälerischer Schlachtung; ausnahmslose Un-tersagung betäubungslosen Schlachtens;</p> <p>Feststellung des bestandserhal-tenden Zustandes des Wolfes; Festlegung eines Akzeptanzbe-standes mit Entnahmekoten; rechtssichere Ermöglichung der ordnungsgemäßen Bejagung des Wolfes;</p> <p>schnellere und vollständige Ent-schädigung von Wolfsrissen; Be-weislastumkehr zugunsten der Geschädigten bei der Rissbegut-achtung;</p> <p>rasche Entwicklung von Konzep-ten, um vom Biber betroffene Landnutzer schnell und unbüro-kratisch zu entschädigen;</p>
--	---	--	---	--	---

FDP	CDU	SPD	DIE LINKE	B90/DIE Grünen	AfD
<p>Flächennutzung: Förderung von Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit für die Bereiche Umwelt-, Tier- und Klimaschutz; Förderung entsprechender wissenschaftlicher Forschungsarbeit; Unterstützung ideologiefreier Bildungsprogramme bereits in den ersten Bildungsjahren;</p> <p>langfristige Planung für eine Flächenkreislaufwirtschaft, die den Anstieg der Siedlungs- und Verkehrsfläche bis zum Jahr 2050 auf „Netto-Null“ reduziert;</p> <p>Schließung von Baulücken und Nachweis des Bedarfs vor Ausweisung neuer Siedlungsflächen; Wiedernutzung brachgefallener Gewerbe- und Industrieflächen vor Neuausweisung von neuen Gewerbeflächen; mehr Freiheit für mehrstöckige Neubauten zu gewähren;</p> <p>Lockerung der Denkmalschutzauflagen bei der Umnutzung und Sanierung von Häusern und Hofreiten in Ortslagen; Entwicklung von Förderprogrammen und anderen finanziellen Anreizen für Eigentümer und Kommunen;</p> <p>Wasser: Förderung des nachhaltigen und sparsamen Umgangs mit der Ressource Wasser; keine Einführung eines Wasserentnahmementgelts;</p>	<p>Ökosystem Wald: Faire Honorierung der Ökosystemleistungen des Waldes und insb. der CO₂-Bindungskraft der Wälder; Honorierung der Waldeigentümer für die CO₂-Speicherung einer nachhaltigen Waldbewirtschaftung;</p> <p>Verstetigung der mit dem 12-Punkte-Plan vorgenommenen Ausweitung der Förderangebote zur Ermöglichung des Waldumbaus; multifunktionaler Wald, der verschiedenen Nutzungsansprüche gleichermaßen berücksichtigt;</p> <p>Gewährleistung des Bertretungs- und Erholungsrechts im Einklang mit den Eigentümerinteressen;</p> <p>weitere Förderung des Natur-, Arten- und Klimaschutzes im gesunden Mischwäldern;</p> <p>keine weiteren Stilllegungen im Wald, weil der Klimaschutz dadurch eingeschränkt und der wichtige Rohstoff Holz nicht mehr bereitgestellt wird;</p> <p>gerechtere Verteilung der steigenden Lasten der Verkehrssicherung zwischen den Eigentümern und den Straßenbaulastträgern; keine Gebühren für die notwendigen Sperrungen der Verkehrswege;</p>	<p>Böden: Erhöhung der Kulturpflanzenvielfalt durch Erweiterung der Fruchtfolgen sowie der Artenvielfalt durch gezielte Vernetzung der Biotope in der Fläche;</p> <p>Förderung des Humusaufbaus und humusmehrender Fruchtfolgen, um die Fruchtbarkeit und eine lebendige Bodenstruktur langfristig zu stabilisieren, CO₂ zu binden und Wasser zu speichern;</p> <p>Ausgleich der Versiegelung von Flächen durch Entsiegelungen oder andere Maßnahmen; sparsame Versiegelung neuer Flächen; perspektivisch Nettonullverbrauch;</p> <p>Wasser: Realisierung des Programms 100 Wilde Bäche;</p> <p>Erhebung einer Wasserabgabe für Verbräuche oberhalb des durchschnittlichen Haushaltsbedarfs zur Finanzierung der Schaffung neuer, geeigneter Speichermöglichkeiten von Regenwasser zur Beregnung landwirtschaftlicher Flächen;</p> <p>ergänzende Klärstufen bei Kläranlagen;</p> <p>Programm zur Verstärkung des Hochwasserschutzes mit zusätzlichen Zwischenspeicherungen vor Ort, hin zu Schwammstädten,</p>	<p>Überprüfung aller bestehenden Gesetze und Verordnungen, Fördermittel, Subventionen und finanziellen Anreizinstrumente auf ihre Übereinstimmung mit den globalen Nachhaltigkeits- und Entwicklungszielen der Vereinten Nationen und notfalls Änderung;</p> <p>Böden: Verringerung des Flächenverbrauchs; Aufbau von Kasternen für Freiflächen, für zwei Entziegelungen und für leerstehende Flächen;</p> <p>Überführung guter und sehr guter Ackerböden in Gemeineigentum, um sie besser vor dem Kauf durch (A) Konzerne und Spekulanten sowie der Versiegelung durch Straßen oder Gewerbegebiete schützen zu können;</p> <p>Aufkauf der Flächen von der hessischen Landgesellschaft und Vergabe ausschließlich an Landwirte, die sich für eine umweltschonende und die ökologische Leistung der Böden erhaltende Landwirtschaft verpflichten;</p> <p>Vergabe von Naturschutzflächen an Naturschutz- und Umweltverbände in Erbpacht;</p> <p>Wasser: Wasserversorgung zu 100 % in öffentlicher Hand und unter demokratischer Kontrolle; keine Privatisierung;</p>	<p>Naturschutz: Ausbau des Zentrums für Artenvielfalt und dauerhafte Etablierung als universitätsnaher Standort und Schnittstelle von Anwendung und Forschung;</p> <p>Weiterentwicklung der Biodiversitätsstrategie; Erreichen des 30 % Schutzgebietsziels; robustes Schutzgebietsnetz mit Gebieten für die natürliche Entwicklung, eingebettet in einen Biotopverbund und umgeben von einer nachhaltig bewirtschafteten Landwirtschaft; Investitionen von 1 Mrd € bis 2030;</p> <p>verbindlicher Schutz des Netzes Natura 2000 mittels Maßnahmenplänen; Wildnis und natürliche Entwicklung auf 2 % der Landesfläche;</p> <p>Verstetigung und ggf. Weiterentwicklung der Streuobststrategie in ihrer Umsetzung;</p> <p>Förderung der Artenvielfalt in Städten und Dörfern; Ausweitung des Vertragsnaturschutzes im Wald gemeinsam mit Waldbesitzenden und Naturschutzverbänden;</p> <p>attraktive Ausgestaltung der Agrarumweltprogramme für Bewirtschaftende und für bedrohte Arten;</p>	<p>Trinkwasser: Regulierung des Nitratgehalts nur im Einzugsgebiet von Trinkwasserquellen; gezielte Suche nach den Verursachern bei Überschreitung von Grenzwerten, statt ganze Gebiete zu Roten Zonen zu erklären;</p> <p>grundlegende Überarbeitung der „Richtlinien für die Bewirtschaftung des Staatswaldes (2018)“ und der „Naturschutzleitlinie 2022“ im Sinne einer ordnungsgemäßen Waldwirtschaft;</p>

Erstellung einer umfassenden Landeswasserstrategie, die den Kommunen auch Möglichkeiten für die naturnahe Bewirtschaftung von extremen Starkregenereignissen durch Entsiegelung, Verdunstung und Speicherung aufzeigt;

Investitionen in die Abwasser Versorgung; stärkere interkommunale Zusammenarbeit der Wasser- und Abwasserunternehmen; Investitionen in neue Wasserverbundnetze, Fernleitungen und Talsperren, um die unterschiedliche regionale Verfügbarkeit auszugleichen;

Naturschutz: Minimierung gefährdender Einträge in die Natur durch Einsatz neuer Technologien und Materialien;

Ausbau der vierten Reinigungsstufe (Spurenstoffelimination);

Gewährleistung eines vernünftigen Planungszeitraums für die Beseitigung der verbliebenen Altlasten;

Verbesserung der Luftqualität: umfassende Erforschung der Ausbreitung und Wirkung von Ultrafeinstaub; Unterstützung von Bemühungen, diese Emissionen an der Quelle zu reduzieren;

Lärmschutz: Ergreifen von Maßnahmen des aktiven und passiven Schallschutzes auf Grundlage von Lärmkartierung und Lärmmessungen; gezielte Verkehrsberuhigung, Bau von Schallschutzanlagen, intelligente Lei-

Zulassung auch neuer klimangepasster Baumarten für die Anpflanzung für den Aufbau klimastabiler Wälder und Aufnahme in die forstliche Förderung;

weiteres Voranbringen der Nutzung des Rohstoffes Holz; Mobilisierung der nachhaltigen Holzvorräte;

Stärkung des Landesbetriebes Hessen-Forst;

Finalisierung von Umgestaltung und Dezentralisierung der Vermarktung des hessischen Holzes;

Gewässerschutz: Sicherstellung des umfassenden Zugangs zu sauberem Trinkwasser zu bezahlbaren Preisen auch unter veränderten Klimabedingungen;

Stärkung und Modernisierung des überregionalen Wasser-Leitungsnetzes; Stärkung der Wassergewinnung auch in den urbanen Räumen durch Unterstützung der kleinräumigen Verbundstrukturen in den ländlichen Räumen;

gerechter Ausgleich zwischen wasserliefernden ländlichen Räumen und wassernutzenden urbanen Räumen zur Finanzierung der nötigen Investitionen; keine Einführung eines allgemeinen „Wassercent“;

Fortsetzung der Sanierung und Renaturierung der Flüsse und Bäche zur Umsetzung der EU-Wasserrahmenrichtlinie; Beibehaltung der höheren Förderung für Gewässerrenaturierung durch

neuen Retentionsräumen und angepasstem Strömungsmanagement;

Naturschutz: Vernetzung der Flächenverwaltungen im Naturschutz, in der Landwirtschaft und im Forst, sodass die Erhaltung natürlicher Lebensgrundlagen durch Koordination bestmöglich umgesetzt wird;

Verbesserung der Arbeitsfähigkeit der Flächenverwaltungen durch Aus- und Fortbildung und angemessene personelle Ausstattung;

Schaffung von Bewusstsein für die Folgen von Lichtverschmutzung mit einer Dark-Sky- Initiative;

Stärkung der Wasserbehörden; mehr qualifiziertes Personal;

Stärkung der Wasserversorgung der Kommunen aus ihren eigenen Ressourcen; verbindliche Umsetzung des Schwammstadt-Prinzips;

konsequente Nutzung von Brauchwasser; Umstellung aller Toiletten in öffentlich genutzten Gebäuden auf Brauchwasser oder eine wasserfreie Entsorgung;

keine Stilllegungen bestehender Brunnen aufgrund von Flächenversiegelungen; Filteranlagen gegen Mikroplastik bei der Uferfiltration an Rhein und Main;

deutliche Senkung des Energieverbrauchs von Klärwerken mit effizienter Technik;

nachhaltige Kali-Produktion; keine Einlagerung von flüssigen Abfällen in die Bergwerke; Senkung des Verbrauchs an Kalidünger durch eine Ökologisierung der Landwirtschaft; Aufnahme salzhaltiger Abwässer in die Liste Umwelt gefährdender Stoffe;

Senkung der Nitratbelastung im Grundwasser;

deutliche Intensivierung der Anstrengungen zur Renaturierung der Fließgewässer zum Schutz und zur Wiederherstellung der Fluss- und Bachauen; Flächenkataster für die Gewässer erster und zweiter Ordnung;

kein Ackerbau in den Gewässer-randstreifen;

finanzieller und personeller Ausbau von Artenhilfsprogrammen und der Fördergebiete Artenschutz;

Verstetigung des Programms zur Stützung windkraftsensibler Arten;

Verbesserung der Vielfalt von Insekten durch weitere Reduzierung des Einsatzes von Pestiziden;

Schutz von Pufferstreifen durch Verzicht auf Pestizide;

Vereinfachung der Förderprogramme für den Naturschutz;

Stärkung von Naturerlebniszentren und der Bildung für nachhaltige Entwicklung; Stärkung der außerschulischen Umweltbildung mit weiteren Mitteln für Personal; Stärkung der Kenntnisse von heimischen Arten bei Studierenden in den entsprechenden Fächern;

Wasser: Einführung eines Wassercent, um zielgerichtet nachhaltige Projekte der Wasserversorgung zu finanzieren und Umwelt- und Ressourcenkosten verursachergerecht abzubilden;

striktere Regelung von Genehmigungen und Kontrollen von Wasserentnahmen;

Erweiterung des Wassermonitoring; Verhinderung des weiteren Absinkens des Grundwasserspiegels durch erhöhte Entnahmen;

Anpassung der Bauordnung bezüglich Vorgaben zur effektiven

tion von Verkehrsströmen, technische Verbesserung an Zügen zur Lärminderung;

Festhalten an den geltenden Regelungen zum Nachtflugverbot am Frankfurter Flughafen;

Förderung von Maßnahmen zur Vermeidung von Lichtimmissionen, wie Neugestaltung und Umrüstung von Lichtquellen gerade im kommunalen Bereich; Aufbau von Beratungsangeboten für Eigentümer bzw. Nutzer von privaten und Gewerbeflächen;

Gezielte und ergebnisorientierte Anpassung des Naturschutzes an die Bedürfnisse der zu schützenden Flora und Fauna; Sorge dafür, dass Land und Kommunen relevante öffentliche Mittel für den Naturschutz aufbringen können;

Schutz der Moore und gezielte Förderung der Wiedervernässung bei Bedarf im Einklang mit den Interessen der Eigentümer und der Bewirtschaftung;

Sicherung der Biodiversität; Einführung einer Chancen-Risiko-Analyse bei allen vom Menschen durchgeführten Einfuhren von Neozoen und Neophyten;

innovative und nachhaltige Bewirtschaftungsmethoden unter Einbeziehung der Erfahrung vorangegangener Generationen, abgesicherter wissenschaftlicher Erkenntnisse und in Verbindung mit unternehmerischem Gestaltungswillen und Flexibilität; Steuerungsinstrument des freiwilligen

das Land; Berücksichtigung der gewachsenen Strukturen zur Gewinnung von Wasserkraft, gerade auch Kleinwasserkraftwerke und historische Mühlen;

Ausweitung des Programms „100 Wilde Bäche“;

weitere, faire und verursachergerechte Minimierung der Belastung der Gewässer mit Nitrat und Phosphor; genauere und verursachergerechte Eingrenzung der „Roten Gebiete“ der Düngerverordnung;

Ausnahmeregelungen für besonders gewässerschonend arbeitende Landwirte;

Fortsetzung der Bodenschutzstrategie, Vermeidung von Erosion und unnötiger Verdichtung von Böden; Steigerung des Humusaufbaus und der CO₂-Speicherfähigkeit;

Naturschutz: Beibehaltung des hohen Niveaus der Finanzierung von Maßnahmen des Vertragsnaturschutzes, vor allem in den FFH-Gebieten;

bis zu 15 % der offenen Landflächen für den Biotopverbund, unter Berücksichtigung der agrarstrukturellen Belange;

verstärkte Unterstützung freiwilliger Maßnahmen, z.B. Anlage von Blühstreifen; Schaffung zusätzlicher Lebensräume für Bienen und Käfer an Straßen und Bahnschienen mit „Insekten-Highways“;

Regen- und Brauchwassernutzung bei Neubauten;

Ablehnung von Fracking, Schutz des Grundwassers;

Schutz der Oberflächengewässer durch breitere pestizid- und düngergefreie Gewässerrandstreifen;

Ausweitung des Programms auf 200 „Wilde Bäche“;

stärkere Überprüfung des Kiesabbaus hinsichtlich negativer Auswirkungen auf die Grundwasserkörper;

Böden: Reduzierung des Flächenverbrauchs auf höchstens 1 ha pro Tag bis 2030; perspektivische Erreichung des Netto-Null-Ziels; Sicherstellung bei der Landesentwicklungsplanung über konkrete Flächenzielvorgaben;

verstärkte Ausrichtung des Landesplanungsgesetzes, des Altlasten- und Bodengesetzes und anderer relevanter Gesetze auf vorsorgenden Boden- und Flächenschutz;

Voranbringen kommunaler Bodenschutzkonzepte, von Lösungen gegen Flächenspekulation, Potenzialflächenkataster und Entwicklung von Flächentauschkonzepten mit den Kommunen;

Ressourcen/Rohstoffe: sparsamer Umgang mit natürlichen Ressourcen; Weiterentwicklung der Ressourcenschutzstrategie, um Stoffkreisläufe immer weiter zu schließen; Aufbau eines nachhaltigen Rohstoffsicherungskonzeptes, das CO₂ vermeidet und

Vertragsnaturschutzes und Eigenverantwortung der Bürger;

Optimierung der Wald- und Wasserwirtschaft, verbunden mit Renaturierungsmaßnahmen der Gewässer, besonders im Einzugsbereich von Naturschutzgebieten;

Wiederherstellung von Feuchtgebieten und speziell Mooren, wo immer umsetzbar;

Erhalt der naturnahen Wälder sowie zusammenhängender Waldflächen grundsätzlich in ihrer Integrität; Berücksichtigung von Waldwirtschaft, Naturschutz und den Bedürfnissen nach Erholungsraum;

Förderung des Insektenschutzes; Weiterentwicklung der Anlage und Pflege von Hecken, Grünflächen, Blüh- und Gehölzstreifen sowie Anlage von Ackergrünstreifen unter Berücksichtigung des Artenschutzes;

Entschädigung der Eigentümer sowie der Flächenbewirtschafter für die Nutzungseinschränkungen;

Weiterentwicklung von Straßenbegleitgrün in Richtung einer besseren Biodiversitätsförderung; weitere Unterstützung der Förderung zur Beseitigung von gefährlichen oder invasiven Pflanzen, um die einheimische Flora und Fauna zu schützen;

weiteres Vorantreiben bestehender Naturschutzgroßprojekte, insb. Nationalpark Kellerwald-Edersee, UNESCO-Biosphärenreservat Rhön und „Lebendige Lahn“;

Abfallwirtschaft: keine Einführung einer Sonderabgabe auf den Abbau heimischer Rohstoffe wie Kies, Sand und Gesteine;

Fortsetzung der Ressourcenschutzstrategie; Fortsetzung des Förderprogramms „PIUS“ und der hessischen Initiative für Energieberatung im Mittelstand;

Entwicklung einer Rohstoffinitiative für neue Strategien zu Sicherstellung, Verfügbarkeit, Technologieorientierung, Markt- und Wettbewerbsfähigkeit von Rohstoffen;

Ausweitung der Kampagne „Sauberes Hessen“;

Unterstützung privater Initiativen wie Repair-Cafés oder Recyclinghäuser;

ökonomisch steigenden Rohstoffkosten Rechnung trägt;

Weiterentwicklung des Abfallwirtschaftsplans zu einer Zero-Waste-Strategie;

Verbesserung des Rohstoffmonitoring, um über mögliche Erweiterungen oder Reduktionen von Deponieflächen kriterienorientiert entscheiden zu können;

Rohstoffmonitoring, in dem Abbauflächen und -mengen aller Abbaunternehmen gesammelt und überwacht werden;

FDP	CDU	SPD	DIE LINKE	B90/DIE Grünen	AfD
<p>Keine Förderverbote; keine Verbote einzelner Technologien, wenn Produkte, die mit dieser Technologie gewonnen oder produziert wurden, importiert werden dürfen;</p> <p>Sicherstellung, dass die in Rechenzentren erzeugte Abwärme in lokale Nahwärmenetze eingespeist wird;</p> <p>deutlicher Ausbau der Maßnahmen und Programme der Landesregierung zu Energieeinsparung und Energieeffizienz;</p> <p>planerische Sicherung der bestehenden Kraftwerksstandorte in Hessen; Unterstützung der Umrüstung von Kraftwerken bzw. Kraftwerksstandorten auf moderne, klimafreundliche Energieerzeugung;</p> <p>Förderung der Wasserstoffwirtschaft; Vorlage eines Wasserstoff-Zukunftsgesetzes, das die technologieoffene Nutzung von Wasserstoff und den Aufbau einer Wasserstoffinfrastruktur fördern wird;</p> <p>Ausbau der erneuerbaren Energien;</p> <p>Ausbau und bessere Vernetzung der Stromnetze;</p>	<p>Klimaneutralität bis 2024;</p> <p>Anpassung des Klimagesetzes an die veränderten Rahmenbedingungen des Bundes; alle Sektoren sollen angemessene Beiträge zum Klimaschutz leisten;</p> <p>umfassende Unterstützung der Klimakommunen;</p> <p>intensive Nutzung der Carbon Contracts for Difference;</p> <p>nettotreibhausgasneutrale Gestaltung der Landesverwaltung bis 2030;</p> <p>Optimierung der Nutzung z.B. von Abwärme und der Vermeidung von CO₂ aus Rechenzentren;</p> <p>Sonderprogramm „HighTech for Climate“ gemeinsam mit den Hochschulen und Unternehmen mit Investitionen in Erforschung, technische Weiterentwicklung, Marktreife und die technischen Ansätze für eine klimaneutrale Energieerzeugung;</p> <p>Erhalt und Ausbau der natürlichen CO₂-Senken;</p> <p>Erhalt des kerntechnischen Know-how in Hessen; engagiertes Vorantreiben der Erforschung und Entwicklung der Kernfusion;</p>	<p>Bereitstellung ausreichend geeigneter Flächen für den Ausbau Erneuerbarer Energien; reale Nutzung von 2 % der Landesfläche für die Windstromerzeugung;</p> <p>Einrichtung von PV Anlagen auf allen geeigneten Dachflächen von landeseigenen Gebäuden bis 2030; Ermöglichung und Förderung der Nutzung von Photovoltaik und Solarthermie auf allen Dachflächen und Verkehrsstraßen, auf denen das technisch möglich und wirtschaftlich vertretbar ist;</p> <p>Festschreibung der Bedingungen für die Nutzung von Photovoltaik auf denkmalgeschützten Gebäuden im Denkmalschutzgesetz;</p> <p>Ermöglichung einer generellen Öffnung der Standortkulisse für benachteiligte Gebiete mittels Landesverordnung, um schneller Freiflächen für Photovoltaik bereitzustellen; Schwerpunkt auf Schienen- und Bahntrassen sowie Doppelnutzung von landwirtschaftlichen Flächen und bereits versiegelten Flächen;</p> <p>Verdoppelung der Erneuerbaren Energien zur Wärmebereitstellung bis 2030; kommunale Wärmepläne als wichtiges Instrument;</p>	<p>Energieeinsparung; staatliche Fördermaßnahmen, gesetzliche Vorgaben für Einsparung, Senkung des Materialaufwands, Erhöhung der Lebensdauer von Produkten;</p> <p>zügige Umsetzung der Energiewende: Nutzung der solartauglichen Dachflächen in nur fünf Jahren für Solaranlagen;</p> <p>Förderprogramm für sog. Balkenkraftwerke, damit Privathaushalte weitgehend frei von Bürokratie selbstständig einen Teil ihres Strombedarfs nachhaltig und klimafreundlich decken können; finanzielle Förderung des Landes;</p> <p>Forcierung des Ausbaus der Windenergie durch jährlichen Zubau von mindestens 150 Anlagen;</p> <p>mindestens Vervierfachung des jährlichen Ausbaus von Photovoltaik und Solarthermie im Vergleich zu 2021;</p> <p>Pflicht zur Nutzung Erneuerbarer Energien für neue und bei wesentlichem Umbau und Dacherneuerung auch bestehenden Gebäuden sowie Parkplätzen, Bauwerken und versiegelten Flächen;</p> <p>Ermöglichung einer weiteren vollen landwirtschaftlichen Nutzung durch Photovoltaikanlagen im</p>	<p>Klima- und Transformationsfonds von mindestens 6 Mrd. €; Beratung des möglichst gezielten Einsatzes der Mittel in einem regelmäßigen Dialogformat „Wirtschaft. Wandel. Gestalten“ gemeinsam mit Verbänden und Gewerkschaften;</p> <p>Ausweisung weiterer bebaubarer Vorrangflächen beim Windkraftausbau; mindestens 2,2 % der Landesfläche; Steigerung des Zubaus der Windkraft sukzessive auf mindestens 500 MW pro Jahr und deutliche weitere Erhöhung danach; Förderung der Akzeptanz bei Bürger*innen durch mehr Beteiligungsmöglichkeit bei der Vergabe von Staatswaldflächen;</p> <p>Repowering von Bestandsanlagen auch außerhalb von Windvorrangflächen;</p> <p>Stärkung von Energiegenossenschaften, echten Bürger*innenenergiegesellschaften und regionalen Unternehmen, die für mehr Akzeptanz bei der Energiewende sorgen;</p> <p>Erarbeitung von Maßnahmen, um den Ausbau der erneuerbaren Energien zu beschleunigen und planerische sowie bürokratische Hürden abzubauen, in einer „Task Force Erneuerbare“ gemeinsam mit den Akteur*innen;</p>	<p>Keine marktverzerrenden Eingriffe zur Durchsetzung der Energiewende, grundsätzlich und gerade in der derzeitigen Krisensituation;</p> <p>Sicherstellung, dass keine Ausstiegsbeschlüsse gefasst und keine Ausstiegstermine festgelegt werden, bevor nicht Alternativen für die wegfallenden Energieressourcen garantiert sind;</p> <p>Erhalt und Eingliederung der bestehenden oder auch neu gebauter Kraftwerke in das Versorgungsnetz;</p> <p>Ablehnung des sogenannten „Klimaschutzes“; Befürwortung sinnvoller Maßnahmen zu Klimawandelanpassung und -resilienz;</p> <p>Schutz nicht des Klimas, sondern der Betroffenen vor Ort; Beendigung unwirtschaftlicher und wirkungsloser Klimaschutzmaßnahmen; stattdessen Hilfen zur Anpassung an den Klimawandel für Betroffene; weniger Ideologie und mehr Wissenschaft im Klima-Diskurs;</p> <p>keine politisch motivierten Außerbetriebnahmen von betriebs-sicheren und grundlastfähigen Kraftwerken; Wiederinbetriebnahme und Neuerrichtung an-</p>

<p>Erhaltung der einheitlichen Strompreiszone;</p> <p>Ausbau der Energieforschung</p> <p>Unterstützung der Erforschung der Fusionsforschung;</p> <p>Unterstützung des Europäischen Emissionshandelssystems (EU-EHS);</p> <p>Notwendigkeit einer Anpassung an unvermeidbare Klimaänderungen; mittel- und langfristige Anpassungsmaßnahmen für die öffentlichen Räume; Einplanung von Haushaltsmitteln für deren Realisierung;</p> <p>Berücksichtigung des Schutzes von Gebäuden vor Starkregenereignissen in der Förderlandschaft;</p> <p>Evaluierung aller Förderprogramme und klimapolitischen Maßnahmen des Landes auf Effektivität und Effizienz; Entwicklung geeigneter Hilfestellungen für die Kommunen;</p> <p>Weiterentwicklung der Technik Power-to-Liquid, dass eine industrielle Produktion zu wettbewerbsfähigen Preisen möglich wird; Hessen als führender Standort für Forschung, Entwicklung und Erprobung dieser Technologie mit intensivem Ausbau der bestehenden Initiativen;</p> <p>frühestmögliche Umgestaltung des Flughafens Frankfurt zu einem CO2-neutralen Flughafen; zügiges Vorantreiben der dafür erforderlichen Genehmigungsverfahren und Förderprogramme;</p>	<p>besonderer Fokus auf Mikro-KWK-Anlagen mit Brennstoffzelle; Schaffung der nötigen Infrastruktur im verdichteten Ballungsraum;</p> <p>Fortsetzung und Evaluierung der Maßnahmen zur Stärkung der Klimabildung und der Vermittlung von Informationen und Kompetenzen zum Klimaschutz und Klimawandel;</p> <p>umfassende „Offensive Klimaanpassung“; bessere Vernetzung der vorhandenen Forschungsstellen;</p> <p>umfassende Vorbereitung aller staatlichen Ebenen auf wetterbedingte Katastrophenszenarien durch Ausweitung der KLIMPRX-Projekte;</p> <p>Investitionen in den Hochwasserschutz und den Schutz gegen Extremwetterereignisse; Unterstützung privater Vorsorgemaßnahmen mit einem eigenen Förderprogramm;</p> <p>weitere Verbesserung der Vorsorge gegen Stromausfälle in enger Zusammenarbeit mit dem ehrenamtlichen Katastrophenschutz;</p> <p>kein faktisches Verbot von neuen Gas- und Ölheizungen, kein pauschales Verbot von Autos mit Verbrennungsmotor;</p> <p>Aufbau eines Exzellenzclusters „Saubere Energie 2040“ am House of Energy; Nutzung der langfristigen Chancen der Laser-</p>	<p>effektive und für die Menschen bezahlbare Umsetzung der Energiewende;</p> <p>Stärkung von Energiegenossenschaften und Energiegemeinschaften ggf. in Kooperation mit den kommunalen Energieversorgern zur Förderung der Erneuerbaren Energien;</p> <p>Unterstützung der Sekundärnutzung organischer Substanz in stromgeführten KWK zur Abdeckung der Restlast;</p> <p>CO2-Schattenpreis in Höhe der CO2-Schadenskosten für alle Klimawirkungen;</p> <p>verpflichtende besondere Begründung für Vorschläge, die nicht klimaneutral umsetzbar sind;</p> <p>Prüfung von Verordnungen und des Landesentwicklungsplans auf Klimawirkungen; Prüfung und ggf. Änderung bestehender Regelungen und Subventionstatbestände;</p> <p>klimaneutrale Organisation der Landesverwaltung bis 2030; klimaneutrale Antriebe für alle Fahrzeuge im Landesbesitz bis spätestens 2030; Betrieb der IT des Landes so klimaneutral wie möglich;</p> <p>Erstellung eines integrierten Klimaschutzplans, der die Klimaziele festhält und die notwendigen Maßnahmen zusammenfasst; konkrete Minderungsziele für die Bereiche Energie, Gewerbe, Verkehr, Wärme, Landwirtschaft und Abfallwirtschaft;</p>	<p>Freiland, vorzugsweise auf landwirtschaftlich genutzten Flächen, als Agri-PV;</p> <p>Unterstützung kommunaler Projekte durch Hessen Forst durch pachtfreie Bereitstellung öffentlicher Flächen;</p> <p>Verpflichtung von Gebäudebesitzern mit einer Solarsatzung, bei Neubau und bei großen Dachsanierungen Solaranlagen zu installieren, auch auf Gewerbeflächen und öffentlichen Gebäuden; Einbeziehung aller Gebäude; Zugriff auf die Fläche für Dritte, wenn Eigentümer nicht selbst investieren (Eingriffsrecht in Eigentumsrechte für Klimaschutz);</p> <p>Kohleausstieg: endgültige und vollständige Stilllegung des Kohlekraftwerks Staudinger; Abschaltung aller Kohlekraftwerke bis 2025; frühzeitige Neuausrichtung der Unternehmen, soziale Absicherung der Beschäftigten;</p> <p>Überführung der Energiewirtschaft in öffentliches Eigentum; Stärkung der Möglichkeiten für die Gemeinden, eine aktive Rolle beim Aufbau erneuerbarer Energie erzeugen zu spielen; Verankerung des Rechts auf wirtschaftliche Eigenbetätigung in der Gemeindeordnung;</p> <p>Deckelung der Energiepreise: Wiedereinführung einer staatlichen Strompreiskontrolle;</p> <p>Verhinderung von Stromabschaltungen;</p>	<p>Beschleunigung des Ausbaus der Photovoltaik und Solarthermie; Überdachung neuer landeseigener Parkplätze ab 35 Stellplätzen und öffentlicher 50 Stellplätzen mit Photovoltaikanlagen;</p> <p>Solarpflicht für alle Neubauten; Bereitstellung günstiger Darlehen, um Bauwillige bei den Investitionskosten zu unterstützen;</p> <p>Festlegung verbindlicher Ausbauvorgaben für die Photovoltaik auch auf kommunaler Ebene;</p> <p>Erstellung eines Freiflächensolarplans;</p> <p>Absenkung der Grundsteuer bei landwirtschaftlichen Flächen, die durch Nutzung mit Freiflächenphotovoltaik zu gewerblichen Flächen werden;</p> <p>Entwicklung einer Wärmewendestrategie für eine sichere und nachhaltige Wärmeversorgung im Rahmen der Roadmap Energiewende;</p> <p>deutliche Steigerung der Sanierungsquote, kombiniert mit gezielten Förderprogrammen; Vereinfachung der Sanierungsförderung;</p> <p>Unterstützung erneuerbarer Wärmenetze mit dem Ziel, eine zu 100 % erneuerbarer Wärmeversorgung zu erreichen;</p> <p>Masterplan Geothermie zur Nutzung der Potenziale von tiefer und oberflächennaher Geothermie zur Wärmeversorgung und Kühlung; Forcierung der Nutzung</p>	<p>hand von Sicherheits- und Umweltverträglichkeitsprüfungen, ohne „politische Scheuklappen“;</p> <p>Ausstieg aus dem Kohleausstieg;</p> <p>kein weiterer Ausbau der „Erneuerbaren“; Ausbaustopp für Windkraft- und Solaranlagen, diese dürfen zukünftig nur noch „netzdienlich gefahren“ werden; Einspeisevorrang für die „Erneuerbaren“ nur noch bei Planbarkeit und „Fahrplan-Einhaltung“;</p> <p>modernes und den Ansprüchen einer Industrienation angemessenes Sensorium und Berichtswesen für die Stabilität des Stromnetzes;</p> <p>technologieoffene Forschung und Entwicklung unter Einchluss der Kernkraft; Weiterbetrieb aller sicheren und wirtschaftlichen deutschen Kernkraftwerke; Neuerrichtung von Kernkraftwerken (Generation 3+4), Schaffung eines Ordnungsrahmens für innovative Techniken wie kleine, modulare Reaktoren, Thorium-, Dual Fluid- Reaktoren und Kernfusion;</p> <p>Wiedereinstieg in Forschung und Entwicklung, um wieder Anschluss an die Weltspitze in Kernkraftkompetenz zu finden, qualifiziertes Personal auszubilden und dieses im Land zu halten;</p> <p>technologie- und ergebnisoffene Begleitung von Wasserstoff- und Energiespeicher-Projekten und kritische Reflexion der Ergebnisse;</p>
--	---	--	---	--	--

Unterstützung der Zusammenarbeit von Flughafenbetreiber, Flughafengesellschaften und Bahngesellschaften, das multimodale Angebot für Flugreisen „auf Flugebene Null“ mit durchgehender Reisekette weiter auszubauen;

Versorgung abgestellter Flugzeuge mit aus erneuerbaren Energien versorgten, elektrisch betriebenen Klimaanlagen; Unter-sagung des Einsatzes von mit Kerosin betriebenen Hilfsturbinen;

Technologieoffenheit bei der Heizungswahl; Integration regenerativer Wärmeerzeuger in bestehende Heizungs-Systeme;

Erhalt der vorhandenen Infrastruktur für einen künftigen Einsatz fortschrittlicher Bio-Brennstoffe oder synthetischer Fuels auf Basis von Power-to-X, auch für Gebäude mit Öl- oder Gas-Heiztechnik;

getriebenen Kernfusion; Intensivierung der Forschung am Standort Darmstadt;

weiterhin Vorhalt der letzten vom Netz genommenen Kernkraftwerke als strategische Reserve; kein mittelfristiger Rückbau;

Unterstützung des Netzausbaus zur Speicherung und Verteilung von Energie, Intensivierung von smart grids und der Digitalisierung der Netze, Vorantreiben der Weiterentwicklung und Marktdurchdringung von Speichertechnologien;

Erforschung und Vorantreiben neuere Speichertechnologien im Rahmen des Programms „Hightech für Climate“;

Beschleunigung der Genehmigung von überregionalen Stromleitungen; Verzicht aufs vorgelagerte Raumordnungsverfahren, wo möglich; Ermöglichung der Beseitigung bestehender Leitungen auf Hochtemperaturseile (HLT) in einem Fast-Track-Verfahren;

Fortschreibung und ambitionierte Weiterentwicklung der Wasserstoffstrategien; Offensive Förderung der Wasserstoffnutzung; Aufbau eines Wasserstoff-Anwendungszentrums; länderübergreifende Wasserstoffallianzen;

Start des 100.000 Dächer-Programms zur Unterstützung des Photovoltaikausbaus; vergünstigte oder zinslose Darlehen für Investitionen;

regelmäßige Analyse der Folgen aller Maßnahmen auf Beschäftigung und Einkommen auf der Ebene von Regionen und Branchen;

Abschluss von Klimaschutzvereinbarungen mit Unternehmen, um Emissionen und Energieverbrauch zu reduzieren; Förderung von Umstellungsmaßnahmen, z.B. Zahlungen für eine Übergangszeit, um Nachteile aus klimaneutraler Produktion auszugleichen;

Erstellung einer integrierten Netzplanung für Strom, Wärme, Kälte und Wasser durch die Kommunen;

Einrichtung eines Klimaschutzbeirats zur Beratung der Landesregierung bei der Klimaschutzpolitik; Beteiligung von Wissenschaft, Kommunen, Unternehmen, Gewerkschaften und Umweltorganisationen;

landesweite Unterstützung der Schaffung von nachhaltigen Gründer- und Gründerinnen-Zentren für neue und nachhaltige Geschäftsmodelle;

der Grundverbrauch an Strom soll mit der Grundgebühr abgegolten sein;

Angebot einer flächendeckenden kostenlosen Energieberatung für alle Privathaushalte; ausreichende Hilfen für Haushalte mit niedrigem Einkommen für die Anschaffung energiesparender Haushaltsgeräte und Heizungen;

Förderung und finanzielle Unterstützung durch Kredite für die Installation von Solaranlagen auch auf privaten Flächen sowie auf Dächern privater Gebäude und Eigenheime;

Sofortprogramm zur energetischen Sanierung für die in den Nachkriegsjahren erbauten Wohnsiedlungen; keine höhere Mieterhöhung nach der energetischen Sanierung, als die Mieter*innen an Heizkosten sparen;

Wärmewende: Erstellung öffentlicher Gebäude nur noch als Energie-Plus-Häuser;

Genehmigung neuer Rechenzentren nur bei einer nachhaltigen Abwärmenutzung und einem hohen Grad an Energieeffizienz;

Pflicht zur Nutzung der Abwärme aus industriellen Anlagen und Rechenzentren;

Rückbau des AKW Biblis; Verbesserung des Schutzes vor Flugzeugabstürzen und Anschlägen; Erfassung radioaktiven Materials aus dem Rückbau von Biblis in einem Altlastenkataster;

von Abwärme, insb. von Rechenzentren;

verpflichtende Wärmeplanung für alle Gemeinden;

direkte klimaneutrale Planung bei neuen Wohngebieten; spezielle Förderprogramme für die Kommunen;

klimaneutrale Bauweise für Neubauten bei landeseigenen Liegenschaften und öffentlichen Gebäuden; finanzieller Booster für die Investitionsprogramme des Landes und das Investitionsprogramm für Hochschulen, um für laufende Planungen höhere Energiestandards zu ermöglichen;

deutlicher Ausbau der Beratungs-offensive für Mieter*innen, Hausbesitzer*innen, Kommunen und Unternehmen;

Stärkung der Landesenergie-agentur; Intensivierung ihres Beratungsangebotes insb. für Stadtwerke und Kommunen;

Verankerung von Energiekompetenzzentren auf Ebene der Kreise und kreisfreien Städte; Vernetzung und Förderung in Kooperation mit der LandesEnergieAgentur;

Vorantreiben des Ausbaus netzdienlicher Speicherinfrastruktur mit einem Energiespeicherfördergesetz;

Aktualisierung der Verteilnetzstudie;

Weiterverfolgung synthetischer Treibstoffe, um den dauerhaften Einsatz von Verbrennungsmotoren und der gesamten Infrastruktur zu ermöglichen;

Fortführung des Solar-Katasters;
Ausweitung auf Frei- und Konversionsflächen;

weitere Reduzierung bürokratischer und steuerlicher Belastungen von Photovoltaikanlagen;
völlige Steuer- und Abgabefreiheit für selbstgenutzten PV-Strom; deutliche Vereinfachung von Genehmigungsverfahren;

deutliche Anhebung der Zubaubegrenzungen bei der Freiflächen-Photovoltaik von derzeit 35 MW;

Ausweisung insb. der aktuell mit Windkraftanlagen bebauten Flächen zu Vorrangflächen für Repowering;

substantielle Straffung und Beschleunigung der Genehmigungsverfahren für Windkraftanlagen;

Offensive zur besseren Marktdurchdringung von Tiefengeothermie; Schaffung der geologischen und planungsrechtlichen Grundlagen, Abbau bürokratischer Hemmnisse im Berg-, Bau- und Wasserrecht, baurechtliche Priorisierung analog zu Windkraftanlagen;

Fortsetzung der Förderung für kleine Wasserkraftwerke und vor allem alte, landschaftsbildprägende Mühlen, um auch hier eine umwelt- und tierverträgliche Energieerzeugung zu ermöglichen;

Reparaturbonus für Haushaltgeräte; Erstattung der Hälfte der Reparaturkosten (bis zu 100 €) bei Reparaturen;

Stärkung des Klimaplan als verbindliche und unabhängig überprüfbar CO2-Strategie;

Sofortprogramm „Klimaschutz und Energiewende“ für die kommenden Jahre für alle klimarelevanten Bereiche;

Prüfung des Klimacheck in seiner Wirksamkeit und gegebenenfalls Ausweitung;

Einführung eines CO2 Schattenpreises als fiktives Preissystem bei der Kalkulation der Wirkung von Investitionen in den Klimaschutz für die öffentlichen Haushalte;

Beratungs- und Förderoffensive für die Kommunen, z.B. für klimaschützende Bauleitplanung;

natürlicher Klimaschutz mit einem eigenen Aktionsprogramm; Schutz und Wiederherstellung von Mooren, Aufbau naturnaher und artenreicher Wälder, Humusaufbau auf landwirtschaftlich genutzten Böden; Renaturierung der Auenlandschaften, Wasserrückhaltung in der Landschaft und in Siedlungsgebieten mit dem Prinzip der Schwammstadt;

Ausstattung des Landesbetriebs HessenForst mit technischen Ausrüstungen im Bereich Brandschutz, Vorbereitung auf Waldbrände mit Schulungen und Ausbildungen;